



Landtag von Baden-Württemberg

94. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 26. Juni 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 13:38 bis 14:31 Uhr

Schluss: 18:24 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	5691	Abg. Andreas Deuschle CDU	5724
1. Aktuelle Debatte – Acht Jahre grünes Umweltministerium – wenn das Volk aufbegehren muss – beantragt von der Fraktion der SPD	5691	Abg. Peter Hofelich SPD	5725
Abg. Andreas Stoch SPD	5691, 5704	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	5726
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5693, 5704	Minister Guido Wolf	5727
Abg. Raimund Haser CDU	5696	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5730
Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD	5697	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	5730
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	5699	Beschluss	5731
Minister Franz Untersteller	5701		
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	5705	4. Regierungsbefragung	
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5706	4.1 Klarheit zu Stuttgart 21	5731
2. Aktuelle Debatte – Quer durch alle Ressorts – Grün-Schwarz kämpft mit sich selbst und verschläft die Zukunft des Landes – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	5706	Abg. Hans Peter Stauch AfD	5731, 5733
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5706	Minister Winfried Hermann	5731, 5732, 5733, 5734
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	5708, 5718	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5732, 5733
Abg. Winfried Mack CDU	5710	Abg. Gernot Gruber SPD	5733
Abg. Carola Wolle AfD	5712, 5718	Abg. Rüdiger Klos AfD	5734
Abg. Sascha Binder SPD	5713, 5718	4.2 Biodiversität auf landeseigenen Liegenschaften	5734
Minister Thomas Strobl	5714, 5720	Abg. Barbara Saebel GRÜNE	5734
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5719	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	5734, 5736, 5737
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	5720	Abg. Gabi Rolland SPD	5736
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung des Landtags in EU-Angelegenheiten – Drucksache 16/6219	5721	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	5736
Abg. Emil Sänze AfD	5722, 5730	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	5737
Abg. Josef Frey GRÜNE	5723	4.3 Betriebsübergang der Remsbahn an Go-Ahead	5737
		Abg. Gernot Gruber SPD	5737
		Minister Winfried Hermann	5738, 5739, 5740
		Abg. Anton Baron AfD	5739
		Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5740
		Abg. Gabi Rolland SPD	5740

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 16/6373	5741	Abg. Rainer Stickelberger SPD	5753, 5759
Staatssekretär Volker Schebesta	5741	Abg. Petra Häffner GRÜNE	5754
Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE	5742	Abg. Siegfried Lorek CDU	5755
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	5743	Abg. Daniel Rottmann AfD	5756
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	5744	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5757
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	5745	Minister Thomas Strobl	5758
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5746	Abg. Karl Klein CDU	5760
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5747	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5760
Beschluss	5747	Beschluss	5761
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag – Drucksache 16/6374	5747	8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Verwendung regionaler bzw. ökologischer Rohstoffe in Landeskantinen und Modellvorhaben „Große Küche – Gutes Essen“ – Drucksache 16/2116	5761
Minister Thomas Strobl	5747	Abg. Martin Grath GRÜNE	5761
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	5748	Abg. Konrad Epple CDU	5763
Abg. Manuel Hagel CDU	5749	Abg. Thomas Axel Palka AfD	5764
Abg. Klaus Dürr AfD	5750	Abg. Jonas Weber SPD	5764
Abg. Rainer Stickelberger SPD	5751	Abg. Klaus Hoher FDP/DVP	5765
Abg. Daniel Karrais FDP/DVP	5751	Minister Peter Hauk	5766
Beschluss	5752	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5768
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration – Maßnahmen nach den Ausschreitungen beim Fußballspiel des VfB Stuttgart gegen den Karlsruher SC – Drucksache 16/1992	5753	Beschluss	5769
		Nächste Sitzung	5769

Protokoll

über die 94. Sitzung vom 26. Juni 2019

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 94. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Gall, Herr Abg. Glück, Herr Abg. Nelius, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Pfeiffer sowie Herr Abg. Teufel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch, Frau Staatssekretärin Mielich, Frau Staatssekretärin Olschowski sowie ab der Mittagspause Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältig vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Vielen Dank.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 21. Mai 2019, Az.: 1223/0151 – Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter; Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss zur abschließenden Durchführung der Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter

2. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Juni 2019 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW) – Drucksache 16/6428

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2019 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“ – Drucksache 16/6435

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

4. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 15. Mai 2019, Az.: 1 VB 26/19 – Verfassungsbeschwerde gegen § 18 und § 18 a des Landeshochschulgesetzes über die Wahl und Abwahl von Rektoratsmitgliedern

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juni 2019, Az.: 2 BvR 2055/16 – Verfassungsbeschwerde gegen § 38 des Landesdisziplinalgesetzes wegen Entfernung aus dem Beamtenverhältnis durch Disziplinarverfügung

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Acht Jahre grünes Umweltministerium – wenn das Volk aufbegehren muss – beantragt von der Fraktion der SPD

(Zuruf von der AfD: „Das Volk“!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Bevor ich das Wort erteile, habe ich eine Ankündigung. Es wird heute und morgen sehr warm, sehr hitzig. Deshalb können die Herren das Sakko, wenn sie wollen, gern weglassen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Thomas Blenke CDU: Gute Präsidentin! – Zuruf: Aber nur die Herren! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, nur die Herren! – Unruhe)

Ferner habe ich eine Bitte. Wie gesagt, es wird ja heute und morgen sehr warm, richtig hitzig. Vielleicht ist das ein Ansporn für uns alle, die Debatten so zu führen, dass die Hitzequelle nicht noch weiter ansteigt. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

In der Aussprache erteile ich das Wort nun Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch für die SPD-Fraktion.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was im vergangenen Frühjahr in Bayern vor sich ging, hat uns als Nachbarn staunen lassen. Wir haben gestaunt über die unglaubliche Dynamik eines Volksbegehrens zur Rettung der Bienen, über die Schlangen vor den Rathäusern. Wir haben darüber gestaunt, wie die Bayerische Staatsregierung am Ende dieses Prozesses dieses Begehren aufgenommen hat und es auch umsetzen will.

(Andreas Stoch)

Und wir kommen aus dem Staunen wahrlich nicht heraus, denn nun läuft ein ähnliches Volksbegehren auch in Baden-Württemberg an, offensichtlich wieder mit großer Dynamik. Am erstaunlichsten ist aber, wem dieses Volksbegehren ins Stammbuch schreiben will, mehr für den Artenschutz zu unternehmen, nämlich der einzigen grün geführten Landesregierung in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Seit acht Jahren führen die Grünen die Regierung dieses Landes an, seit acht Jahren haben sie das Umweltministerium inne, seit acht Jahren hat dieses Land einen grünen Ministerpräsidenten. Trotzdem müssen die Menschen ein Volksbegehren für mehr Artenschutz in Baden-Württemberg starten. Nach acht Jahren mit grüner Regierungsspitze ist Baden-Württemberg nicht entscheidend weiter als Bayern, wo eine Partei regiert, die viele grüne Anliegen noch vor wenigen Jahren als Spinnerei abgetan hat. Sie merken: Ich staune weiter.

(Beifall bei der SPD)

Ich staune noch mehr, wenn ich mir die Haltung zu „Pro Biene“ ansehe. Grüne Kreisverbände in Karlsruhe oder Stuttgart unterstützen das Volksbegehren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Grünen auch!)

Wir, die sozialdemokratische Partei, der Landesverband, haben die Unterstützung ebenfalls beschlossen. Und selbst die CDU-Landtagsfraktion kann sich jüngsten Meldungen zufolge vorstellen, das Begehren zu unterstützen.

Bleibt also noch die Frage: Was tut die Landesregierung? Warum er das Begehren nicht unterschreiben will, hat der Ministerpräsident ja kürzlich schon erklärt – ich zitiere –:

Es wäre komisch, wenn ich mich durch meine Unterschrift selbst zum Handeln antreiben würde.

Ja, Herr Ministerpräsident, da haben Sie wahrscheinlich sogar recht. Denn die Grünen führen ja letztlich ein Volksbegehren gegen sich selbst – die Basis gegen die eigene Landesregierung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Klaus Hoher FDP/DVP)

Das kann man komisch finden; ich finde es zum Staunen. Dass der Ministerpräsident mit Volksbegehren, gerade wenn es um Familien und Kinder geht, inzwischen nichts mehr am Hut hat, ist uns ja von anderen Anlässen her bekannt. Laut dem jüngst vom Innenminister eingeholten Gutachten hat die Regierung offensichtlich die These übernommen – ich zitiere aus dem Gutachten –, dass dem Volk angeblich die „langfristige Professionalität für direkte Demokratie“ fehle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie redet, durch Gutachten aber das Volk und seine Meinung verächtlich macht, der hat sich offensichtlich von der Bürgerbeteiligung verabschiedet.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das tut niemand!)

Nun schauen wir uns einmal an, was die Landesregierung in Sachen Artenschutz auf den Weg gebracht hat. Zu Beginn der grünen Regierung – damals noch mit uns, der SPD – gab es ein Wassergesetz mit Vorgaben zu Gewässerrandstreifen, mehr Mittel für die Landschaftspflege, ein Grünlandumbruchverbot – alles noch aus grün-roten Tagen. Ich erinnere auch an die erstmalige Einrichtung eines Nationalparks in Baden-Württemberg.

Dann aber – das Volksbegehren bezieht sich vor allem auf die Themen aus der Landwirtschaftspolitik – wurde es schwarz im Landwirtschaftsministerium. Seither ist eben selbst bei einem grünen Kernanliegen jener Zustand eingetreten, den wir auch sonst wieder und wieder erleben. Da wird viel gewollt und wenig umgesetzt. Die CDU steckt in der Agrarpolitik der Neunzigerjahre fest; die Grünen verhalten sich wie eine Bürgerinitiative – aber nicht wie ein Gesetzgeber.

(Zuruf von den Grünen)

30 Millionen € hat man für das Programm Artenvielfalt beschlossen, aber außer Hochglanzbroschüren und wohlfeilen Ankündigungen ist bislang wenig herausgekommen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Von wegen! Konkrete Projekte!)

Nun ist man stolz darauf, dass man um landeseigene Schlösser mehr Blühwiesen anlegt. Das ist nicht falsch – aber das ist doch aus der Liga Schrebergarten und nicht aus der Liga Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nach acht Jahren grün geführter Regierungen, nach acht Jahren eines grünen Umweltministers ist Baden-Württemberg nun bei Weitem nicht das grünste Land in der Republik. Der Biolandbau kommt eben nicht schneller voran als anderswo;

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! 14 %!)

bei der Fotovoltaik liegen wir nicht mal im Mittelfeld. – 14 %, herzlichen Glückwunsch!

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Bei der Windkraft wird gebremst, bei der Wasserkraft wird verhindert. Der Pestizideinsatz – ein wichtiges Thema dieses Volksbegehrens – hält an, und der Agrarminister verkündete vor wenigen Monaten, dass er diesen Pestizideinsatz auf den Feldern auch nicht erfassen wolle, weil „das den Bürger ja nichts angeht“. Diese Aussage hat er wohl zurückgenommen, aber ich fürchte, er bleibt bei seiner Haltung, auch wenn er halbherzig Veränderungen ankündigt.

Noch immer dürfen Kunstdünger und Pestizide auch auf landwirtschaftlichen Flächen mitten in Naturschutzgebieten ausgebracht werden. Die Düngeverordnungen klingen zwar strenger, ihre Einhaltung wird aber praktisch nicht kontrolliert.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Andreas Stoch)

Die Europäische Union schlägt uns unsere eigene Düngeverordnung um die Ohren, und wir unternehmen nichts – auch nicht hier, in einem grün geführten Land. Nein, die Europäische Union ist nur dann recht, wenn es darum geht, etwas nicht zu tun. „Pro Biene“ will z. B., dass bis in sechs Jahren jeder vierte Hof im Land ökologisch betrieben wird; bis in 16 Jahren soll das gar jeder zweite sein. Ministerpräsident Kretschmann kontert dies mit dem Verweis auf die europäische Ebene. Was die Initiatoren des Begehrens davon halten, konnten wir nachlesen – Zitat –:

Es ist schade, wenn gerade ein grüner Ministerpräsident die Verantwortung nach oben abschiebt.

Das stimmt, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat, nachdem in Bayern der Erfolg gefeiert wurde, gesagt, er sehe keine Grundlage für das Volksbegehren, weil in Baden-Württemberg andere Verhältnisse herrschten als in Bayern. Leider ist das falsch. Denn hier herrschen andere Parteien, aber an den Verhältnissen ändert das zunächst einmal gar nichts.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das stimmt auch nicht!)

Was im Koalitionsvertrag steht – das haben wir in anderen Fällen schon gesehen –, muss ja nicht umgesetzt werden. Man kann das machen wie beim Wahlrecht oder bei der direkten Demokratie; Hauptsache, man setzt immer wieder ein schönes, neues, wohlklingendes Programm aufs Gleis. Dass dieses dann nie losfährt, weil die CDU die Bremse gezogen hat, merkt danach hoffentlich niemand. Oder vielleicht doch?

Bei aller Kritik: Ich muss dem grünen Umweltminister sicher nicht erklären, was einem zum Thema „Besserer Artenschutz“ einfallen könnte, wie man in Bezug auf insektenfreundlicheres Kunstlicht vorgeht, wie man den Biolandbau noch stärker forciert, wie man eine klare Strategie auf den Weg bringt, um den Einsatz von Pestiziden in den nächsten Jahren zu reduzieren und sogar zu halbieren, und wie wichtig ein Totalverbot von allen Neonicotinoiden ist, die sich besonders schädlich auf die Tierwelt auswirken. Ich bin mir sicher, dass der Minister weiß, dass synthetische Pestizide aus Naturschutzgebieten und aus direkt an diese angrenzenden Gebieten verbannt werden müssen. Er weiß sicher auch, dass Glyphosat und andere Totalherbizide dort nichts verloren haben und dass wir diese auf Privatflächen sofort und in der Landwirtschaft so bald wie möglich verbieten sollten. Er weiß, dass wir die Einhaltung von Düngeverordnungen kontrollieren müssen; er weiß, wie man Grünland insektenfreundlich bearbeiten kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das alles muss ich dem Umweltminister wahrscheinlich nicht erzählen. Ich muss ihn aber fragen, warum aus dem „Wir sollten“ nicht endlich ein „Wir machen“ wird, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss ihn fragen, was passieren muss, damit die grünen Ideen, die an diesen Punkten oft richtig und gut sind, auch umgesetzt werden.

Sie sind an der Regierung – seit acht Jahren. Sie führen eines der beiden entscheidenden Ministerien. Wie kann es da sein, dass Bürgerinnen und Bürger diese grüne Regierung mit einem Volksbegehren dazu antreiben müssen, für ein grünes Herzensanliegen grüne Politik zu machen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Höhenflug der Grünen, der sich quer durch Deutschland in den Umfragen zeigt, ist mit Hoffnungen der Bürger verbunden, und zwar gerade beim Umwelt- und beim Klimaschutz. In der Tat haben andere Parteien, auch meine eigene, diesem Thema lange nicht genügend Priorität eingeräumt.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Die Grünen aber müssen sich sagen lassen, dass sie diese Themen im eigenen Parteinamen führen und sie für ihre ureigene Kernkompetenz halten. Wenn so eine Partei nach acht Jahren Regierung im Land nicht erheblich mehr geleistet hat als andere Parteien in anderen Ländern, was soll ich dann noch sagen?

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Dass diese Grünen dieses Land nicht gerechter und sozialer machen würden, war leider absehbar. Aber wenn sie es nicht einmal grüner machen, dann höre ich auf zu staunen; dann bin ich schlicht fassungslos, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den Grünen)

In Bayern wie in Baden-Württemberg ist die Biene zum Symboltier des Artenschutzes geworden. Ich sage Ihnen, dass es einer Biene leider ziemlich egal ist, wer nicht verhindert, dass man ihr die Lebensgrundlagen entzieht. Grünes Nichtstun ist nicht artenfreundlicher als schwarzes Nichtstun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das kann man gut kontern!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über diese Debatte haben wir uns schon etwas gewundert. Schon der Titel weist eher auf parteitaktische Polemik als auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Umweltschutz hin.

(Beifall bei den Grünen – Einzeln Beifall bei der CDU)

Wenn acht Jahre lang schlechte Umweltpolitik in Baden-Württemberg betrieben wurde, dann waren die Sozialdemokraten ja auch fünf Jahre lang führend dabei.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Landwirtschaft und Umwelt! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Erfolge sind alle grün! – Unruhe)

– Ja, ihr saßt im Kabinett. Seid doch einmal ruhig. Ich habe euch noch viel zu sagen. – In den fünf Jahren, als die Sozial-

(Jürgen Walter)

demokraten mit in der Regierung waren, haben sie nicht gesagt: „Macht mehr“, sondern sie haben eher gebremst,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha! – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

als es darum ging, extra Geld für den Nationalpark auszugeben oder ein ökologisches Jagdgesetz einzuführen – alles war mit euch nicht zu machen.

Haben Sie denn eigentlich vergessen, dass wir gemeinsam – das hatten Sie ja erwähnt, Herr Kollege Stoch – den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht haben?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Hatte ich erwähnt! Man muss bloß zuhören!)

– Das haben Sie gesagt, aber offensichtlich sind Sie nicht stolz darauf, oder Sie ziehen ihn aus der Bilanz heraus. – Wir haben den Naturschutzhaushalt verdoppelt.

(Zuruf: Damals!)

– Ja, damals. – Wir haben ein zweites Biosphärengebiet geschaffen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Damals!)

Sind Sie denn gar nicht stolz darauf? Ich habe nach Ihrer Rede den Eindruck, Sie lieben die Oppositionsrolle. Und wenn Sie so weitermachen, werden Sie sie noch lange innehaben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Was mich an der Debatte auch wundert, ist: Wenn im Umweltausschuss Ihre Fachleute am Tisch sitzen, gibt es gegen unsere Umweltpolitik quasi gar keinen Widerspruch. Wo waren all die Themen, die Sie jetzt angesprochen haben? Wo waren die Anträge im Ausschuss? Wo waren die Anträge im Plenum? Die gab es nicht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sind das alle Argumente?
– Abg. Andreas Stoch SPD: Sie regieren! Sie haben eine Mehrheit im Parlament!)

Sie haben uns unterstützt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt ist die Opposition schuld!)

Sie nannten das Sonderprogramm zur Biodiversität. Es ist bundesweit einmalig. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Damit wurden sehr viele Projekte auf den Weg gebracht. Fahren Sie einmal nach Ravensburg und sehen Sie sich dort den Biotopverbund an. Dann sehen Sie, was alles mit diesem Programm gemacht wird.

Der Zustand der Umwelt, Kollege Stoch, ist so besorgniserregend, dass Sie sagen sollten, was wir gemeinsam in den Bereichen Klimaschutz und Biodiversität machen können, anstatt hier nur Polemik zu bringen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich habe Vorschläge gemacht!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Nur so werden wir die Klimakrise in den Griff bekommen, nur so werden wir den Verlust der biologischen Vielfalt stoppen.

Schauen Sie einmal, welche Bilder wir in diesen Tagen zu sehen bekommen: In Grönland fahren die Schlittenhunde nicht über Eis, sondern sie fahren über Wasser.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Fake News!)

In Kanada und Russland tauen die Permafrostzonen auf. Das heißt, es ist jetzt wirklich Zeit zum Handeln.

Eines muss ich immer wieder betonen, gerade was die Themen Klimaschutz, Energie, Wärme, Verkehr betrifft: Wir haben zwar ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz – das werden wir jetzt demnächst wieder reformieren –, aber ansonsten liegt die Handlungskompetenz für diese Themen woanders. Deswegen wundert es mich, dass Sie hier so auf den Putz hauen; denn diese Themen wurden in Berlin in den letzten vier Legislaturperioden nicht angegangen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Ablenkungsmanöver!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Walter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein, ich will jetzt weiterreden. Sorry! – Dann erwähnten Sie Glyphosat. Hier gab es einen der peinlichsten Auftritte der SPD-Bundestagsfraktion, von Teilen der Bundesregierung im Abstimmungsverhalten in Brüssel. Reden tut man so, abstimmen tut man anders. Dass es bei Glyphosat eine Verlängerung gab, lag auch an der Enthaltung der Bundesrepublik, und das war die zuständige sozialdemokratische Ministerin.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Born SPD: Wie war denn der Auftritt der Landesregierung?)

Meine Damen und Herren, Wissenschaftler weisen immer wieder darauf hin, dass seit dem Aussterben der Dinosaurier kein derart massenhafter Verlust der biologischen Vielfalt mehr stattgefunden hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb: Die grüne Fraktion und der grüne Umweltminister begrüßen dieses Volksbegehren. Wir sehen es nicht als gegen uns gerichtet an,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

sondern wir freuen uns, dass ein zentrales grünes Thema in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und unsere Politik unterstützt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Jürgen Walter)

Für uns ist das kein Gegenwind, sondern Rückenwind, und wir hoffen, dass am 26. Juli möglichst viele Unterschriften hier abgegeben werden. Das wäre ein wichtiges und schönes Signal für den Artenschutz in Baden-Württemberg.

Herr Stoch, glauben Sie ernsthaft, unsere Orts- und Kreisverbände würden Stimmen sammeln, wenn sie dächten, dieses Volksbegehren sei gegen uns gerichtet? Für wie blöd halten Sie die Grünen eigentlich? Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben – im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung – dieses Volksbegehren nicht von Anfang an abgelehnt, sondern es immer unterstützt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir müssen uns im Gegensatz zu Herrn Söder nicht neu erfinden, sondern wir standen schon immer auf der Seite des Naturschutzes.

Und noch eines – das haben Sie offensichtlich nicht mitbekommen –:

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir sind in Baden-Württemberg halt schon einige Schritte weiter, als man es in Bayern ist.

(Abg. Sascha Binder SPD: Stimmt nicht!)

Deswegen hat ja das Volksbegehren in der Begründung sehr oft erwähnt: „wie in Baden-Württemberg“.

Es gibt schon längst ein gesetzlich verankertes Pestizidverbot in Naturschutzgebieten sowie in den Kern- und Pflegezonen der Biosphärengebiete. Es gibt noch Ausnahmen; diese sollen jetzt aufgehoben werden. Aber gesetzlich verankert ist ein solches Verbot bereits. Wir sind offen dafür, diese Ausnahmen zukünftig ebenfalls zu streichen.

Wie schon erwähnt, haben wir zusammen mit unserem Koalitionspartner ein bundesweit einmaliges Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt mit einem Volumen von 36 Millionen € auf den Weg gebracht. Zentraler Punkt ist ein wegweisendes Programm zur Pestizidreduktion. Auch das gibt es bisher in keinem anderen Bundesland. Dieses Programm wird derzeit von den Häusern der beiden Minister Hauk und Untersteller abgestimmt und demnächst der Öffentlichkeit präsentiert. Ich kann Ihnen sagen: Auch da wird Baden-Württemberg wieder vorangehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir haben schon manches, was jetzt gefordert wird oder was auch in Bayern gefordert wurde, in der letzten Legislaturperiode sofort auf den Weg gebracht:

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Umbruchverbot für Grünland, Ausweitung des Schutzes von Gewässerrandstreifen, Pflege von Streuobstwiesen. All das ist in diesen acht Jahren geschehen. Der Naturschutz ist so schnell vorangekommen, wie das in vielen Jahrzehnten vor-

her nicht der Fall war. Wenn Sie dazu jetzt eine Debatte führen und behaupten, da sei nichts geschehen, kann ich nur noch den Kopf schütteln.

Meine Damen und Herren, ein ehrgeiziges Ziel ist es – das wird auch in diesem Volksbegehren verlangt –, den Pestizideinsatz bis 2025 zu halbieren. Aber ich denke, wir können dieses Ziel erreichen. Allerdings: Wir müssen auch die Landwirte mitnehmen, ihnen Perspektiven aufzeigen. Denn sie sind es, die unsere Kulturlandschaft pflegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf: so ist es!)

Schön wäre es in diesem Zusammenhang, wenn die Bundesregierung endlich den Rahmen, den Spielraum, den die EU für die zweite Säule lässt, ausschöpfen würde. Davon würde die baden-württembergische Landwirtschaft massiv profitieren. Aber leider ist das nicht geschehen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiteres zentrales Anliegen ist ein Anteil des Ökolandbaus von 50 % bis 2035. Baden-Württemberg liegt mittlerweile auf Platz 3 unter allen Bundesländern. Wir haben eine große Aufholjagd begonnen. 2011 betrug der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche noch 8 %. Jetzt liegt er bei 14 % – mit steigender Tendenz. Bald werden wir die 20%-Marke knacken, und dann werden wir sicherlich etwas zu feiern haben.

Ein weiterer Punkt: Wir haben 2018 neun Bio-Musterregionen eingeführt. Da wird der Ökolandbausektor gestärkt. Landwirtschaft, Verarbeitung, Lebensmittelhandwerk werden mit innovativen Ideen, mit Wissen und Engagement vorangebracht. Auch das ist ein großer Erfolg dieser Koalition.

Meine Damen und Herren, dieses Volksbegehren ist ein gutes Zeichen für eine lebendige Zivilgesellschaft. Unser Bestreben ist es, alle realistischen Ziele darin umzusetzen. So haben wir es auch im Gespräch mit den Initiatoren vereinbart.

Ich möchte zum Schluss sagen: Dieses Volksbegehren macht vor allem eines deutlich – das gilt insbesondere auch für den Kollegen Stoch –: Umweltpolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn man sie in allen Bereichen nachhaltig anwendet, und nicht dann, wenn man glaubt, man könne sie bei einem Einzelthema parteipolitisch ausschlichten.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Herr Kollege Stoch, da unterscheiden wir uns diametral von Ihnen. Deswegen sind bei Umfragen ca. 50 % der Menschen in der Bundesrepublik der Meinung, die Grünen haben große Kompetenz im Umwelt- und Klimaschutz.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So kann man sich täuschen!)

Bei der SPD sind es gerade noch 4 %, und wenn Sie so weitermachen, werden es noch weniger sein.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand in diesem Haus, so glaube ich, sitzt hier, weil er die Zukunft von irgendjemandem zerstören möchte oder weil er Probleme nicht angehen möchte.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Richtig!)

Wir haben vielleicht unterschiedliche Vorstellungen, wie wir die Zukunft gestalten, und wir streiten uns vielleicht auch über Wege. Aber die Zukunft aller Mitgeschöpfe, nicht nur der Menschen, sondern auch der Natur- und Kulturlandschaft in diesem Land, ist als Thema längst angekommen in allen Parteiprogrammen und in allen Parteien in diesem Haus.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein!
Mitnichten!)

Deswegen ist es immer gefährlich, wenn man so, wie es Herr Stoch vorhin getan hat, aber natürlich auch, wie es unser Koalitionspartner gern mal macht, Themen für sich ganz allein beansprucht. Ich glaube, darüber sind wir längst schon hinweg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jürgen Keck FDP/
DVP)

Liebe SPD, deswegen muss man, wenn man den Titel der heutigen Aktuellen Debatte sieht, sehr vorsichtig bei der Frage sein, in welche Richtung das geht. Es darf nicht in die Richtung gehen, dass wir sagen: „Wir brauchen das Volk, das uns aufrüttelt, damit wir zum Schluss anständige Politik machen.“ Denn wir tun den ganzen Tag nichts anderes, als uns darüber Gedanken zu machen, wie vernünftige Politik funktioniert – nicht nur im Bereich der Natur- und Kulturlandschaft, sondern auch in allen anderen politischen Bereichen. Gerade in einer Zeit, in der das Vertrauen der Menschen in die Politik vielleicht schon einmal besser war, sollten wir Politiker es vermeiden, dieses Misstrauen noch zu verstärken.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch sehe ich dieses Volksbegehren als Chance an, dass wir uns in der Naturschutzpolitik und auch in der Landwirtschaftspolitik noch einmal selbst hinterfragen und uns Fragen stellen, dass wir aber diesen Ball auch wieder in die Bevölkerung zurückspielen und sagen: Stellt euch auch selbst immer mal wieder die Fragen, um die es geht.

Es geht z. B. um die Frage, was Nachhaltigkeit bedeutet. Wenn ich bestimmte Bewirtschaftungsformen in Baden-Württemberg verbiete oder unmöglich mache, es mir im Supermarkt dann aber egal ist, dass der Apfel aus Südtirol natürlich genauso gespritzt ist wie der vom Bodensee, dann riskiere ich, dass es, wenn Pestizideinsatz in baden-württembergischen Landschaftsschutzgebieten verboten wird, den Apfel vom Bodensee demnächst nicht mehr gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Genauso ist es in vielen anderen Bereichen, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Klimapolitik macht man eben nicht dadurch, dass man die Stromproduktion in die Schweiz, nach Frankreich oder nach Polen verlagert, damit es bei uns in der Luft

– und vielleicht auch im Gewissen – sauberer wird. In Sachen CO₂-Verminderung können wir so insgesamt nicht vorankommen. Nachhaltigkeit heißt, dass ich vor meiner eigenen Haustür mit meinem eigenen Tun damit beginne, Dinge besser zu machen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:
Sehr gut!)

Das geht eben nur im Kompromiss. Dieser Kompromiss ist z. B. bei der Pestizidreduktion, dass wir die Kerngebiete – ja, auch die Naturschutzgebiete – frei halten. Aber wenn wir Bewirtschaftungsformen in Landschaftsschutzgebieten haben, muss man sich die Frage stellen, welche Auswirkungen dies hat.

Deswegen, lieber Kollege Walter, stelle ich mir natürlich schon die Frage, warum einzelne Verbände zwar auf der Initiatoren- und auch auf der Unterstützerliste stehen, die Grünen selbst aber nicht dabei sind. Ich habe schon gesehen, wer in Ihrer Fraktion gerade geklatscht hat, als Sie gesagt haben, dass Sie hundertprozentig hinter diesem Volksbegehren stehen, und wer in der Fraktion nicht geklatscht hat. Offensichtlich haben wir auch in Sachen Information noch ein bisschen Nachholbedarf, was das denn alles genau bedeutet.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Zuruf des Abg.
Jürgen Walter GRÜNE)

Deswegen lassen Sie mich zum Thema Bewertung nur so viel sagen: Herr Stoch, die erste Frage, die ich mir gestellt habe, war: Welche Biene meinen Sie denn mit der Aussage, dass sie zum Symbol geworden sei?

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Meinen Sie das Haustier Biene, also eine Art, von der es heute fast doppelt so viele gibt wie vor zehn Jahren?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Richtig!)

Dieser Anstieg der Population hat auch sehr viel damit zu tun, dass der Honigpreis aus Sicht der Imker heute viel attraktiver ist als 2007 oder 2008. Der Deutsche Imkerbund meldet – Sie können es nachlesen –, dass die Zahl der Bienenvölker in Deutschland inzwischen von 900 000 auf 1,3 Millionen und die Zahl der Imker von 80 000 auf 115 000 – allein die Mitglieder im Deutschen Imkerbund – angewachsen sind. Also scheint ja die Honigbiene nicht wirklich das Problem zu sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!
– Zuruf von der SPD: Wir reden auch nicht über die Honigbiene!)

Dann schauen wir uns mal die anderen Bienen an, um die es geht. Die haben wiederum mit der Milbe, über die man viel spricht, nichts zu tun, aber deren Bestand geht natürlich zurück. Da ist die Sache eben viel komplexer, als es vielleicht dem einen oder anderen erscheint.

Deswegen rate ich dazu, dass wir noch einmal kurz in Genesis nachschauen. Nach Genesis hat Gott die Welt in sechs Ta-

(Raimund Haser)

gen erschaffen, nicht in sieben. Denn am siebten Tag hat er geruht. Und an jedem Tag, an dem er etwas gearbeitet hat, hat er abends gesagt: „Und es war sehr gut.“

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, das hat er am letzten Tag gesagt!)

– Nein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nur am letzten Tag hat er „sehr gut“ gesagt!)

– Stimmt. Er hat recht. Gott hat zunächst gesagt: „Es war gut“, und am letzten Tag hat er gesagt: „Es war sehr gut.“

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Politik kann aber am siebten Tag nicht ruhen. Sie muss sich am siebten, am achten, am neunten und am zehnten Tag fragen, ob das, was wir tun, immer noch richtig ist, ob das, was wir von Tag 1 bis Tag 6 gemacht haben, immer noch gut ist. Das müssen wir uns selbstverständlich fragen. Aber wir müssen das auch mit einer Ruhe machen, wir müssen das auch in Gesprächen machen. Wir führen zurzeit z. B. viele Gespräche mit denjenigen, die nicht unter den Initiatoren sind. Ich möchte zunächst einmal wissen, warum diese nicht bei den Initiatoren stehen, bevor ich mich zu 100 % hinter so etwas stellen kann. Ich glaube, diese Zeit der Prüfung täte uns allen gut.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Voigtmann.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst danke ich Herrn Stoch dafür, dass er uns klargemacht hat, was die SPD unter dem von ihr für heute beantragten Thema überhaupt debattieren wollte. Das war ja etwas sibyllinisch ausgedrückt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Insofern haben wir jetzt etwas mehr Klarheit.

Wo wir uns nicht einmischen wollen, sind die Streitereien zwischen alten und neuen Koalitionspartnern, weil die Frage immer etwas kritisch ist, wer was wann wo nicht gemacht hat oder wer wann was vermisst oder verpasst hat. Wir können nur einen Teil dieser Zeit überblicken, da wir erst seit drei Jahren hier im Landtag sind, und müssen den Stellenwert des Umweltministeriums und seiner Arbeit letztlich nach dem, was wir bisher miterlebt haben, beurteilen.

Als Ausgangslage nehmen wir z. B. einen Blick auf die Webseite des Umweltministeriums. Dort finden sich viele harmlos klingende Sätze und auch einige Phrasen, die jedoch bei genauem Hinsehen erheblichen gesellschaftlichen Sprengstoff bergen. Gleich auf der Startseite heißt es etwa – ich zitiere –:

Klimaschutz bedeutet nicht nur, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Eine echte Energiewende umfasst die ganze Gesellschaft, jeden Haushalt und jedes Unternehmen.

Da wir alle wissen, dass die Energiewende beschlossene Sache ist, dürfte klar sein, wohin die Reise geht, nämlich Schritt für Schritt in ein sozialistisches Gesellschaftsmodell

(Lachen bei den Grünen)

grüner Prägung. – Sie müssen abwarten.

Oder wollen Sie, die Grünen, den Menschen tatsächlich weismachen, dass Sie den Weg in eine liberale Gesellschaft suchen?

(Unruhe bei den Grünen)

Ganz offensichtlich sind Sie nicht an einer Gesellschaft interessiert, in der jeder „nach seiner Façon selig werden“ kann, wie dies einst Friedrich der Große seinen Preußen zugestanden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nein, mit Liberalismus und freiheitlicher Gesinnung haben Sie nicht das Geringste am Hut – können Sie auch gar nicht haben; denn wer der festen Überzeugung ist, dass es ohne radikale Änderungen des westlichen Lebensstils zwangsläufig zur Klimakatastrophe kommen muss, der besitzt keinerlei politische Spielräume, seinen Bürgern persönliche Freiheiten zuzubilligen.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Mensch muss kraft höherer Einsicht anderen Menschen vorschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben – eben genau das Verhalten, das Sie ständig an den Tag legen. Sie können gar nicht anders, als die Menschen zu bevormunden und zu gängeln; schließlich geht es in Ihren Augen um nicht weniger als das Überleben der Menschheit.

Inzwischen haben Sie Ihre Machtinstrumente so verfeinert, dass Sie auf knallharte Verbote weitgehend verzichten können. Man muss es – wie z. B. beim Diesel – nicht verbieten; es genügt völlig, die Schadstoffgrenzen sukzessive nach oben „anzupassen“, um das Ziel zu erreichen, das man letztlich erreichen will.

Auch der automobiler Individualverkehr lässt sich ganz ohne Verbote zurückdrängen. Um dem Bürger das Autofahren zu verleiden, haben sich ordnungspolitische Maßnahmen wie verkehrsberuhigte Zonen, Tempolimits oder die Reduzierung von Fahrspuren oder Parkmöglichkeiten als überaus zweckdienlich erwiesen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Voigtmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rotmann zu?

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Herrn wie?

Präsidentin Muhterem Aras: Rottmann, Ihres Fraktionskollegen?

(Heiterkeit bei den Grünen und der FDP/DVP)

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Der heißt Rottmann, und ich möchte jetzt keine Zwischenfragen zulassen.

(Abg. Daniel Born SPD: Derzeit sind Sie noch in derselben Fraktion! – Zurufe von den Grünen und der FDP/DVP)

„Rotmann“ klang so nach links.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Voigtmann hat das Wort. Jeder Redner entscheidet selbst, ob er eine Zwischenfrage zulässt oder nicht.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Sollte noch jemand wie weiland Reinhard Mey glauben, dass über den Wolken die Freiheit wohl grenzenlos sei, der wird von den Grünen schnell auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Fliegen ist total verpönt und so ziemlich das Schlimmste, was man dem geschundenen Planeten antun kann, es sei denn, man ist im Führungskader der berühmt-berüchtigten Wein-Wasser-Pre-diger. Erst kürzlich wurden die Herren des Führungskaders auf einem Inlandsflug, sozusagen „auf frischem Flug“, ertappt.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört!)

Also, man misst auch dort mit zweierlei Maß.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wenn es nach dem Willen der Grünen geht, wird man künftig nicht einmal mehr seine Lebensmittel frei wählen dürfen. Fleisch geht aus ökologischen Gründen natürlich überhaupt nicht. Von den übrigen Dingen des täglichen Bedarfs, die mit Fairtrade-Labels und „Fairkauf“ angepriesen werden, lässt man ohnehin demnächst besser die Finger.

Doch es sind beileibe nicht nur die individuellen Freiheiten, die aus der Sicht der Grünen massiv zu beschneiden sind. Auch die Wirtschaft darf sich den unentwegten Appellen an die Einsicht in ökologische Notwendigkeiten nicht verschließen. Insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen wird erheblicher Druck ausgeübt; denn das Umweltministerium verfolgt das Ziel, aus Baden-Württemberg ein Nachhaltigkeitsmusterland zu machen.

Bereits im Jahr 2014 wurde die sogenannte WIN-Charta – „Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit“ – ins Leben gerufen. Unternehmen, die mitmachen wollen – also, „wollen“ ist nett gesagt –, bekunden per Unterschrift ihre Selbstverpflichtung, fortan auf dem Pfad der Nachhaltigkeit zu wandeln und ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Verantwortung nachzukommen.

Ob UN, EU, Bundesregierung oder Landesregierungen – alle Welt redet von Nachhaltigkeit. Auffallend ist, dass dieser Begriff immer häufiger auch auf den Bereich des Sozialen ausgeweitet wird. Die Absicht ist klar: Wenn der Klimawandel nachhaltiges Handeln erfordert, ein solches aber nur global funktioniert, dann bedarf es zwingend des sozialen Ausgleichs aller Akteure weltweit.

Ahnen Sie jetzt vielleicht, warum gerade die Menschen in den östlichen Bundesländern dieser Idee so skeptisch gegenüberstehen? Haben sie doch schließlich gerade erst das real existierende Modell des Sozialismus mit großen Anstrengungen überwunden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Welches Politikfeld die Grünen auch immer beackern, Dreh- und Angelpunkt ist für sie stets das CO₂. Jedwedes Regierungshandeln bezieht seine Rechtfertigung aus der Absicht,

CO₂ zu vermeiden. Es ist verrückt, doch ausgerechnet diesem in verschwindend geringer Konzentration vorkommenden und für jedes Leben auf der Erde unverzichtbaren Spurengas hat man den Krieg erklärt und darauf basierend ein Machtsystem errichtet, das längst quasireligiöse Züge trägt.

Die Methoden, den Menschen zu disziplinieren und zu beherrschen, sind denen des Mittelalters relativ ähnlich: ein schlechtes Gewissen wegen begangener Umweltsünden, panische Angst vor klimatisch bedingten Höllenqualen und die Bereitschaft, Ablassbriefe in Form von überhöhten Stromrechnungen oder schließlich additiven CO₂-Abgaben zu akzeptieren.

Keine Frage: Unsere Gesellschaft driftet weitgehend unbemerkt in eine totalitär-sozialistische Richtung ab.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Damit dies möglichst unbemerkt bleibt, versteckt man seine wahren Absichten hinter scheinbar demokratischem Firlefanz. Ich verweise hier nur auf das IEKK, das sogenannte Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept mit 150 Maßnahmen. Eine davon ist z. B. die angedachte Solardachpflicht bei Neubauten –

(Abg. Anton Baron AfD: Verrückt, verrückt, verrückt!)

was natürlich den Neubau in enormer Weise fördern wird.

Was tut der Minister, um möglichst keinen Wirbel zu veranlassen? Er stellt das zunächst einmal als Vorschläge ins Internet und sammelt dazu die entsprechenden Diskussionsbeiträge. Zum Schluss, ab Juli, wird er das dann resümieren. Danach geht es unter größtmöglicher Berücksichtigung der vorgebrachten Bürgerwünsche an die Umsetzung der Maßnahmen in verbindliche Verwaltungsakte. Das erinnert ein bisschen an den Weißbuchprozess des Herrn Jean-Claude Juncker in der EU nach dem Motto: Wir machen mal einen Schritt und schauen, was passiert; wenn sich kein großer Widerstand regt, machen wir einfach so weiter; wenn es Widerstand gibt, ziehen wir es elegant zurück und kommen irgendwann damit wieder.

Abschließend noch ein kritisches Wort zu den erneuerbaren Energien: Sind wir denn wirklich noch auf dem neuesten Stand unserer Zeit? Schauen wir tatsächlich noch aus unserer Blase und über unseren eigenen Tellerrand? Dann müssten wir eigentlich längst erkannt haben, dass wir uns mit unserer Alleinstellungslösung – gleichzeitig raus aus Kohle und aus Kernkraft – längst restlos von der sonstigen Welt isoliert haben und auch die Befreiung vom CO₂ in weite Ferne gerückt ist. Die erfolgreichen Industriestaaten dieser Erde verfolgen längst die Realisierung inhärenter Kernkraftwerke der vierten Generation, welche ihnen die Bereitstellung der enormen Strommengen für Industrie 4.0, autonomes Fahren und ähnliche Dinge zu geringsten Gesteungskosten ermöglichen. In ein paar Jahren können wir dieser Entwicklung dann nur noch hinterherhecheln, ohne die Chance, unsere alte Führungsposition wiederzuerlangen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

(Klaus-Günther Voigtmann)

Wir werden uns dann leider mit dem Rang eines Entwicklungslands begnügen müssen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Haser hat es gut vorangestellt: Alle – fast alle – wollen, dass Umwelt, Klima und Natur geschützt werden. Nur über die Wege sind wir uns nicht immer einig.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deswegen ist es gut, dass wir heute einmal auf acht Jahre grün geführtes Umweltministerium zurückblicken und uns fragen: Was ist denn in dieser Zeit passiert? Viele Worte, viele Broschüren – z. B. ein nachhaltiges Kochbüchlein –, viele Veranstaltungen, zu denen leider oft nur wenige aus dem Volk kamen, viele Reisen zu Klimakonferenzen, u. a. nach Kalifornien, zu Treffen der „Under2 Coalition“.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Im Juli 2013 wurde ein Klimaschutzgesetz verabschiedet mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß des Landes bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 % und bis 2050 um 90 % zu senken. Im Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept wurden dann über 100 Strategien genannt, wie die öffentliche Hand, die privaten Haushalte und die Unternehmen dieses Ziel erreichen können.

Wo stehen wir jetzt? Bei 11 %. Bis 2020 ist nicht mehr viel Zeit; bis dahin brauchen wir noch 14 Prozentpunkte. Aber es gibt ein Erklärvideo; darin ist zu sehen, wie es gehen soll und wie man mitmacht.

Ich frage Sie jedoch, meine Herren und Damen von der Regierung: Wo sind die Fotovoltaik- und Solaranlagen auf den Gebäuden der öffentlichen Hand?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben im Jahr 2015 ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz verabschiedet. Darin heißt es, dass Heizung und Warmwasserbereitung zu einem hohen Anteil für den Ausstoß von Treibhausgasen verantwortlich sind. Dieser soll reduziert werden. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz schreibt vor, dass der Anteil erneuerbarer Energien deutlich erhöht werden muss. Deswegen verlangt man z. B. beim Kesselaustausch einen Anteil von 15 % erneuerbare Energien.

Was ist die Folge? Die Evaluation ergab, dass die Baden-Württemberger in geringerer Zahl als die Menschen in anderen Bundesländern ihre Kessel austauschen. Lieber flicken sie den alten noch einmal, als sich auf eine aufgezwungene Politik einzulassen. Das Volk stimmt mit dem Kaufverhalten ab. Die Menschen haben halt keine Lust, sich vorschreiben zu lassen, was sie kaufen sollen, und so verpuffen auch die Chan-

cen, die durch technischen Fortschritt bei Heizungskesseln allein schon erzielbaren Treibhausgaseinsparungen zu realisieren.

„Under 2 MOU“ – ein hochgelobter und in das Schaufenster gestellter Vertrag mit Kalifornien und anderen Regionen in der Welt. Offensichtlich ist die Jugend an diesem Schaufenster achtlos vorbeigelaufen. Ansonsten würden zumindest in Baden-Württemberg keine „Fridays for Future“-Demonstrationen erforderlich sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die sind auch sonst nicht erforderlich! Die sollen in die Schule gehen und lernen!)

Aber einen Fußabdruck durch das Fliegen hat man auf jeden Fall erreicht. Der Fußabdruck des Umweltministeriums beim Fliegen ist der größte von allen Ministerien.

Wir haben einen neuen Windatlas. Auch das wurde auf den Weg gebracht – allerdings erst nach den Kommunalwahlen, um die Wähler nicht zu irritieren. Dieser hat nun die bisherigen Planungen der Regionalverbände ziemlich durcheinandergewirbelt und bei den Menschen für Gegenwind gesorgt, die in den neu ausgewiesenen windhöflichen Gebieten wohnen.

Was haben wir noch auf den Weg gebracht? Den Rückbau der Kernkraftwerke. Es sind keine öffentlichen Begeisterungstürme hörbar. Hörbar sind aber die Bürgerinnen und Bürger, die keinen freigemessenen Bauschutt aus Atomkraftwerken auf Deponien vor ihren Haustüren haben wollen. Sie vertrauen den Behörden nicht mehr. Wer Angst sät, erntet auch Angst.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

In Baden-Württemberg gibt es nach wie vor Städte, die nicht so sauber sind wie Städte in anderen Bundesländern. „Luftqualität à la Davos“ zu erreichen – um DIE WELT zu zitieren – ist natürlich nicht einfach. Aber es ist schon erstaunlich, dass die grün regierte Stadt Stuttgart, die in diesem Bereich seit acht Jahren Chancen hatte, diese nicht genutzt hat –

(Zuruf von der AfD: Hört, hört! – Abg. Anton Baron AfD: Der Bürgermeister ist eine Fehlbesetzung! Das weiß jeder!)

offensichtlich nicht, denn mit dem, was sie gewünscht haben, haben sie das Volk nicht erreicht. Statt mit gutem Beispiel im eigenen, originären Einflussbereich voranzugehen, Vorbild zu sein, macht man dem Volk Vorschriften und gibt Empfehlungen. Statt den technischen Fortschritt konsequent zu nutzen und einzusetzen, braucht es erst ein Gerichtsurteil zum Neckartor, um danach die Themen Luftfilter, Straßenbelag, Gebäudefarbe und Verkehrslenkung konsequent anzugehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Mooswände!)

Und nun die neueste Aktion des Volkes, kurz „Bienen-Volksbegehren“ genannt: Offensichtlich haben die Aktivitäten des Umweltministeriums zum Artenschutz und zur Biodiversität nicht ihren Weg in die Ohren des Volkes gefunden. Lieber wird man selbst aktiv mit einem Volksbegehren, das auf bayerischem Vorbild basiert. In Bayern hatte das Volksbegehren

(Gabriele Reich-Gutjahr)

„Artenvielfalt & Naturschönheit“ – auch bekannt unter dem populistischen Namen „Rettet die Bienen!“ – zugegebenermaßen durchschlagenden Erfolg: 18,3 % der eintragungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger haben sich eingetragen.

Der Gesetzentwurf des hiesigen Volksbegehrens sieht noch viel höhere Ziele vor, als es in Bayern bereits der Fall war. Hier fordert man, bis 2025 gleich 25 % der Flächen und bis 2035 50 % auf Ökolandbau umzustellen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was sagen Sie denn dazu, die FDP?)

Ich komme gleich darauf zu sprechen. – In der Presse war zu lesen, dass die FDP den Gesetzentwurf zum Artenschutz ablehnt. Das ist richtig. Wir lehnen Gesetzesänderungen ab, die Erkenntnissen vorgreifen, die erst noch gewonnen werden müssen. Bereits im Juni 2017 haben wir seitens der FDP ein systematisches Monitoring zur Klärung des Rückgangs des Insektenbestands gefordert. Die Verengung der Diskussion auf die Auswirkungen der modernen Landwirtschaft auf dieses Phänomen kritisieren wir. Das Problem ist doch nicht allein die Landwirtschaft. Es geht zunächst einmal darum, die Fragen zu klären, warum wir einen Rückgang des Insektenbestands verzeichnen

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Haben wir den überhaupt?)

und wie dieser genau aussieht. Die Quellen der Veränderung muss man erkennen, dann kann man auch Maßnahmen festlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 1981 gab es schon Untersuchungen zum Insektenrückgang im Vergleich zu 1951! 1981!)

Das Umweltministerium hat auf unseren Antrag, den wir im Jahr 2017 formuliert hatten, geantwortet:

Für das Land Baden-Württemberg liegen keine langfristigen, systematisch erhobenen Daten vor, die eine Aussage zur Entwicklung der Insektenarten und Fluginsekten-Biomasse zulassen.

Das dann in der Folge beschlossene Monitoring zur Artenvielfalt, Herr Minister Untersteller, haben wir deshalb bei den Haushaltsberatungen auch aus voller Überzeugung mitgetragen. Jetzt gilt es aber, die Ergebnisse abzuwarten, bevor man zu weitreichenden Gesetzesänderungen kommt. Die in diesem Volksbegehren vorgeschlagenen Änderungen greifen natürlich massiv in das individuelle Eigentum und die Nutzungsrechte der Bauern ein.

Deswegen gilt es hier, die Dinge mit aller Vorsicht anzugehen. Einen Fingerzeig darauf, was passiert, wenn man eigentumsfeindliche Daumenschrauben anzieht – z. B. die Behinderung des Umgangs bei Streuobstwiesen –, haben Streuobstwiesenbesitzer in Bayern gegeben. Sie haben nämlich im Vorgriff auf diese Entscheidungen ihre Bäume einfach abgesägt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Illegal!)

– Das ist am Schluss egal, wenn der Baum weg ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das stimmt, aber es ist ein einmaliger Vorgang gewesen, der angezeigt wurde und bestraft wird! Illegalität kann ja nicht Ihre Messlatte sein!)

Betroffene im Volk stimmen in diesem Fall mit der Säge ab.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Finden Sie das gut?)

Diese Möglichkeit hat man, wenn angefangen wird, die Dinge aufzustacheln. Deswegen muss man mit diesen Dingen auch mit aller Vorsicht und Ehrlichkeit umgehen und darf nicht polemisch Bauern und Streuobstwiesenbesitzern hier einen Eingriff in ihre Eigentumsrechte zumuten, der absolut nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das Gleiche gilt für die Vorgaben zum landwirtschaftlichen Ökolandbau. Hier wird gefordert, dass etwa 25 % bereits 2025 und 50 % 2035 umgesetzt werden sollen. Abgesehen davon, dass dies eine planwirtschaftliche Zielvorgabe ist, die angesichts des eher langsamen und stetigen Wachstums der einschlägigen Vermarktungsstrukturen mutmaßlich nur durch ein abenteuerlich teures Förderprogramm zu erreichen wäre, muss man auch die Frage stellen, ob man einen derart hohen Anteil des Ökolandbaus um jeden Preis will.

Vorhin wurde das schon angesprochen. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Bundestag hat einmal ausgerechnet, dass das Ziel von 20 % Ökolandbau in Deutschland heißen würde, dass wir, um den Selbstversorgungsgrad zu erhalten, eine zusätzliche Nutzfläche brauchten, die halb so groß wäre wie Thüringen. Sie können selbst hochrechnen, was das für 50% bedeuten würde.

Man muss also, bevor man sich hinter solche Forderungen stellt und sich alle freuen, dass alle mitmachen, aber die Vernunft dabei auf der Strecke bleibt, das Ganze auch mit gesundem Menschenverstand betrachten. Denn der Staat muss am Schluss mehr subventionieren. Insofern ein Tipp ans Innenministerium: Auch hier entstehen Kosten. Davon kann man heute schon ausgehen.

Zurück zum Volk: Dieses Volksbegehren ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die Bemühungen des Umweltministers offensichtlich kein Gehör finden und man nicht daran glaubt, dass die Dinge auch umgesetzt werden. Denn die eigene Partei gehört zu den offiziellen Unterstützern.

Herr Walter sagte es vorhin auch schon, und in der „Stuttgarter Zeitung“ wird das auch zitiert: Baden-Württemberg bringt als erstes Land einen Fahrplan zu einem möglichst natürlichen landwirtschaftlichen Anbau auf den Weg, und auf dem Weg dahin gibt uns das Volksbegehren Rückenwind. Offensichtlich braucht das Umweltministerium Rückenwind aus allen Richtungen. Denn es gibt einen Fahrplan, es gibt viel heiße Luft, wahrscheinlich gibt es auch Züge, die die Umwelt und das Klima retten sollen – aber nichts fährt los. Kein Wunder, bei so viel Wind aus allen Richtungen kommt das Umweltministerium nicht voran.

Zum guten Schluss vielleicht noch einen Tipp aus der Wirtschaft – Sie haben gesagt, man kann das alles nur erreichen,

(Gabriele Reich-Gutjahr)

wenn Politik, Wirtschaft und private Haushalte zusammenarbeiten –: Die Industrie hat sich nun auf den Weg gemacht, zu zeigen, wie CO₂-neutrales Wirtschaften geht.

In der Wirtschaft gibt es auch die Idee des Benchmarkings. Man soll sich bei den Besten umgucken, wie die vorgehen. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn das Umweltministerium oder die Regierung, statt immer den anderen zu sagen, was diese zu tun haben, mal dorthin geht, wo man zumindest schon gezeigt hat, dass man Ziele erreichen kann, damit wir in Baden-Württemberg in Umwelt-, Klima- und Naturschutz wirklich vorankommen. Das ist unser gemeinsames Ziel. Im Moment ist aber zu viel Wind und zu wenig Vorwärtsbewegung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der freut sich schon!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Natur ist in die roten Zahlen gerutscht. Man kann auch sagen: Sie ist tief in den roten Zahlen! Das hat jedenfalls der Bericht des Weltbiodiversitätsrats über den Zustand unserer Biosphäre, der im Mai veröffentlicht wurde, gezeigt. Ergebnis dieses Berichts ist, dass wir uns mitten in einem globalen Artensterben befinden,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Schon wieder Angstpropaganda! Das ist ja grässlich! – Gegenruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

das es in dieser Form seit 65 Millionen Jahren nicht mehr gegeben hat. Eine Million von rund neun Millionen Arten, die es auf der Welt gibt, sind laut diesem Bericht vom Aussterben bedroht.

Im Gegensatz zu früheren Erdzeitaltern sind in diesem Fall aber nicht nur Naturkatastrophen der Grund, sondern wir sind das.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ein Unsinn! Angstmacher! Tatsachenverdrehler!)

Wir vernichten, was uns ernährt. Wir vernichten, was uns kleidet, was uns Schutz bietet, was uns inspiriert. Wir vernichten letztendlich das, was uns am Leben hält. Man könnte auch sagen: Wir lösen gerade unsere eigene Lebensversicherung auf.

Jedes Tier, jede Pflanze ist letztendlich Teil des Netzes unseres Ökosystems. Dieses Netz bekommt zunehmend Risse – jedes Mal, wenn eine Art ausstirbt. Es kann sein, dass dieses Netz irgendwann reißt. Wir wissen: Was ausgestorben ist, ist in der Regel für immer verloren.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wenn man einmal schaut, lieber Kollege Stoch, was wir in den letzten Jahren in Baden-Württemberg angesichts dieser Entwicklung getan haben, sieht man, dass das durchaus eini-

ges war. Ich finde, darauf könnten Sie gemeinsam mit uns wirklich ein wenig stolz sein. Wir haben die Mittel im Naturschutz in der letzten Legislaturperiode verdoppelt: von 30 Millionen € auf 60 Millionen €.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wurde genannt!)

Wir haben neue Schutzgebiete ausgewiesen, den Nationalpark, das Biosphärengebiet im Südschwarzwald. Wir haben mit den Landschaftserhaltungsverbänden eine neue Struktur eingeführt: 22 Geschäftsstellen in Baden-Württemberg als Bindeglied zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Wir haben die Naturschutzfachverwaltung in Baden-Württemberg gestärkt.

In dieser Legislaturperiode haben wir – das ging mit euch von der SPD nicht, das muss ich schon einmal sagen; in der letzten Legislaturperiode musste ich um jeden Euro kämpfen – das Sonderprogramm zur Stärkung der Biodiversität mit einem Volumen von 36 Millionen € aufgelegt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn ich mit meinen Kollegen aus anderen Bundesländern spreche, höre ich immer vor allem eines: Neid darauf, was wir in den letzten Jahren hier vorangebracht haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE zur SPD: Neidisch seid ihr!)

Aber – auch das gehört zur Wahrheit, Herr Kollege Stoch – all dies reicht letztendlich nicht aus. Es reicht nicht aus, um den Trend, den ich eingangs geschildert habe, aufzuhalten und zu stoppen.

Dass dieses Thema – übrigens auch mit der Krefelder Studie aus dem Jahr 2017 als Ausgangspunkt, gefolgt von dem bayerischen Volksbegehren und dem, was wir hier in Baden-Württemberg mit dem Volksbegehren erleben – jetzt ins öffentliche Bewusstsein kommt, dafür kann ich als Naturschutzminister doch nur dankbar sein –

(Abg. Anton Baron AfD: Naturschutzminister? Sie sind Umweltminister!)

dankbar dafür, dass das nicht mehr nur ein Nischenthema ist, um das sich in der Vergangenheit nur die Interessierten und die Ehrenamtlichen im Naturschutz gekümmert haben. Darüber, dass dies mittlerweile im Zentrum der gesellschaftlichen Debatte angekommen ist, bin ich erst einmal froh.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wenn sich in Bayern jetzt Menschen engagieren und in die Rathäuser gehen – 1,4 Millionen Menschen gingen zum Unterschreiben in die Rathäuser –,

(Abg. Anton Baron AfD: Die werden wahrscheinlich Gummibärchen bekommen haben! Eingepackt in Kunststoff!)

zeigt das doch, dass dies die Menschen umtreibt und dass ihnen dieses Thema wichtig ist. Sie engagieren sich für biologische Vielfalt, sammeln dafür Unterschriften und bringen ein Begehren auf den Weg – auch hier in Baden-Württemberg.

(Minister Franz Untersteller)

Das finde ich erst einmal gut, um es einmal so deutlich zu sagen. Wir brauchen dieses zivilgesellschaftliche Engagement für unsere natürliche „Lebensversicherung“ – um diesen Begriff noch einmal zu erwähnen.

Trotzdem kommt es, wie gesagt, nicht von ungefähr, dass das Volksbegehren „Pro Biene“ keine bloße Kopie des bayerischen Volksbegehrens ist.

(Abg. Andreas Schwarz und Abg. Jürgen Walter
GRÜNE: Sehr richtig!)

Das ist überhaupt kein Zufall. Besser als die Bayern sind wir in Baden-Württemberg nämlich in etlichen Bereichen schon jetzt.

Ich will einiges nennen: Im bayerischen Volksbegehren standen Aspekte, die wir in Baden-Württemberg seit etlichen Jahren umsetzen. Nehmen wir das Thema Grünlandumbruchverbot, in Baden-Württemberg längst gesetzliche Grundlage, mit Ihnen von der SPD in der letzten Legislaturperiode gemeinsam umgesetzt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Habe ich vorhin doch genannt!)

Ein anderes Beispiel ist die Ausweitung des Gewässerschutzes in Baden-Württemberg, sprich der Gewässerrandstreifen. Bayern fiel davon ab.

Nehmen wir die Ausweisung der Schutzgebiete, die ich eben genannt habe.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ist genannt worden!)

Oder nehmen wir den Moorschutz.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das wurde doch alles genannt!)

All das sind Aspekte, bei denen ich sagen würde: Da sind wir vorndran. Bayern ist sozusagen auf dem Weg dorthin, wo wir heute schon sind.

(Zuruf des Abg. Harald Pfeiffer AfD)

Wie man dann hier sagen kann, das Volk begehre gegen uns auf – Leute, bleibt einmal ein bisschen bei den Fakten. Ihr redet die Erfolge, die wir mit euch gemeinsam erreicht haben, schlichtweg schlecht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD:
Nein! Ich habe das doch genannt! – Weitere Zurufe
von der SPD)

Parallel unterstützen wir – um ein weiteres Thema zu nennen; auch das war eine Forderung und ist übrigens im jetzigen Volksbegehren mit enthalten; dazu will ich gleich noch etwas sagen – die Pflege unserer Streuobstbestände und die zahlreichen Streuobstgütlebesitzer.

Das Volksbegehren Artenschutz in Baden-Württemberg ist – ich habe versucht, es deutlich zu machen – im Grundsatz eine gute Sache. Auch wenn die Umsetzung bei einigen Punkten – das gehört auch zur Wahrheit – nicht so einfach sein wird, stimme ich mit vielen Vorschlägen und Ansätzen in diesem Volksbegehren vom Grundsatz her überein. So ist bereits

jetzt ein Ziel der Landesregierung, den Anteil der landwirtschaftlichen Flächen in ökologischer Bewirtschaftungsweise deutlich zu erhöhen.

Schauen wir einmal, wo wir heute stehen, und betrachten einmal die Zahlen auf der Grundlage der Öko-Verordnung der EU: Im Land gibt es, Stand 2018, rund 197 000 ha ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen. Das sind 9 290 Betriebe. Was die Gesamtzahl der Betriebe betrifft, befinden sich 23,5 % der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hier in Baden-Württemberg. Damit stehen wir auf Platz 1 in der Bundesrepublik.

Ganz besonders wichtig ist noch die Dynamik. Die Dynamik ist in keinem anderen Bundesland so groß wie in Baden-Württemberg.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

In den letzten Jahren gab es eine jährliche Zunahme von über 10 %. Das ist erst einmal eine Erfolgsgeschichte. Ich denke, das ist auch ein gutes Signal im Hinblick auf das ganze Thema „Wachstum des ökologischen Landbaus“. Das sollte man zunächst mal nicht schlechtreden.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der
CDU)

Die Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie ist zwischen den Häusern in Abstimmung. Dass dies nicht immer ganz einfach ist, gehört, meine ich, zur Ehrlichkeit dazu. Aber gehen Sie einmal davon aus: Zum Schluss kommen wir zu einem Ergebnis, das uns in Baden-Württemberg bei diesem Thema dann auch weiterführt.

Gegen die im Volksbegehren geforderten verschiedenen Berichtspflichten, beispielsweise zum Thema „Status der ökologisch genutzten landwirtschaftlichen Flächen“ oder auch zum Thema „Einsatz von Pestiziden“, ist aus meiner Sicht vom Grundsatz her nichts einzuwenden. Wenn die Zahlen dann vorliegen, sollte man das meines Erachtens auch wirklich machen.

Es gibt aber auch Punkte im Volksbegehren, deren Sinnhaftigkeit ich ein bisschen hinterfragen will und die auch nicht so einfach umzusetzen sind. Ich nehme einmal das Thema „Stärkerer Schutz von Streuobstwiesen“. Das kann man machen, aber aus meiner Sicht geht das völlig am Problem vorbei. Das Hauptproblem ist in Baden-Württemberg nicht, dass die Streuobstwiesen zu wenig geschützt sind, sondern es ist die nachlassende Tätigkeit in den Streuobstwiesen, die dazu führt, dass 80 % unserer Streuobstwiesen in einem unzureichenden und schlechten Pflegezustand sind und nicht mehr nachhaltig bewirtschaftet werden. Das ist das Kernproblem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Eine Vermarktung der Streuobstprodukte ist natürlich vielfach nicht rentabel. Klar gibt es überall die Aufpreisinitiativen; Kollege Rösler ist da ja sehr stark engagiert. Aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein vor dem Hintergrund, dass in den Läden überall Apfelsaft auf der Basis von Konzentraten im Regal steht. Und das Konzentrat kommt irgendwo aus China oder anderen asiatischen Ländern. Das ist das Problem.

(Minister Franz Untersteller)

Wenn wir wollen, dass auf den Streuobstwiesen mehr passiert, dann müssen wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch klarmachen, dass sie mit darüber entscheiden, ob ihre Kinder und Enkel in Zukunft noch blühende Streuobstwiesen am Rande der Schwäbischen Alb haben oder nicht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von den Grünen: Bravo! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Richtig! Es ist bisher kein Ton dazu gesagt worden!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Untersteller, lassen Sie Zwischenfragen zu, und zwar von Herrn Abg. Dr. Balzer und ...

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein.

Präsidentin Muhterem Aras: ... Herrn Abg. Dr. Fiechtner?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein. Nein, die lasse ich jetzt nicht zu.

(Unruhe)

Ich will noch einmal deutlich machen: Klar kann man das machen und mehr rechtlichen Schutz bieten, aber man sollte auch nicht so tun, als stünden die Streuobstwiesen nicht zu einem Großteil schon heute unter einem rechtlichen Schutz.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die meisten dieser Streuobstwiesen sind als Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete usw. ausgewiesen.

Aber das Kernproblem ist ein ökonomisches. Wir müssen uns Gedanken machen, wie es uns gelingt, dass die Produkte, die da erzeugt werden, zukünftig einen besseren Preis bekommen und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern dann auch angenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt auch Idealismus!)

Ein weiteres Thema ist der Insektenschutz. Dies ist ein wichtiges und berechtigtes gesellschaftliches Anliegen. Ich denke, da sind wir uns einig. Das darf dann aber nicht – das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen; das vermisste ich ein bisschen bei den Initiatoren des Volksbegehrens – einseitig zulasten der Landwirte gehen. Wenn beispielsweise Baden-Württemberg ein umfassendes Pflanzenschutzmitteleinsatzverbot verabschieden würde, das aber in anderen Ländern nicht gemacht wird – Kollege Haser hat vorhin darauf hingewiesen –, dann hätte das natürlich unmittelbare Auswirkungen auf den Wettbewerb, und die betroffenen Landwirte würden zum Teil deutliche Einkommensverluste hinnehmen müssen, wenn nicht auf der anderen Seite ein entsprechender Ausgleich da wäre – dann muss man aber die dafür erforderlichen Mittel auch wirklich haben. Auch sollten – das gehört zur Wahrheit auch dazu – Verbraucherinnen und Verbraucher bereit sein, dafür mehr zu zahlen. Denn der Aufwand im ökologischen Landbau ist nun einmal höher; da sind wir uns, denke ich, einig.

Daher ist es ganz so einfach, wie es da drinsteht, nun auch wieder nicht – was aus meiner Sicht nicht gegen das Ziel spricht, den Ökolandbau zu verstärken. Wie gesagt: Wir sind da schon auf einem durchaus guten Weg, Stichwort: 10 % Dynamik jedes Jahr. Aber ich finde, zu sagen, dass es dann größerer öffentlicher Unterstützung bedarf, dass der Steuerzahler verstärkt herangezogen werden müsste, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr zahlen müssten, gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir müssen also die Interessen der betroffenen Landnutzer bei diesem Thema mit im Blick behalten; denn für den Erhalt unserer artenreichen Kulturlandschaft – das gehört auch zur Wahrheit – ist natürlich die Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft elementar wichtig. Nur Naturschutz zu betreiben und das Ganze auf die Naturschutzflächen zu reduzieren, das wird scheitern. Wir brauchen den Schutz auf der Fläche insgesamt. Wenn wir rund 45 % landwirtschaftliche Nutzfläche in Baden-Württemberg haben – irgendwo in dieser Größenordnung –, dann werden wir nur dann Erfolg haben, wenn es uns gelingt, den Druck auf diese Flächen zu verringern und dafür zu sorgen, dass mehr Biodiversität in diesen Flächen vorhanden ist.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf: Richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne die Landwirtinnen und Landwirte – auch die konventionellen; das will ich an dieser Stelle ausdrücklich dazusagen – können wir unsere vom Menschen erschaffenen Kulturlandschaften nicht erhalten, und ohne Landwirtschaft ist letztendlich kein umfassender Artenschutz möglich.

Fakt ist allerdings auch – das will ich an dieser Stelle sagen –: Der Artenschwund ist vor allem in der Agrarlandschaft zu verzeichnen. Deshalb müssen wir uns auch darum kümmern, dass der Pestizideinsatz reduziert wird. Hier setzt das Volksbegehren grundsätzlich an einem richtigen und wichtigen Thema an.

Ich fasse zusammen: Die Landesregierung tut vieles für den Artenschutz. Es reicht bisher nicht aus, um den Artenrückgang zu stoppen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Übrigens: Es reicht auch nicht aus, was die in den letzten sechs Jahren an der Spitze des BMU stehenden SPD-Kolleginnen und -Kollegen – alle drei von mir sehr geschätzt – auf den Weg gebracht haben. Daher müssen wir uns in den kommenden Jahren gemeinsam darum kümmern, wie wir diese eingangs geschilderte Situation des dramatischen Artenrückgangs in den Griff bekommen, ohne dass das zulasten einer Gruppe geht, in diesem Fall der Landwirtinnen und Landwirte. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, aber ich glaube, dass das durchaus gelingen kann.

Noch einmal mein Tipp an die Freundinnen und Freunde der SPD: Distanziert euch nicht von den eigenen Erfolgen, die ihr mit uns errungen habt,

(Zuruf von der SPD: Tun wir nicht!)

(Minister Franz Untersteller)

sondern hilft mit, dass es in den nächsten Jahren gemeinsam auf diesem Weg weiter vorangeht. Damit wäre der Sache mehr gedient als mit so einer Aktuellen Debatte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird es schwierig!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben in der Debatte heute von den Regierungsfractionen nicht gehört, warum sie – gerade auch der grüne Landesverband – sich nicht diesem Volksbegehren anschließen möchten.

(Zurufe von den Grünen sowie der Minister Peter Hauk und Franz Untersteller)

Die Antwort auf diese Frage bleibt nach wie vor offen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Detailliert darauf eingegangen!)

Herr Ministerpräsident Kretschmann schwärmt ja so von der CSU und hat sie als eine der genialsten Erfindungen bezeichnet. Angesichts der Politik dieser CSU – Pkw-Maut und Ähnliches – habe ich meine Zweifel, Herr Kretschmann, ob dieses Urteil zutreffend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber die CSU und Herr Söder, die ja nicht für dieses Volksbegehren in Bayern eingetreten waren, haben das ziemlich geschmeidig gemacht: Nachdem 18 % der Wahlberechtigten ihre Unterstützung signalisiert haben, hat Herr Söder nichts anderes gemacht, als an seine Landesregierung die Order auszugeben, die Anliegen, die in dem Volksbegehren formuliert sind, zu übernehmen und in konkrete Politik umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Chance haben Sie auch. Sie drücken sich vor Ihrer Antwort – und das überzeugt mich bei einer grünen Landesregierung in Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das war detailliert beantwortet!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege Stoch hat einfach nicht zugehört,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

weder bei mir noch beim Umweltminister. Wir drücken uns vor überhaupt nichts. Wir freuen uns, dass diese Unterschriften kommen, und dann werden wir umsetzen, was umzusetzen geht. Das wird einiges sein.

Wir haben darauf hingewiesen: Wir sind in Baden-Württemberg ja schon viel weiter; das muss man doch einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das sehen viele anders!)

Frau Reich-Gutjahr ist leider nicht mehr da. Sie appelliert immer an die Vernunft. Ich frage mich nur: Seit 1964 ist der Abbau von Steinkohle ökonomisch nicht mehr sinnvoll. Die FDP hat ihn trotzdem jahrzehntelang stets mitgetragen. Wo bleibt da eigentlich die ökonomische Vernunft?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Da subventioniert der Staat Milliarden und Abermilliarden.

Genauso wundere ich mich – Frau Reich-Gutjahr, jetzt kommen Sie wieder –: 100 000 m² Fotovoltaikfläche auf unseren öffentlichen Gebäuden in Baden-Württemberg können Sie doch nicht übersehen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Da müssen Sie doch ab und zu mal draufschauen. Da ist Baden-Württemberg wirklich vorbildlich; da haben wir viel getan.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen: Natürlich geht es darum – –

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, ich komme zum Schluss; ich bin beim letzten Punkt. Es ging um die Frage: Wie können wir denn dann, wenn wir mehr Bioanbau haben, die Produkte auch besser vermarkten? Deswegen haben wir zusammen mit den Kollegen der CDU dafür gesorgt, dass 20 % dessen, was die öffentlichen Kantinen verarbeiten, aus biologischem Anbau stammen müssen. Ebendamt schaffen wir die Nachfrage, sodass das Angebot zukünftig noch weiter steigen muss.

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Der letzte Punkt war eigentlich schon angesprochen.

(Unruhe – Abg. Gabi Rolland SPD: Das geht gar nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der BDI hat eine Studie vorgelegt mit dem Resümee: Umwelt- und Klimaschutz schaffen Wachstum. Glauben Sie endlich daran, und machen Sie mit!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Kollegen Rolland, Sie müssen sich jetzt nicht aufregen. Die Redezeiten sehe ich vor mir. Diese sind alle fair, und jeder der Vorredner hatte – –

(Zurufe von der SPD, u. a.: Es wurde eine Zwischenfrage gestellt! Das haben Sie weggelassen! – Lebhaft Unruhe)

(Präsidentin Muhterem Aras)

– Nach dem Zulassen einer Zwischenfrage kann ich überhaupt nur fragen, wenn noch Redezeit vorhanden ist. Die hat er schon nicht mehr gehabt; deshalb konnte ich sie nicht – –

(Abg. Sascha Binder SPD: Oh, so früh war die Redezeit schon abgelaufen! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Also, wir können ja gern – –

(Unruhe)

Das müssen wir nicht vertiefen. Ich glaube, das bringt uns auch nicht weiter.

Ich erteile nun das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Rapp.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! – Zurufe von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir am Schluss dieser Debatte? Einen fassungslosen Fraktionsvorsitzenden der SPD, eine sehr gute Rede des Kollegen Haser,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

einen Umweltminister, der sich im Kampf um Kohle und Kernkraft auf die Schultern früherer CDU-Minister stellen kann – Gerhard Weiser, Erwin Vetter und Günther Oettinger.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Das nennt man, glaube ich, Geschichtsklitterung! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich muss sagen, es ist eigentlich ein Trauerspiel, auch angesichts der aktuellen Situation und angesichts der Forderung nach Rettung der Insekten bzw. der Bienen,

(Unruhe)

dass sich einige von uns ausschließlich auf die Frage nach den Bienen, nicht aber auf weitere Aspekte des Umwelt-, des Klima- und des Naturschutzes bezogen haben. Das hat unser Umweltminister – da bin ich Franz Untersteller dankbar – etwas ausgedehnt.

Man muss dazu auch sagen: Seit dem Jahr 2000 gibt es in Baden-Württemberg einen Umweltplan, auf dessen Basis wir unsere Umweltpolitik heute fortführen. 2007 wurde in Baden-Württemberg die erste Nachhaltigkeitsstrategie gestartet. Bei vielem wurde in der Vergangenheit, vielleicht auch durch tagesaktuelle Debatten, der Blick verstellt, sodass wir heute meinen, wir müssten das Rad überall wieder neu erfinden. Die SPD geht offenbar davon aus, dass es Umweltpolitik überhaupt erst seit acht Jahren gibt.

In der Vergangenheit ist es darum gegangen, die Wasserqualität zu verbessern. Das ist Schritt für Schritt gelungen, und zwar durch Maßnahmen, die in den letzten Jahren durch die grün geführten Regierungen auf den Weg gebracht wurden, aber auch schon durch Maßnahmen aus früheren Zeiten. Auch damals schon wurden viele Dinge angestoßen.

Natürlich ist noch Luft nach oben. Wir haben dicke Bretter zu bohren. Baden-Württemberg allein kann hier nur Impulse ge-

ben und kann das Seinige im eigenen Land tun. Aber um das ganz große Rad zu drehen, um den vor uns liegenden Problemen wirklich gerecht werden zu können, brauchen wir nicht nur Baden-Württemberg, sondern wir brauchen den Bund, wir brauchen die EU, und wir brauchen letztlich die ganze Welt.

Wir brauchen aber auch jeden Einzelnen von uns. An dieser Stelle ist es wichtig, den Blick darauf zu richten, dass auch die „Fridays for Future“-Demonstrationen, diese Bewegung, gleichzeitig von der Bereitschaft getragen sind, selbst im eigenen Verhalten Änderungen herbeizuführen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Es geht nämlich nicht nur darum, zu sagen: „Der oder jener ist schuldig in der Gesellschaft“ oder: „Die Politik muss Rahmen setzen“ – wie gesagt, es sind nur Rahmen –, sondern es geht um die Frage: Wie verhalten wir uns selbst? Den größten Einfluss auf die vorher schon erwähnte Landwirtschaft haben wir als Verbraucher, indem wir uns die Frage stellen: Was kaufen wir ein? Sind wir bereit, für nachhaltige, naturnahe oder gar ökologisch erzeugte Produkte mehr Geld auszugeben?

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rapp, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu? Jetzt meldet sich auch noch Herr Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Die wissen ja gar nicht, was ich noch sagen will. Nein, die lasse ich nicht zu.

Deswegen ist es ganz wichtig, sich bewusst zu werden: Wofür geben wir Geld aus? Wir müssen uns informieren: Wo kommen unsere Nahrungsmittel her? Kollege Haser hat es vorhin angesprochen: Wenn die Äpfel bei uns am Bodensee aufgrund unserer Art, dort Landwirtschaft zu betreiben – Streuobstwiesen bewirtschaften, naturnah und ökologisch –, dann teurer sind als die Äpfel aus Südtirol, dann werden nicht wenige von uns diesbezüglich ausweichen und sagen: „Dann nehme ich halt die Südtiroler Äpfel“ – und unsere Erzeuger haben das Nachsehen.

Genau an diesen Punkten müssen wir einhaken und müssen sehr genau – ebendas ist gescheite Politik – abwägen, was richtig und gut ist.

Abschließend ein Beispiel, um es plastisch zu machen: Wir alle lieben die Wälder, wir alle lieben Möbel aus Holz, Konstruktionen aus Holz. Aber die Forstwirtschaft, die Bewirtschaftung der Wälder, das Umsägen von Bäumen, das wollen wir nicht so gern haben, das sollen andere machen. Und dann muss man sich die Frage stellen: Wenn wir regionale Produkte wollen, bei uns die Flächen aber unter Schutz stellen, wo genau findet das regional statt, und was ist der CO₂-Footprint dahinter und all das, was dazukommt?

Deswegen muss die Lösung sein – sowohl konventionell wie ökologisch –, dass wir die beiden Punkte zusammenbringen, dass wir naturnah bewirtschaften. Auch da kann ich auf die Vergangenheit verweisen; ein solches Programm gab es schon vor 40 Jahren, Gerhard Weiser: „Schützen durch Nützen“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Herr Minister Untersteller hat wieder einmal ein Beispiel abgegeben für einen suizidalen politischen Selbstmordattentäter, der hier mit seinem Sprengstoffgürtel die Welt schädigen will.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Anders als Sie, Herr Kollege Haser, sagen, sind eben nicht alle politischen Parteien am Wohl der Menschen interessiert, sondern manche machen genau das Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich wünsche, dass die Bedachtsamkeit des Kollegen Haser – ich bewundere dies – wie eine Epidemie in der CDU Fuß fasst.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich möchte angesichts dieser Hybris vorlesen aus Genesis 8:

Der Herr ... sprach in seinem Herzen: Ich will hinfort nicht mehr verfluchen den Erdboden um der Menschen willen; denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

von Jugend auf. ... Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.

Wir brauchen Ihre Weltrettungsfantasien nicht; das tut allein der Allmächtige.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Oh Allmächtiger!)

Wenn die SPD von „das Volk“ spricht, ist klar, dass alles, was folgt, nur in einer Tragikomödie enden kann. Die Umfrageergebnisse der SPD zeigen deutlich, dass sie jegliches Gefühl von Volkes Willen verloren hat.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die sind immer noch besser als Ihre Wahlergebnisse! – Abg. Sascha Binder SPD: Warum sind Sie eigentlich abgewählt worden?)

Klar versucht man, nach jedem Strohalm zu greifen, der sich bietet, um möglichst schnell und populistisch an Wählerstimmen zu gelangen. Auf einmal ist man gegen Fahrverbote, auf einmal versucht man, auf der Ökowelle mitzureiten; es fehlt nur noch, dass Herr Sascha Binder mit blau gefärbten Haaren ein Video „Die Zerstörung des Winfried Kretschmann“ veröffentlicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Interessanterweise begehrt das Volk jedoch aktuell weniger gegen die grüne Umweltpolitik auf – zumindest wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut und solange die Industrie

noch nicht am Boden liegt. Vielmehr ist es die Umweltpolitik der Bundesregierung. Wer hat da noch einmal das BMU inne? Richtig, die SPD. Natürlich hat Svenja Schulze bei der Auswahl der Kompetenzleiter des Ministeriums überwiegend auf die fachliche Qualifikation geachtet – Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, vorher Marketingassistentin, Florian Pronold, ehemaliger Rechtsreferendar, also alles ausgewiesene Spezialisten.

Grundsätzlich sind wir uns ja einig, liebe SPD, dass die grüne Regierung diesem Land schadet. Der Unterschied ist nur, dass ich für eine vernünftige Politik plädiere, während Sie eine unvernünftige Politik durch eine mindestens genauso unvernünftige ersetzen wollen, die – anders, als Kollege Haser dies sagte – eben nicht auf das Wohl der Menschen abzielt.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wenn Sie wirklich wieder Wähler gewinnen wollen, dann nehmen Sie sich das Sprichwort „Schuster, bleib bei deinem Leisten“ zu Herzen, denn die Ökonummer nimmt Ihnen keiner ab.

(Beifall des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Quer durch alle Ressorts – Grün-Schwarz kämpft mit sich selbst und verschläft die Zukunft des Landes – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Auch hier darf ich die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die FDP/DVP Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Legislaturperiode befindet sich deutlich in der zweiten Hälfte. Der Wahlkampf wirft seine Schlaglichter voraus – dadurch, dass der Ministerpräsident öffentlich immer wieder über sein Alter und über die Frage räsoniert, ob er noch einmal antreten soll, und dadurch, dass auch bei der CDU der Königsmord inzwischen vollzogen ist und klar ist, wer die CDU in den nächsten Landtagswahlkampf führen wird.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In dieser Situation, meine Damen und Herren, würde ich mir natürlich wünschen, dass diejenige, die das vollzogen hat und jetzt auch die Regierungsarbeit der CDU koordiniert, am heu-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

tigen Tag hier anwesend wäre. Aber vielleicht kommt sie ja noch.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die ist im Wahlkampf!)

– Im Wahlkampf. Gut, sie ist schon im Wahlkampf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie ist da!)

– Ist sie da?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

– Wo?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erst ab heute Mittag entschuldigt! Sie ist draußen!)

– Ah ja, gut. Dann haben wir ja vielleicht noch die Chance, dass sie das Parlament mit ihrer Anwesenheit beehrt.

In einer solchen Situation also, meine Damen und Herren, stellt sich die Frage: Was sind die Erfolge dieser Regierungskoalition, wo ist das Land Baden-Württemberg spitze? Oder haben wir eine Regierungskoalition, die sich lediglich mit sich selbst beschäftigt und im Streit und in der internen Auseinandersetzung versinkt? Spitze ist dieses Land in vielen Bereichen, aber nur in Bereichen, die nicht mit dieser Landesregierung in Verbindung gebracht werden können,

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

insbesondere nicht im Bereich der Bildung, für den besagte Koordinatorin ja die Verantwortung trägt. Wie ist denn die Entwicklung des Landes Baden-Württemberg im Bildungsbereich? Wie hat sich das Niveau der Schülerinnen und Schüler des Landes Baden-Württemberg in den letzten Jahren entwickelt? Da sind Zweifel angebracht.

Wenn es darum geht, mit Regierungspolitik zu Verbesserungen zu kommen, wird deutlich: Diese Koalition ist sich nicht einig. Das sieht man beispielsweise an ihrem Streit um die Zukunft der Ganztagschule.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dabei ist die Frage ungelöst, ob im Sinne der Grünen eine weiter ausschließlich enge, ideologisch geprägte Taktung möglich ist oder ob mehr Flexibilität und Offenheit in dieses System gebracht werden, wie wir es für richtig hielten und wie es offensichtlich auch die CDU-Fraktion für richtig hielt, was aber die Kultusministerin gegen die Grünen nicht durchsetzen kann, meine Damen und Herren.

Deshalb würde ich mir schon wünschen, dass die Kultusministerin an dieser Stelle so durchsetzungsstark ist, wie ihre Feinde sie zeichnen, und mit äußerster Härte und Brutalität gegenüber den Grünen eine offenere Form der Ganztagschule durchsetzt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Streit in dieser Regierungskoalition gibt es überall dort, wo Verkehrsminister Hermann auftaucht. Neuerdings mischt er sich ja – das ist offensichtlich sein Verständnis von Komple-

mentärkoalition – auch in alle anderen Ressorts ein, beispielsweise wenn es um die Anfangszeiten der Schulen geht. Verkehrsminister Hermann weiß am besten, wann die Schüler anfangen sollten zu lernen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das lässt sich die CDU offenbar gefallen. Oder wenn er mit irgendwelchen schrägen Vergleichen zwischen Verkehrsoptern und Terroropfern kommt, lässt sich das der ehemalige König der CDU gefallen. Das betrifft ja das Innenressort, meine Damen und Herren.

Ganz zu schweigen von diesen Auslassungen zum Thema Stuttgart 21, wo der Verkehrsminister trotz Volksabstimmung, trotz Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu dem Projekt noch immer öffentlich erklärt, er halte das für falsch, er unterstütze es nicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie Bahnchef Lutz auch!)

Und was hört man aus der CDU dazu? Überhaupt nichts. Das lassen Sie sich offensichtlich gefallen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Selbstbeschäftigung in dieser Koalition, wohin man blickt. Das eine habe ich schon erwähnt.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann betritt den Plenarsaal.)

– Sie kommt! Ich grüße die neue Königin der CDU, die zeitnah für Klarheit gesorgt hat und damit in den Wahlkampf eingestiegen ist – im Sinne von Shakespeares Drama „Macbeth“: Als es darum geht, den alten König Duncan aus dem Weg zu räumen, heißt es – so lesen wir es in „Macbeth“, Zitat –: „Dann wär’s gut, man tät’ es eilig.“ Diese Eile hat stattgefunden. Jetzt haben wir immerhin an dieser Stelle Klarheit. Aber Selbstbeschäftigung haben wir trotzdem.

Der andere Koalitionspartner – ich habe es schon erwähnt: Herr Ministerpräsident Kretschmann – räsoniert immer wieder darüber, wie alt er jetzt ist, wie alt er am Wahltag ist. Ich habe ein schönes Zitat für Sie, Herr Ministerpräsident. Juan Manuel Fangio hat einmal gesagt: „Eines der besten Mittel gegen das Altwerden ist das Dösen am Steuer eines fahrenden Autos.“ Es muss aber kein Regierungsfahrzeug sein wie bei Ihnen, Herr Ministerpräsident. Man sollte eben nicht am Steuer des Regierungsschiffs dösen, sondern die Zukunftsaufgaben angehen. Und diese Zukunftsaufgaben im Land Baden-Württemberg bleiben liegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihre Witze waren auch schon besser, Herr Kollege!)

– Herr Sckerl, ich will Ihnen gern die Beispiele nennen. Wir haben monatelang eine Diskussion um das Thema Grundsteuer geführt. Da war die CDU zu Recht der Auffassung: „Wir brauchen eine Öffnungsklausel für die Länder.“ Alles, was man vom Ministerpräsidenten dazu gehört hat, war, das sei jetzt zu spät, darüber hätte man früher nachdenken müssen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Jetzt wurde es in Berlin beschlossen, und jetzt hören wir von der CDU: „Diese Öffnungsklausel können wir uns vorstellen.“ Vom Ministerpräsidenten hört man: „Das wissen wir noch nicht, ob wir uns das vorstellen können.“ Ist das Regierungsarbeit, oder ist das Selbstbeschäftigung, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP: Selbstbeschäftigung!)

Die Kommunen dieses Landes wollen das wissen, und sie müssen das wissen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen nur empfehlen, endlich einmal auch über eine Grunderwerbsteuersenkung nachzudenken.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Abschaffen!)

Denn das Wohnraumproblem, das im Land Baden-Württemberg ständig beklagt wird, werden Sie nur mit zusätzlichem Kapital lösen. Dieses Kapital müssen Sie anreizen, und deshalb muss die Grunderwerbsteuer gesenkt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
AfD)

Weiteres Beispiel: Bürokratieabbau. – Die Wirtschaftsministerin sehe ich auch nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie ist entschuldigt!
Wirtschaftsministerkonferenz!)

Am Anfang der Legislaturperiode wurde versprochen, das Bildungszeitgesetz zu evaluieren. Im geheimen Nebenkoalitionsvertrag steht sogar eine Zielvorstellung dessen, was man zum Thema Bürokratieabbau mit dem Bildungszeitgesetz vorhat. Wo ist die Evaluation? Auch da kann sich diese Regierungskoalition offensichtlich nicht einigen. Absolute Nullnummer, nichts geliefert; Bürokratieabbau findet im Land Baden-Württemberg nicht statt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Thema Digitalisierung: Die Digitalisierungspolitik dieser Landesregierung beschränkt sich auf die Vergabe von Förderbescheiden. Dann geben Sie noch Millionen für eine Katze aus, anstatt sich zu überlegen, wie man mit einer durchdachten Strategie im Land Baden-Württemberg die weißen Flecken auf der Landkarte füllen kann. Es findet auch keine vernünftige Digitalisierungspolitik statt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Sascha Binder
der SPD)

Energiepolitik – das haben wir beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt schon gehört –: Da haben Sie die tollsten Versprechungen bei Ihrem Amtsantritt 2011 gemacht – 10 % der Bruttostromerzeugung aus der Windkraft. Geliefert haben Sie 3,7 %, also ziemlich genau ein Drittel. Wie wollen Sie auf diese Art und Weise eine vernünftige Energiewende in Baden-Württemberg hinbekommen?

Und dann loben Sie sich immer selbst als Dekarbonisierungspartei. Aber Sie laufen doch locker unter den selbst gestellten

Ansprüchen durch. 2013 haben Sie die Klimaziele bis 2020 in ein Gesetz gegossen. Ein Ziel war die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 25 % bis 2020. Sie liefern nicht einmal die Hälfte.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Zum Glück!)

Was sind hier Anspruch und Wirklichkeit bei dieser Regierungskoalition? Sie sollten sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen man ein bisschen was erreichen kann, anstatt irgendwelchen Utopien nachzuhängen. Das gilt für den Bereich der Speichertechnologien, den Bereich des Netzausbaus und den Bereich der Energieeffizienz. Da kann man etwas erreichen. Aber auch da sind Sie zu schwach unterwegs, meine Damen und Herren. Die Energiewende, wie Sie sie in Baden-Württemberg angehen, wird scheitern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verkehrswende: auch nichts in Baden-Württemberg. Von wegen Technologieoffenheit! Die Möglichkeiten der Brennstoffzelle – all das wird nicht vorangebracht. Es wird da nur räsoriert über irgendwelche Sitzungen, die in Berlin stattfinden, wobei der Ministerpräsident dann beleidigt ist, weil ihn die Kanzlerin nicht dazu eingeladen hat. Ich finde das auch nicht nett von der Kanzlerin. Jahrelang haben Sie so schön für sie gebetet, Herr Ministerpräsident, und dann lädt sie Sie nicht einmal ein.

(Heiterkeit)

Da wäre ich auch sauer. Aber mit solchen runden Tischen wird die Verkehrswende nicht vorangebracht. Konzepte der Zukunft wie beispielsweise das Thema Technologieoffenheit, das Thema Brennstoffzelle sind hier zu nennen.

Bilanz, meine Damen und Herren: In Baden-Württemberg haben wir keine Regierungskoalition, die die Probleme angeht. In Baden-Württemberg haben wir keine Regierungskoalition, die das Schiff für wirtschaftlich schlechte Zeiten wetterfest macht. In Baden-Württemberg haben wir eine Regierungskoalition der lahmen Hand und der eingeschlafenen Füße.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist die Politik, die Sie in diesem Land machen. Baden-Württemberg wird unter Ihnen unter seinem Wert regiert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rülke, beim letzten Ganztagsplenum am 16. Mai hatten wir eine von Ihnen beantragte Aktuelle Debatte, in die wir uns gern eingebracht haben. Auch der Ministerpräsident hat gesprochen. Im Titel dieser Aktuellen Debatte hieß es: „wie bei der grün-schwarzen Landesregierung die Zukunft auf der Strecke bleibt“. Sie haben sich jetzt nicht viel Mühe gemacht, sich etwas Neues zu überlegen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es hat sich halt nichts geändert!)

(Andrea Lindlohr)

Wir waren jetzt schon gespannt, was passiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Woher wussten Sie, dass das da schon drinsteht? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir kennen dich halt! – Heiterkeit)

Ich habe Ihnen jetzt gut zugehört.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so!)

In Ihrer Auflistung haben Sie erstaunliche Dinge aufgeführt wie etwa, der Herr Verkehrsminister mache sich Gedanken über die Verteilung von Spitzenlasten im öffentlichen Verkehr, und andere relevante – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war damals so nicht! Das war in der Zwischenzeit, Frau Lindlohr!)

– Das sage ich ja.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da müssen Sie sich etwas anderes aufschreiben lassen! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Nein. Ich habe gesagt, Sie paraphrasieren lediglich Ihren eigenen Titel der Aktuellen Debatte. Also zuhören!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es ist schon einiges passiert seither! Herr Hermann war nicht faul seit dem letzten Plenum! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der ist immer fleißig! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort hat Frau Abg. Lindlohr!

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wir bringen uns auch hier gern wieder ein. Wir haben Ihre neue Auflistung jetzt gehört. Wir machen das auch immer wieder, und wenn Sie noch fünf Mal denselben Titel verwenden. Denn diese Koalition aus Grün und Schwarz bringt mehrere gute Eigenschaften zusammen. Wir sind erfahren, und wir haben einen langen Atem. Deswegen widmen wir uns gern Ihren wiederholten Debatten. Wir gestalten dieses Land gern und mit Blick auf die Zukunft. Das zeichnet uns aus. Darüber führen wir auch sehr gern jede Debatte, auch diese.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der AfD: Tosender Applaus!)

Wir lernen auch zusammen. Wir gestalten das Land auf der Basis von knappen Ressourcen. Uns ist wichtig, dass die öffentlichen Haushalte gut aufgestellt sind. Wir halten die Schuldenbremse ein. Dazu werden wir, der Landtag von Baden-Württemberg, zumindest mehrheitlich noch wegweisende Beschlüsse in diesem Jahr fassen. Das ist eine Klammer um unsere Politik und viele Themen, die Sie heute hier angesprochen haben.

In der vorherigen Debatte habe ich mit Freude gehört, dass der Kollege Rapp in einem Nebensatz noch einmal ein Bekenntnis der CDU-Landtagsfraktion zum Atomausstieg gegeben hat. Dazu hören wir auf Bundesebene manchmal etwas

anderes. Der CDU-Wirtschaftsrat hat sich jüngst anders geäußert. Sie sehen also: In Baden-Württemberg geht es besonders gut zusammen. Das ist auch ein Zeichen dafür, wie diese Koalition gelernt hat, zusammenzuarbeiten, und das tun wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir bringen Innovationen voran. Das ist eine Verpflichtung, die wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land haben. Es geht darum, dass wir hier auch in Zukunft gute Arbeitsplätze haben, von denen aus die Bürgerinnen und Bürger ihr eigenes Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir arbeiten zudem an der großen Aufgabe des Klimaschutzes. Wir sind innovativ, damit sich unsere wirtschaftliche Prosperität vom Verbrauch unserer Ressourcen abkoppelt. Das gilt für die ganze Koalition; das ist ein wichtiges Ziel.

Energiespeichertechnologie ist eines der vielen Themen, die Kollege Rülke gerade angesprochen hat. Es ist ein besonders gutes Beispiel dafür, wie diese Koalition arbeitet. Denn wie speichern wir Energie am besten, technisch flexibel für ganz verschiedene Anwendungen und wirtschaftlich günstig? Das ist eine wirtschaftliche Kernfrage, es ist eine ökologische Kernfrage, und diese Frage stellt sich auf der ganzen Welt.

Wir haben großes Know-how in der Batterieforschung im Land, im KIT in Karlsruhe und insbesondere auch in den Forschungsinstituten in Ulm. Wir arbeiten hier sehr gut zusammen.

An dem Tag, an dem wir zuletzt diese „Grün-Schwarz kann ich nicht leiden“-Debatte von der FDP/DVP hier hatten, am 16. Mai, haben wir in der Mittagspause im Finanzausschuss – ich meine, einstimmig – beschlossen, dass wir uns mit einem hervorragenden Antrag beim Bund um die Batterieforschungsfabrik bewerben.

Wie kam das zustande? Es war eine relativ kurzfristige Information vonseiten des Bundes. Das Wirtschaftsministerium hat sich gleich aufgemacht, hat einen inhaltlich fundierten Antrag geschrieben, mit dem Wissenschaftsministerium fachlich hervorragend abgestimmt. Das Finanzministerium hat sogleich erkannt, wie wichtig das Thema ist, Vermögen und Bau hat nach Liegenschaften gesucht. Die Regierung ist auf die Stadt Ulm zugegangen. Wir haben in den Koalitionsfraktionen das Thema besprochen und ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Wir haben Geld bereitgestellt. Das hatten wir schon im Nachtragshaushalt in weiser Voraussicht vorgesehen.

Beim Thema Energiespeicherung, das Sie, Herr Rülke, hier zu Recht angesprochen haben, konnten Sie gerade in den letzten Wochen sehen – vielleicht hätten Sie den Lerneffekt schon seit der letzten Aktuellen Debatte am 16. Mai haben können –: Wir arbeiten Hand in Hand an Zukunftsthemen, in hervorragender Qualität, und haben uns hier gegenüber dem Bund hervorragend aufgestellt – der dort jetzt hoffentlich auch liefert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Klimaschutz ist ein großes Zukunftsthema. Wir haben in der Koalition die Eckpunkte zum erneuerten Klimaschutzgesetz – das Klimaschutzgesetz gibt es ja schon; es hatte hier im Landtag in der vergangenen Legislaturperiode eine sehr große Mehrheit gefunden – beschlossen. Wir haben lange disku-

(Andrea Lindlohr)

tiert, aber wir haben einen Beschluss gefasst, auf dessen Grundlage wir jetzt arbeiten können.

Sie können das nachlesen. Wir arbeiten auf einer wissenschaftlichen Grundlage. Energieeffizienz ist ein zentrales Element, ebenso wie die CO₂-neutrale Wärme und die klimafreundliche Mobilität.

Was hat das jetzt mit der FDP/DVP zu tun? Relativ wenig. Beim Klimaschutz ist es so – Kollegin Reich-Gutjahr hat es auf etwas sonderbare Weise in der vorherigen Debatte angesprochen –, dass sich eine junge Generation aufgemacht hat und von uns Politikerinnen und Politikern – egal, welcher Fraktion wir angehören – konkretes Handeln einfordert. Das heißt nicht, dass die „Fridays for Future“-Leute z. B. die „Under2 Coalition“ für den Klimaschutz, die wir, das Land Baden-Württemberg, international geschlossen haben, nicht schätzen würden. Aber sie sagen: „Es ist eine sehr große Aufgabe. Eure Generation, ihr vervespert unsere Grundlagen.“

Es ist also eine Frage der Generationengerechtigkeit. Diese jungen Leute sind sehr gut informiert. Ich weiß nicht, ob Sie einmal Zeit hatten, sich mit Leuten zu treffen oder nachzulesen, was sie schreiben.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ja!)

Was sagt die FDP dazu? Ich zitiere den berühmten Tweet, von Christian Lindner selbst verfasst:

Ich finde politisches Engagement von Schülerinnen und Schülern toll. Von Kindern und Jugendlichen kann man aber nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge, das technisch Sinnvolle und das ökonomisch Machbare sehen. Das ist eine Sache für Profis.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha! – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Weitere Zurufe von den Grünen)

Das ist hoch arrogant, das ist auch schlecht informiert; denn es ist gerade Kern dieser Bewegung, dass sie wissenschaftliche Studien verwendet und die Konsequenzen daraus politisch einfordert.

Was bekommen wir von der FDP in diesen Zeiten? Entweder Arroganz – wie von Herrn Lindner – oder Zynismus.

(Zuruf von der AfD)

Das passt einfach nicht zu den Herausforderungen unserer Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es sind ernste Zeiten mit ernsthaften Themen und einer neuen Generation, die sich sehr ernsthaft damit beschäftigt. Da ist die FDP irgendwie aus der Zeit gefallen. Ich glaube, das spüren Sie gerade auch recht deutlich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein grünes Klimaschutzgesetz! Davon lenken Sie jetzt nur ab!)

– Dessen Eckpunkte wir beschlossen haben. – Die FDP ist aus der Zeit gefallen. Diese grün-schwarze Koalition handelt, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beim letzten Satz von Herrn Rülke anknüpfen – das war nämlich der beste seiner Rede –; er hat gesagt: Wir müssen das Schiff Baden-Württemberg wetterfest machen. Genau darum müssen wir uns kümmern. Wir haben in Baden-Württemberg eine gute konjunkturelle Lage – nach wie vor –, aber es gibt beim Auftragsengang mittlerweile auch Schatten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der letzte Satz war: Baden-Württemberg wird unter seinen Möglichkeiten regiert! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren ein jährliches Plus von 100 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir und die Wirtschaft!)

Letztendlich kommt das doch daher, Herr Kollege Rülke, dass wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten 5 % des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg für Forschung und Entwicklung ausgegeben haben, dass wir immer einen Haushaltsschwerpunkt auf den Bereich Forschung und Entwicklung gesetzt haben, auch in konjunkturell schlechten Zeiten, weil wir gesagt haben: Das ist das Saatgut für die Wirtschaft in der Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen natürlich nicht bei diesen 5 % stehen bleiben. Wir investieren weiter in Forschung und Entwicklung, in künstliche Intelligenz, in Fotonik. Wir haben eine Landesstrategie Bioökonomie, wir investieren in die Batterietechnologie, in die Wasserstofftechnologie. Das sind nur einige Beispiele.

Selbstverständlich wollen wir auch, dass das Automobil der Zukunft weiterhin in Baden-Württemberg gebaut wird. Baden-Württemberg ist der Automobilstandort Nummer 1, und zu diesem bekennen wir uns nachhaltig.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wir verfolgen eine klare Innovationsstrategie. Wir wollen, dass die Ideen, die in Forschung und Entwicklung geboren werden, auch in den Markt gebracht werden. Wir haben beispielsweise im Moment die größte Existenzgründungsoffensive, die es im Land Baden-Württemberg je gab. Wir haben noch nie so viele Initiativen gehabt, noch nie so viele Mittel dafür ausgegeben. Wir investieren damit natürlich auch in die mittelständische Grundstruktur unseres Landes. Wir tun etwas für den Mittelstand, auch mit der Digitalisierungsprämie, mit „KI für den Mittelstand“. All das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass der Mittelstand in Baden-Württemberg überhaupt das Herz unserer Wirtschaft ist, das wir weiter unterstützen wollen.

Des Weiteren haben Sie die Bildungspolitik angesprochen. Wir setzen genauso auf die akademische Ausbildung wie auf

(Winfried Mack)

die berufliche Ausbildung. Manchmal könnte man den Eindruck haben, dass wir im Ausland die duale Ausbildung loben, während wir im Inland hinnehmen, dass die duale Ausbildung an Stellenwert verliert. Das wäre völlig falsch.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Nico Weimann FDP/DVP)

Wir sagen vielmehr, dass unser Aufstiegsversprechen in der Bildungspolitik beim Hauptschulabschluss beginnt. Ein qualifizierter Facharbeiter ist für unser Land genauso wertvoll wie eine akademisch gut ausgebildete junge Frau oder ein akademisch gut ausgebildeter junger Mann, und deswegen setzen wir auf die Gleichwertigkeit.

Wir setzen auf Qualität in der Bildung, und wir wollen auch in der Weiterbildung weiter investieren, weil wir wissen, dass dieses Land Baden-Württemberg weiterer Anstrengungen in der Weiterbildung bedarf. Baden-Württemberg ist das Bundesland mit den meisten ungelerten Arbeitskräften, auch das muss man wissen.

Darüber hinaus: Wir können sehen, dass dieses Land nicht nur wirtschaftlich wächst, sondern auch hinsichtlich der Bevölkerungszahl. Baden-Württemberg hat jetzt elf Millionen Einwohner. Zu Beginn dieses Jahrzehnts waren es noch 10,3 Millionen Einwohner, und wenn die derzeitige Entwicklung anhält, ist nicht auszuschließen, dass wir am Ende des Jahrzehnts zwölf Millionen Einwohner haben werden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen brauchen wir eine strategische Landesentwicklung. Deswegen wollen wir einen kraftvollen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in unserem Land als Beitrag zur Lebensqualität und zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Wir sehen, dass wir im Moment durch die Verkehrsinfrastruktur, aber natürlich auch im Bereich Wohnungsbau – fehlende Wohnungen – durchaus Wachstumsbremsen haben.

Deswegen ist die Investition in diese Bereiche sehr wertvoll. Deswegen haben wir geschaut, dass in Baden-Württemberg alle Bundesmittel für den Straßenbau, die wir bekommen können, jetzt auch verplant und verbaut werden. Wir werden im Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz eine deutliche Erhöhung vornehmen.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verdopplung! – Abg. Stefan Räßle AfD: 3 % vom Gesamthaushalt!)

Wir investieren in die Straße, in die Schiene. Wir investieren in neue Radwege, in Schnellradwege. All das tun wir, um das Land Baden-Württemberg kraftvoll voranzubringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Räßle AfD: 3 %!)

Dann gibt es natürlich Diskussionen um Stuttgart 21. Der Bundestagsabgeordnete Bastel

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gastel!)

– Gastel – hat neulich gesagt: „Man kriegt die Züge nicht durch in Stuttgart 21.“ Er will einen Halbstundentakt zwischen Nürnberg und Stuttgart, zwischen Zürich und Stuttgart. Jetzt schaue ich in den Deutschlandtakt und stelle fest: Die Züge fahren durch Stuttgart durch, aber sie werden anschließend abgestellt und fahren nicht Richtung Nürnberg weiter. Wenn wir Stuttgart 21 haben und sagen, dass wir noch mehr Verkehr haben wollen, dann muss man auch die Zulaufstrecken auf Stuttgart 21 stärken.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Genau das tun wir: Gäubahn, Ausbau Stuttgart–Nürnberg, Ausbau Stuttgart–Mannheim.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und die Verbindung zum Flughafen!)

All dies sind wichtige Punkte für uns.

Wir wollen eine gleichgewichtige Entwicklung zwischen Stadt und Land. Wir wollen dies, weil wir die Ressourcen des ländlichen Raums sehen, aber wir wollen es auch, weil wir sehen, dass ohne einen weiteren Ausbau des ländlichen Raums die soziale Lage in den Städten explodieren würde. Deswegen haben wir immer darauf gesetzt, die Kommunen in Baden-Württemberg finanziell bestmöglich auszustatten. Unsere Kommunen sind unter allen Kommunen in den deutschen Ländern am besten ausgestattet.

Wir, die CDU-Fraktion, wollen auch einen Flächenfaktor einführen, wie es auch im Koalitionsvertrag steht. Wir wollen den ländlichen Raum aktivieren, um den Kommunen im ländlichen Raum die Möglichkeit zu geben, zu handeln und in die Zukunft zu investieren.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Schließlich geht es natürlich in einem Land wie Baden-Württemberg um die Lebensqualität und um den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt. Wir erleben, dass Individualität zunimmt, dass wir Singularismus haben. Aber ist das etwas Negatives? Ich glaube, nein. Zunächst ist Individualität etwas Positives. Sie ist Ausdruck von Freiheit.

Aber dann kommt es darauf an, dass wir den Gemeinsinn der Bürgerinnen und Bürger fördern und die Gesellschaft auf diese Art und Weise zusammenhalten. Deswegen sehen wir nicht nur das große Ganze, sondern wir sehen jedes Dorf, wir sehen die Lebensqualität in jedem Stadtquartier und wollen sie dort stärken, wir sehen den Wert der örtlichen Gemeinschaft, den Wert von Heimat, und wir sehen in besonderer Weise auch den Wert des freiwilligen sozialen Jahres, das wir stärken und in das wir auch zusätzlich investieren wollen.

Der Ministerpräsident hat neulich gesagt: „Ich habe keine Lust, dass wir das Ruhrgebiet der Zukunft werden.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Recht hat er! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat er recht!)

Da hat er recht. Darauf haben wir auch keine Lust. Wir werden keine Politik machen, wie sie für das Ruhrgebiet gemacht wurde, sondern wir werden eine Politik machen für das Land

(Winfried Mack)

Baden-Württemberg. In Nordrhein-Westfalen ist die rot-grüne Koalition abgewählt worden. In Baden-Württemberg werden wir dafür sorgen,

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

dass dieses Land weiterhin zukunftsfähig bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen, Herren und diverse Abgeordnete! Es ist nun etwas mehr als drei Jahre her, da hing der grün-schwarze Himmel noch voller Geigen. Eine grün-schwarze Koalition war zwar nicht das erklärte Ziel beim Wahlkampf, doch beim Abschluss des Koalitionsvertrags war man recht zuversichtlich. Im Koalitionsvertrag heißt es daher vollmundig:

Die Koalitionspartner wollen ihre Stärken verbinden und gemeinsam Verantwortung in einer Regierung der Verlässlichkeit und Modernisierung übernehmen.

Sollte das jemals funktioniert haben, so ist jetzt davon nicht mehr viel übrig geblieben. Die gegenseitigen Blockaden von zum Teil wichtigen Projekten für unser Heimatland Baden-Württemberg ziehen sich wie ein grüner Faden durch fast alle Ressorts. Dabei macht das CDU-Geheimpapier mit seinen 17 Punkten recht deutlich, wer in dieser Koalition blockiert.

Nehmen wir beispielsweise den Streit um die Fahrverbote. Die Deutsche Umwelthilfe legte dem grünen Koalitionspartner via Gerichtsurteil den Ball auf den Elfmeterpunkt. Die Grünen greifen ohne Pardon beherzt zu. Der CDU bleibt daher nichts anderes übrig als ein halbherziges Rückzugsgefecht. Das Ergebnis sind Fahrverbote für Euro 4, und für Euro 5 werden sie kommen.

Dabei geht es den Grünen in erster Linie nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern darum, den Planeten hier in Stuttgart zu retten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Minister Hermann laut darüber nachdenkt, bis 2030 in den Städten 30 % weniger Autos fahren zu lassen, wird der eigentliche Grund für die Fahrverbote recht deutlich. Hätte sich die CDU auch über die Bundesebene rechtzeitig für eine Überprüfung der Korrektur der Grenzwerte eingesetzt, dann wäre sie hier den Grünen nicht auf den Leim gegangen.

(Beifall bei der AfD)

Bei der Ganztagschule hält Frau Eisenmann noch tapfer dagegen – Hut ab. Nur wie lange noch? Die zunehmende Zahl der genehmigten Privatschulen, die sich dann nur noch Gutbetuchte und Politiker leisten können, muss das dann wohl richten. Dazu hören wir nachher noch Herrn Dr. Balzer.

Die dringend notwendige Aufstockung der Polizei in Zeiten des zunehmenden Verlusts der inneren Sicherheit läuft wohl auch nicht im Sinne des Herrn Ministers Strobl. Die Grünen, die ohnehin seit ihrer Anfangszeit ein gespaltenes Verhältnis zu den Ordnungshütern haben, sind da wohl wenig hilfreich.

Nun, vielleicht kann die Haushaltsverhandlung hier ein paar Verkehrspolizisten für Sie herausschlagen, die dann die Fahrverbote in den Innenstädten prüfen können. Aber das war es dann wohl auch.

Ähnlich verhält es sich mit der Umsetzung des Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, das wohl auch an der grünen Blockade scheitert. Frei nach der Devise „Kommen kann jeder, gehen muss keiner“ machen die Grünen im Land Politik, und die CDU schaut hilflos zu.

(Beifall bei der AfD)

Wenn dann demnächst wieder Wölfe ungehindert durch unsere Wälder und Dörfer streifen, wird man erst merken, was „Rotkäppchen und der böse Wolf“ heißt. Das ist eben nicht nur ein Märchen. Eine Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht – nicht mit den Grünen. Wenn dann noch die Bären hinzukommen,

(Lachen des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

werden unsere Wälder ganz automatisch zu Naturparks, weil sich nämlich wie in alten Zeiten kein Mensch mehr hineintraut. Grüne Träume werden wahr, während die CDU tatenlos im Abseits steht.

Immerhin hat es die CDU-Fraktion geschafft, das Projekt einer Reform des Landtagswahlrechts zu verhindern. Na also, es geht doch. Nur Mut, liebe Kollegen von der CDU. Ob unser Land zukünftig vollends vergrünt oder doch noch eine Chance bekommt, hängt ganz von Ihnen ab. Sie sind als Steigbügelhalter für die Folgen einer irrationalen und ideologiegetriebenen Politik verantwortlich,

(Beifall bei der AfD)

ob Sie wollen oder nicht.

Und die Folgen werden verheerend sein: Fahrverbote, Klimahype, Elektrowahn werden die Automobilindustrie und ihre Zulieferer im Land nachhaltig schädigen. Es wird eine weltweite Spitzentechnologie vorsätzlich ins Abseits geschoben – zugunsten einer Technologie, die weder umsetzbar noch finanzierbar ist. Die asiatische Konkurrenz kann ihr Glück kaum fassen.

Fahrverbote, Parkraumbeschränkung und die Nahverkehrsabgabe werden dem stationären Handel einen weiteren Todesstoß versetzen. Die Innenstädte werden weiter veröden. Leerstände, Spielhallen und Imbisse werden die Kulisse für eine zunehmende Kriminalität abgeben, derer die Polizei, so sie denn noch im herkömmlichen Sinn existiert, kaum Herr werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Der wirtschaftliche Niedergang wird auch durch den zunehmenden Fachkräftemangel weiter beschleunigt.

(Zuruf: Haben wir doch gar nicht! Den gibt's doch gar nicht!)

Der Niedergang des einst vorbildlichen baden-württembergischen Bildungssystems hat bereits seine Spuren hinterlassen.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

(Carola Wolle)

Die Vision, den Mangel an Fachkräften durch unkontrollierte Zuwanderung ausgleichen zu können, wird sich als Illusion erweisen. Das Gegenteil wird eintreten. Die Mehrheit der meist illegal Zugewanderten wird weder integriert noch sozialversicherungsspflichtig beschäftigt sein. Eine signifikante Zahl der meist kulturfremden Menschen wird ohne Perspektive in Parallelgesellschaften verharren.

Es bedarf wenig Fantasie, sich vorzustellen, was passiert, wenn das Geld knapp wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wer langfristig unternehmerisch denkt, sollte Zelte herstellen. In Baden-Württemberg gibt es dafür sicherlich einen sehr guten Markt. Die bereits jetzt spürbare Wohnungsnot wird sich nämlich weiter verschärfen, auch weil die von den Grünen gewollte Einschränkung der Mobilität den Zuzug in die Städte weiter forcieren wird. Dass es dort keinen bezahlbaren Wohnraum mehr gibt, liegt eben doch an der Vielzahl der grünen Hirnfürze, welche kostengünstiges Bauen nachhaltig behindern.

So ganz nebenbei: Trotz der angeblichen Entspannung in der Asylkrise haben im vergangenen Jahr in Deutschland ca. 184 000 Menschen einen Antrag auf Asyl gestellt. Das sind mehr, als beispielsweise die Stadt Heidelberg Einwohner hat. Geht es also nach den Grünen, benötigen diese Menschen in absehbarer Zeit eine Wohnung oder eben ein Zelt.

Bei den letzten Umfragen in Baden-Württemberg lagen die Grünen jeweils deutlich vor der CDU. Der schwarz-grüne Flirt geht demnach eindeutig auf Kosten der Union. Nicht nur das Land wird Opfer grüner Politik, sondern offenbar auch die CDU selbst.

Wird es hier ein Umdenken geben? Wird sich die Union aus der grünen Umarmung lösen und wieder Politik für unser Land machen? Zurzeit sieht es leider nicht so aus. Die CDU wird immer noch grüner und dadurch bedeutungsloser,

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

und sie wird immer überflüssiger werden – analog zur SPD. Die Menschen wählen nämlich immer noch das Original.

(Beifall bei der AfD)

Herr Strobl hat immerhin die Zeichen der Zeit erkannt und öffentlich auf die Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl verzichtet. Die Quittung für fünf Jahre grüner CDU-Politik kann dann Frau Eisenmann kassieren.

Auch Herr Ministerpräsident Kretschmann scheint die dunklen Wolken am Horizont zu erahnen. Ohne eine florierende Wirtschaft sind die grünen Träume eben nicht mehr bezahlbar. Daher spricht er von „inneren Kämpfen“ im Zusammenhang mit der Frage seiner erneuten Spitzenkandidatur.

Es scheint, als ob Kapitän und Steuermann den letzten Hafen nutzen, um das Schiff zu verlassen, von dem sie wissen, dass es durch ihre Schuld untergehen wird. Armes Baden-Württemberg!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Noch keine blauen Haare!)

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es schon notwendig ist, immer wieder einmal abzufragen, inwieweit diese Landesregierung eigentlich beim Abarbeiten ihrer Probleme oder – ich will es einmal positiver ausdrücken – bei den notwendigen Gestaltungen dieses Landes vorankommt. Aber da wird ein Vorwurf an die Opposition gerichtet, weil dies heute im Parlament diskutiert wird. Dann spricht eine Koalitionsvertreterin über ein einziges Projekt selbst fast zehn Minuten lang, während der andere Redner über die Leistung der baden-württembergischen Wirtschaft spricht – aber eben gerade nicht über die der Landesregierung. Da hätten Sie die Zeit besser dazu genutzt, uns ein paar Probleme darzulegen und zu sagen, inwiefern Sie diese gelöst haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Keine Einigung beim Ganzttag, keine Einigung bei den Schulleitungen, keine Einigung bei Fahrverboten, keine Einigung beim Arbeitszeitgesetz, keine Einigung bei der Novellierung der Landesbauordnung – nach drei Jahren haben Sie Letzteres nun geschafft. Alle waren froh, dass Sie sich geeinigt haben, und dann haben Sie sich noch darüber gestritten, wer das verkauft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich nenne die Wohnraumschaffung durch Kommunalfonds – ohne dass dies wirklich mit einem richtigen Konzept hinterlegt wäre.

Zum Polizeigesetz kündigt der Innenminister an, es werde ein neues Gesetz geben. Dieses steht nach wie vor aus. Es gibt Streit, und dabei wird auch einfach mal darauf verzichtet, den Datenschutz, wie ihn die Europäische Union vorgibt, im baden-württembergischen Polizeigesetz einzuführen.

All das ist das Ergebnis von Streitereien und von wenig Gemeinsamkeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht weiter im Sozialressort bei der Altersfeststellung von Jugendlichen. Auch dort hat man sich irgendwann einmal geeinigt. Wirklich passiert ist seitdem nichts. Beim Klimaschutzgesetz hat man nun nach langer Zeit die Eckpunkte beschlossen, ohne dass diesem Landtag ein Gesetzentwurf vorliegt. Und dann streitet man sich ja auch noch über die Aufnahme von Wolf und Biber in das Jagdrecht.

Frau Lindlohr, Sie haben vorhin angesprochen, dass Sie zwei Gemeinsamkeiten haben – da sind Sie ja ehrlich; ich hätte gar nicht gedacht, dass es zwei sind, die Sie mit Ihrem Koalitionspartner gemeinsam haben –: Sie seien erfahren und hätten einen langen Atem.

Frau Kollegin Lindlohr, wenn ich das zusammennehme mit dem, was der Kollege Mack gesagt hat, dass wir schon, was die Auftragseingänge angeht, in Schwierigkeiten sind: Wenn

(Sascha Binder)

alle in Baden-Württemberg – in der Wirtschaft, in den Betriebsräten, in den Kommunen – so lange brauchen würden, um Entscheidungen zu treffen, dann würde es in unserem Land wirklich ganz anders aussehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Eine so entscheidungsfaule Landesregierung wie diese gab es selten in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist doch nicht Ihre Privatveranstaltung hier. Es mag ja nett sein, dass es in dieser ersten Debatte keinen Redner der CDU-Fraktion gab, der es nicht lassen konnte, der grünen Fraktion noch eins mitzugeben. Es vergeht kein Plenartag, an dem nicht ein Grüner einen Schwarzen und ein Schwarzer einen Grünen hier verbal angeht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das kennt ihr doch gut!)

– Regieren ist eine ernsthafte Sache und kein Schauspiel, Kollegin Razavi.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Es geht um das Regieren dieses Landes und nicht um Sandkastenspiele hier im Landtag oder in den Medien.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nur kein Neid!)

Sie kommen nicht voran! Frau Razavi, wenn Sie sagen: „Nur kein Neid!“, dann kann ich Ihnen eines sagen: Es wäre vielleicht klug gewesen, diese Regierung hätte auch eine Revisionsklausel in ihrem Koalitionsvertrag stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann wäre dieses Land nämlich verschont von diesen ewigen Streitereien. Warum einigen Sie sich nicht in den entscheidenden Punkten?

Dann sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende, er wisse gar nicht mehr, mit wem er bei der CDU reden soll, die CDU müsse klären, wer den Hut aufhat. Wir werden ja sehen, wer heute redet. Redet die erste Reihe, Ministerpräsident Kretschmann oder die neue Spitzenkandidatin Eisenmann? Oder redet die zweite Reihe, der noch stellvertretende Ministerpräsident Strobl oder jemand von den Grünen? Man weiß doch gar nicht mehr, wer da die Hosen anhat.

Eines muss man der CDU aber lassen: Nachdem Sie seit dem ersten Regierungstag den Wahlkampf 2021 schon im Heimlichen eröffnet haben, machen Sie es jetzt mit der Nominierung des Spitzenkandidaten zwei Jahre vor der Landtagswahl zumindest offiziell, dass Sie eigentlich nie in dieser Regierung angekommen sind, sondern sich seit der letzten Wahl im Dauerewahlkampf befinden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist noch die Frage, Herr Ministerpräsident: Alle – vor allem Sie selbst – reden darüber, ob Sie noch einmal antreten oder nicht. Langsam wird es schwierig. Es muss ja ein schwe-

res und sehr unattraktives Amt sein, wenn man da so lange braucht, um zu entscheiden, ob man noch ein eigenes Projekt hat oder nicht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wie ist das mit eurem SPD-Vorsitz? Das will doch auch keiner machen! Habt ihr jetzt einen Vorsitz?)

Deshalb wäre es sinnvoll, wenn Sie das jetzt irgendwann einmal sagten, weil wir dann endlich wieder zu den Sachthemen zurückkehren und darüber diskutieren können, wie es in diesem Land in Zukunft weitergeht.

Bei dieser Landesregierung, wo es mehr Streit als Gestaltung gibt, wo es mehr Sandkastenspiele gibt, als wirklich Zukunftsvisionen gestaltet werden, kann ich nur sagen: Wenn der Ministerpräsident gestern die Bundeskanzlerin für ihren Automobilgipfel kritisiert hat und dann im Anschluss der CDU-Generalsekretär sagte, dass sich der Ministerpräsident nun angeblich Sorgen um den Automobilstandort Baden-Württemberg mache, während seine Grünen weiter einen Feldzug gegen das Auto führten,

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

dann ist das bigott. Das sind die verbalen – Die Grünen stehen dem in nichts nach; da gibt es auch genug Zitate. So geht ihr miteinander um. In der Schule würde man sagen: Reißt euch mal zusammen, stellt euch in die Ecke und vertragt euch wieder.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede
Abal GRÜNE: Und wie ist es in der SPD?)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob es an der Hitze liegt;

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was Sie jetzt sagen, oder was?)

möglicherweise sind Ihnen aber auch die Ferien oder die Feiertage der letzten Wochen nicht wirklich gut bekommen, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber immer noch wesentlich besser als Ihnen!)

Anscheinend ganz überrascht davon, dass Sie eine Aktuelle Debatte anmelden können, haben Sie in der Hektik einfach den Titel der letzten Aktuellen Debatte genommen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Und täglich grüßt das Murmeltier!)

und etwas umformuliert. Am 16. Mai blieb noch die Zukunft auf der Strecke, und am 26. Juni verschläft die Regierung die Zukunft des Landes. Also, ich kann Ihnen nur gratulieren.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

(Minister Thomas Strobl)

Bei diesem sprachlichen Meisterstück haben Sie wirklich all Ihr Wissen als Germanistiklehrer eingebracht. Herzlichen Glückwunsch, verehrter Herr Rülke!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Da auch Ihre Redebausteine heute wieder die gleichen waren,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Können Sie auch das Gleiche sagen!)

möchte ich den Klamauk einfach unkommentiert lassen und die Gelegenheit nutzen, ein wenig zur Sache zu sagen, und zwar dazu, wie diese Landesregierung die Zukunft unserer Heimat kraftvoll gestaltet.

Eine umfassende, ausführliche Arbeitsbilanz hat Herr Ministerpräsident Kretschmann bereits vor wenigen Wochen, in der jüngsten Mai-Sitzung, gegeben, und bei vielen hier in diesem Hohen Haus dürfte die Erinnerung daran noch ganz gut sein. Deswegen will ich den Blick nur auf einige wenige Themen richten.

Ein entscheidendes Zukunftsthema für die Wirtschaft, für die Gesellschaft, für den Staat und auch für unser Land Baden-Württemberg ist ganz sicher die Digitalisierung. Wie wir uns hier aufstellen, ist entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Deswegen kümmern wir uns darum, dass hier optimale Bedingungen vorherrschen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Verschlafen!)

Wir kümmern uns – das haben Sie richtig erkannt, Herr Abg. Rülke – um die digitale Infrastruktur. Wir kümmern uns darum, dass schnelles Internet baldmöglichst überall im Land zur Verfügung steht. Ich erinnere mich noch, wie Sie gelacht und gehöhnt haben, als ich an dieser Stelle gesagt habe: Wir werden dafür arbeiten, dass auch der letzte Schwarzwaldhof

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da lache ich immer noch! Da lachen auch alle anderen!)

schnelles Internet bekommt. Während Sie lachen, handeln wir.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo?)

Wir haben 500 000 Haushalte an das schnelle Internet bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber nicht im Schwarzwald!)

Wir geben jedes Jahr über 100 Millionen € für die digitale Infrastruktur an die Kommunen dieses Landes. Das ist konkrete kommunale Förderung. Das ist Förderung für den ländlichen Raum. Während Sie hier lachen, handeln wir jeden Tag gemeinsam mit den Bürgermeistern und Landräten in diesem Land und bringen das schnelle Internet tatsächlich in die Fläche.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das ist neben der vom Kollegen Peter Hauk verantworteten Politik tägliche Strukturpolitik für die ländlichen Räume, die wir nicht abhängen lassen von den Ballungsräumen.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört! Wissen das auch die ländlichen Räume?)

Wir kümmern uns natürlich nicht nur um das Glasfaserkabel und um das schnelle Internet in diesem Land. Wir haben schon lange eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie für das Land Baden-Württemberg erarbeitet. Wir haben konkrete Handlungsfelder identifiziert – im Übrigen eine Strategie, die bundesweit ihresgleichen sucht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

Viele Länder, ja, auch der Bund, haben das bis heute noch nicht bzw. haben erst später nachgezogen.

Wir haben aus dieser Strategie heraus 70 konkrete Projekte identifiziert, in denen wir neue Impulse setzen und das Land in Sachen Digitalisierung gemeinsam mit der Wirtschaft, gemeinsam mit den Kommunen voranbringen. Das Cyber Valley beispielsweise ist ein großer und enorm schlagkräftiger Forschungsverbund, der uns im Bereich der so entscheidenden KI-Spitzenforschung international sichtbar macht und kluge Köpfe an sich zieht.

Wir sind im Bereich der künstlichen Intelligenz – einem entscheidenden Zukunftsthema – weltweit unter den Top Ten, was das maschinelle Lernen angeht. Wir haben einen Spitzenplatz – wahrscheinlich Platz 1 – in Europa. Das ist Baden-Württemberg. So geht Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir haben eine Weiterbildungsoffensive für die digitale Arbeitswelt aufgesetzt, wir unterstützen kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung mit passgenauen Programmen, von regionalen Digitalisierungszentren bis zum Technologietransfer.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, bundesweit und wahrscheinlich sogar europaweit einmalig, die Cyberwehr ins Leben gerufen. Wir reden nicht nur darüber; seit August des vergangenen Jahres arbeitet diese Cyberwehr. Die Cyberwehr ist insbesondere für mittlere und kleinere Unternehmen da. Die Handwerker, die Mittelständler, die Gewerbetreibenden interessieren sich für ein solches Thema. Die FDP könnte sich für solche Themen interessieren – aber Sie setzen auf fortgesetzten Klamauk. An der Cyberwehr beteiligen sich inzwischen über 11 000 Unternehmen, die im Falle eines Hackerangriffs konkrete Hilfe bekommen. – Wir reden nicht nur, wir handeln sehr konkret.

Im Übrigen arbeiten wir, da die Themen Cybercrime, Cyberespionage, Cybersabotage, ja, auch Cyberwar, schon heute entscheidende Zukunftsthemen sind, deren Bedeutung noch zunehmen wird, an einer ganzheitlichen Cybersicherheitsstrategie für Baden-Württemberg.

Wir haben den Informatikunterricht an den weiterführenden Schulen beschlossen; Medienbildung findet von der ersten Klasse bis zum Abitur statt.

Ja, es gibt noch viel zu tun. Doch wir packen es Tag für Tag aufs Neue an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Thomas Strobl)

Baden-Württemberg hat als erstes Land in dieser Republik das Fernbehandlungsverbot gelockert. Die Telesprechstunde ist bei uns heute Realität. Das interessiert niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, und es könnte auch Sie, die FDP in Baden-Württemberg, interessieren, wenn Sie nicht auf fortgesetzten Klamauk setzen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das war doch kein Verdienst der Politik! Das war doch die Landesärztekammer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Landesregierung wird dank der Beschlüsse der Koalitionsfraktionen bis zum Ende dieser Legislaturperiode 1 Milliarde € in die Digitalisierung investieren. Das ist konkrete Förderung des ländlichen Raums, das ist konkrete Förderung des Mittelstands, das ist konkrete Förderung der Familienbetriebe, das ist konkrete Förderung der Handwerker, das ist konkrete Förderung der Kommunen, das ist konkrete Förderung junger Start-up-Unternehmen. So geht Zukunft! Wir gestalten sie jeden Tag.

Wir machen unsere Hausaufgaben auch in anderen Bereichen. Innere Sicherheit: Mit der größten Einstellungsoffensive, die es bei der baden-württembergischen Landespolizei jemals gegeben hat, stärken wir unsere Polizei. Wir haben ein modernes Polizeigesetz, und wir arbeiten daran, dass es noch besser wird.

Um Ihnen ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, aus diesen Tagen zu nennen: Baden-Württemberg ist bundesweit das einzige Land, das seine Streifenpolizistinnen und -polizisten flächendeckend mit einer modernen Technologie namens Bodycam ausgestattet hat. Ich bin dem Landtag von Baden-Württemberg sehr dankbar, dass wir hierfür frühzeitig eine saubere rechtliche Grundlage schaffen konnten. Wir reden nicht nur darüber; die Bodycam ist inzwischen, wenn zwei Streifenbeamte gemeinsam im Einsatz sind, jeweils bei einem der Beamten an der Uniform. Das ist bei uns Realität. Wir reden nicht nur darüber, wir machen es, und zwar besser als jedes andere Bundesland. Auch dafür könnten Sie sich interessieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir haben die so dringend benötigten Stellen in der Justiz geschaffen, die die SPD immer blockiert hatte.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben wieder Ruhe in die Bildungspolitik gebracht, wo es nun endlich um Qualität und nicht nur um Strukturen geht.

Wir machen im Interesse der jungen Generation keine neuen Schulden mehr. Im Gegenteil, wir zahlen alte Schulden zurück. So geht Zukunft.

Wir haben uns beim Klimaschutz auf wichtige Eckpunkte geeinigt und stellen die Weichen für eine nachhaltige Zukunft. Wir arbeiten gemeinsam mit der Automobilindustrie an der Mobilität der Zukunft und stärken den Automobilstandort Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Kollege Dr. Rülke, weil Sie moniert haben, wir hätten nur runde Tische – das haben Sie sinngemäß gesagt – und würden nichts konkret auf die Schiene setzen, möchte ich Sie einfach freundlich informieren: In der gestrigen Sitzung des Ministerrats haben wir einen Kabinettsbeschluss gefasst mit einer ganzen Anzahl von konkreten Projekten, beispielsweise das HyFab BW, eine Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff, immerhin 16 Millionen €. Dann haben wir gestern für die industrielle Demontage von Batteriemodulen und E-Motoren zur Sicherung wirtschaftsstrategischer Rohstoffe für die E-Mobilität 10 Millionen € eingestellt. Insgesamt ging es im gestrigen Ministerrat also um 26 Millionen € für konkrete Projekte in diesem Bereich als Bestandteil unserer Automobilstrategie in Baden-Württemberg. Wir reden nicht nur, sondern wir handeln ganz konkret. So geht Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir haben ein Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung beschlossen, das durch Innovation und Hochtechnologie dabei helfen wird, die Luft in unseren Städten besser zu machen, und diese Hochtechnologie, gerade auch in Stuttgart, ist inzwischen Realität geworden. So geht Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren! So geht im Übrigen auch gutes Regieren.

Die FDP/DVP kann gern bei nächster Gelegenheit wieder eine solche Debatte beantragen. Nehmen Sie am besten wieder den gleichen Titel und auch Ihren gleichen Redetext, das erspart Ihnen mühevoll Textarbeit. Ich kann Ihnen schon prophezeien: Sie werden auch das nächste Mal sehen, diese Landesregierung packt Probleme an. Diese Landesregierung – das ist wahr – ringt auch einmal um den richtigen Weg. Doch diese Landesregierung duckt sich nicht weg, sondern wir übernehmen Verantwortung und gestalten die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Strobl, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja, selbstverständlich lasse ich eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kern zu.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Erstens, Herr Minister: Sie haben recht deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Sie sich von der FDP unangemessen angegriffen fühlen. Sie haben vor zwei Jahren im Übrigen gesagt, dass Sie sich dafür einsetzen; Sie würden in spätestens zwei Jahren auch den letzten Schwarzwaldhof ans schnelle Internet angeschlossen haben. Also, die Zeit ist schon längst rum.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Er hat eine andere Zeitrechnung!)

Zweitens: Es ist noch längst nicht alles gut. Ich darf aus dem „Schwarzwälder Boten“ vom 29. April dieses Jahres zitieren:

Freudenstadt-Kniebis. „Da lebst du wie der Fuchs im Loch“, sagt Kevin Schilling. Er wohnt auf dem badischen Kniebis und ist frustriert. In Sachen Internet ist dort meistens nämlich tote Hose.

(Dr. Timm Kern)

Jetzt kommt für mich das Entscheidende:

Telefonieren mit dem Handy sei – wenn überhaupt – häufig nur im freien Gelände möglich.

Was sagen Sie diesen Menschen? Die wären froh, wenigstens der Handyempfang würde in diesem Land einigermaßen funktionieren. Und da sagen Sie, Sie hätten als Digitalisierungsminister das ganze Land ans schnelle Internet angeschlossen. Was sagen Sie denn diesen Menschen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Lieber Herr Kollege Dr. Kern, es hat doch gar niemand bestritten – und ich arbeite jeden Tag weiter dafür, dass wir weiter die Ärmel aufkrempeln und weiterhin intensiv daran arbeiten –, dass natürlich weder in Baden-Württemberg noch im Rest der Republik nicht alles gut ist.

Wahr ist aber auch, dass wir in den letzten drei Jahren unwahrscheinlich viel auf den Weg gebracht haben. Und wahr ist – das wissen Sie –, dass wir im Grunde genommen, was das Verlegen von Glasfaserkabeln, also die Breitbandstruktur in Baden-Württemberg, angeht, das Maximale tun. Wenn es tatsächlich noch einen einzigen Engpass in der Realität gibt, dann ist es der, dass wir nicht genügend Baufirmen haben, die das Glasfaserkabel verlegen können.

Wenn Sie für 6 Millionen € Glasfaserkabel verlegen, brauchen Sie im Grunde 5 Millionen €, um Gräben zu graben, und 1 Million € für den Rest. Bei diesen Baukapazitäten stoßen wir inzwischen an eine Grenze.

Wir haben das Gaspedal bis zum Bodenblech durchgetreten. Gemeinsam mit den Landräten, den Bürgermeistern, den Unternehmen machen wir das Maximale. Über 1 700 Maßnahmen haben wir seit 2016 konkret gefördert – bei 1 101 Gemeinden 1 700 Maßnahmen, jedes Jahr round about 100 Millionen €. Wir gehen in sehr, sehr, sehr großen Schritten voran.

Was den Mobilfunk angeht, wissen Sie auch: Wenn wir in die nächste Generation des Mobilfunks – 5G – gehen, werden wir deutlich mehr Sendemasten brauchen. Und jeder dieser Sendemasten braucht nicht eine Kupferleitung, sondern die Leitung muss unmittelbar glasfaserbasiert sein. Deswegen ist es so wichtig, dass wir ein flächendeckendes Glasfasernetz nicht nur in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, sondern in der gesamten Fläche des Landes Baden-Württemberg haben. Genau dafür arbeiten wir, und zwar mit maximaler Geschwindigkeit. Diese Geschwindigkeit behalten wir auch in den nächsten Jahren bei.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben gerade den neuen Standard 5G angesprochen. Kennen Sie die Aussage der Bundesbildungsministerin zu diesem Thema, in den ländlichen Bereichen müsse nicht hinter jeder Milchkanne ein neuer Sendemast stehen? Was sagen Sie denn zu dieser Aussage Ihrer Parteifreundin?

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Wo stehen denn noch Milchkanne? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Zunächst einmal braucht morgen – das wissen Sie selbst natürlich auch – nicht jeder von uns unmittelbar 5G. Viele wären froh, sie hätten flächendeckend zunächst einmal 4G oder 3G und die Telekommunikationsunternehmen würden die Funklöcher beseitigen, die wir bei dem heutigen Standard haben.

5G ist eine Technologie, die zunächst einmal für die Wirtschaft, die Unternehmen von einem ganz, ganz hohen Interesse ist. Sie ist beispielsweise für das autonome Fahren – nicht nur wegen der Datenquantität, sondern auch wegen der Latenzzeit der Datenübertragung, also der Datenübertragung praktisch in Echtzeit – eine wichtige neue Technologie.

Aber um auch das ganz klar zu sagen: Letztlich brauchen wir in Baden-Württemberg 5G nicht nur in den Städten und den Ballungsräumen, sondern 5G muss es überall geben, auch in der Fläche des Landes, dort, wo die Hidden Champions sitzen, dort, wo auch die Weltunternehmen sitzen. Deswegen ist es Politik dieser Landesregierung, das schnelle Internet, die Glasfaserbasis überall hinzubringen als eine Grundlage dafür, dass wir 5G letztlich überall in Baden-Württemberg – auch „an jeder Milchkanne“ – haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in einer Demokratie Zukunft gestalten will, muss Verantwortung übernehmen. Das hat die FDP im Bund ja grandios versemmt.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es ist deutlich zu laut.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Die FDP muss hier und auch im Bund erst einmal wieder unter Beweis stellen, ob sie das überhaupt kann.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP: Beantragen Sie diese Debatten mit dem gleichen Titel und dem gleichen Text gern weiter. Toben Sie sich in Pressemitteilungen und auf Facebook aus, machen Sie hier weiter Klamauk im Landtag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mal sehen, wie lange Sie noch da sind!)

Wir nehmen unsere Verantwortung wahr – für die Badener und die Württemberger,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mal sehen, wie lange Sie noch da sind! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Wo soll er denn hin, Uli?)

(Minister Thomas Strobl)

für die Menschen in unserem schönen Land, weil wir ganz und gar davon überzeugt sind: So geht Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich Frau Abg. Lindlohr für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass wir hier heute viel über Automobilwirtschaft, unseren Wirtschaftsstandort, Mobilität und die ökologische Dimension zugleich gesprochen haben, denn diese Themen gehören zusammen.

Ich zitiere jetzt gern aus einem spannenden Text:

Der Bereich Verkehr und Mobilität ist aufgrund rasant wachsender Mobilitätsbedürfnisse ein wesentlicher Grund dafür, dass wir derzeit unsere Klimaschutzziele nicht erreichen.

Das schreibt der CDU-Bundesvorstand jetzt am Montag in dem Beschluss „Mobilität der Zukunft“. Unser Minister Strobl hat dies in seiner Parteifunktion federführend mit vorbereitet, und ich empfehle Ihnen gern die Lektüre.

Es ist aber nicht nur ein deutsches Problem, es ist ein globales. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, weswegen sich für unseren globalisierten Automobilstandort die Rahmenbedingungen ändern und die Märkte verändern. Unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die ganze Koalition haben das früh erkannt. Wir arbeiten mit einem strategischen Ansatz, dem Strategiedialog Automobilwirtschaft, daran, diese Branche neu aufzustellen, indem die Wirtschaft – von den OEMs zu den kleinen und mittleren Unternehmen –, die Wissenschaft, die Energiewirtschaft und die Zivilgesellschaft zusammenkommen.

Sie wissen, dass dafür eine große Notwendigkeit besteht. Es ist auch sehr gut, dass sich der Ministerpräsident jetzt mit den Autoländer-Ministerpräsidenten – wie man so schön sagt – zusammengeschlossen hat. Natürlich erwarten wir vom Bund sehr viel mehr Engagement. Bei uns geht es voran.

(Abg. Sascha Binder SPD: Echt?)

– Kollege Binder, Baden-Württemberg wird über die Projekte des Strategiedialogs Automobilwirtschaft das erste Bundesland sein, das eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge hat – das ist ein großer Schritt; wir überwinden das Henne-Ei-Problem –,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

das eine neue Technologie hat. Nur wer tatsächlich technologieoffen ist, geht dies an. Wer hingegen möchte, dass eine neue Technologie durch eine mangelnde Infrastruktur gehemmt wird, der ist dagegen. Wer wie wir für Technologieoffenheit ist, der stellt diese Infrastruktur bereit – mit Partnern aus der Wirtschaft. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD:
Und das war alles?)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Grüne und CDU sind unterschiedliche Parteien, unterschiedliche Fraktionen. Wir haben in dieser Koalition zusammengefunden. Die FDP hat das mit dem Regieren ja jetzt nicht mehr so wirklich drauf und hat, so glaube ich, den Weg aus den Augen verloren, wie man eigentlich in einer Demokratie zu Kompromissen kommt, dass man nicht immer sein Parteiprogramm hoch hält und sagt: Wenn ich nicht alles kriege, ist alles nix wert.

Verantwortung haben der Kollege Mack wie auch ich angesprochen. Zu Recht nimmt diese Koalition zusammen in diesem Land Verantwortung wahr – als unterschiedliche Parteien, die sich zusammenfinden, die Beschlüsse fassen und das Land voranbringen. So machen wir es weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Minister Strobl, Sie fahren mit voll durchgetretenem Gaspedal – aber was nützt es, wenn die Batterie leer ist? Ich werde konkret:

(Zuruf des Abg. Manuel Hagel CDU)

Die Enztalquerung bei Pforzheim – ein großes Projekt zum Ausbau der A 8 – muss zum wiederholten Mal um ein Jahr verschoben werden, weil Tiefbauingenieure für die Planung fehlen. Das ist eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die Sie hier machen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das Nächste ist: Wir hören täglich von Arbeitsplatzverlusten insbesondere bei großen Unternehmen. Noch können diese Arbeitsplätze sozial verträglich abgebaut werden. Doch wie sieht es denn aktuell mit Mahle in Öhringen aus? Früher arbeiteten da 1 000 Mitarbeiter, jetzt sind es noch 230, weil bereits 700 Arbeitsplätze abgebaut werden mussten. Das Unternehmen schließt diesen Standort. Und es wird weitergehen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Minister Thomas Strobl unterhält sich mit Abg. Thomas Blenke CDU.)

Herr Minister Strobl – Kollege Blenke, ich unterbreche Sie ungern –, ich hätte schon erwartet, dass Sie uns nicht nur das sagen, was in Ihren Hochglanzbroschüren steht, sondern noch einmal darauf eingehen, was in Ihren eigenen 17 Punkten steht, die Sie als nicht entscheidungsreif ansehen – und damit ja selbst die Frage stellen: Ist diese Koalition überhaupt noch gestaltungsfähig? Zu diesen 17 Punkten haben Sie kein einziges Wort gesagt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wohlweislich!)

(Sascha Binder)

Es sind ja nicht 17 Punkte, die die Opposition aus Klamauk oder wie auch immer genannt hat, sondern es sind Ihre eigenen Punkte; es sind Ihre Streitpunkte und nicht die Streitpunkte der Opposition.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Sie sehen doch: Es geht doch nicht nur darum, dass Sie nicht zu Entscheidungen kommen. Es geht auch darum, wie Sie miteinander umgehen. Sie, Herr Innenminister, fordern 2 000 Vollzugsstellen mehr im nächsten Haushalt. Die Antwort des Ministerpräsidenten:

Jedenfalls kann kein Haus damit rechnen, dass der, der am lautesten ist, auch am meisten bekommt.

Das ist die Antwort des Ministerpräsidenten an den Vizeministerpräsidenten. Das ist der Umgang. Man kommuniziert über die Presse und meint, dass man so zu Vorteilen kommt. So funktioniert eine Regierung nun wahrlich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Minister Hermann hat ungerechtfertigterweise von der Regierungsbank herunter gesagt, es sei in den fünf Jahren Grün-Rot auch so gewesen. Mit Verlaub: Ich kann mich an einen Fraktionsvorsitzenden Schmiedel erinnern.

(Zuruf: Oje!)

Ich kann mich daran erinnern, wie er in schwierigen Debatten um Stuttgart 21 hier vorn gestanden ist. Das ist aber kein Vergleich zu dem Sandkastenspiel, das die grüne Fraktion und die CDU-Fraktion hier im Parlament aufführen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:
Ich weiß gar nicht, was Sie damit sagen wollen! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Insofern glaube ich, dass Sie da schon noch ein bisschen am Stil arbeiten müssen, um wirklich auch zu Entscheidungen zu kommen.

Dabei ist ja nicht nur in Baden-Württemberg für jeden vernehmbar, dass Sie sich nicht einig sind. Ein Beispiel: Der Innenminister sagt bei der Innenministerkonferenz, er wolle mehr Abschiebungen, er wolle mehr Abschiebungen nach Afghanistan, er wolle, wenn es irgendwie geht, Abschiebungen nach Syrien – natürlich ein verrückter Vorschlag, aber der ist noch nicht einmal abgestimmt. Er schlägt dies im Kreise der Innenminister vor, wird dann aber von den Abgeordneten der grünen Fraktion – in diesem Fall zu Recht – zurückgepfiffen. Aber der Schaden ist da.

Der Innenminister schlägt weiter vor, Smart-Home-Geräte zu nutzen, um abzuhören; ein großer Vorschlag des Innenministers von Baden-Württemberg – zurückgepfiffen von der grünen Fraktion.

Das ist das Außenbild dieser Landesregierung gegenüber anderen Bundesländern. Sprechen Sie sich doch vorher ab, wenn der Innenminister zur Innenministerkonferenz geht, und diskutieren Sie nicht öffentlich. Es hat sich gezeigt, dass die CDU-Fraktion ein Problem mit ihm hatte. Aber dass ihr ihn

nun auch noch bloßstellt, das hat er nun wirklich nicht verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich habe eine Bitte an Sie – kommen Sie ruhig nach vorn –: Sie haben bereits unter Tagesordnungspunkt 1 bei Ihrem ersten Redebeitrag grenzwertige Äußerungen gemacht. Ich bitte Sie hiermit ausdrücklich, auf Ihre Wortwahl zu achten und die parlamentarische Ordnung nicht zu stören, sondern sich daran zu halten. Ansonsten müsste ich Ordnungsrufe erteilen. Daher meine Bitte, jetzt auf Ihre Wortwahl zu achten. – Vielen Dank.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Selbstverständlich achte ich immer auf meine Wortwahl.

(Vereinzelt Lachen)

Sie unterliegt Artikel 5 des Grundgesetzes, der Meinungsfreiheit. Wenn ich manche Dinge pointiert und zugespitzt formuliere, muss man dies in dieser Arena hier einfach aushalten.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nein! Spielregeln gelten auch für Sie! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, wir sind im Parlament und nicht in einer Arena. Im Parlament gibt es parlamentarische Gepflogenheiten. An diese haben wir alle uns zu halten, auch Sie.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, mir ist nicht bewusst und auch nicht bekannt, dass ich jemals die Gepflogenheiten, die man hier allgemein auch von allen Seiten erfährt, gebrochen hätte.

(Oh-Rufe – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Dass ich gesagt habe, jemand laufe als politischer Amokläufer durch die Gegend, das ist eine zugespitzte Meinungsäußerung. Das müssen Sie einfach aushalten.

Leider glaubt Herr Minister Strobl von der CDU immer noch an die Allmacht des Staates. Das zeigt, wie sehr die CDU mittlerweile angegrünt oder sozialdemokratisiert ist. Ich würde mir mehr Rückbesinnung auf Erhard und Eucken wünschen.

Vielleicht hat die edle Waldkönigin Johanna Eich die FDP am 16. Mai um die Sinne gebracht. Vielleicht greift aber auch nur eine Art Demenz um sich, oder – auch das wäre nicht weiter verwunderlich – der FDP sind die Ideen ausgegangen. Vielleicht sind Herrn Rülke aber auch einfach noch ein paar gute Sprüche eingefallen, die er unbedingt loswerden wollte.

Am 16. Mai lautete das Thema der Aktuellen Debatte: „wie bei der grün-schwarzen Landesregierung die Zukunft auf der Strecke bleibt“. Heute lautet das Thema: „Grün-Schwarz verschläft die Zukunft des Landes“, und beim nächsten Mal lautet es vermutlich: „Grün-Schwarz verpasst die Weichenstel-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

lung für die Zukunft“. Der Trennungsschmerz der FDP vom ehemaligen Koalitionspartner wiegt offensichtlich schwer.

Natürlich, Herr Rülke, ist es eine Blockadekoalition, die wir hier erleben. Aber bei den extremistischen Ideen, in denen die Grünen stets schwelgen und feuchte Träume bekommen, bin ich, ehrlich gesagt, froh über jede Entscheidung, die diese Koalition blockiert, frei nach Christian Lindner: „Besser nicht entschieden als schlecht entschieden.“

Auf der anderen Seite ist die lasche Politik unserer Landesregierung und des – ich zitiere Herrn Stoch – „Balljungen“, Herrn Strobl, ein Risiko für unsere innere Sicherheit, zumal man nicht einmal von Mord bedrohten Politikern den nötigen Schutz gewährt. Zwar will man ständig abschieben, aber wenn es dann konkret wird, fällt unserem Ministerpräsidenten ein, dass er einmal wieder nur Blödsinn erzählt hat.

Herr Schwarz versuchte beim letzten Mal, den Erfolg der Koalition mit Umfragen zu belegen. Doch wie aussagekräftig solche Umfragen sind – Herr Schwarz ist ja leider nicht im Saal

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Doch! Natürlich bin ich hier!)

– oh ja, entschuldigen Sie, Herr Schwarz –, kann Ihnen Ihre Vorgängerin, Frau Sitzmann, sagen. Diese war bei einer Umfrage nicht einmal so bekannt wie ein erfundener Politiker namens Hägele.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt erlauben Sie mir aber auch noch eine persönliche Anmerkung zum „politischen Amokläufer“. Sie waren noch nicht im Landtag, als wir einen Ausschuss zum Thema Amoklauf hatten. Es ist ein unsägliches Leid, das da über Menschen kommt. Ich finde den Ausdruck so, wie Sie ihn benutzen, nicht gut und nicht passend. Ich würde sagen, den lassen wir hier auch weg.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Jetzt dürfen wir Punkt 2 beenden und kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] erhebt sich von seinem Platz.)

– Herr Abg. Dr. Gedeon, also Sie auch noch. Gern, ja.

(Zuruf von der SPD: Gern? – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Haben Sie mich übersehen, Frau Präsidentin, oder was?)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fahrverbot hin, Dieselpromblem her, es gibt noch zentrale Probleme, wenn es um die Grundbeurteilung einer Regierung geht. Ein zentrales Problem ist die Frage: Werden denn die Deutschen demnächst noch die Mehrheit in dieser Gesellschaft bilden,

(Oh-Rufe von den Grünen)

oder werden sie die Minderheit in einer multikulturellen Gesellschaft sein?

(Zuruf von der CDU)

Das ist eine existenzielle Frage. Hier hat die Regierung völlig versagt, meine Damen und Herren.

2015 ist ja ein großer Eklat passiert. Die Bevölkerung hat entsprechend reagiert. Die Politik gab sich kurzfristig zerknirscht: Wir haben Fehler gemacht, wir werden sie korrigieren.

Was heißt es denn, einen Fehler zu korrigieren, meine Damen und Herren? Das hieße doch ganz konkret, dass ich, wenn ich zwei Millionen, drei Millionen Menschen hier hereingelassen habe, die eigentlich gar nicht hereingedurft hätten, die wieder nach draußen befördere. Das heißt, dass man eine Abschiebungspolitik betreibt, die diesen Namen verdient.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist hier nicht der Fall.

Herr Strobl, solange Sie nicht einmal die Hälfte der abzuschickenden Leute herausbringen, von 60 000 nur 28 000, kann man das nicht Abschiebungspolitik nennen.

Also, daher hat diese Regierung im Wesentlichen nichts gebracht. Sie hat sich wie die gesamte Politik in den politischen Sandkasten der Klimakatastrophe gestürzt – also Klimawahn statt konkreter Abschiebungspolitik,

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

immer weniger Europa, immer mehr Afrika, immer weniger Deutschland, immer mehr Orient,

(Oh-Ruhe von den Grünen)

immer weniger Zusammenhalt in dieser Gesellschaft, ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft – das ist die Bilanz der Regierung, meine Damen und Herren. In der Schule würde man sagen: Setzen, Sechs!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Zu Ihrem Beitrag auch!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt können wir Tagesordnungspunkt 2 abschließen.

(Minister Thomas Strobl meldet sich.)

– Entschuldigung. Ja, so ist es, wenn man zwischendurch die Sitzungsleitung übernimmt.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, ich bitte um Entschuldigung.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich auch.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich möchte Herrn Abg. Binder doch noch gern eine Antwort geben.

Zunächst einmal, Herr Kollege Binder, haben Sie moniert, wir hätten so viele offene Baustellen und würden nichts auf den Weg bekommen. Ich will Ihnen nur einmal aus den letzten Wochen eine kleine Übersicht darüber geben, was wir in der Landesregierung so alles abgearbeitet haben: Forstreformgesetz, Kabinett am 26. März, Wildtierbericht, Kabinett am 9. April, Novellierung der Landesbauordnung, Kabinett am

(Minister Thomas Strobl)

21. Mai, Kommunalfonds „Wohnraumoffensive“, Kabinett am 21. Mai, Gesetz zur Anpassung des besonderen Datenschutzrechts für Justiz und Bußgeldbehörden, Ministerrat am 26. März, Klimaschutzgesetz, Kabinett am 21. Mai, Biodiversität, Kabinett am 21. Mai, Bioökonomie, Kabinett am 4. Juni.

Sie sehen also, verehrter Herr Kollege Binder: Die Landesregierung arbeitet die Themen Stück für Stück ab. Wahr ist auch: Wir haben noch einiges auf der Agenda.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie werden es nicht glauben: Wir haben auch noch ein paar richtig gute Ideen für dieses Land Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Um Gottes willen! – Lachen bei Abgeordneten der SPD, u. a. des Abg. Sascha Binder)

Das werden wir in der verbleibenden Zeit dieser Legislatur in dieser Koalition aus Grünen und CDU miteinander abarbeiten.

Sie sehen aber: Wir sind schon ganz gut im Lauf und haben ein ordentliches Tempo.

Zweitens haben Sie sinngemäß gesagt, ich hätte gefordert, dass wir über Smart Home und Smart-Home-Geräte die Bürgerinnen und Bürger abhören. – Jetzt nicken Sie. – Da muss ich Ihnen sagen: Entweder liegt hier ein Missverständnis vor, oder aber Sie setzen eine Falschbehauptung in die Welt. Ich habe in der Tat nie gefordert, dass wir über Smart-Home-Geräte Bürgerinnen und Bürger abhören. Ich wäre Ihnen einfach dankbar, wenn Sie das richtigstellen würden.

(Abg. Sascha Binder SPD meldet sich.)

Drittens: Ehrlich gesagt würde ich der SPD nicht empfehlen, das Thema „Stellen bei der Polizei“ immer und immer wieder anzusprechen. Denn immer und immer wieder muss ich Ihnen Ihre großen Versäumnisse in diesem Bereich vor Augen halten. Sie hatten einen Einstellungskorridor gehabt und geplant mit 800 Neueinstellungen pro Jahr, und das angesichts der großen Pensionierungswelle, die auf die baden-württembergische Polizei zuläuft. Wir machen nicht 800 Neueinstellungen pro Jahr, sondern 1 800 Neueinstellungen in den Jahren 2018 und 2019. Das sind 1 000 pro Jahr mehr, als Sie geplant hatten.

(Zurufe der Abg. Petra Häffner GRÜNE und Sascha Binder SPD)

Wir holen Ihre Versäumnisse auf.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister – –

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich würde Ihnen wirklich raten, hier nicht immer wieder das Thema Polizeistellen anzusprechen. Auch in diesem Bereich arbeiten wir das ab, was Sie sträflicherweise nicht gemacht haben, und stärken unsere Polizistinnen und Polizisten mit dem notwendigen Personal, das Sie damals nicht zur Verfügung gestellt hatten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Binder zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja, selbstverständlich.

Abg. Sascha Binder SPD: Herzlichen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Es geht um eine Klarstellung. Ist Ihnen bekannt, dass Ihr Koalitionspartner von Plänen von Ihnen ausgegangen ist – – Ich zitiere Herrn Abg. Sckerl:

Von uns bekommt Innenminister Thomas Strobl als Vertreter Baden-Württembergs für seine Pläne keine Unterstützung. Hier soll eine offene Flanke der Digitalisierung schonungslos ausgenutzt werden.

Das sind nicht meine Worte, sondern Worte des Abg. Sckerl. Er wird sich ja besser bei Ihnen auskennen als die Opposition. Deshalb habe ich mich darauf berufen. Ich denke, diese Worte sind Ihnen bekannt. Da scheint ein Missverständnis innerhalb der Koalition vorzuliegen, aber nicht zwischen Regierung und Opposition.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Kollege Binder, das finde ich jetzt nicht in Ordnung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie haben mir den konkreten Vorwurf gemacht, ich wolle über Smart-Home-Geräte die Bürgerinnen und Bürger abhören. Auch im Zitat des Kollegen Sckerl ist davon überhaupt nicht die Rede.

Wenn Sie eine solche Behauptung in die Welt setzen, finde ich es auch nicht in Ordnung, sich auf ein Zitat eines Kollegen zu beziehen – welches in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle spielt –, sondern dann sollten Sie im Landtag von Baden-Württemberg schon ein Zitat von mir präsentieren können. Ansonsten ist das, finde ich, auch parlamentarisch nicht in Ordnung, wie Sie hier Falschbehauptungen in die Welt setzen – mit Verlaub, Herr Kollege Binder.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 2? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt wirklich zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung des Landtags in EU-Angelegenheiten – Drucksache 16/6219

Auch hierzu hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für die Begründung festgelegt.

Zuerst hat die AfD das Wort. – Herr Abg. Sänze, bitte.

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Verhältnis unseres Bundeslands zur Europäischen Union möchte ich vorab kurz einige monetäre Aspekte voranstellen,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

die freilich – das betone ich – für die Begründung unseres heutigen Gesetzentwurfs nicht entscheidend sind. Entscheidend für unseren Gesetzentwurf ist der ideelle Aspekt, die Stärkung der demokratischen Repräsentation; er soll dazu dienen, der fortschreitenden Entmachtung unseres Parlaments durch mehrere Ebenen der staatlichen Exekutive, die ihre Interessen untereinander ohne reale Beteiligung des Parlaments aushandelt, zu begegnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In dieser Situation ist eine Stärkung der Kompetenzen unserer Volksvertretung dringend notwendig. Sollte sich die EU weiter politisch integrieren, dann bedeutet dies unter der derzeitigen Verfassungslage künftig de facto die Bedeutungslosigkeit dieses Parlaments bei jeglichen Entscheidungen von Gewicht.

Dabei gilt Baden-Württemberg mit Recht als eine der wirtschaftlich potentesten Regionen in Europa und trägt entsprechende Lasten. Der Anteil am Haushalt der Europäischen Union kostet die Bürger unseres Landes pro Jahr netto ungefähr 3,66 Milliarden €. Nach Baden-Württemberg fließt davon im Rahmen verschiedener EU-Förderprogramme ein Gegenwert von lediglich 710 Millionen € zurück. Wir kaufen uns die Absatzmärkte für unsere Waren also recht teuer ein. Diese Belastungen werden nach dem absehbaren Austritt Großbritanniens nochmals deutlich zunehmen.

Fällt erst das Einstimmigkeitsprinzip des EU-Rats in Budgetfragen, gibt man der EU ihr eigenes Steuerrecht, dann wird niemand mehr die Plünderung unserer Volkswirtschaft durch die Mehrheit der Ewigkündigen, insbesondere der Südländer, verhindern können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die EU tritt mit dem selbst gegebenen und keinem Bürger je zur Wahl gestellten Anspruch ständiger Vertiefung samt Angleichung der Lebensverhältnisse an, eine Art permanente Revolution hin zu einem EU-Zentralstaat durchzuführen.

Zugleich stellen wir fest, dass der Rat der EU im Grunde eine Absprache der amtierenden Regierungen der Mitgliedsstaaten darstellt. Die Exekutive der EU, die Kommission, ist von keinem Bürger gewählt worden.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Das EU-Parlament, das unsere Vertretung sein soll, hat kein Recht auf Gesetzesinitiativen. Darüber hinaus ist die Stimmengewichtung in diesem geradezu kastrierten Parlament für unser Land höchst ungerecht. Im Durchschnitt der Nationen vertritt ein EU-Parlamentarier 485 000 Bürger. Ein luxemburgischer Abgeordneter vertritt jedoch 83 000 Bürger, ein deutscher hingegen 854 000 Bürger. Selbst in diesem Rahmen haben die Bürger unseres Landes nur ein sehr eingeschränktes Sagen.

80 % der Gesetze bzw. ihrer Inhalte, die unser Zusammenleben regeln, kommen nach Einschätzung unserer Verwaltungsfachleute inzwischen in Form von Direktiven und Sonstigem aus Brüssel. Die Art, wie die Mehrheit in diesem Landtag diese strukturell gewordene Bevormundung geradezu begrüßt und bereit ist, die örtlichen Ausformulierungen des Brüsseler Wunsches durchzuwinken, brauche ich Ihnen sicherlich nicht zu erläutern. Ich empfinde das als Demokrat als schlicht unverständlich und unvertretbar.

Ich bin aber überzeugt: Auch die Bürger unseres Landes verstehen diese Haltung und die Verfahrensweisen nicht. Sie wollen sehen, dass dieses Parlament als Volksvertreter im wahrhaftigen Sinn fungiert und seine Verantwortung für die Interessen der baden-württembergischen Bevölkerung auch wahrnimmt.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Dafür leisten sie sich den beträchtlichen finanziellen Aufwand für dieses Parlament – samt Ihrer und meiner Privilegien.

Vor diesem Hintergrund möchte ich, dass Sie verstehen, dass uns, die AfD, die den Bürgern vor der Europawahl am 26. Mai gebetsmühlenartig eingebläuten Propagandalosungen von einem Brüsseler Zentralgebilde als einer angeblich „ewigen Friedens- und Wohlstandsordnung“ nicht überzeugen. Der Glaube mancher, zentrale Strukturen könnten per se besser sein als Vor-Ort-Strukturen, enthebt uns Abgeordnete nicht unserer eigenen Verantwortung, vor allem nimmt uns dies die Souveränität.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir, die AfD, wollen, dass die Volksvertretung der Bürger in Baden-Württemberg da ein gewichtiges Wort erhält, wo die Bürger unseres Landes täglich betroffen sind und täglich neue Einschränkungen ihrer Stellung als grundgesetzlicher Souverän hinnehmen müssen. Dafür ist dieser Landtag da.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten unserer Volksvertretung in europäischen Angelegenheiten sind jedoch äußerst beschränkt, da der derzeitige Artikel 34 a der Landesverfassung dem Landtag keine Möglichkeit lässt, die Landesregierung im Rahmen der Gesetzgebung im Bundesrat an Beschlüsse des Landtags zu binden.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Das stimmt doch nicht! Das ist falsch!)

Unseren Gesetzesänderungsentwurf begründe ich daher wie folgt: Gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes kann der Bund Hoheitsrechte an die EU übertragen. Die Bundesländer wirken nach Artikel 23 Absatz 2 in Angelegenheiten der EU mit. Gemäß Artikel 23 Absatz 4 des Grundgesetzes ist der Bundesrat an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder die Länder innerstaatlich zuständig wären.

Da das Landesparlament keine direkte Mitwirkungsmöglichkeit hat, sehen wir den Bundesrat in einer Rolle als Treuhänder der Landesinteressen.

(Emil Sänze)

Wir sehen aber auch sehr kritisch, dass der Bund heute Hoheitsrechte an übergeordnete Instanzen abtreten kann – und dies auch will –, die er selbst nur der Staatlichkeit der Bundesländer verdankt, deren Volksvertreter das Grundgesetz im Mai 1949 ratifiziert haben. Mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 haben die Länder dem Bund Hoheitsrechte übergeben, bei denen er täglich neue Anstalten macht, diese weiterzuveräußern.

Die Volksvertretungen der Länder können nach unserem Verständnis dabei nicht länger in einer Weise außen vor gelassen werden, wie es nach der derzeitigen Verfassungsregelung geschieht.

Derzeit gibt es lediglich in den Verfassungen von Baden-Württemberg und Bayern überhaupt Bestimmungen, die die Landesparlamente in die innerstaatliche Mitwirkung der Länderexecutiven in Angelegenheiten der EU einbinden, damit auch nur ein Mindestmaß an demokratischer Kontrolle gewährleistet wird.

Selbst diese Bestimmungen sind in der derzeitigen Fassung des Artikels 34 a der Verfassung des Landes Baden-Württemberg nur rudimentär verankert. Beispielsweise ist die Landesregierung heute lediglich in Fragen der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Landes an Stellungnahmen des Landtags gebunden, nicht aber in den mit der Bundeszuständigkeit konkurrierenden Bereichen.

Überdies wird diese Bindung noch durch ein nebulöses erhebliches Landesinteresse eingeschränkt, welches die jeweilige Landesregierung derzeit nach ihrem Gutdünken und damit nach ihrer politischen Anschauung definieren kann.

Diese bedeutsame Einschränkung gilt sogar in den denkbaren Fällen, in denen per Landtagsbeschluss die Landesregierung ersucht wird, im Bundesrat auf eine Subsidiaritätsklage gegen den Bund hinzuwirken, oder in denen der Bundesrat die Bundesregierung ersucht, zum Schutz von Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder Klage vor dem EuGH zu erheben. Nach unserer Anschauung kann der Landtag die Landesregierung heute nicht einmal in Fragen des Schutzes seiner eigenen Kompetenzen wirklich binden.

Die Änderung des Artikels 34 a gibt uns die Möglichkeit, diese wichtige Bindung an die Volksvertretung in Form des Gesetzes zur Stärkung des Landtags in EU-Angelegenheiten zu gewährleisten. Mit der Änderung von Absatz 1 Satz 1 muss die Landesregierung den Landtag künftig zum frühestmöglichen Zeitpunkt über EU-Angelegenheiten unterrichten. Damit wird die Mitwirkungsmöglichkeit des Landtags gewahrt.

Durch die Änderung von Absatz 2 Satz 1, 2 und 4 kann die Landesregierung in Fragen der Übertragung von Hoheitsrechten an die EU, welche Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes oder der Länder betreffen, durch Gesetz gebunden werden.

Wenn Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder betroffen sind, ist die Landesregierung in ihren verfassungsgemäßen Aufgaben an die Stellungnahmen des Landtags gebunden. Allein die Stellungnahme der Volksvertreter definiert damit künftig das Landesinteresse. Auch in Fragen der konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern muss die Landes-

regierung im Gegensatz zur bisherigen Verfassungsbestimmung, die dazu nichts sagt, eine Stellungnahme des Landtags künftig maßgeblich berücksichtigen.

Wir handeln damit als Vertreter der Bürger unseres Landes, stärken das Vertrauen der Bürger und erhalten uns die Souveränität. In diesem Sinn bitte ich dieses Hohe Haus, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Fraktion GRÜNE hat Herr Kollege Frey das Wort.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will die Modalitäten der Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten ändern und bezieht sich dabei auf Artikel 34 a der Landesverfassung. Dabei wird die Beteiligung des Landtags schon seit mehr als acht Jahren über ein spezifisches Gesetz geregelt, nämlich das EU-Landtagsbeteiligungsgesetz. Dies wurde – hätten Sie in der Landesverfassung weitergelesen, wüssten Sie das – durch Absatz 3 des Artikels 34 a ermöglicht, wonach ein spezifisches Gesetz dies regeln soll.

Das hat der Landtag getan und hat damit – auch für die Bürgerinnen und Bürger – Verantwortung übernommen, um die Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen, die der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 den Regionen ermöglicht. Insofern haben wir eine verantwortungsvolle Landesverfassung und ebensolche Entscheidungen des Landesparlaments.

Bundesweit hat Baden-Württemberg 2010 eine Vorreiterrolle eingenommen, als es damals genau dieses EU-Landtagsbeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht und verabschiedet hat. Von den übrigen Ländern wurde dieses Vorpreschen mit einer Regelung zur Beteiligung in Europaangelegenheiten auf Landesebene durchaus anerkannt.

Meine Damen und Herren, unser EU-Landtagsbeteiligungsgesetz hat sich in den letzten Jahren bewährt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Aber nichts ist so gut, dass man nicht noch daran arbeiten könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir ruhen uns darauf auch nicht aus. 2016 haben wir uns in unserem gemeinsamen Koalitionsvertrag darauf geeinigt, das EULG weiterzuentwickeln, und haben festgeschrieben, dass wir dies zügig einleiten.

Dazu haben wir uns mehrfach in Arbeitsgruppen getroffen und auch im Europaausschuss darüber gesprochen. Denn in dem Maß, in dem die Aufgaben und Herausforderungen auf europäischer Ebene wachsen, müssen auch auf regionaler Ebene entsprechende Anpassungen der Rahmenbedingungen geschehen. So können wir die EU nämlich von unten weiterentwickeln, demokratisch und nach dem Subsidiaritätsprinzip. Dieser Prozess ist im Augenblick in vollem Gang. Mehrere Treffen haben bereits stattgefunden.

(Josef Frey)

Auf dieser Grundlage konnten wir bereits Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf den Vollzug des EULG identifizieren. Erwogen wird z. B. die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle, welche die Abläufe der Unterrichtung in Bezug auf unterschiedliche Ministerien und die Landtagsverwaltung transparenter macht und besser kontrolliert. So könnten die gesetzlich vorgegebenen Unterrichtsfristen besser eingehalten und könnte unsere Arbeit im Ausschuss effektiver werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Für all dies brauchen wir keine Änderung der Landesverfassung. Wir sollten eine gute Landesverfassung nicht einfach ändern, wenn eine gesetzliche Regelung schon vorliegt.

Wenn sich die AfD heute für die Änderung unserer Landesverfassung, für eine Neufassung von Artikel 34 a ausspricht, zeugt das von purer Unkenntnis der Gesetzeslage. Sie erwähnen in Ihrem Gesetzentwurf nicht mit einem Wort das EU-Landtagsbeteiligungsgesetz. Es scheint, als hätten Sie in den letzten drei Jahren, seit Sie im Europaausschuss mitarbeiten, gar nicht gewusst, dass dieses Gesetz existiert. Auf welcher Grundlage haben Sie sich denn in den letzten drei Jahren beteiligt?

Sie fordern Beteiligungsrechte des Landtags, die wir in Baden-Württemberg bereits seit über acht Jahren haben und die gesetzlich geregelt sind. Hören Sie doch damit auf, von Ihrer Parteizentrale erarbeitete, unsinnige Gesetzentwürfe in die Landtage einzubringen. Gehen Sie besser in Klausur und studieren erst einmal die Geschäftsgrundlagen unserer Arbeit hier in diesem Haus, statt unsere Verwaltungen mit unnötiger Arbeit zu belasten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir haben eine gute Landesverfassung. Das EULG ist genauso gut und hat sich weitestgehend bewährt. Wir werden noch operationelle Veränderungen anstreben, aber dafür brauchen wir nicht einmal eine Gesetzesänderung.

Auf dieser gesetzlichen Grundlage und mit operationellen Verbesserungen bringen wir die Arbeit unserer Ausschüsse und dieses baden-württembergischen Parlaments in Europa – sowie Europa in Baden-Württemberg – demokratisch und nachhaltig weiter.

Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück. Sie sparen dem Land damit Steuermittel und ersparen der AfD eine Blamage.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Deuschle.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mir die Überschrift des vorliegenden Gesetzentwurfs ansah, kam mir spontan der Satz in den Sinn: „Der Laie staunt, der Fachmann wundert sich.“ Die AfD, also genau die Partei, die mit dem EU-

Austritt Deutschlands liebäugelt, möchte die Mitwirkung des Landtags genau in jener Institution stärken.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Udo Stein: Das stimmt gar nicht! So nicht richtig!)

Netter Versuch, liebe AfD.

Der vorliegende Gesetzentwurf kommt daher wie der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz. Denn wenn es einen Landtag in Deutschland gibt, der sich Europa und die politische Mitgestaltung in Europa auf die Fahne geschrieben hat, dann ist das der Landtag von Baden-Württemberg. Das ignorieren Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Der baden-württembergische Landtag hat sich gerade wegen des bestehenden Artikels 34 a – der Kollege Frey hat es ausgeführt – als europapolitischer Akteur etablieren können, und dies dank einer Anpassung der Landesverfassung – noch ganz ohne die AfD – im Zuge der beiden europäisierenden Verfassungsänderungen, nämlich 1995 und zuletzt 2011.

Ausgewiesene Verfassungsrechtler wie etwa Professor Fabian Wittreck von der Universität Münster loben unseren Artikel 34 a als besonders beteiligungsstark. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Professor Voßkuhle, ist sogar der Auffassung, dass unsere Landesverfassung den Bedeutungsverlust des Landtags nicht nur stoppen, sondern teilweise sogar rückgängig machen kann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Das gilt gerade mit Blick auf Absatz 2, wonach die Landesregierung an Stellungnahmen des Landtags gebunden ist, wenn es sich um Vorhaben handelt, die die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der Länder unmittelbar betreffen, oder wenn eben Hoheitsrechte von den Ländern auf die EU übertragen werden sollen. Sind die Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder wesentlich berührt, dann muss die Landesregierung die Stellungnahmen des Landtags zumindest berücksichtigen.

Herr Sänze, das, was Sie hier ausgeführt haben, dass der Landtag überhaupt kein Mitspracherecht an dieser Stelle hätte, ist schlichtweg falsch. Lesen Sie Artikel 34 a durch, und kommen Sie zu einer Einsicht. Vielleicht können Sie auch etwas von den Reden, die jetzt noch kommen, lernen. Aber das, was Sie behauptet haben, ist schlichtweg falsch.

Zum Ausdruck kommt die starke Stellung unseres Landtags auch, wenn wir uns zum Vergleich die Landesverfassungen der anderen Bundesländer anschauen. In EU-Angelegenheiten sieht neben Baden-Württemberg nur noch Bayern diese strikte Bindung der Landesregierung bei ihrem Stimmverhalten im Bundesrat vor. In den anderen Bundesländern – Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen – gibt es überhaupt keine europabezogenen Unterrichtungspflichten. Daher versuchen Sie hier etwas schlechztureden, womit wir wirklich an der Spitze aller 16 Bundesländer liegen und was einmalig ist, und das ist unsere Gesetzgebung hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Andreas Deuschle)

Baden-Württemberg ist also Vorreiter, wenn es um die Einbeziehung des Landesparlaments in die Willensbildung und Entscheidungskette auf europäischer Ebene geht.

Jetzt können Sie natürlich sagen: „Ja, das ist uns alles noch viel zu wenig.“ Aber mit dem, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf im Detail vorschlagen, würde die Mitwirkung des Landtags alles andere als verbessert, sondern das Gegenteil wäre der Fall.

Es fängt damit an, dass die Landesregierung den Landtag nicht mehr nur über die Vorhaben der Europäischen Union von erheblicher politischer Bedeutung für das Land unterrichten soll, wie es jetzt in Artikel 34 a heißt. Nein, Sie wollen über alles, was in Brüssel geschieht,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Natürlich!)

hier im Landtag beraten. Sie wollen den Landtag quasi mit Informationen überfluten, die für uns hier vor Ort überhaupt nicht relevant sind. Sehen Sie es mir nach: Es liegt schon der Verdacht vor, dass Sie, nachdem Sie Ihre parlamentarische Tätigkeit hier ohnehin nur auf das Kommentieren und Kritisieren beschränken, jetzt noch einmal zusätzlich Sand ins Getriebe der Parlamentsarbeit streuen wollen mit dem Verweis: „Das kommt ja alles aus Brüssel.“ Aber auf diesen Rattenfängertrick werden wir nicht hereinfliegen,

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD)

sondern wir werden die allumfassende Informationspflicht, die Sie vorschlagen, meiden und uns auf die wichtigen Kernkompetenzen des Landes immer dann, wenn es um Angelegenheiten der Europäischen Union geht, konzentrieren und dann schnell und effektiv hier im Land Antworten liefern, damit Brüssel die Aufgaben, die es zu Recht meistern will, auch wirklich meistern kann.

Gehen wir einmal ins Detail. Sie wollen die Bildung eines Bundesstaatswillens durch den Prozess der Bildung von Landesstaatswillen ersetzen – so schreiben Sie. Sie wollen, ins Juristendeutsch übersetzt, dass sich der Landtag auch dann einmischte, wenn Bundesangelegenheiten durch die EU-Gesetzgebung betroffen sind. Dass dies verfassungsrechtlich überhaupt nicht zulässig ist, sei jetzt einmal dahingestellt, weil Sie die Gesetzgebungskompetenz außerhalb des Landtags angreifen. Aber das zeigt natürlich im Kern, dass es Ihnen nicht um den Inhalt geht, sondern um die Überschrift. Wer, bitte, kann schon gegen mehr Mitgestaltung des Landtags in EU-Angelegenheiten sein? Das war Ihre Idee. Sie hat allerdings nicht lange gehalten.

Meine Fraktion wird Ihren Gesetzentwurf, wenn man ihn denn überhaupt so nennen darf, ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Hofelich erteilen.

Abg. Peter Hofelich SPD: Werte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die Gelegenheit nutzen, bei diesem Gesetzentwurf herauszuarbeiten, wo in der Gesamtsituation, wie sich der Landtag zu Europa verhält, unsere künftigen Interessen liegen und wie wir bisher vorangekommen sind. Das ist zumindest ein Nutzen der heutigen Debatte. Ansonsten schließe ich mich dem Vorschlag an, dass wir uns vielleicht auch aus Effektivitätsgründen die weitere Debatte ersparen könnten. Aber das liegt bei der AfD.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal den Lissabon-Vertrag ansprechen. Er hat einen Fortschritt für Europa gebracht. Wir alle können uns nicht freuen, dass er nicht wirklich so gelebt wird, wie es der Euphorie über ihn am Anfang entsprochen hätte. Aber er hat einen Fortschritt gebracht, und diesem Fortschritt mussten wir im Landtag auch gerecht werden. Deswegen sind die Gesetze eingebracht worden, die heute von Kollegen bereits angesprochen worden sind.

Der Lissabon-Vertrag hat auch den wichtigen Weg eingeschlagen, dass wir vom Einstimmigkeitsprinzip zum Mehrheitsprinzip – einem im Übrigen konditionierten Mehrheitsprinzip – übergegangen sind. Ich sage an dieser Stelle auch: Ich finde es gut, wenn wir jetzt darüber sprechen, dass dieses Einstimmigkeitsprinzip nun in mehr Mehrheitsentscheidungen überführt wird. Dadurch werden wir auch ein besseres Europa bekommen. Da bin ich sicher, meine Damen und Herren, und da bin ich auch dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Was ist mit der Souveränität der Nationalstaaten?)

– Dazu komme ich gern noch, Herr Kollege. Zu den Oberhistorikern komme ich nachher gern noch.

Ich bin auch dafür, dass wir das, was wir vereinbart haben, jetzt bei den Wahlen auch durchhalten – aus aktuellem Anlass –, dass das Spitzenkandidatenprinzip für die Kommissionsspitze auch angewandt wird. Tatsächlich kommt es so, wie Frau Merkel in den Wald hineinruft, von Herrn Macron heraus. Das ist eine Fehlentwicklung, die wir in den letzten Monaten erlebt haben. Aber ich sage als Parlamentarier: Ich würde mich freuen, wenn wir das Spitzenkandidatenprinzip bei der Kommissionsspitze auch durchhalten könnten, meine Damen und Herren, auch wenn ich weiß, dass das in der jetzigen Situation eine etwas blauäugige Forderung ist.

Aber wir brauchen mehr Demokratie auch aus dem Lissabon-Vertrag heraus. Mehr Demokratie wird nicht in der sogenannten eingebläuten Propaganda des Zentralstaats sein, wie er nach Ansicht der AfD im Wahlkampf vertreten worden ist, sondern sie wird in einem dezentralen Europa der Regionen sein, in dem es eine Balance zwischen Solidarität und Subsidiarität gibt. Das ist unser Grundverständnis hier in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

In dieser Balance wird es auch darum gehen, dass wir z. B. eine gemeinsame europäische Sozialpolitik weiterentwickeln.

Ich komme jetzt auf den eigentlichen Kern des Gesetzesvorhabens. Wir haben damals, im Jahr 2011, einen Prozess abgeschlossen, bei dem ich dem Kollegen Wolfgang Reinhart im

(Peter Hofelich)

Übrigen dankbar bin, dass er ihn damals als Europaminister getragen hat – auch sein Amtsvorgänger hat ihn mit Sicherheit schon getragen –, dass wir als Gesetzgeber so weit wie möglich gegangen sind, die Möglichkeiten des Parlaments zu stärken, sowohl mit der Verfassungsänderung, bei der durchaus die Frage der erheblichen Gründe eine Rolle gespielt hat, dass überhaupt Konformität gegeben ist, als auch mit dem EULG, das der Kollege Frey angesprochen hat, das nun wirklich eine breite Basis bietet. Wir haben das gemacht, und wir haben damit heute auch eine Chance, noch ein Stück weiterzukommen. Ich weiß vom Vorsitzenden des Europaausschusses, Willi Stächele, dass wir uns gerade mit Bayern in der Rolle sehen, dass wir uns weitere Punkte überlegen, bei denen der Landtag weitere Rechte und weitere Möglichkeiten haben könnte.

Der AfD-Gesetzentwurf zielt aber auf etwas anderes. Er zielt nicht auf eine Fortentwicklung der Gesetzeslage, sondern er zielt auf eine Abwehrlage in der Gesetzgebung. Das ist das, was wir, der Landtag, nicht wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Andreas Kenner SPD)

Weil das so ist, sage ich: Sie kommen Ihrer Aufgabe als Gesetzgeber nicht nach. Gesetze zu erlassen heißt, etwas zu regeln. Und das, was Sie heute hier vorhaben, ist, etwas zu „zerregeln“. Dem widersprechen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die AfD hat natürlich eine Spur: „Wir sind die Zahlmeister Europas, schlechter Deal für uns.“ Das kennen wir alles. Die Spur ist auch die, dass man sagt: „Die baden-württembergischen Steuermittel werden unter Umgehung des Parlaments nach Brüssel gegeben.“ Das haben wir alles erlebt. Das ist das, was Sie sozusagen sublim im Hintergrund zu bringen versuchen. Das geht aber nicht auf, meine Damen und Herren. 66 % der Deutschen sagen – das ist zunächst einmal das reine Ja –: Wir haben unter dem Strich mehr von Europa, auch wirtschaftlich, als es umgekehrt der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist ein Mythos, was Sie bei den Bürgern so alles herauszuhören glauben. Europa ist bei den Bürgern auf dem Vormarsch, und das hat sich bei den letzten Wahlen auch wieder gezeigt – auch wenn ich persönlich über den Ausgang dieser Wahlen nicht sehr glücklich bin; das ist wohl klar.

Übrigens sind Sie hierüber sicher auch nicht glücklich. Wenn es stimmt, was Sie sagen, dann haben Sie, meine Damen und Herren, übrigens ein ziemlich schlechtes Ergebnis erreicht.

Aber einmal abgesehen davon: Wir bestimmen hier über den Haushalt, und wir bestimmen auch über die von den Ressorts zu treffenden Einzelentscheidungen in den Ausschüssen mit. Deswegen befinden wir uns in Bezug auf Europa über die gesetzliche Situation hinaus viel stärker in der parlamentarischen Mitwirkung, als es hier unterstellt wird.

Wir sind aus meiner Sicht also auf dem richtigen Weg. Aber es gibt Dinge, die wir fortentwickeln müssen – ich komme

demnächst zum Ende, Frau Präsidentin; ich sehe die Uhr –; es gibt Dinge, die während der letzten Jahre eine Rolle gespielt haben. Es geht um die Umsetzung der Gesetze, die wir haben – die Verfassungsänderung, aber eben auch das EULG. Darüber müssen wir schon reden.

Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen der Exekutive und der Legislative, das sich auch in Baden-Württemberg nicht immer so darstellte, wie wir es uns gewünscht haben. Es trat dabei nämlich ein Bremseffekt ein. Die Fristen sind oft nicht eingehalten worden. Die Auswahl der Themen, die in die parlamentarische Beratung kommen, ging oft auf eine selbstherrliche eigene Auswahl der Ressorts zurück. Die Kommunikation zwischen dem Parlament und den jeweiligen Regierungsvertretern, also den Ministern, war nicht in Ordnung. Oftmals war man sich zu schade, das eigene Anliegen im jeweiligen Ressort im Ausschuss zu vertreten. Da gibt es einiges, das man ansprechen kann.

Die Komplexität der Sache selbst hat auch oft dazu geführt, dass man gesagt hat: Na ja, ich nehme ein bisschen Abstand von dem Thema; Europa ist nun mal komplex.

Aber klar ist, meine Damen und Herren: Europapolitik gehört in diesem Land ins Parlament. Deswegen erwarten wir auch von der Regierung, dass sie ihre Aufgabe ernst nimmt und dass Europapolitik im Parlament stattfindet. Dann werden wir die Regelungen, die wir richtigerweise geschaffen haben, tatsächlich leben können.

Eines ist auch klar: ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt ist die Zeit aber wirklich um, Herr Abg. Hofelich. – Bitte.

Abg. Peter Hofelich SPD: ... Die Staatlichkeit Baden-Württembergs setzt voraus, dass wir, der Landtag, unsere Rechte vollumfänglich wahrnehmen. Dafür sollten wir uns heute auch ganz klar aussprechen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Schweickert, bitte, für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, sind hierfür drei Intentionen denkbar. Entweder möchte man etwas einführen, was es noch nicht gibt. Oder man möchte etwas besser machen. Oder man möchte – Kollege Hofelich hat es gesagt – etwas „zerregeln“ oder, wie ich sagen würde, kaputt machen.

Schauen wir uns einmal an, was die AfD hier vorlegt. Herr Sänze hat selbst gesagt, dass es nur wenige Länder gibt, die so etwas haben wie ein EULG, ein EU-Landtagsbeteiligungsgesetz. Daher muss man sagen: Baden-Württemberg ist spitze, was die Beteiligung des Landtags in europäischen Angelegenheiten betrifft.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Genau!)

Einführen muss man also nichts.

(Dr. Erik Schweickert)

Die nächste Frage ist: Muss man etwas besser machen? Da stimme ich ja überein, dass man etwas besser machen muss. In Artikel 34 a der Landesverfassung heißt es:

Die Landesregierung unterrichtet den Landtag zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle Vorhaben der Europäischen Union, die von erheblicher politischer Bedeutung für das Land sind ...

Genau darum geht es. Kommt man diesem Anspruch nach oder nicht? Herr Sänze, ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben: Vor einem Jahr hat die FDP/DVP-Fraktion im Europaausschuss den Vorstoß unternommen – der auch von den anderen Fraktionen getragen wurde –, einmal zu analysieren, wie viele solcher Unterrichtungen es im Europaausschuss denn überhaupt gab. Dabei haben wir festgestellt – Stand vor einem Jahr; am 11. Juli haben wir es beraten; am 29. Mai war es eingereicht worden; es ist also ein Jahr her –: Es gab 115 Unterrichtungen im Ausschuss.

Festgestellt wurde auch, dass nur 27 dieser 115 Unterrichtungen von den Ministerien kamen. Da gab es Ministerien, die dieses EULG, diese Beteiligung, sehr vorbildlich leben, beispielsweise das Justizministerium – gut, klar; da steht Europa ja auch im Namen; da erwarte ich auch, dass sie es gut leben. Aber gerade beim Innenministerium oder beim Verkehrsministerium – Kollege Frey hat selbst das Innenministerium mehrfach kritisiert und darauf hingewiesen, dass man Fristen versäumt und nicht rechtzeitig informiert hat – ist noch viel Luft nach oben, meine Damen und Herren.

Dann geht es darum, dass wir, wenn wir Beteiligung leben wollen, dies auch einfordern. Wir müssen diese Rechte also im täglichen Doing einfordern und dann überlegen: Braucht man diesen Gesetzentwurf? Dieser Gesetzentwurf umfasst vier inhaltliche Änderungen.

Kollege Deuschle hat schon sehr gut herausgearbeitet, dass man nun plötzlich deutlich mehr in dieses Beteiligungsverfahren hineinbringen möchte. Da sehe ich ebenso wie der Kollege Deuschle die große Gefahr, dass, wenn man über alles redet – teilweise sogar über bundesstaatliche Konferenzen, die stattfinden –, die wirklich wichtigen Dinge durchfallen. Das ist genau das: Wenn man möchte, dass seine Arbeitsgruppe mit Arbeit zugeschüttet wird, damit hinten am besten nichts rauskommt, dann beschreitet man genau den Weg, den die AfD jetzt vorschlägt. Denn es gibt ohne Einschränkung Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes und der Länder, die jetzt plötzlich da reinkommen sollen. Das ist der erste Punkt.

Und über alles muss frühestmöglich informiert werden, nicht nur über das, was im EULG steht. Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt, der auch aufhorchen lässt: dass man auch alle Zustimmungsgesetze im Bundesrat mit EU-Bezug darunter fassen könnte. Das heißt, wir würden nicht nur das Grundsätzliche beraten, das auf europäischer Ebene passiert, sondern wir würden auch das Umsetzungsgesetz noch einmal so beraten. Das würde dahin gehen, dass Sie über weitere Gesetze, die Sie dann einbringen müssten, die Landesregierung binden.

Meine Damen und Herren, dann könnten wir im Prinzip die Arbeit und den Föderalismus einstellen. Sie können Ihrer AfD-Fraktion im Bundestag sagen: „Stellt das Arbeiten ein,

denn das machen wir jetzt hier im Land Baden-Württemberg und binden das Ganze.“ Das ist ein schönes Vertrauensverhältnis, das Sie mit Ihren Kollegen im Deutschen Bundestag pflegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der CDU)

Wenn wir das machen würden, hätte das Ganze, was in diesem Gesetzentwurf steht, die Auswirkung, dass zum einen die wichtigen Sachen untergingen und wir uns mit Klein-Klein beschäftigten. Es würde dazu führen, dass wir massiv die Exekutivkompetenz einer Landesregierung einschränkten, die verfassungsmäßig gewollt ist und hinter der wir auch stehen. Und Sie würden sehr stark in die Rechtsetzungskompetenz der Bundesebene eingreifen. Im Prinzip ist das, was Sie machen wollen, Wallonien by CETA 4.0. Das ist genau das, was Ihr Ziel ist.

Aber vielleicht ist es ja so, dass man genau das will, dass man genau das möchte, dass wir nicht mehr arbeitsfähig sind, dass man genau möchte, dass ein Wallonien 4.0 kommt und man über Volksentscheide – ich sage es jetzt einmal relativ einfach – Partikularinteressen aus Baden-Württemberg auch auf europäischer Ebene durchsetzen kann.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

– Dann müssen Sie lesen, was in dem Gesetzentwurf steht.

Und last, but not least: Wenn das käme, was Sie hier einreichen, würde das EU-Landtagsbeteiligungsgesetz, bei dem wir ja festgestellt haben, dass wir Vorreiter sind, dass wir etwas Gutes haben, ad absurdum geführt und man würde nicht – das, was Sie immer ins Fenster stellen – das Parlament mit zu wenigen Informationen aushungern, sondern man würde es zu Tode füttern mit Dingen, die auf anderer Ebene gesetzlicher Regelungen bedürfen.

Meine Damen und Herren, Sie machen damit nichts Neues, was man brauchen würde. Sie machen auch nichts besser. Vielmehr machen Sie etwas Gutes, was wir haben, kaputt.

Lassen Sie uns daran arbeiten – da bin ich bei Ihnen –, dass die Ministerien ihrer Verantwortung mehr nachkommen, und das einfordern. Da erreichen wir mehr als mit diesem Gesetzentwurf, dessen Umsetzung definitiv keine Verbesserung bringen, sondern alles deutlich schlechter machen würde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung hat das Wort Herr Minister Wolf.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Präambel unserer Landesverfassung heißt es, dass das Land – ich zitiere –

... als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten ...

(Minister Guido Wolf)

ist. Diesen Grundsätzen ist die Landesregierung verpflichtet, und wir nehmen diese Grundsätze sehr ernst. Mehr noch: Wir sehen die europäische Einigung als Gestaltungsauftrag an, den wir, das Land, mit Leben füllen müssen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in unserem Europaleitbild zu einer Europäischen Union bekannt, die von unten nach oben aufgebaut ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der heute von der AfD vorgelegte Gesetzentwurf hat nach meiner Einschätzung gar nicht so sehr das Ziel, am Ende des Tages tatsächlich Wirklichkeit zu werden, sondern er verfolgt einmal mehr das Ziel, der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist eine Mutmaßung!)

dass in Europa über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werde,

(Zuruf von der AfD: Ist ja auch so!)

dass in Europa Belange der Nationalstaaten, der Regionen ignoriert würden und dass wir hier dazu verurteilt seien, diesem Treiben tatenlos zuzusehen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Zur Kenntnis zu nehmen! –
Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Diese durch Sie vermittelte Botschaft ist – mit Verlaub – klar falsch, und das müssen wir in diesem Haus zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Es ist sehr viel dazu gesagt worden. Ich will das im Detail auch noch einmal tun. Aber erlauben Sie mir schon – in der gebotenen Kürze –, am Anfang auf § 2 des Gesetzes über die Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union, EULG, vom 17. Februar 2011 hinzuweisen. In dessen § 2 Absatz 1 heißt es:

Die Landesregierung unterrichtet den Landtag zum frühestmöglichen Zeitpunkt in einem Berichtsbogen über alle Vorhaben der Europäischen Union, die von erheblicher politischer Bedeutung für das Land sind und entweder die Gesetzgebungszuständigkeiten des Landes betreffen oder wesentliche Interessen des Landes unmittelbar berühren.

Wer hier den Eindruck vermittelt, das Land stünde außen vor und sei zum Zuschauen verurteilt, der informiert die Bevölkerung dieses Landes falsch, und das müssen wir an dieser Stelle richtigstellen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Mit Verlaub, Herr Sänze: Ich kann mich an viele Äußerungen Ihrerseits erinnern, in denen Sie eine überbordende Bürokratie der Europäischen Union beklagt haben.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ja!)

Zum Teil will ich Ihnen da auch gar nicht vollumfänglich widersprechen. Da gibt es kritische Punkte. Aber das, was Sie hier tun, nämlich im Grunde alles zum Gegenstand der Beratungen in unseren Ausschüssen, in unseren Parlamenten zu

machen, hätte genau diese überbordende Bürokratie, die wir eben nicht wollen, zur Folge. Insofern überlegen Sie sich mal, was Sie wirklich wollen: Wollen Sie mehr Bürokratie in Europa, oder wollen Sie weniger? Wenn Sie weniger wollen, ist dieser Gesetzentwurf der falsche, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Der Landesgesetzgeber und die Landesregierung haben ein gemeinsames Interesse. Wir wollen nicht, dass die Gesetzgebungskompetenzen des Landes in irgendeiner Weise eingeschränkt werden. Das gilt gegenüber der Europäischen Union genauso wie gegenüber dem Bund.

Ich hatte es in der letzten Aktuellen Debatte vor der Europawahl betont: Unser gemeinsames Ziel muss eine starke Europäische Union sein, die sich auf die Aufgaben mit einem echten europäischen Mehrwert konzentriert und den Regionen und Kommunen ausreichende Spielräume und Luft zum Atmen lässt. Ich glaube, in dieser Einschätzung gibt es durchaus auch Überschneidungen. Darauf achten wir seitens der Landesregierung auch sehr genau.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Gedeon?

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Nein, nein! Entschuldigung, keine Zwischenfrage!)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Gedeon hat bereits zum Ausdruck gebracht, dass er keine Frage stellen will. Das heißt, dass er mit meinen Ausführungen vollumfänglich einverstanden ist.

(Heiterkeit)

Diesem Ziel kommen wir am besten mit guten Argumenten auf der einen Seite und einem ständigen Dialog auf der anderen Seite näher.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Europäische Union besser und subsidiärer zu machen. Auch da gibt es mit Sicherheit noch Bereiche, in denen die Europäische Union besser werden kann. Ich habe das an dieser Stelle auch immer wieder kritisch angemerkt.

Schon 1995 wurde mit Artikel 34 a in der Landesverfassung die Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten geregelt. 2010, 2011 – heute schon mehrfach zitiert – wurden die dort enthaltenen Informationsrechte gegenüber der Landesregierung entschieden erweitert. In diesem Prozess war Baden-Württemberg auch immer Speerspitze. Baden-Württemberg gehörte zu den ersten Ländern, die diese Beteiligung der Länder eingefordert haben. Zudem wurde eine gestufte Bindung der Landesregierung an Stellungnahmen des Landtags eingeführt. Damit liegt Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Ländern mit Blick auf die Beteiligungsrechte des Landtags in EU-Angelegenheiten weit vorn – weit, weit vorn! Und das lassen wir uns auch von Ihnen nicht schlechtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, jetzt möchte Herr Abg. Dr. Fiechtner eine Zwischenfrage stellen.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

(Zuruf: Ach nein! – Zuruf des Abg. Willi Stächele
CDU)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Minister Wolf. – Artikel 34 a der Landesverfassung sieht ja lediglich eine Information vor. Worin können Sie dort Mitgestaltungsmöglichkeiten erkennen?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Wir haben gerade mit der Einführung und der Etablierung des Europaausschusses im Landtag von Baden-Württemberg einerseits und mit den vielfältigen Möglichkeiten unserer Landesvertretung in Brüssel andererseits – jedes Ressort dieser Landesregierung ist dort mit einem sogenannten Beobachter vertreten, der die Gesetzgebungsprozesse im Auge behält – ein Frühwarnsystem etabliert, das uns die Möglichkeit gibt, frühzeitig in die Prozesse einzudringen, Einfluss zu nehmen – mit den unterschiedlichen Möglichkeiten sogenannter gelber Karten und den Möglichkeiten der Subsidiaritätsrüge. Wann immer wir in solchen Prozessen den Eindruck gewinnen, dass unzulässigerweise in unsere Rechte eingegriffen wird, machen wir von diesen Instrumenten auch Gebrauch.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, Herr Abg. Dr. Fiechtner möchte noch einmal nachfragen.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielen Dank, dass Sie mir die Zusatzfrage gewähren. – Worin liegt denn jetzt konkret auf der Ebene des Landtags die Möglichkeit, etwaige Entscheidungen der EU möglicherweise aktiv zu modifizieren? Habe ich irgendetwas falsch verstanden?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Nehmen Sie das Thema Dienstleistungspaket, wo es berechtigte Kritik gab, etwa auch mit Blick auf die Handwerkerschaft und den Meisterbrief. Dort ist es gelungen, aus dieser hier geführten Debatte im Europaausschuss und aus der Erkenntnis heraus, auf der europäischen Ebene tätig werden zu müssen, unmittelbaren Einfluss auf die Generaldirektionen zu nehmen, die dann im Gesetzgebungsprozess Korrekturen zur Folge hatten, die am Ende des Tages gerade auch dem baden-württembergischen Handwerk gedient haben. Wir machen von diesen Möglichkeiten Gebrauch. Da kann man vielleicht in der Zukunft noch besser werden, aber der Eindruck, wir hätten da nichts zu sagen, ist falsch, und dem muss ich eben entgegenreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Stimme der Legislative – die Meinung des Landtags – in EU-Angelegenheiten wird gehört. Die Stellungnahmen des Landtags haben einen politischen Wert, sowohl bei Beratungen im Bundesrat als auch gegenüber der Kommission. In der 15. Legislaturperiode hat sich der Landtag mit insgesamt 130 EU-Vorhaben befasst, welche die Landesregierung im Rahmen der Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten übermittelt hat. In zwölf Fällen hat der Landtag subsidiaritätsrelevante Beschlüsse, Entschließungen oder Stellungnahmen

gefasst. Herr Dr. Fiechtner, das nimmt auch Bezug auf Ihre Frage. In der laufenden Legislaturperiode hat er in sieben Fällen entsprechende Stellungnahmen abgegeben. In allen Fällen gab es eine Übereinstimmung zwischen der Haltung des Landtags und der Landesregierung. Das zeigt: Die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung funktioniert. Es gibt also keinen Anlass für eine Verfassungsänderung.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert. Lassen Sie die auch zu?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Dr. Schweickert, bitte schön.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank. – Weil gerade von meinem Vorfrager der Eindruck erweckt worden ist, man könnte da nur eine Stellungnahme abgeben und nichts erreichen: Würden Sie mir zustimmen, dass in Artikel 34 a Absatz 2 Satz 1 genau steht – ich zitiere –: „... ist die Landesregierung an Stellungnahmen des Landtags gebunden“ und dass uns Parlamentarier aus 14 Bundesländern darum beneiden, dass wir sehr wohl die Möglichkeit haben, nicht nur informiert zu werden, sondern tatsächlich mitzugestalten?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen,
der CDU und der SPD)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Ich stimme Ihnen zu, dass uns mindestens 14 Bundesländer um große Errungenschaften in Baden-Württemberg beneiden. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass wir in Baden-Württemberg in diesen Beteiligungsmöglichkeiten und auch in dieser Bindung der Landesregierung an Voten des Parlaments vor vielen Jahren vorausmarschiert sind. Diese große Errungenschaft, diese visionäre Positionierung zu dem, was auf der europäischen Bühne passiert, das baden-württembergische Profil, sollten wir, wie gesagt, heute in dieser Debatte nicht schlechtreden. Im Gegenteil: Andere sind uns in dieser Form gefolgt. Wir waren Impulsgeber für diesen Demokratisierungsprozess auf der europäischen Ebene.

Die von der AfD-Fraktion beantragten Änderungen würden den Landtag nach meiner Einschätzung eher schwächen. Die Juncker-Kommission hat in ihrer Amtszeit bislang 471 Rechtssetzungsinitiativen hervorgebracht; hinzu kommen unzählige nicht legislative Mitteilungen, Grün- und Weißbücher. Nicht alles betrifft Baden-Württemberg unmittelbar.

Um eine wirklich wirksame Kontrolle ausüben zu können, ist eine Auswahl auf diejenigen Vorhaben sinnvoll, bei denen Auswirkungen auf Baden-Württemberg zu erwarten sind. Man muss sich ja auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren, sonst sieht man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Dann hätten wir das Gegenteil von dem, was Sie wollen, erreicht. Eine uferlose und ungefilterte Information über sämtliche EU-Vorhaben würde dem Landtag einen Bärenienst erweisen.

Lassen Sie mich abschließend noch verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber diesem Gesetzentwurf erheben. Er begegnet abgesehen von praktischen Einwänden auch verfassungsrechtlichen Bedenken.

(Minister Guido Wolf)

Die in Artikel 1 Nummer 2 des Entwurfs vorgesehenen erweiterten Mitwirkungsrechte sind im Hinblick auf den Gewaltenteilungsgrundsatz und die Grundstrukturen unserer föderalen Ordnung nicht unproblematisch. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Staatsgerichtshofs sind rechtliche Bindungen der Mitglieder der Landesregierung durch das Parlament gerade bei der Mitwirkung im Bundesrat grundsätzlich ausgeschlossen. Es gibt für die Mitglieder des Bundesrats eben gerade kein gewaltenteilendes imperatives Mandat.

Verfassungsrechtlich schwierig wird es daher dort, wo der Gesetzentwurf deutlich über die bestehenden Mitwirkungsrechte gemäß Artikel 34 a der Landesverfassung hinausgeht. Wir wären damit bei einem imperativen Mandat, und das ist der deutschen Demokratie zum Glück fremd.

Meine Damen und Herren, die verfassungsrechtlichen Bedenken, auf die ich gerade eingehen musste, machen den Gesetzentwurf von vornherein nicht gangbar. Dieser Weg ist in meinen Augen aber auch nicht erforderlich, weil die bisherige Verfassungslage die von uns allen gewünschte weitgehende Beteiligung des Landtags bereits ermöglicht.

Deswegen mein Appell und meine Bitte: Lassen Sie uns an dieser guten Zusammenarbeit festhalten! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diese Zusammenarbeit noch zu optimieren, noch besser zu werden. Das ist ein ständiger Prozess, zu dem ich mich ausdrücklich bekenne. Lassen Sie uns als Landespolitiker weiterhin mit großer europäischer Verantwortung in Sachen Weiterentwicklung der Europäischen Union agieren!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Sänze, ist es richtig, dass Sie noch 30 Sekunden sprechen wollen? – Bitte.

Abg. Emil Sänze AfD: Herr Minister Wolf, wohlwollend nehme ich zur Kenntnis, dass Sie mit der AfD zusammenarbeiten wollen. Ich hoffe, dass Frau Kramp-Karrenbauer das auch so sieht.

Den anderen möchte ich entgegenrufen: Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir haben einen Verbesserungsvorschlag vorgelegt, der Ihre Rechte erhöht.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Das wollen Sie nicht. Sie wollen keine Souveränität. Dann bleibt abzuwarten, wie die EU in unser Landesrecht eingreift, und die Konsequenzen tragen Sie vor Ihren Wählern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die regionalen Disparitäten zwischen prosperierenden Zent-

ren und der strukturschwachen Peripherie nehmen zu, die sogenannte Konvergenz ist nicht zu erkennen – so einfach lässt sich die Studie „Subsidiarity as a building principle of the EU“ der Bertelsmann Stiftung zusammenfassen. Oder auf gut Deutsch gesagt: Das Subsidiaritätsprinzip der EU ist gescheitert.

Auch der Minister kann keine wirklichen Hebel des Landtags benennen. Der Neid anderer Länder ist nur der Neid derjenigen mit Brosamen auf diejenigen mit Wasser und trockenem Brot.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede im Lebensstandard zwischen den einzelnen Regionen durch die EU weiter zunehmen werden. Die EU erreicht also genau das Gegenteil von dem, wofür sie angeblich steht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum schreit er so?)

Was aber noch viel entscheidender ist: Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die positive Externalität nur selten überprüft wird. Das heißt, es werden Entscheidungen getroffen, ohne überhaupt zu überprüfen, ob ein länderübergreifender Mehrwert besteht. Genau deshalb ist der Gesetzentwurf der AfD so wichtig.

Auch auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung findet man einen Hinweis für die Wichtigkeit eines solchen Gesetzes. Auf der Homepage steht:

Dabei war es dem Land stets wichtig, das Subsidiaritätsprinzip in den vertraglichen Grundlagen der EU zu verankern und auf seine Umsetzung sowie Durchsetzbarkeit zu pochen. Subsidiarität bedeutet, dass Aufgaben nur dann auf die europäische Ebene verlagert werden, wenn sie nicht „vor Ort“ – also in den Kommunen, Ländern oder Mitgliedstaaten – besser wahrgenommen werden können.

– Frau Razavi, Sie können gern zuhören und etwas lernen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Da dies jedoch in der Praxis nicht der Fall ist, ist ein Gesetz wie das, das die AfD vorgelegt hat, unabdingbar. Dass es abgelehnt wird, stand allerdings schon vor der Debatte fest – nicht nur, weil es von der AfD kommt, sondern weil es den Altparteien lediglich darum geht, das Bürokratiemonster EU mit noch mehr Macht zu füttern oder – wie es auf der Landesdelegiertenkonferenz der Polithasardeure, der Jusos, so schön gefordert wurde – eine Weltregierung zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schweickert, der Satz, den Sie zitiert haben, ist entscheidend: dass bei Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen die Landesregierung an den Landtagsbeschluss gebunden ist. Aber Sie haben diesen Satz leider nicht zu Ende vorgetragen. Was kommt denn da noch?

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Das muss ich Ihnen jetzt vorlesen, Herr Schweickert. Es heißt da nämlich weiter: „... es sei denn, erhebliche Gründe des Landesinteresses stünden entgegen.“

Das ist der Knackpunkt, meine Damen und Herren. Wer entscheidet denn, was die erheblichen Gründe sind, die dagegen stehen? Die Regierung oder das Parlament?

Wir, die AfD, sagen eben in diesem Gesetzentwurf, dass es das Parlament ist, das entscheidet, ob es erhebliche Gründe sind, und nicht die Regierung.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der einzige Unterschied. Das ist ganz präzise, das ist ganz juristisch. Daher ist die maßlose Arroganz, die Sie, Herr Frey, hier an den Tag gelegt haben, völlig deplatziert.

(Widerspruch des Abg. Josef Frey GRÜNE)

Diese Belehrungssucht, die besagt, die AfD sei so blöd, dass sie nicht einmal einen Gesetzentwurf einreichen könne, ist nur ein Manöver zur Ablenkung von einem ganz einfachen Sachverhalt. Sie stehen vor der klaren Entscheidung, diesen Satz zu streichen oder nicht. Sie wollen das nicht, und Sie wollen das im Wesentlichen deswegen nicht, weil es von der AfD kommt. Sagen Sie doch bitte gleich: „Wir boykottieren alles, was von der AfD kommt“ – das wäre wenigstens ehrlich –, und machen Sie hier nicht ein solches Pseudopalaver.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir können die Aussprache beenden.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6219 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales und federführend an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Wir hatten die Mittagspause ursprünglich bis 14:30 Uhr vorgesehen. Reicht das?

(Zuruf: Reicht!)

– Reicht.

Damit unterbreche ich die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:38 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Ich rufe das erste Thema auf, gemeldet von der Fraktion der AfD:

Klarheit zu Stuttgart 21

Wer spricht? – Herr Abg. Stauch, bitte kommen Sie nach vorn und stellen Sie Ihre Frage.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Frau Präsidentin! Danke für die Worterteilung zur Fragestellung. Ich habe zwei Fragen zu stellen:

Wie erklärt sich die Landesregierung den Unterschied zwischen der Erklärung der Deutschen Bahn und der Meldung im SWR hinsichtlich der zukünftigen Kapazitäten von Stuttgart 21, und mit welchen Kapazitätswerten rechnet die Landesregierung beim Durchlauf von Zügen im zukünftigen Hauptbahnhof Stuttgart nach aktueller Planung?

Die Begründung: Der SWR berichtet, dass Stuttgart 21 nicht die Kapazität haben sollte, die für die geplante Verdopplung der Zahl der Fahrgäste bis 2030 erforderlich ist. Die Bahn widerspricht dem und geht von einer ausreichenden Kapazität aus. Dies stellt den Landtag vor die Frage: Wer hat recht, und wonach richtet sich die Landesregierung?

Danke.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst geht es darum, dass es unterschiedliche Einschätzungen von der Deutschen Bahn und anderen gibt. Dies liegt daran, dass dieses Projekt hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit schon immer sehr unterschiedlich eingeschätzt worden ist.

Im neuen Gutachten wurde nun die Frage aufgeworfen, ob der Bahnhof am Ende die Leistung erbringen kann, die er erbringen müsste. Darüber gibt es einen Streit unter Experten. Das ist die Erklärung. Wir werden uns bemühen, das aufzuklären.

Wir haben gestern zwischen den beiden Regierungsfractionen, zwischen den Verkehrspolitikerinnen und Verkehrspolitikern der Fraktionen verabredet, uns einmal im Detail mit diesen verschiedenen technischen und Abwicklungsfragen sowie Fahrplanfragen zu beschäftigen und das auch zu der geplanten Infrastruktur ins Verhältnis zu setzen, um zu prüfen, ob sie ausreichend ist.

Im Schlichtungsverfahren ist ja überprüft worden, ob der Bahnhof leistungsfähig genug ist. Beim sogenannten Stress-Test ist dann herausgekommen, dass in der Spitzenzeit 30 % mehr Züge fahren können. Jetzt gibt es unterschiedliche Einschätzungen dazu, ob mit 30 % mehr Zügen in der Spitzenzeit 100 % mehr Fahrgäste befördert werden können. Denn die Landesregierung hat sich ja im Sinne des Klimaschutzes zu einer Verdopplung des öffentlichen Verkehrs – also auch des Bahnverkehrs – verpflichtet. Die Deutsche Bahn und die Bundesregierung haben verkündet, dass sie eine Verdopplung des Schienenverkehrs in Deutschland bis 2030 möchten. Aus diesem Grund muss man prüfen, ob die Zugzahlen das herge-

(Minister Winfried Hermann)

ben oder ob wir mehr Züge und am Ende vielleicht auch mehr Trassen brauchen.

Ich will ganz grundsätzlich noch sagen: Stuttgart 21 ist ja nicht nur ein Tiefbahnhof, sondern das ist der Knoten in Stuttgart mit Zulaufstrecken, mit vielen verschiedenen Stellen, die entweder Möglichkeiten oder Engpässe darstellen. Es war schon immer in der Diskussion, dass der Knoten nur dann funktioniert, wenn all diese Engpässe möglichst nicht vorhanden sind. Deswegen haben wir – Gott sei Dank – ja z. B. jetzt gemeinsam mit der Region die Beseitigung des möglichen Engpasses Große Wendlinger Kurve, die eingleisig geplant war mit einer ebengleichen Kreuzung, finanziert, damit wir diese zugunsten einer unterirdischen zweigleisigen kreuzungsfreien Lösung ausbauen können. Das ist eine Möglichkeit, den Engpass im Knoten zu beseitigen.

Es gibt noch einen zweiten Punkt, der immer wieder vorgebracht wird, nämlich dass die Zulaufstrecken von Norden her zu gering bemessen seien. Es gibt – was die meisten nicht wissen – zwischen der alten Neubaustrecke Mannheim–Stuttgart und dem Neubauprojekt Stuttgart 21 auf 5 km – im Bereich Zuffenhausen/Feuerbach – einen nicht entsprechend ausgebauten Streckenabschnitt. Deswegen sprechen viele von der Notwendigkeit des fünften und sechsten Gleises in diesem Bereich. Auch das will angesprochen sein.

Schließlich – auch das muss man bedenken – haben wir noch die S-Bahnen. Alle S-Bahnen in Stuttgart fahren heute im 2,5-Minuten-Takt vom Hauptbahnhof bis zur Schwabstraße durch denselben Tunnel. Das ist sozusagen das Ende der Fahnenstange: Mehr geht nicht durch den Tunnel.

Wir wollen durch die Einführung von ETCS im Bahnknoten sowohl bei der großen Bahn als auch bei der S-Bahn die Leistung verbessern. Man schätzt – das ist eine Expertenmeinung – die Leistungssteigerung auf 10 bis 20 % – aber eben keine 100 % – bei der S-Bahn. Da es bisher niemanden gibt, der einen zweiten Tunnel in Stuttgart fordert, weil auch niemand weiß, wo man diesen bauen könnte, stellt sich die Frage: Wie kann man die Kapazität der S-Bahn erweitern, wenn man sie denn erweitern will? Im Tunnel jedenfalls nicht.

Das sind die Fragen, mit denen wir uns zu befassen haben. Deswegen haben wir auch beschlossen, dass wir auf Arbeitsebene diesen Fragen nachgehen. Wir, die CDU-Fraktion und die Fraktion GRÜNE, haben das gemeinsame Ziel, möglichst viel Verkehr, möglichst deutlich mehr Verkehr auf der Schiene mit der S-Bahn, mit den Regional-, Nahverkehrs- und Fernzügen im Bahnknoten Stuttgart abzuwickeln. Das Ziel ist, möglichst viel umweltfreundlichen Schienenverkehr zu ermöglichen und eine Infrastruktur zu haben, die das insgesamt ermöglicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Dann zuerst Herr Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Minister, Sie hatten vor Kurzem noch einmal ausgeführt, dass Sie sich dafür einsetzen, den Kopfbahnhof zu erhalten. Wie haben Sie geplant, bei diesem Thema im Lenkungskreis, bei der weiteren Projektumsetzung vorzugehen, weil das ja bisher nicht Bestandteil ist? Deswegen auch die Frage: Wie gehen Sie da weiter vor?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Sie haben mich, glaube ich, nicht richtig zitiert oder haben eine Zeitung gelesen, in der ich nicht richtig zitiert wurde. Auch das ist möglich. Ich habe nicht gesagt, dass man den Kopfbahnhof erhalten könne, sondern eines ist ziemlich klar: Wir können heute nicht mehr die Debatten von früher führen und bestimmte Lösungen präsentieren, die früher noch möglich waren.

Inzwischen plant die Stadt und sagt sehr eindeutig, dass sie das gesamte Gleisfeld bebauen möchte. Dafür gibt es auch klare Mehrheiten. Das ist das Recht der Stadt, denn sie ist Eigentümerin dieser Fläche. Ohne die Stadt können wir gar nichts planen. Wenn die Stadt sagt: „Das wollen wir bebauen“, können wir dort auch nicht mehr Gleise haben. So war es auch vorgesehen.

Jetzt habe ich aber zu der Frage, die ich gerade angesprochen habe, ob die Kapazität – etwa im S-Bahn-Verkehr – ausreicht, in der Öffentlichkeit gesagt: Ich möchte, dass wir rechtzeitig darüber nachdenken, wo es Engpässe gibt und was wir tun können, um Verbesserungen zu erreichen.

Ich sage auch ganz offen: Wir haben lange diskutiert, ob der Bahnhof gut oder schlecht oder noch besser ist. Die Sache ist aber entschieden. Auch das ist mir immer wieder unterstellt worden. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass es eine Volksabstimmung gibt, und habe immer gesagt: Das Risiko bei Volksabstimmungen ist immer, dass die Mehrheit anders denkt als man selbst. Und als Demokrat muss man das akzeptieren. Das haben wir, die Grünen, auch gemacht: Wir haben uns schmerzlich und schmerzvoll zu dem Ergebnis bekannt.

Seitdem ist mein klarer Auftrag als Minister – eine andere Legitimation habe ich nicht –, dieses Projekt zu begleiten und konstruktive Vorschläge zu machen, die Schwachstellen, die es vielleicht gibt, noch zu bearbeiten und Verbesserungen zu erreichen. Deswegen gibt es die Große Wendlinger Kurve, deswegen haben wir den Vaihinger Bahnhof ausgebaut, deswegen weiten wir die Rohrer Kurve aus, damit auch andere Züge durchfahren können. Deswegen haben wir am Flughafen zusätzlich das dritte Gleis.

Bevor endgültig alle Pläne realisiert werden, müssen wir jetzt mit der Stadt noch einmal eine öffentliche Diskussion darüber führen, ob es hinsichtlich des bisherigen Gleisfelds noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Denn eines ist auch klar: Wenn wir die Diskussion in zwei Jahren führen, sind die Pläne im Prinzip gemacht, und dann kommen wir zu spät.

Wenn der Baufortschritt am Stuttgarter Bahnhof unten noch nicht zu weit fortgeschritten ist, kann man auch sagen: Da muss man etwas ändern. Insofern habe ich einfach dafür plädiert, dazu rechtzeitig eine Debatte zu führen. Ich habe darauf hingewiesen, dass es verschiedene Vorschläge gibt. Ich habe auch deutlich gemacht, dass ich eine gewisse Sympathie für den einen oder anderen Vorschlag habe. Ich habe aber nicht gesagt, dass wir den Kopfbahnhof erhalten wollen. Ich habe auch nicht gesagt, dass ich davon ausgehe, dass wir oben noch den halben Kopfbahnhof halten können. Vielmehr habe ich gesagt: Aus meiner Sicht müssen wir noch etwas tun, um die Kapazität zu verbessern.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Stauch.

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Herr Minister, der SWR zitiert Sie hier:

„Wir müssen über den Kopfbahnhof light sprechen“, also Zulaufgleise „in der Ebene Minus 1“.

Jetzt kommt die Frage: Wer trägt die Kosten, die auf uns zukommen? Wer bezahlt das Ganze? Die Kosten für den Bahnhof sind schon jetzt mehr als doppelt so hoch wie ursprünglich geplant.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: „Ebene Minus 1“ meint: Wenn die Stadt Stuttgart die Fläche bebauen will und man noch einen Gleisanschluss sucht, dann geht das nur noch auf der Ebene Minus 1, also unterirdisch, etwa da, wo z. B. die S-Bahnen oder die Stadtbahnen reinkommen – das sind alles unterirdische Zugänge. Natürlich ist das nicht in der Finanzierungsvereinbarung enthalten.

Es ist völlig klar, dass wir erstens klären müssen: Brauchen wir so etwas? Zweitens: Ist es realisierbar? Und drittens müssen wir klären, wer das bezahlt. Natürlich wäre das, weil es im Wesentlichen die S-Bahn beträfe, aus unserer Sicht eine GVFG-Finanzierung. Die Frage ist, ob der Bund und die anderen mitspielen. Das wäre aber eine Möglichkeit.

Wie gesagt: Wir müssen jetzt noch bestimmte Optionen diskutieren. Das haben Sie richtig zitiert. Man muss darüber diskutieren, ob man das macht. „Kopfbahnhof light“ habe ich als Begriff verwendet, weil sich die Leute nichts darunter vorstellen können, wenn ich nur sage: Das muss man irgendwie anschließen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Gruber.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Minister, daran anschließend möchte ich die Frage formulieren: Verstehen Sie unter „Kopfbahnhof light“ im Wesentlichen auch den Vorschlag mit den vier Gleisen, den jetzt der Tübinger Oberbürgermeister gemacht hat? Wie teuer wird das nach Ihrer Einschätzung, und was bringt das für die Kapazitäten?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Drei Fragen müssen geklärt werden. Man muss klären: Wie schließen wir mögliche neue S-Bahnen an, damit die S-Bahn-Kapazität ausreichend ist?

Die zweite Frage ist: Wie schließen wir die Gäubahn bzw. Panoramabahn an? Nach dem Schlichtungsverfahren von Geißler soll die Gäubahn bisher leistungsfähig angebunden werden. Es ist aber nicht geklärt, wo. Im Moment hört sie an der Baustelle einfach auf, und es geht nicht weiter. Jetzt gibt es die Möglichkeit, nach Feuerbach oder an den Hauptbahnhof anzuschließen. Das müssen wir noch klären.

Die dritte Frage, die noch zu klären ist: Im Rahmen des Schlichtungsverfahrens ist auch deutlich geworden, dass Tunnelstrecken immer auch ein gewisses Risiko darstellen, weil man sanieren muss, weil ein Unfall passieren kann, weil ein Zug stecken bleibt usw. Für diese Fälle braucht es ein Notfallkonzept. Ich muss also drum herum kommen. Wenn der S-Bahn-Tunnel dicht ist, muss ich noch eine andere Möglichkeit haben. Da ist die alte Panoramastrecke eine mögliche Überlaufstrecke. Genau darüber, wie wir die Lösung dafür finden, müssen wir diskutieren.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Was die Kosten anbelangt, Herr Gruber: Jetzt fangen wir gerade eine Diskussion an. Da kann ich jetzt nicht schon sagen, was das alles kostet. Ich kann nur sagen: Umsonst wird es nicht sein, und es ist nicht Teil der Finanzierungsvereinbarung. Das ist es nicht. Vor der Entscheidung konnten wir noch sagen: „Wenn das Projekt so teuer ist, müssen folgende Lösungen mit dabei sein.“ Inzwischen ist das Projekt aber sehr viel teurer geworden. Da wird man von der Bahn und vom Bund nichts mehr extra bekommen für eine Maßnahme, die vertraglich nicht abgesichert ist. Deswegen brauchen wir, wenn wir das vorhaben, eine zusätzliche Finanzierungsvereinbarung – wie bei der Wendlinger Kurve und beim Vaihinger Bahnhalt.

An dieser Stelle muss betont werden: Die Landesregierung – die alte wie die neue – hat immer unterstrichen, dass sich das Land verpflichtet hat, maximal 930 Millionen € zu bezahlen. Es hat sich an dem Puffer für die Mehrkosten beteiligt. Der Kostendeckel lag damals bei 4,5 Milliarden €, so auch beim Volksentscheid.

Heute wird dieses Projekt – das ist in der letzten Woche im Aufsichtsrat beschlossen worden – mit etwa 8,2 Milliarden € etatisiert. Es ist nicht geklärt, wer die Mehrkosten in Höhe von über 3,5 Milliarden € übernimmt. Die Bahn klagt gegen das Land. Nach den Vorstellungen der Bahn müssten wir etwa zwei Drittel dieser 3,5 Milliarden € bezahlen, grob also 2,4 Milliarden €. Wir, das Land, halten dagegen und sagen: „Wir müssen nicht bezahlen. Das Land hat freiwillig gezahlt, aber wir zahlen nicht freiwillig mehr.“ Das ist aber noch im Verfahren.

Klar ist auch: Wenn die Bahn mit uns um solche Summen streitet, wird sie uns nicht an anderer Stelle etwas schenken. Wenn wir etwas Neues machen, brauchen wir dafür eine neue Finanzierungsgrundlage.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Meine Nachfrage: Wie haben Sie es denn vor? Gehen Sie jetzt aufgrund Ihrer Vorstellungen, Herr Minister, mit einem neuen Vorschlag, der ein Vorschlag der Landesregierung ist, in den Lenkungskreis und stellen dort Ihre Überlegungen als Position des Landes vor?

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: So weit sind wir noch gar nicht!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: So weit sind wir noch gar nicht. Jetzt werden wir erst noch einmal innerhalb der Koalition diskutieren.

Man muss schon sagen: Wer innerhalb dieses Systems etwas ändern will, hat ein ziemlich großes Problem, egal, wer es ist. Denn beteiligt ist nicht nur die Landesregierung – und auch die ist nicht allein unterwegs, sondern wird von einer Koalition getragen –, sondern auch der Gemeinderat – wie man weiß, eine vielfältige Veranstaltung mit vielen Fraktionen –, der Verband Region Stuttgart – ebenfalls mit vielen Fraktionen –, die Deutsche Bahn und der Flughafen Stuttgart. Das heißt, wir haben fünf sehr unterschiedliche Verantwortliche, die entscheiden müssen.

(Minister Winfried Hermann)

Daher ist völlig klar: Wenn man überhaupt noch etwas verbessern und verändern will, geht das nur im Konsens, in konsensualen und konstruktiven Verhandlungen. Wir haben das bei Vaihingen geschafft, haben das bei der Wendlinger Kurve geschafft. Ich hoffe, dass in den Gremien die Kraft besteht, auch die anderen Fragen noch zu lösen.

Eines muss doch klar sein – ob man nun Kritiker oder Befürworter dieses Projekts ist –: Das Projekt ist in den frühen Neunzigerjahren geplant worden, in einer anderen Zeit, mit einem anderen Horizont. Der Bahnhof in Stuttgart wird jetzt nach Plan zum Jahresende 2025 fertig. Am Flughafen wird der erste Teil des Bahnhofs ein paar Jahre später fertig sein. Der zweite Teil hat noch kein Inbetriebnahmedatum. Das heißt, der Bahnhof wird, grob gesagt, etwa 30 Jahre später fertig, als er geplant wurde.

Heute haben wir zum Teil andere Vorstellungen. Die Bahn hat andere Pläne. Damals gab es z. B. noch keinen Deutschlandtakt, den die Deutsche Bahn verfolgt hätte, und auch keinen Halbstundentakt auf vielen Linien.

Aus diesem Grund ist es sinnvoll, sich in einer Phase, in der man noch etwas verändern kann, zusammenzusetzen und zu überlegen, was wir noch besser machen können. Denn ich gehe einmal davon aus: Wenn schon so viel Geld investiert wird, wollen alle, dass dabei etwas möglichst Gutes herausgeholt wird. Das gilt auch dann, wenn man Kritiker ist und das Projekt per se für nicht gut hält. Trotzdem will man, dass am Ende möglichst viel Gutes herausgeholt wird, denn wir alle wollen den Bahnhof nutzen und einen Vorteil davon haben.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Klos.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Herr Minister, Sie haben es schon gesagt: Der Drops ist gelutscht; jetzt müssen wir das Beste daraus machen. Das neueste Gerücht, das ich gehört habe, lautet: Zwei gekoppelte ICE-Züge passen nicht an die geplanten Bahngleise. Haben Sie dazu irgendwelche Informationen?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Der Bahnhof ist natürlich so geplant, dass ein langer ICE hineinpasst. Hintergrund dieser Frage ist vielleicht: Da der Bahnhof ja von 16 Gleisen auf acht Gleise reduziert wird und als Durchgangsbahnhof konstruiert ist, muss man, wenn man in Spitzenstunden bestimmte Leistungen erbringen will, die Gleise von beiden Seiten belegen. Dann bekommt man ein Problem mit sehr langen Nahverkehrszügen. Solche werden dort wohl nicht hineinpassen, aber zwei normale Nahverkehrszüge schon.

Präsidentin Muhterem Aras: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist das Thema für heute beantwortet und erledigt. – Vielen Dank.

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion GRÜNE:

Biodiversität auf landeseigenen Liegenschaften

Frau Abg. Saebel, Sie haben das Wort.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE: Vielen Dank. – Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Tiere ist Staatsziel in der Verfassung und im Grundgesetz verankert. Baden-Würt-

temberg verfolgt dieses Ziel schon seit Langem und konnte in den beiden letzten Legislaturperioden auch deutliche Verbesserungen erreichen. Trotzdem gibt es aktuell auch in Baden-Württemberg das Volksbegehren „Pro Biene“, junge Menschen gehen auf die Straße und demonstrieren in „Fridays for Future“-Meetings für mehr Naturschutz.

Zur Naturschutzstrategie unseres Landes gehört u. a. der Erwerb von naturschutzwichtigen Flächen. Wenn das Land diese Flächen kauft, kann es selbst darüber verfügen und über deren Bewirtschaftung entscheiden. Es schafft dadurch natürlich die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung von Gebieten im Sinne des Naturschutzes und sichert wichtige Teile des baden-württembergischen Naturerbes für kommende Generationen.

Das Land besitzt außerdem Parkflächen, Gartenanlagen und Außenanlagen von Landesgebäuden, insgesamt ungefähr 1 500 ha.

Seit Bekanntwerden der Krefelder Studie machen wir uns natürlich Sorgen darüber, dass innerhalb von 27 Jahren ein Rückgang der Gesamtmasse an Fluginsekten um 76 % festgestellt wurde.

In diesem Kontext frage ich jetzt die Landesregierung, welche Maßnahmen sie ergriffen hat und welche Maßnahmen sie noch ergreifen möchte, um ihrer Vorbildfunktion für den Erhalt der Biodiversität auf landeseigenen Flächen im Zuständigkeitsbereich unserer Liegenschaftsverwaltung gerecht zu werden, und zwar in den Parks und Gärten, auf den Außenanlagen von Landeseinrichtungen und auf den landwirtschaftlichen Flächen.

Zusätzlich wäre mir noch wichtig zu erfahren, welche Aktivitäten es im Bereich der Landesbeteiligungen inklusive z. B. der Wilhelma oder des Blühenden Barocks oder auf den Landesdomänen, wie z. B. dem Gestüt Marbach, für Artenschutz und Artenvielfalt gibt.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Selbstbeweihräucherung! Zeitverschwendung!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Fragestellung. Ich freue mich, dass damit heute hier schon zum zweiten Mal das Thema Biodiversität behandelt wird. Und ich freue mich, dass sich die Fragen auch an das Finanzministerium richten, denn uns im Finanzministerium ist dieses Thema sehr wichtig. Das Thema hat einen hohen Stellenwert, und wir wollen auf unseren landeseigenen Flächen unserer Vorbildfunktion gerecht werden. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren sehr viele Maßnahmen ergriffen und sind noch weiter daran, Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Ich muss dazu sagen, dass im Zuständigkeitsbereich der Liegenschaftsverwaltung des Landes nahezu 35 000 ha Grundstücke liegen. Diese Flächen sind allerdings sehr unterschiedlich. Es handelt sich zum einen um rund 11 500 ha natur-

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

schutzwichtige Flächen, fast 22 000 ha landwirtschaftlich genutzte Flächen und ca. 1 500 ha Grünflächen, wobei darunter ebenso große Parkflächen und historische Gartenanlagen fallen wie zum Teil sehr kleinteilige Außenanlagen von Verwaltungsgebäuden.

Herr Fraktionsvorsitzender Stoch hat heute Morgen gesagt, dass Blühwiesen auf landeseigenen Grünflächen eher in die Liga Schrebergarten und nicht in die Liga Landesregierung fallen. Zum einen meine ich, dass unsere Schlossgärten sehr klar in die Liga Landesregierung fallen, zum anderen möchte ich an dieser Stelle auf die große Bedeutung der Schrebergärten hinweisen. Bei mehr als einer Million Kleingärten in Deutschland sind auch diese für den Erhalt der Biodiversität sehr wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich nehme an, das sieht auch die SPD so.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Mit Sicherheit!)

Wenn ich nun also zunächst über landeseigene Grünflächen im Siedlungsbereich spreche, dann ist klar, dass bereits bei der Planung die Weichen für eine naturnahe, artenreiche Gestaltung gestellt werden sollten. Durch die Anlage von Blumenwiesen statt Rasen oder gar befestigter Flächen, durch eine standortgerechte und vielfältige Pflanzenauswahl, durch Artenschutz am Haus z. B. in Form von Nistkästen, durch Dachbegrünung und durch den Verzicht auf Pestizide kann viel bewirkt werden.

Wir haben deshalb im vergangenen Jahr einen Leitfaden herausgegeben, der für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung, aber auch für Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer die Richtung vorgibt und u. a. die Anlage von Wiesen statt Rasenflächen empfiehlt und den Verzicht auf Pestizide regelt. Vielerorts wurden in den vergangenen Jahren Rasenflächen in Wiesen umgewandelt, z. B. im Schlossgarten Schwetzingen, im Rosensteinpark, im Akademiegarten hinter dem Landtag. Da ist gerade in Teilbereichen eine Baustelle, da wird aber wieder Wiese eingesät. An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir auf den bisherigen Wechselvorbeuten vor dem Landtag nun eine insektenfreundliche Dauerbepflanzung haben.

(Beifall des Abg. Manfred Kern GRÜNE – Abg. Manfred Kern GRÜNE: Sehr gut!)

Auch im Schlossgarten von Bad Mergentheim wurden Rasenflächen in Wiesen umgewandelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Mehr Zeckenbisse!)

Auch beim Schloss Favorite wurden und werden Rasen in Wiesenflächen umgewandelt. Insgesamt arbeiten die Schlösser und Gärten Baden-Württemberg, kurz SSG, an der Weiterentwicklung historischer Gartenkunstwerke zu artenreichen Biotopen – natürlich im Einklang mit den Denkmalschutzanforderungen.

Aktuell werden bei neun von SSG betreuten Monumenten in Kooperation mit der Initiative „Blühende Naturparke“ Wildbienenweiden angelegt, und natürlich bieten nicht nur Gärten, sondern auch Burgruinen und Schlossgewölbe Lebensraum

für viele Arten. Als Beispiel sei das Schloss Heidelberg mit seinen Fledermaus- und Amphibienpopulationen genannt. Erwähnt sei hier auch, dass die Schlossgärtnerei in Karlsruhe schon seit vier Jahren biologisch und torffrei arbeitet.

Auch auf verschiedenen Hochschulcampus und anderen Grünflächen gibt es zahlreiche Aktivitäten für mehr Biodiversität, z. B. an den Universitäten Tübingen und Konstanz, den Hochschulen Furtwangen und Aalen. Mit der Hochschule Biberach sind wir gerade intensiv im Gespräch.

Wir arbeiten auch an der systematischeren Erfassung und Planung von Ausgleichsmaßnahmen für unsere Neubaumaßnahmen. Wir haben das Fortbildungsangebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Biodiversität ausgebaut, und wir arbeiten an der Weiterentwicklung der Musterleistungsverzeichnisse für die Pflege unserer Grünanlagen.

Sie sehen also: Es läuft viel. Das Thema ist schon sehr gut aufgegleist, und die Landesgrünanlagen werden immer artenreicher.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren auch den Ankauf naturschutzwichtiger Flächen deutlich gestärkt. Wir haben die Mittelansätze auf nunmehr 2 Millionen € pro Jahr erhöht und auch die Personalausstattung verbessert.

Wir richten den Fokus nun auf den Erwerb von Moorflächen, denn diese dienen nicht nur dem Erhalt der Biodiversität, sondern auch dem Klimaschutz. Zusammen mit der Naturschutzverwaltung haben wir deshalb ein Erwerbskonzept für Moorflächen erstellt, das rund 250 ha umfasst. Wir kaufen aber nach wie vor auch andere naturschutzwichtige Flächen. Beispielsweise hoffe ich, dass wir auch am Hohenasperg Flächen erwerben können.

Auch für die landwirtschaftlichen Flächen in Landesbesitz haben wir klare Ziele. Wir wollen den Anteil ökologischer Bewirtschaftung auf unseren Flächen deutlich erhöhen. Dazu sollen landeseigene Grundstücke bei Neuverpachtung bevorzugt an ökologisch wirtschaftende Betriebe gegeben werden. Wir wollen die Pächterinnen und Pächter landeseigener Grundstücke gezielt ansprechen und sie über bestehende Fördermöglichkeiten und Beratungsleistungen des Landes hinsichtlich ökologischer Bewirtschaftung informieren, und wir arbeiten gemeinsam mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz derzeit an der Anpassung der Verwaltungsvorschrift Agrarvermögen.

Sie hatten noch eine Zusatzfrage zu Aktivitäten im Bereich landesbeteiligter Unternehmen gestellt. Wir haben die Unternehmen gebeten, ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem einzuführen. Fast alle arbeiten jetzt im Rahmen der WIN-Charta. Bei etlichen ist dabei auch das Thema Biodiversität in den Fokus gerückt, soweit es das nicht schon vorher war. Es gibt also bei zahlreichen Unternehmen Aktivitäten in diesem Bereich. So habe ich z. B. in Rothaus neulich ein neues Wildbienenhotel bewundert. Da ist natürlich auch ein Blühstreifen, eine Wiese dazu angelegt.

Die Staatliche Münze hat entsprechende Aktivitäten.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Das Blühende Barock verzichtet auf chemische Unkrautvernichtungsmittel und hat den Einsatz weiterer chemischer Pflanzenschutzmittel sehr stark reduziert und ebenfalls Bienenweiden angelegt.

Die Wilhelma – das war, glaube ich, auch ein Gegenstand der Frage – hat ohnehin sehr viele Aktivitäten im Bereich Artenschutz. Da gibt es jetzt sogar einen „Artenschutz-Euro“, der von den Besucherinnen und Besuchern in großer Zahl freiwillig gezahlt wird und der Artenschutzprojekten weltweit zugutekommt. Daneben ist die Wilhelma aktiv im Bereich Botanik – auch, was die Vermehrung und die Zucht von Arten betrifft, die hier bedroht sind. Die Wilhelma pflegt in Stuttgart auch große Grünflächen und verfährt dabei natürlich auch entsprechend der Biodiversitätsziele.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin, selbstverständlich hat die SPD-Fraktion ein großes Herz für Schrebergärtnerinnen und Schrebergärtner; in unseren Reihen gibt es viele davon. – Das nur zu Ihrer Beruhigung.

Ich habe eine Frage. Sie haben es eben gesagt: Blühendes Barock und Wilhelma verzichten weitestgehend auf die Anwendung von Pestiziden, also von Unkrautvernichtungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln. Können Sie uns sagen, ob auf allen landeseigenen Flächen, die Grünland- bzw. Blühflächen sind, auf Pestizide verzichtet wird?

Und was gedenkt die Landesregierung gegen die neu aufkommenden und sich großer Beliebtheit erfreuenden Schotter- und Kiesflächen in Vorgärten zu tun?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und Mähroboter! –
Vereinzelt Heiterkeit)

– Das habe ich jetzt nicht verstanden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mähroboter! – Zurufe:
Mäh! Mäh! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Vierbeinige oder welche?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Die haben, glaube ich, Räder. – Vielen Dank, Frau Abgeordnete, für die Fragen.

Die erste Frage, die Frage nach dem Pestizideinsatz, gibt mir Gelegenheit, noch einmal auf den schon angesprochenen Leitfaden hinzuweisen, der im Jahr 2018 vom Finanzministerium veröffentlicht wurde und in dem ausgeführt wird, dass auf landeseigenen Grünflächen – das sind die Flächen, über die wir gerade reden, also Außenanlagen, Parks, Gärten – auf Pestizide zu verzichten ist. Mir ist seitdem auch nichts Gegenteiliges zu Ohren gekommen; ich gehe tatsächlich davon aus, dass unsere Flächen pestizidfrei gepflegt und bewirtschaftet werden. Das ist jedenfalls das klare, das erklärte Ziel.

Bei der zweiten Frage ging es um die Schottergärten. Wir bemühen uns natürlich – das habe ich schon gesagt –, wenn wir Flächen neu planen, möglichst wenig befestigte Flächen vorzuziehen und stattdessen möglichst viel Grünfläche, und zwar artenreiche Grünfläche.

Was das Thema „Schottergärten im privaten Bereich“ betrifft, finde ich den Blick in die Landesbauordnung sehr lohnend

und meine, dass die Landesbauordnung schon recht gute Regelungen enthält. Flächen, die nicht als befestigte Flächen benötigt werden, sind demnach als Grünfläche anzulegen. Insofern meine ich, dass es in weiten Bereichen zwar ein Vollzugsdefizit, aber nicht unbedingt ein Regelungsdefizit gibt.

Wir versuchen dieses Thema zudem natürlich auch über Öffentlichkeitsarbeit anzugehen. Daher sind mir die Wildbienenweiden bei Schlössern und Gärten so wichtig, ebenso wie beispielsweise Blühwiesen hinter dem Landtag. Da gibt es auch eine Beschilderung. Wir finden es wichtig, die Bevölkerung nicht nur auf das hinzuweisen, was wir machen, sondern auch darauf aufmerksam zu machen, dass es insgesamt wichtig ist, dass wir artenreiche Grünflächen und damit Lebensräume für eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt auch in den Siedlungsbereichen haben.

Insofern sind unsere Aktivitäten natürlich auch immer mit der Hoffnung verbunden, dass diese Nachahmer finden, beispielsweise, wenn wir Wildbienenweiden an öffentlichkeitswirksamen Plätzen anlegen.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Herr Abg. Dr. Balzer, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Danke, Frau Präsidentin, für die Worterteilung. – Ich habe eine Frage zum Thema „Unkraut- oder Wildkrautbekämpfung auf Flächen“. Sie haben ausgeführt – das ist auch völlig richtig –, dass der Pestizideinsatz sinnvollerweise zu reduzieren ist. Teilweise wird das störende Kraut ja dann mechanisch entfernt, mit entsprechenden Maschinen.

Meine Frage an die Landesregierung: Wird darüber nachgedacht, durch welche Förderung die Beschaffung solcher Maschinen unterstützt werden kann?

Die zweite Frage ist: Wenn man mechanisch Unkräuter entfernt – ich sage einmal Unkräuter; das sei mir an dieser Stelle bitte erlaubt –, dann nimmt die Bodenerosion zu. Der nackte Boden kann dadurch also leichter „verblasen“ werden, und diese Bodenerosion ist langfristig gefährlich bei Starkregen. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung geplant, um diese Erosion zu minimieren?

Danke.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob sich Ihre Frage auf Grünflächen im Siedlungsbereich oder auf die gesamte landwirtschaftliche Praxis bezieht,

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das betrifft alle Grünflächen! Das betrifft nicht nur Grünflächen im Siedlungsbereich! Der Grünpflanze ist es egal, ob das ein Siedlungsbereich ist, der als Siedlungsbereich gekennzeichnet ist, oder ob das ein Nichtsiedlungsbereich ist! Auch dem Boden ist es egal!)

wobei ich glaube: Die Fragestellungen sind schon ein bisschen unterschiedlich. In Bezug auf Gärten, Parks, Grünanlagen im Siedlungsbereich stellt sich zunächst einmal die Frage: Stört da wirklich jedes Wildkraut? Ist das dann als Unkraut zu bekämpfen? Oder muss ich nur an bestimmten Flächen, auch im Bereich von Wegen, die Vegetation in Schach

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

halten, wo ich sie aus Nutzungsgründen, aus gestalterischen oder aus denkmalschützerischen Gründen nicht haben will? Dazu gibt es sehr gute Verfahren; da wird zum Teil mit Heißwasser gearbeitet. Da wurden Erfahrungen gesammelt, auch bei unseren Gärtnereien, die sehr gut damit zurechtkommen.

Ich habe vorhin auch erwähnt, dass die Schlossgärtnerei in Karlsruhe schon seit vier Jahren auf synthetisch-chemische Pflanzenschutzmittel verzichtet, rein biologisch arbeitet, das sehr erfolgreich macht und auch Führungen zu diesem Thema anbietet, um Interessierte zu informieren, wie das gehen kann. In diesen Bereichen gibt es also viele Lösungsmöglichkeiten.

Wenn wir jetzt über Landwirtschaft reden, sind wir bei der Frage: Gelingt es uns, den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen zu steigern? Da sehen wir uns auch in der Vorbildfunktion, was unsere landeseigenen Flächen betrifft.

Aber ansonsten ist das ein weites Feld, über das Sie wahrscheinlich eher mit dem Landwirtschaftsminister diskutieren könnten, zumal es zahlreiche Fördermöglichkeiten gibt, auch über FAKT, um Landwirte bei der Umstellung etwa von konventioneller Unkrautbekämpfung auf biologische Methoden zu unterstützen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Zum Stichwort Karlsruhe erteile ich das Wort Herrn Abg. Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das passt ganz gut. – Frau Staatssekretärin, erst einmal herzlichen Dank an Sie, Ihr Haus und an all die, die sich um die Biodiversität in unserem Land verdient machen.

Mich würde interessieren – denn das wird auch im Hochschul- und Wissenschaftsbereich immer wieder an uns herangetragen –, wie denn Vermögen und Bau damit umgeht, wenn vonseiten der Nutzerinnen und Nutzer von Landesgebäuden Aktivitäten und Initiativen entstehen, die Außenanlagen von Landesgebäuden ökologisch aufzuwerten. Wie geht Vermögen und Bau damit um?

Vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Vielen Dank. – Wir freuen uns natürlich, wenn Nutzer von Landesgebäuden selbst aktiv werden wollen, ihre Außenanlagen ökologisch aufzuwerten. Seitens Vermögen und Bau werden entsprechende Initiativen im Rahmen der Möglichkeiten – personell, finanziell und unter Beachtung von Kriterien wie Denkmalschutz und Verkehrssicherheit – sehr gern unterstützt und auch unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten gemeinsam umgesetzt.

Dazu gibt es auch schon viele Beispiele. Eines ist in Karlsruhe die Pädagogische Hochschule, die derzeit in dieser Richtung Aktivitäten entfaltet und mit Unterstützung von Vermögen und Bau Umgestaltung und Anpflanzung vornimmt.

Wir haben ein Projekt beim OFD-Bildungszentrum in Freiburg. Wir sind – ich habe es schon erwähnt – im Gespräch mit der Hochschule Biberach und der Hochschule Nürtingen. Auch da gibt es eine Projektinitiative, und wir überlegen, wie

wir sie unterstützen können. Gefreut hat mich auch, zu sehen, dass beim Polizeipräsidium Einsatz in Göppingen sehr aktiv Naturschutz betrieben wird.

Es gibt also schon an vielen Orten in unterschiedlicher Ausprägung solche Projekte, und es freut uns sehr, wenn die Nutzerinnen und Nutzer von sich aus initiativ werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Zeckengefahr steigt!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist das Thema für heute erledigt.

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion der SPD:

B e t r i e b s ü b e r g a n g d e r R e m s b a h n a n G o - A h e a d

Wem von der SPD-Fraktion darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Gruber, bitte.

(Abg. Norbert Beck CDU: Guter Mann!)

Abg. Gernot Gruber SPD: Nicht so viele Vorschusslorbeeren. – Liebe Frau Präsidentin, lieber Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Betriebsübergang der Remsbahn an Go-Ahead erfolgte am 8. Juni, und es war ein holpriger Start.

(Abg. Anton Baron AfD: Wundert Sie das?)

Der Kollege Haußmann hat das sicherlich noch näher miterlebt als ich und wird dazu nachher vielleicht noch eine Frage stellen können. Aber erst einmal führe ich in das Thema ein.

Der Minister hat den Betriebsübergang ja sehr positiv angekündigt, hat ihn gelobt: Komfortable Fahrzeuge kommen, erfreulicherweise ein besserer Takt und ausreichend hohe Sitzplatzkapazitäten.

In der Realität lief der Start aber – formulieren wir es einmal freundlich – doch recht holprig. Täglich sind Züge ausgefallen, Züge waren randvoll. Es gab gravierende technische Probleme, Türen blockierten, es gab Probleme mit den ausfahrbaren Fußtritten.

Der IRE zwischen Stuttgart und Aalen fuhr und fährt, glaube ich, bis zum heutigen Tag nur bis Schwäbisch Gmünd. Der Interregio-Express bis Aalen kann also nach wie vor nicht angeboten werden. Der Busersatzverkehr in Richtung Crailsheim und Ellwangen soll noch bis zum 19. Juli bestehen bleiben.

Es war überraschend, dass es so massive Probleme gegeben hat, nachdem der Betriebsübergang doch relativ lange angekündigt war, es eine lange Vorlaufzeit gab – genügend Zeit, um sich auf den Start vorzubereiten. Insofern ist das ein Thema, das sich für die Regierungsbefragung hier eignet.

Vor allem nach dem verunglückten Start hat der Minister ja viel Energie entwickelt, ist aktiv geworden, hat Krisensitzungen – teilweise tägliche Krisensitzungen, wie mir berichtet worden ist – einberufen. Das eine oder andere hat sich ja glücklicherweise jetzt auch verbessert. Aber es hat eine Weile gedauert.

(Gernot Gruber)

Ich sage einmal: Noch vor der Hitzewelle gab es hinsichtlich der Lösung der Probleme eine relativ lange Durststrecke. Nach SWR-Informationen wird damit gerechnet, dass der Bahnverkehr auf der Remsbahn ab dem 20. Juli dauerhaft stabil läuft. Daran knüpfe ich die Frage an: Gehen Sie, Herr Minister, auch davon aus, dass ab dem 20. Juli ein reibungsloser Betrieb der Remsbahn durch den neuen, englischen Betreiber Go-Ahead sichergestellt ist?

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Gruber, für die Frage. In der Tat war der Start von Go-Ahead holprig. Das war ärgerlich, denn wir haben natürlich alles getan, damit das Unternehmen gut starten und den Betrieb gut übernehmen kann.

Wir hatten am 8. Juni mehrere Neustarts. Wir hatten einen Neustart von Abellio, wir hatten einen Neustart von SWEG/HzL – das ist die landeseigene Betreiberfirma –, denn wir hatten da einen Wechsel in verschiedenen Netzen. Ich kann sagen: Der einzige Wechsel, der richtig gut geklappt hat, war der mit der landeseigenen SWEG/HzL, also „Ulmer Stern“.

Abellio hatte gewisse Probleme, und Go-Ahead hatte Probleme. Wir haben uns von Anfang an dahintergeklemmt, obwohl nach Vertrag zuallererst natürlich die Unternehmen für einen ordnungsgemäßen Verkehr zu sorgen haben. Nicht die Landesregierung fährt die Züge, sondern die Unternehmen haben einen Vertrag mit der Landesregierung und müssen liefern.

Wir können natürlich nicht akzeptieren, wenn ein Unternehmen – sei es die DB oder sei es ein neues Unternehmen wie Go-Ahead – seinen Leistungsverpflichtungen nicht nachkommt. Deswegen fragen wir natürlich: Was sind die Gründe? Was sind die Ursachen? Wer ist verantwortlich?

(Unruhe)

– Wenn Sie eine Frage stellen, aber dauernd mit Kollegen reden, kann ich mir die Antwort auch schenken. Entschuldigung, das kam jetzt zum zweiten Mal vor – also alles, was recht ist.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Ich höre Ihnen zu! Bin multitaskingfähig!)

Jedenfalls: Wer trägt die Verantwortung? Auf den ersten Blick ist die Verantwortung – Go-Ahead hat es nicht geschafft. Wenn man aber genauer hinschaut, sieht man: Die Ursachen liegen etwas tiefer.

Wir haben die Situation, dass die Firma Abellio die Züge von Bombardier zum Startzeitpunkt nicht wie vertraglich vereinbart bekommen hat. Das heißt, Abellio musste weiter mit Zügen der Deutschen Bahn und mit Zügen der AVG fahren und zum Teil sogar das Personal von denen übernehmen. Erstaunlicherweise hat das – obwohl wir das Problem gesehen haben, weil angekündigt war, die Züge kämen nicht – einigermaßen gut geklappt, obwohl das ein ziemlich kompliziertes Konstrukt war.

Bei Go-Ahead war es so: Die Firma Stadler hat klar gesagt, sie liefere rechtzeitig, und sie hat tatsächlich pünktlich zum Start des Übergangs geliefert, aber nicht, wie im Vertrag ver-

einbart, rechtzeitig sechs Wochen vorher, damit sechs Wochen Zeit für die Lokführer, das Begleitpersonal und alle Beteiligten bleiben, um mit den neuen Zügen zu fahren, zu probieren, ob alles funktioniert, zu sehen, wo es Probleme gibt, welche kleineren Schwierigkeiten auftreten, und zu klären, wie man die Probleme lösen kann. Insofern hatten wir jetzt erstaunlicherweise ein Riesenproblem bei Go-Ahead auf der Remsbahn und mit den Zügen von Stadler, von denen wir angenommen haben, dass sie in Ordnung sind, weil die Firma Stadler uns klipp und klar gesagt hat: „Alles ist gut.“ Es sind übrigens auch keine ganz neuen Typen von Fahrzeugen gewesen, sondern die gibt es alle schon.

Sobald die Probleme aufgetreten sind, haben wir die Unternehmen ins Haus gerufen. Seit Beginn dieses Betreiberwechsels haben wir praktisch täglich Krisenbesprechungen. Täglich wird besprochen: Wo ist ein Zug ausgefallen, wo ist er zu spät gekommen, was sind die Gründe, und was unternimmt ihr, damit es am nächsten Tag besser wird? Dieses Regime fahren wir weiter, bis die Probleme gelöst sind. Wir nehmen die Unternehmen also in die Pflicht. Wir machen uns keinen schönen Lenz, indem wir sagen: „Das ist deren Job, schließlich haben wir einen Vertrag“, sondern wir schauen, dass die Probleme möglichst schnell gelöst werden.

Welcher Art sind die Probleme? Es sind technische Probleme. Wer hätte gedacht, dass ein Schiebetritt, wie es ihn schon hunderttausendfach gibt, nicht funktioniert, dass die Schiebetritte nicht darauf eingestellt sind, dass die Bahnsteige bei uns sehr unterschiedlich sind, und deshalb nicht überall funktionieren? Da wird jetzt gerade softwaremäßig nachgearbeitet, damit es funktioniert. Man erinnert sich: Bei der Einführung der neuen S-Bahnen hatte Siemens das gleiche Problem. Man könnte ja dann denken, Stadler hätte daraus gelernt. Das haben sie aber offensichtlich nicht. Das wird jetzt verbessert.

Dann gab es auch Personalprobleme: Alle Unternehmen – übrigens auch die Deutsche Bahn – haben im Moment erhebliche Probleme, Personal zu binden oder zu bekommen. Wenn einer ausfällt oder wenn Lokführer, die in der Ausbildung sind, am Ende der Ausbildung sagen: „Ich fahre nicht“, dann hat man ein Problem. Auch das waren Probleme, die sich für die Kunden sichtbar niedergeschlagen haben.

Dann gab es Koordinationsprobleme. Die Bahnen fahren ja jetzt auf einem Netz, und sie müssen sich mit Station&Service und auch der Infrastrukturgesellschaft Schiene in Verbindung setzen. Wenn dort etwas nicht funktioniert, trifft es alle Bahnen, egal, wen, ob es die Deutsche Bahn ist oder Go-Ahead. Das sind die Infrastrukturprobleme.

Was ist geschehen? Was haben wir schon an Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet? Wir hatten mit großer Freude den schnellen Interregio-Expresszug von Aalen durchgängig bis Karlsruhe angekündigt. Ärgerlich war: Der hat das Problem mit den Schiebetritten, und dann ist er ständig zu spät gekommen. Die Züge waren zum Teil erheblich überfüllt, und die Züge hatten nicht alle die bestellte lange Form, sondern waren kürzer. Auch das war ein Grund, warum sie überbesetzt waren. Schließlich gab es auch noch ein Problem mit den Bremsen und der Steuerungseinheit. Das wird jetzt von Stadler alles sukzessive bearbeitet, und das Versprechen ist schon, dass sie Mitte Juli damit durch sind. Wir werden alles tun, damit das klappt.

(Minister Winfried Hermann)

Wir haben auch in die Wege geleitet, dass wir einen Personalpuffer einbauen. Wir bauen in den Regionen Baden-Württembergs gerade vier Personalpools auf, zunächst einmal auf Landeskosten, weil wir nicht wollen, dass immer dann, wenn morgens ein Lokführer krank ist, schon der Zug ausfällt, weil die Gesellschaften keinen „Vorrat“ haben. Das gilt übrigens für die Deutsche Bahn genauso wie für die Neuen. Deswegen bauen wir jetzt diesen Pool auf, bei dem wir, das Land, erst einmal in Vorleistung treten. Aber wenn die Gesellschaften aufgrund eines Mangels an Lokführern oder Zugbegleitern auf den Pool zurückgreifen wollen, müssen sie bezahlen. Daher gehen wir davon aus, dass es sich um eine Vorfinanzierung handelt. Anschließend müssen sie dann bei uns bezahlen.

Wir haben außerdem mit der DB vereinbart, dass ein zusätzlicher Zug bereitgestellt wird, weil wir festgestellt haben: Der Fahrplan ist zu eng getaktet. Die Verspätungen, die am Anfang der Strecke entstehen, sind dann in Karlsruhe gehäuft aufgelaufen, und dann startet der Zug in Karlsruhe die Rückfahrt schon mit erheblicher Verspätung.

Jetzt ist es so, dass in Karlsruhe ein Zug bereitsteht, damit die Abfahrt zum geplanten Zeitpunkt stattfindet, damit sich also die Verspätungen nicht im Laufe des Tages weiter aufbauen. Diesen zusätzlichen Zug gibt es.

Wir haben übrigens auch vereinbart, dass in einem bestimmten Fall, bei einer morgendlichen Verbindung von Pforzheim nach Karlsruhe, bei der es Schwierigkeiten gibt, die Fahrgäste, wenn dieser Zug ausfällt, mit dem Intercity fahren dürfen. Dort fahren ja Intercityzüge, und diese dürfen sie zum Nahverkehrstarif nutzen, weil das Land sozusagen dafür einsteht und das kompensiert.

Sie sehen, wir lassen uns viel einfallen. Wir nehmen übrigens auch die Unternehmen wirklich in die Pflicht. Wir führen regelmäßig Gespräche mit den Chefs von Stadler und Bombardier. Denn der eigentliche – das muss ich so salopp sagen – Problembär des Systems ist im Moment die Bahnindustrie, die nicht rechtzeitig liefert, die nicht gut genug liefert und die auch nicht genügend Vorbereitungen getroffen hat, um mögliche kleinere Probleme lösen zu können.

Letzteres ist jetzt aber auch in Arbeit. Sie haben uns zugesagt, dass sie mit Teams vor Ort sind, sodass kleinere technische Probleme nicht erst Tage später in Berlin gelöst werden können, sondern vor Ort gelöst werden können.

Ein Beispiel: Am Anfang war das Personal völlig überrascht, dass sich die Schiebetritte verklemmt haben und dann gar nichts mehr ging, sodass sie erst einmal das ganze System herunterfahren und dann wieder hochfahren mussten, wodurch viel Zeit verloren ging. Bei solchen Problemen wissen die Experten unter Umständen schneller, wie es geht.

Alles in allem kann ich sagen: Es ist ärgerlich. Aber ich sage Ihnen auch: Wir beobachten dies in ganz Deutschland, wo es gerade überall Betreiberwechsel gibt, also auch untereinander, auch bei der DB. Wir erinnern uns, dass die DB beim letzten Übergangsvertrag auf Verträgen aufgesetzt hat, die sie jahrzehntelang bedient hat, aber dennoch Probleme hatte mit der Technik, mit alten Türen, mit dem Personal usw.

Ich muss sagen: Das ist ein großes Hindernis. Wenn wir wollen, dass mehr Menschen umsteigen, dann brauchen wir ein richtig gutes, ein gut funktionierendes, sicheres System. Die Züge müssen verlässlich sein, sie müssen funktionieren und natürlich auch pünktlich ankommen. Deswegen tue ich alles, damit das wirklich klappt. Denn sonst ist das keine Einladung zum Umsteigen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Es gibt weitere Fragen, und zwar zunächst von Herrn Abg. Baron, dann von Herrn Abg. Haußmann und danach von Frau Abg. Roland.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Minister, für die Informationen. – Ich möchte noch einmal auf die Frankenbahn eingehen. Jetzt habe ich aus der Zeitung erfahren, dass auch da der Start für Abellio sehr holprig wird,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Woher wissen Sie das?)

genauso wie auch in Pforzheim. Können Sie dazu vielleicht ein paar Informationen geben?

Im Zusammenhang mit der Hitze, die wir gerade erleben, interessiert mich: Sind die Klimaanlage diesmal auch für Temperaturen um die 40 Grad ausgelegt?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wir haben im Moment noch keine Ansage, dass bei der Frankenbahn etwas schiefgeht. Auf der Frankenbahn fahren übrigens verschiedene Betreiber, von der DB über Abellio bis zu Go-Ahead. Da sind es verschiedene Netzteile der Frankenbahn, die so abgewickelt werden.

Die neuen Züge haben Klimaanlage, die auch auf solche Temperaturen ausgelegt sind. Wenn sie nicht funktionieren sollten, dann wäre das auch wieder ein Beispiel, dass nicht geliefert wird wie bestellt. Aber ich gehe mal davon aus, dass die Probleme so nicht auftreten.

Ich muss allerdings dazusagen, was Abellio betrifft: Bombardier hat von den 18 bestellten Zügen, die sie zum 8. Juni hätten liefern müssen, ganze zwei geliefert. Über Wochen haben sie uns etwas anderes erzählt. Wir haben uns getäuscht, betrogen gefühlt, weil wir seit einem halben Jahr entsprechend nachfragen, da wir allergrößtes Interesse haben, dass es nicht schiefgeht. Auch weil wir wissen, dass das eine oder andere mit der Bahn nicht stimmt, haben wir immer wieder nachgefragt.

Ich hatte den Chef von Bombardier zwei Monate vorher ins Ministerium eingeladen. Damals war noch die klare Ansage: „Wir kriegen das hin.“ Dann hat man einen Plan B gemacht. Kurze Zeit später war der Plan B auch schon hinfällig. Dann hat man einen Plan C machen müssen. Am Ende war es dann eben der Plan C, bei dem mit den zwei gelieferten Zügen sowie anderweitig besorgten Zügen geplant wurde, der zur Anwendung kam.

Jetzt hat Bombardier angekündigt, diesen Sommer zu liefern. Wir hoffen, dass Sommer nicht Herbst sein wird. Aber es ist ein Problem. Wir haben am Ende nichts in der Hand. Wenn die Züge nicht geliefert werden, hat man kein Drohpotenzial, damit sie geliefert werden.

(Minister Winfried Hermann)

Man kann am Beispiel Stadler sehen: Es wurde pünktlich zum Start geliefert, aber dennoch sechs Wochen zu spät, sodass man keinen Probelauf machen konnte. Das ist dann auch ärgerlich. Wenn neue Züge nicht funktionieren, versteht das auch kein Mensch.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Herr Abg. Haußmann bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben die Anlaufschwierigkeiten beschrieben. Inzwischen wird es ja etwas besser. Das sieht man, wenn man mitfährt. Zumindest sind alle Fahrgäste rundum informiert. Wenn einer den Toilettenknopf drückt, weiß jeder im Zug, dass das WC nicht aufgeht, weil die Ansage derart laut ist, dass es alle mitkriegen, wenn jemand auf die Toilette will. Aber Spaß beiseite.

Weil Sie sagen, Sie wollen alles dafür tun, muss ich sagen: Auch heute ist wieder ein Zug ausgefallen. Dabei handelt es sich auch um Ausfälle wegen Erkrankung des Zugführers. Haben Sie denn genügend Zugmaterial, um tatsächlich die Reserven bereitzustellen? Denn Sie haben ja gesagt, Sie wollen einen Reservezug einsetzen.

Wenn ich sehe, was auf der Strecke nach Karlsruhe z. B. am Samstag der vorletzten Woche los war, dann habe ich den Eindruck: Sie haben viel zu wenig Züge, um die Funktionsfähigkeit überhaupt erhalten zu können. Das geht dann mit Ihnen nach Hause, nicht mit den Unternehmen. Denn Sie haben damals eben auch zu wenige Züge bestellt.

Insofern: Sie müssen den Unternehmen auch die Möglichkeit geben, ausreichend Ersatz bereitzustellen.

Dann noch einmal: Wenn ich das auf den verschiedenen Strecken sehe, habe ich den Eindruck, dass man damals eben auch viel zu wenig bestellt hat. Es wäre notwendig, nicht nur einen Zug bereitzustellen, sondern für die verschiedenen Bahnen durchaus mehr Ersatzzüge bereitzustellen.

Vorhin haben Sie auf die Frage von Herrn Gruber abschließend sinngemäß gesagt: „Umstiege erreichen wir dann, wenn wir nicht billig fahren, sondern zuverlässig fahren.“ Dabei üben die Fahrgäste im Moment nach den Erfahrungen des Übergangs und aufgrund der aktuellen Situation starke Zurückhaltung.

Deswegen hier auch noch einmal die Frage: Wie gelingt es, dass wir weitere Züge bereitstellen, damit auch Ersatzfahrten realisiert werden können?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Haußmann. Danke schön auch dafür, dass Sie sagen: „Es ist besser geworden.“ Das ist auch unser Eindruck. Durch unsere Interventionen und die Maßnahmen ist es schon besser geworden. Aber ich juble noch nicht. Denn es gibt auch wieder Rückfälle. Es gibt dann doch wieder einen Ausfall.

Deswegen habe ich aber gesagt: Wir bauen jetzt diesen Lokführerpool auf. Den gibt es momentan noch nicht. Den bauen wir jetzt auf. Wir bauen auch einen Fahrzeugpool auf, damit genau für solche Fälle die Möglichkeit besteht, einen Zug aus diesem Pool zu holen.

Wenn Sie aber sagen, es sei mein Problem, wenn nicht genügend Züge bestellt worden sind, muss ich Ihnen Folgendes sa-

gen: Es ist für mich immer hart, wenn ich jemanden von der FDP marktwirtschaftlich belehren muss. Aber es ist so: Wir machen einen Vertrag mit einem privaten Unternehmen, ob das die Deutsche Bahn ist oder Go-Ahead. Dann ist es die Aufgabe des Unternehmens, diesen Auftrag zu erfüllen. Das Unternehmen braucht nicht den Ratschlag des Ministers, wie viele Züge es bestellen muss. Wir bestellen einen Fahrplan mit einer genauen Garnitur, wie viele Sitzplätze es geben muss.

Wir haben überall mit den Unternehmen gesprochen. Dort, wo wir den Eindruck hatten, es sei zu knapp bestellt worden, haben wir nachbestellt und haben alle Optionen ausgeübt. Wir haben übrigens in allen Netzen deutlich nachbestellt. Wir sehen jetzt aber, dass die Unternehmen trotzdem zu knapp kalkulieren.

In der Marktwirtschaft – das ist sozusagen auch Lernen aus der Marktwirtschaft – optimiert jeder einzelne Spieler sein System ökonomisch und in seinem Interesse. Im Schienensystem gibt es jetzt mehrere Player, die auf einem Netz miteinander klarkommen müssen, dort miteinander guten Verkehr machen müssen.

Weil die Einzelnen kein übergeordnetes Interesse wahrnehmen, haben wir gesagt: Dann müssen wir, das Land, diese Funktion mit einem Lokführerpool, mit einem Fahrzeugpool übernehmen, damit sichergestellt wird, wenn es im Einzelfall Schwierigkeiten gibt, dass die dann bestellen können, aber eben auch dafür bezahlen müssen. Denn eigentlich müssen sie als kluge Unternehmer schon vorher die Reserve selbst bereitstellen. Das haben nicht alle gemacht. Deswegen haken wir da nach. Ich glaube, das ist auch eine ganz gute Lösung so.

Wir haben da also schon ziemlich aufgepasst. Uns war klar, dass ein Betreiberwechsel schwierig ist. Denn wir sind ja auch nicht die Ersten, die einen Betreiberwechsel vornehmen. Man hat ja sehen können, dass es anderswo auch nicht klappt. Deswegen waren wir da schon sehr in Habachtstellung.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Abg. Rolland das Wort.

Abg. Gabi Rolland SPD: Frau Präsidentin, herzlichen Dank. – Herr Minister, mir fällt da eigentlich erst einmal nur ein: Der Wettbewerb richtet es dann doch nicht so schnell.

Aber ich möchte fragen: War denn mit der Bestellung und mit der Vertragsunterzeichnung eine Vertragsstrafe für den Fall verbunden, dass der Vertrag nicht erfüllt wird? Kann jetzt zumindest in Form von Geld eine Rückerstattung oder eine Strafzahlung erfolgen?

Denn es ist ja für uns eine schlechte Visitenkarte, vor allem aber für die Fahrgäste und diejenigen, die wir auf der Bahn haben wollen, eine schlechte Ausgangssituation, dass jetzt ständig diese Fahrzeugausfälle passieren. Deswegen fände ich es eigentlich nur richtig, wenn dann auch eine Strafzahlung wie eine Pönale oder so geleistet werden müsste.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Ich habe nie erzählt, dass der Wettbewerb alle Probleme lösen würde. Im Gegenteil, ich habe gesagt: Wir wollen das wettbewerbliche Instrument nutzen; es muss aber geregelt

(Minister Winfried Hermann)

sein, und man muss es überwachen und muss einen guten Rahmen setzen. Das haben wir getan.

Zu diesem Rahmen gehört auch, dass in den Verträgen Regelungen für den Fall getroffen werden, dass der Vertrag nicht erfüllt wird. Das war schon bei der Deutschen Bahn so, das ist auch jetzt bei den neuen Verträgen so. Verspätungen werden pönalisiert, und für Züge, die nicht gefahren werden, wird nicht bezahlt.

Also: Dieser holprige Start ist auch für die Unternehmen, ökonomisch gesehen, ein Desaster. Das muss man ganz klar sehen. Die haben selbst ein allergrößtes Interesse, dass das jetzt gut läuft.

Übrigens wird der Rechtsstreit dann so aussehen: Abellio und Go-Ahead werden mit Bombardier und Stadler natürlich einen Rechtsstreit beginnen, weil nämlich die verantwortlich dafür sind, dass sie das, was sie vertraglich versprochen hatten, nicht liefern konnten.

Ich lege großen Wert darauf, dass wir in der Politik – ich bitte darum, dass auch Sie als Parlamentarier dazu beitragen – nicht pauschal sagen: „Das funktioniert halt nicht“ oder: „Die Bahn ist halt schlecht“, sondern dass man schon auch benennt: Was sind die Probleme?

Die Probleme im deutschen Schienensystem sind langwieriger Art. Das liegt an einer Infrastruktur, die einen erheblichen Modernisierungsbedarf hat – das schlägt durch im Nicht-Funktionieren von Weichen, Signalen und Sonstigem –, und an einer Bahnindustrie, die über Jahrzehnte abgewickelt wird, weil sie festgestellt haben: Die Aufträge werden immer seltener. Es gab eine Phase, in der praktisch gar keine öffentlichen Aufträge mehr erteilt worden sind. Man kann am Bombardier-Konzern sehen, wie massiv er abgebaut hat.

Jetzt kommt die öffentliche Hand – und zwar nicht nur wir, das Land, sondern überall – und sagt: „Jetzt brauchen wir mehr Straßenbahnen, mehr S-Bahnen und mehr Züge.“ Doch jetzt ist die Bahnindustrie nicht mehr leistungsfähig genug, wenn es heißt: „Wir wollen die Züge aber schnell, sofort und möglichst schon übermorgen haben.“

Wir in Baden-Württemberg haben bereits vor Jahren die Bestellungen in die Wege gesetzt, weil wir wussten, dass man Jahre braucht. In der Folge haben alle gesagt: „Ja, das reicht gut.“ Am Ende hat es doch nicht gereicht.

Also: Die Leistungsfähigkeit der Bahnindustrie ist nicht gut genug; sie muss besser werden. Die öffentliche Hand muss auch lernen, dass wir mit den Bestellungen nicht mal hoch- und mal herunterfahren können, sondern dass es kontinuierliche Bestellprozesse geben muss. Der Bahnindustrie muss klar sein, dass sie auch in fünf Jahren noch einen Zug verkaufen kann, weil es das Vorhaben gibt, das Schienensystem kontinuierlich zu verbessern.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich habe zwar weitere Wortmeldungen, aber die eine Stunde für die Regierungsbefragung ist ausgeschöpft. – Danke schön.

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Deshalb kann ich auch das nächste Thema nicht aufrufen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Ach menno! Ich habe mich jetzt extra darauf vorbereitet!)

auch wenn Herr Abg. Blenke sehr traurig und enttäuscht ist.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 16/6373

Das Wort zur Begründung erteile ich für die Landesregierung Herrn Staatssekretär Schebesta.

Staatssekretär Volker Schebesta: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe für die Landesregierung heute den Gesetzentwurf zur Änderung des Privatschulgesetzes ein, mit dem wir fortschreiben, was durch den Landtagsbeschluss vom Herbst 2017 festgelegt worden ist, nämlich die Kopfsatzförderung der Schulen in freier Trägerschaft in Höhe von 80 % der sogenannten Bruttokosten.

Wir haben in dieser Novellierung im Herbst 2017 außerdem einen neuen Mechanismus hinterlegt, bei dem zuverlässig die Zuschussanpassung auf der Grundlage der alle zwei Jahre stattfindenden Landtagsberichterstattung erfolgt. Wenn wir bedenken, wie lange darüber diskutiert worden ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

ob die 80 % erreicht werden und wann sie erreicht werden, und bei wie vielen Landtagswahlterminen es Ankündigungen dazu an die Schulen in freier Trägerschaft gegeben hat, dann ist sowohl das, was im Herbst 2017 beschlossen worden ist, als auch das, was wir seitens der Landesregierung jetzt im Landtag vorlegen, ein wichtiger Bestandteil der Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Wir unterstreichen damit die Stellung der Schulen in freier Trägerschaft in unserer Bildungslandschaft und haben einen Nachweis für unsere verlässliche Zusammenarbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Mit der Novellierung hatten wir die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft von damals 78,1 % auf 80 % der Kosten eines Schülers einer öffentlichen Schule erhöht und hatten damit erstmals ein flächendeckendes Niveau der Kopfsatzzuschüsse von 80 % erreicht.

Ein seit Jahren bestehendes Versprechen ist eingelöst worden, und ein wichtiger Punkt der Koalitionsvereinbarung ist damit umgesetzt. Es geht aber nicht darum, einen kurzen Effekt zu erreichen. Vielmehr wollen wir diesen regelmäßig erreichen und auch aufrechterhalten. Deshalb werden die Kopfsätze jeweils zum 1. Januar des auf den jeweiligen Landtagsbericht folgenden Jahres wieder auf 80 % angepasst – soweit es durch die Landtagsberichterstattung nachweisbare Veränderungen gibt.

(Staatssekretär Volker Schebesta)

Das Kernstück der Novelle aus dem Jahr 2017 wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nun erstmals mit Leben gefüllt und umgesetzt. Soweit die Anpassung auf 80 % für die verschiedenen Schularten Zuschusserhöhungen mit sich bringt, sollen diese rückwirkend zum 1. Januar 2019 realisiert werden. Das betrifft folgende Schularten: Grundschulen, die Klassen 1 bis 4 der freien Waldorfschulen, die Klassen 1 bis 4 der Gemeinschaftsschulen, Realschulen, die Klassen 5 bis 12 der freien Waldorfschulen, allgemeinbildende Gymnasien, die dreijährige gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschulen, die Klasse 13 der freien Waldorfschulen, Berufsschulen und technische Berufskollegs.

Soweit eine Anpassung der betroffenen Schularten Zuschusskürzungen nach sich zieht, werden diese ausnahmsweise erst zu Beginn des kommenden Schuljahrs, also zum 1. August 2019, realisiert. Dieser Aufschub ist von der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen – der AGFS – im Rahmen der Anhörung ausdrücklich gewürdigt worden. Wir gewährleisten damit, dass dieses Schuljahr jetzt im Rahmen der erstmaligen Anpassung noch auf der Grundlage abgewickelt werden kann, mit der man ins Schuljahr gestartet ist.

Ich will der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass aufgrund der Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst die Kopfsätze im Jahr 2019 im Ergebnis bei allen Schularten nochmals höher ausfallen werden als im Vorjahr. Das alles zeigt, glaube ich, unter dem Strich, wie wir als verlässlicher Partner, aber eben auch mit einer guten Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft aufgestellt sind.

Mit diesem Gesetzentwurf wird außerdem die Förderung der internationalen Schulen geregelt. Die bisherige Förderung der internationalen Schulen war sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach uneinheitlich und gab immer wieder Anlass für Kritik. Ab dem Jahr 2020 wird das Kultusministerium die Förderung der internationalen Schulen vom Wirtschaftsministerium übernehmen. Das Kultusministerium hat diese Gelegenheit genutzt, ein zuverlässiges Fördersystem auf den Weg zu bringen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Bezuschussung der internationalen Schulen in den Katalog der freiwilligen Bezuschussung nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans aufgenommen wird und die Förderung gleichzeitig auf eine transparente und rechtssichere Basis gestellt wird. Der Status der internationalen Schulen als Ergänzungsschulen wird aber beibehalten.

Mit der im Gesetzentwurf beschriebenen Fördervoraussetzung stellen wir klar und sicher, dass die förderfähigen Schulen die Kriterien für das Baccalauréat der internationalen Organisation mit dem Namen IBO einhalten und darüber hinaus die Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn einen Abschluss erhalten, der von der KMK anerkannt ist und den Zugang zu den deutschen Hochschulen eröffnet.

Die konkrete Ausgestaltung der Förderung werden wir in Förderrichtlinien regeln und diese erlassen, sodass auf sie künftig im jeweiligen Haushaltsplan Bezug genommen werden kann. Damit wird pünktlich zum Jahresbeginn 2020 ein Fördersystem starten, das nicht nur aus Sicht der internationalen Schulen überfällig war, sondern das vor allem die Adjektive „transparent“, „fair“ und „rechtssicher“ zu Recht tragen kann.

Im Gesetzentwurf sind darüber hinaus Anpassungen für Schülerinnen und Schüler mit dem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot aufgenommen. So wird die Sachkostenbezuschussung von Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen verbessert.

Außerdem wird im Gesetzentwurf auf notwendige Anpassungen im Zusammenhang mit dem Qualitätskonzept für die öffentlichen Schulen reagiert.

Wir haben eine klarstellende Regelung zum Ausgleichsanspruch mit Blick auf inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler sowie redaktionelle Anpassungen im Rahmen der Verordnung des Kultusministeriums zur Durchführung der Ausgleichsgewährung aufgenommen.

Außerdem ist eine Ermächtigungsgrundlage enthalten, die den Bereich der beruflichen Ausbildung in der Pflege betrifft. Nach dem Pflegeberufegesetz gibt es in der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung einen Ausgleichsfonds, in den monatlich ein Umlagebetrag eingezahlt werden muss. Nachdem es ein völlig neues Konzept in der beruflichen Ausbildung in der Pflege gibt, ist es sachdienlich, dass wir mit der entsprechenden Ermächtigungsgrundlage dem für Pflegeberufe zuständigen Ministerium die konkrete Ausgestaltung der auf Landesebene zutreffenden Regelungen zuweisen.

Wir bitten Sie um Unterstützung und um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft im Stile der Verlässlichkeit, um die wir uns bemühen und die wir, glaube ich, mit dieser Regelung auch nachweisen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Bogner-Unden.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Heterogenität bei Schülerinnen und Schülern ist groß und wächst. Bildungsvoraussetzungen und Begabungen sind unterschiedlich. Deshalb brauchen wir ein breit gefächertes Angebot in unserem Bildungswesen, das fördert und fordert.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind von jeher ein wichtiger Impulsgeber für pädagogische Innovationen. Hiervon profitieren nicht nur die Schülerinnen und Schüler, die diese privaten Schulen besuchen. Sie dienen auch den öffentlichen Schulen als gute und wichtige Impulsgeber. Sie sorgen für mehr Pluralität und Vielfalt in unserem Bildungswesen. Sie erfüllen einen wichtigen Teil des gesellschaftlichen Bildungsauftrags und sind eine zentrale Bereicherung der Schullandschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es hat mich daher besonders gefreut, dass wir in der letzten Novellierung des Privatschulgesetzes im Herbst 2017 einen

(Andrea Bogner-Unden)

Meilenstein im Verhältnis zwischen dem Land und den Schulen in freier Trägerschaft erreicht haben. Wir haben nicht nur zum ersten Mal den Kostendeckungsgrad von 80 % realisiert, sondern wir haben ihn zugleich gesetzlich verankert. Seitdem erhalten die Schulen endlich eine verlässliche Grundausrüstung und damit die notwendige Planungssicherheit.

Die Festschreibung des Kostendeckungsgrads auf 80 % brachte gleichzeitig eine weitere Erhöhung der Landesmittel um 15 Millionen € mit sich, nachdem wir bereits in der letzten Legislaturperiode die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft um über 72 Millionen € erhöht hatten.

Durch die 2017 ebenfalls neu geschaffene Ausgleichsregelung für nicht erhobenes Schulgeld stehen zusätzliche Ausgleichsmittel für die Schulen in Höhe von jährlich 50 Millionen € bereit.

Damit wird auch sichergestellt, dass der Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft für alle Schülerinnen und Schüler ohne soziale Auslese gewährleistet ist. Wir kommen damit dem Sonderungsverbot nach.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dieser Ausgleichsanspruch wird jetzt auch inklusiv beschulten Schülerinnen und Schülern gewährt, die allerdings nicht der Kopfsatzbezuschung, sondern der Spitzabrechnung unterfallen. Bei der Unterschiedlichkeit der Handicaps erscheint uns das sinnvoll.

Anhand des Landtagsberichts über die Kosten des öffentlichen Schulwesens werden die Zuschüsse für die Schulen ab jetzt alle zwei Jahre angepasst, wie wir eben schon gehört haben. Die Erhöhungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2019 realisiert werden. Absenkungen sollen dagegen erst zum kommenden Schuljahr wirksam werden. Das entspricht der Verhältnismäßigkeit und der Berechenbarkeit, für die wir stehen. Denn gegenseitiges Vertrauen ist uns wichtig.

Insgesamt erhöhen sich die Zuschüsse um 4 Millionen €. Das ist in meinen Augen eine berechtigte und verdiente Anerkennung für die engagiert geleistete Arbeit der Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dafür ein herzliches Dankeschön allen engagierten Schulträgern, Schulleitungen, Kollegien sowie den Eltern.

Des Weiteren stellen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf endlich die Finanzierung der internationalen Schulen auf eine verlässliche, transparente und rechtssichere Basis. Die internationalen Schulen werden in das Privatschulgesetz als Ergänzungsschulen in den Katalog der freiwilligen Förderung aufgenommen.

Der Gesetzentwurf beinhaltet ferner die Zuschusspraxis für private Sonderberufsschulen und private Sonderberufsfachschulen. Deren Sachkostenzuschüsse orientieren sich in der Höhe weiterhin an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; auch dies wird jetzt gesetzlich verankert.

Wir begrüßen die langfristige Planungssicherheit für diese besonderen Schulen und ihre oft einmaligen Angebote.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir setzen mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf konsequent den von uns eingeschlagenen Weg fort: für starke Schulen in freier Trägerschaft, für Vielfalt in unserer Bildungslandschaft, für Transparenz, Berechenbarkeit und Planungssicherheit bei den Zuschüssen für die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulträger in Baden-Württemberg.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Garant für gute Reden!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Freie Schulen – oder Schulen in freier Trägerschaft, wie sie offiziell heißen – haben eine eigene Identität. Sie setzen inhaltliche Akzente und bereichern das Bildungsangebot.

Zudem haben Sie, liebe Frau Bogner-Unden, und auch ich an solchen Schulen gearbeitet. Herr Kollege Kern hat gerade eingeworfen, seine Schule sei ebenso gut gewesen. Aber an einer Schule in freier Trägerschaft hat er bislang noch nicht gearbeitet.

(Heiterkeit der Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE)

Es war ein glücklicher Umstand, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich bereits während der Koalitionsverhandlungen in einem Bankgebäude hier in Stuttgart Menschen zusammengefunden haben, die überzeugte Verfechter freier Schulen sind. So war zwischen zwei neuen Partnern, nämlich zwischen den Grünen und uns, etwas möglich, was Jahre vorher nicht möglich war.

(Vereinzelt Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Timm
Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Wir haben uns damals bereits darauf geeinigt, die Sache schnell anzugehen und den Kostendeckungsgrad von 80 % zu realisieren. Das haben wir umgehend getan; Sie haben es gehört. Das ist bereits 2017 geschehen. Wir haben damals auch zugesichert, dass es alle zwei Jahre einen Bericht an den Landtag geben soll, damit wir für Angleichung sorgen können.

Dabei ist das herausgekommen, was von Ihnen, lieber Herr Staatssekretär, bereits genannt worden ist, die beiden Punkte, die vor allem durch Verlässlichkeit gekennzeichnet sind: Die einen bekommen rückwirkend mehr, nämlich zum 1. Januar, und den anderen, die etwas zu viel bekommen haben, wird das nicht sofort weggenommen, damit sie über ein Schuljahr hinweg verlässlich planen können.

Als Zweites – das war uns ebenso wichtig und war harmlos innerhalb weniger Minuten erledigt – haben wir uns mit dem Koalitionspartner darauf geeinigt, die Förderung der internationalen Schulen in das Privatschulgesetz aufzunehmen. Wir waren uns auch einig, dass die Schulen unterschiedlich sind und dass die Freiburger Schule einen etwas anderen Charakter hat, aber wir haben das geregelt. An dieser Front haben wir jetzt Ruhe.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Für die Physiotherapieschulen und Logopädieschulen in freier Trägerschaft ist es uns ebenfalls gelungen, das Förderniveau nicht abzusenken. Dort haben wir noch eine Aufgabe vor uns, die wir gemeinsam mit dem Sozialministerium erledigen werden.

Fazit: Wir, die Koalition, sind ein verlässlicher Partner der Schulen in freier Trägerschaft. Wir haben einen jahrzehntelangen Streit begraben und Verlässlichkeit für die Zukunft geschaffen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Wir wissen alle, die Gesetzesänderung ist eine Anpassung und Konkretisierung in Bezug auf die tatsächliche gegenwärtige Situation. Ich sehe in weiten Teilen eine Konsequenz der vor zwei Jahren beschlossenen Veränderungen. Das Festhalten an der 80-%-Finanzierung befürworten wir alle gemeinsam.

Aber etwas Wasser in den Wein muss leider doch sein. Wo bleibt die Verbesserung der verlässlichen Finanzierung der beruflichen Schulen in den Gesundheitsberufen? Eben sind sie genannt worden: Physiotherapie, Logotherapie. Diese haben wir schon angemahnt. Uns wurde von der Landesregierung zugesagt, dass sie bald tätig werden würde. Doch bisher bemerkten wir davon noch nichts; aber das kommt ja ganz bestimmt noch; vielleicht haben wir auch nicht richtig zugehört.

Das liegt wohl daran, dass wir, ebenso wie bei der Befürwortung der Stärkung der privaten Schulen, auch ein bisschen nachdenken müssen. Natürlich sind die privaten Schulen populär und auch erfolgreich. Genau das muss uns hier eigentlich zu denken geben.

Deutschland hatte im internationalen Vergleich lange Zeit wenige Privatschulen und dafür ein sehr gutes, weltweit Neid erregendes staatliches Schulsystem. Dieses Verhältnis scheint sich zu verändern, scheint zu kippen. Könnte es eventuell damit zu tun haben, dass viele Eltern die berühmten Bildungsexperimente – die ich jetzt wirklich nicht aufzählen möchte – der vergangenen Jahre und Jahrzehnte an ihren Kindern nicht mehr zulassen wollen? Manche Eltern suchen eben doch einen geschützten Raum, ein schönes Biotop für ihre Kinder, eine Lebenswelt mit Werten und mit Leistungsorientierung, ein Lebensraum ohne Drohungen und ohne Gewalt. Wir müssen – das ist unsere Aufgabe hier in diesem Hohen Haus –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer droht an der staatlichen Schule?)

uns fragen: Haben wir genügend Werte, genügend Leistungsorientierung an unseren vorbildlichen staatlichen Schulen? Wenn wir das bejahen können, liebe Frau Boser, ist es ja wunderbar.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja!)

Wir sollten es bemerken, wenn die Eltern ihre Kinder deshalb auf private Schulen schicken, weil sie hoffen, dass ihre Schützlinge dort vor bildungspolitischen Experimenten bewahrt werden können. Dann frage ich einfach an dieser Stelle die Landesregierung: Wo bleiben dann unsere klugen Köpfe? Dort oder in den staatlichen Schulen?

Die Förderung der internationalen Schulen im Land war bislang an den jeweiligen Einzelfällen ausgerichtet. Die neue Regulierung schafft eine sichere, einheitliche Grundlage. Das ist sicher positiv zu sehen, das befürworten wir auch. Die deutschen staatlichen Schulen stehen selbstverständlich auch Menschen anderer Staatsangehörigkeiten offen. Die Auslandsschulen und internationalen Schulen sind bekanntlich Privatschulen. Wenn die Eltern eine Schulbildung nach einem anderen Lehrplan als dem baden-württembergischen wünschen, müssen demzufolge sie selbst oder eben der Herkunftsstaat dies bezahlen – was ja auch nicht falsch ist.

Meine Damen und Herren, wichtig an dieser Stelle ist: Schule ist mehr als Anhäufung von Wissen. Das müssen wir in diesen Fällen deutlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Einer Finanzierung dieser Schulen sollte nichts entgegenstehen, wenn sie das internationale Baccalauréat, aber eben auch das deutsche Abitur anstreben. Alles andere wäre inkonsequent und führte zur Marginalisierung deutscher Schulabschlüsse. Nur wenn auch das Abitur nach baden-württembergischem Lehrplan angestrebt und erreicht wird, darf unserer Meinung nach das Land Baden-Württemberg die Finanzierung übernehmen.

Viele internationale Schulen bereiten auf mehrere Abschlussprüfungen vor. Das ist gut für die klugen Köpfe. Es sind auch oft deutsche Auslandsschulen. Die Deutsche Schule in Rom beispielsweise bereitet auf das deutsche Abitur und auf das italienische Abitur, die Maturità, vor – wenn ich es nicht richtig ausgesprochen habe, entschuldigen Sie das bitte.

Es ist organisatorisch kein Problem, auf zwei Abschlussprüfungen vorzubereiten. Aber, wie schon gesagt: Die Beschulung von Kindern nach ausländischen oder internationalen Lehrplänen wäre nicht Aufgabe des baden-württembergischen Steuerzahlers. Gerade die Marginalisierung deutscher Schulabschlüsse darf nicht vom deutschen Steuerzahler finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ein paar Vergleichszahlen zum Schluss: Die englische St. George's Schule in Rom kostet zwischen 13 000 und 20 000 € im Jahr an Schulgebühren, abhängig von der Altersstufe. Das könnte eine realistische Einschätzung dessen geben, was die Eltern bereit sind, für eine gute Schulbildung zu bezahlen.

In Baden-Württemberg ist inzwischen die SIS, die Swiss International School, sehr erfolgreich. Wie viele gut situierte Schweizer eigentlich hier wohnen, weiß ich nicht genau – vermutlich eher wenige. Aber offensichtlich sind diese Schulen so angesehen, dass sie es sich leisten können, ein im Vergleich zu Waldorfschulen und konfessionellen Schulen relativ hohes Schulgeld zu erheben: zwischen 7 000 € und 7 860 € im Jahr. Mit den Kosten für das Mittagessen und die Nachmittagsbe-

(Dr. Rainer Balzer)

treuung kommen damit sehr schnell 1 000 € im Monat bzw. 12 000 € im Jahr zusammen.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das mache ich. – Deswegen zum Schluss: Internationalisierung des Schulwesens darf nicht zum Schlagwort verkommen. Wir sollten positive Aspekte unserer Kultur und unserer Schullandschaft nicht abwerten. Andere Länder haben eine andere Bildungstradition. Das ist nicht besser und nicht schlechter, es ist nur anders. Gegen dieses Sich-Einfügen in ein großes Ganzes ist nichts einzuwenden. Aber ganz bewusst sollten wir nicht allen Strömungen hinterherlaufen, sondern für die Schüler und die jungen Leute in unserem Land das Beste auswählen.

Danke für das Zuhören.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herr Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich haben die Privatschulförderung, die Förderung der freien Schulen in Baden-Württemberg und der Streit darum eine lange Geschichte. Es ist das Verdienst unserer Regierungszeit, Kollege Röhm, in der letzten Legislatur, dass wir bei der Frage einer gerechten Förderung und einer gerechten Finanzierung der freien Schulen deutliche Fortschritte machen konnten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welcher Art?)

– Wenn Sie es zur Erinnerung brauchen: 2010 – ich stelle Ihnen das gern zur Verfügung – wurde Ihnen der Vorwurf gemacht, dass Sie Ihre Versprechen, die Sie 2008 in der Koalition gemacht hatten, eben nicht erfüllen. Sie haben die freien Schulen lange finanziell gegängelt, Sie haben Versprechen gebrochen, und das haben wir in der letzten Legislatur abgestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben die 80 % nicht geschafft! Sie nicht! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Wir haben die 80 % mit dem Koalitionspartner der Grünen damals in einem Stufenplan vereinbart. Unter dem SPD-geführten Kultusministerium – das hat Kollegin Bogner-Unden ausgeführt – wurden 72 Millionen € on the top gesetzt. Damit waren wir bereits bei 78 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht bei 80 %!)

Wir sind deshalb als Opposition durchaus in der Lage gewesen, dem jetzt in dieser Legislatur umgesetzten Ziel der 80 % unsere Zustimmung zu geben, haben aber übrigens in diesem Kontext auch damals – und das machen wir immer noch – schon angemahnt, dass wir natürlich eine effektive Geschwisterregelung brauchen und dass wir auch eine Lösung beispielsweise für die Physiotherapieschulen brauchen. Es gibt noch weitere Baustellen bei der Finanzierung der freien Schulen.

Damit sind wir auch bei der Inklusion. Laut Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen ist es für die freien Schulen derzeit ein

massives Verlustgeschäft, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufzunehmen. Ist dies tatsächlich der Fall, dann reicht dieser Gesetzentwurf nicht aus, und wir müssen die bisherige Fördersystematik kritisch überprüfen, auch mit Blick auf das, was wir 2015 entschieden haben, nämlich die Umstellung von der Kopfsatzförderung auf eine pauschale Zuschlaglösung. Wir, die SPD, scheuen uns da auch nicht vor einer Neubewertung. Wenn dieser Ansatz tatsächlich zu erheblichen Deckungslücken führt, dann müssen wir in der Tat, Kollegin Bogner-Unden, noch einmal über die Sinnhaftigkeit nachdenken.

Für die Meinungsbildung im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses, Herr Staatssekretär, wäre eine Bewertung, eine Rückmeldung durch das Kultusministerium wichtig. Ich bitte Sie daher ausdrücklich für unsere weitere Diskussion – z. B. im Ausschuss – um eine Stellungnahme zur Modellrechnung der AGFS, die Ihnen ja auch vorliegt. Welche Gesamtkosten würden bei Umsetzung nach Kopfsatzförderung plus Zuschuss zu den Personalkosten entstehen? Welche prinzipiellen Überlegungen sprechen Ihres Erachtens für, welche gegen eine Umstellung dieser Art?

Der in der Gesetzesbegründung erfolgte Hinweis, bisher seien ja alle Klagen abgewiesen worden, mag vielleicht eine Aussage zur Qualität des Gesetzes sein, was die Rechtssicherheit angeht, aber sicherlich keine inhaltliche oder politische abschließende Bewertung. Inklusion ist ein zentrales Ziel zur Umsetzung des Auftrags der UN-Behindertenrechtskonvention. Daher müssen wir ein kritisches Auge auf alles haben, was mögliche Restriktionen im Bildungssystem darstellt.

Die Diskussion um eine Anpassung der Kopfsätze erlaubt uns auch, einen inhaltlichen Blick auf die Effektivität der Geschwisterregelungen vorzunehmen. Herr Staatssekretär, Sie erinnern sich: Ich hatte Sie im Rahmen einer Fragestunde darauf angesprochen. Sie hatten uns zugesagt –

Da ist ja die Frage: Sonderungsverbot; eine Familie darf keine zu hohen finanziellen Belastungen zu tragen haben. Wie sieht es denn aus, wenn diese Familie mehrere Kinder in einer freien Schule hat? Es wurde eine Veränderung vorgenommen; das haben Sie dankenswerterweise auch als Reaktion auf einen Hinweis der SPD gemacht. Ich hatte Sie im Herbst, so meine ich, gefragt: Können Sie bereits beurteilen, ob dies greift und wie effektiv es ist? Sie stellten mir damals 2019 in Aussicht. Nun wäre meine Bitte – vielleicht können Sie dies auch für unsere Ausschussdebatte mitnehmen –, uns zu sagen, ob Sie bereits absehen können, ob durch die von Ihnen vorgenommene Geschwisterregelung im Sinne des Sonderungsverbots eine übermäßige Belastung von Familien ausgeschlossen wird.

Ebenfalls auf der parlamentarischen To-do-Liste steht – es ist bereits angesprochen worden – die Frage einer angemessenen Förderung in den Bereichen Ergotherapie, Logotherapie oder auch Physiotherapie. Die aktuellen Fördersätze spiegeln mitnichten 80 % der eigentlichen Kosten der freien Träger wider, weshalb Schulstandorte in finanzielle Nöte zu geraten drohen. In diesen Gesundheitsberufen – das muss an dieser Stelle betont werden – gibt es zumeist keine öffentliche Alternative zu den privaten Schulen. Weil wir diese Fachkräfte dringend brauchen, müssen wir im Land also mit Nachdruck für gute, bezahlbare und lebensfähige Ausbildungsstätten sorgen. Auch

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

hier die Frage für die Debatte im Ausschuss: Wie ist der aktuelle Sachstand? Warum kann nicht bereits im Zuge des geplanten Gesetzgebungsverfahrens ein weiterer Schritt gegangen werden?

Mit Blick auf die vor Kurzem erfolgte Antwort auf eine Anfrage des Kollegen Rainer Hinderer noch eine Bemerkung: Natürlich bedarf jedes Gesetz auch einer ordnungsgemäßen und zeitnahen Umsetzung, etwa wenn es um die Abarbeitung von Förderanträgen geht. Auch dies können wir gern im Ausschuss vertiefen.

Zusammenfassend: Durch die Regierungsübernahme 2011 und die nachfolgenden Maßnahmen konnte ein lang andauernder Streit mit den freien Schulen über die Finanzierung spürbar entschärft werden. Wir sind weiterhin auf einem guten Weg. Aber bei den Themen Inklusion, Geschwisterregelung und „Ausstattung der Schulen für Gesundheitsberufe“ stehen noch einige Fragen im Raum, die beantwortet werden sollten.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt die Kernaussage!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freien Demokraten sind sehr große Fans der Schulen in freier Trägerschaft. Für uns sind diese Schulen unverzichtbarer Bestandteil eines vielfältigen, ausdifferenzierten und leistungsorientierten Schulsystems.

Sehr geehrte Kollegin Bogner-Unden, ich habe mit sehr großem Interesse vernommen, dass auch Sie als Grüne sich für ein ausdifferenziertes, vielfältiges Bildungssystem einsetzen. Bis vor Kurzem haben die Grünen sehr viel Energie dafür eingesetzt, aus einem vielfältigen Bildungssystem ein Zweisäulensystem zu machen. Wenn bei Ihnen jetzt bildungspolitische Vernunft eingekehrt ist, gratuliere ich dazu ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE)

Aus diesem Grund ist es aus meiner Sicht auch durchaus angemessen, zu Beginn ein paar grundsätzliche Überlegungen anzustellen. Denn leider gibt es noch immer zwei große ideologische Vorurteile gegenüber den Privatschulen. Das erste Vorurteil lautet: Der Staat soll sich zuerst um seine eigenen staatlichen Bildungsangebote kümmern, bevor er sich den Luxus leistet, auch noch die Privatschulen finanziell zu unterstützen. Das zweite Vorurteil: Die Bildungsangebote der Privatschulen sind vor allem etwas für diejenigen Kinder, deren Eltern den entsprechend dicken Geldbeutel haben.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Beide Auffassungen sind natürlich falsch; beide haben herzlich wenig mit der baden-württembergischen Realität zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Beim ersten Vorurteil wird übersehen, dass freie Schulen den Staatshaushalt nicht mehr kosten, sondern ihn entlasten. Denn selbst, wenn man Zuschüsse zur Deckung von 80 % der Kosten gewährt, liegt die Belastung ja immer noch um 20 % unter dem, was für einen Schüler in einer staatlichen Schule aufgebracht werden muss.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Nur staatszentriertes Denken führt dazu, die freien Schulen als eine Art Luxus anzusehen, den man sich nur in Zeiten überbordender Kassen leisten könne.

Auch was das zweite Vorurteil betrifft, ist die Realität doch eine ganz andere. Nur wenn der Staat die freien Schulen so bezuschusst, dass sie mit einem von jedermann bezahlbaren Schulgeld wirtschaftlich auskommen, wird eine soziale Schranke an dieser Stelle erfolgreich verhindert. Das ist das baden-württembergische Modell der freien Schulen in sozialer Verantwortung, zu dem wir Freien Demokraten aus tiefer Überzeugung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir auch!)

Damit keine Missverständnisse entstehen: Für uns Freie Demokraten bildet natürlich ein erstklassig finanziertes, leistungsorientiertes staatliches Schulangebot das Fundament jeder erfolgreichen Bildungspolitik. Die Schulen in freier Trägerschaft ergänzen und erweitern aber dieses Fundament entscheidend, damit in Gegenwart und Zukunft jeder Schüler und jede Schülerin das für ihn bzw. für sie passende Bildungsangebot findet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich unterstützt die FDP/DVP-Fraktion den Gesetzentwurf der Landesregierung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr schön!)

Der grün-schwarze Gesetzentwurf hat aber auch deutliche Schwächen. Die FDP/DVP bedauert und kritisiert ausdrücklich, dass die Landesregierung die Ganztagschulen in die Bruttokostenberechnung nicht mit einbezogen hat. Es steht zu befürchten, dass Betreuungsangebote außerhalb des Pflichtunterrichts dadurch teuer werden, sodass neue soziale Hürden beim Besuch von freien Schulen aufgebaut werden. Dies darf aus unserer Sicht nicht geschehen.

Wir Freien Demokraten hätten den von der Landesverfassung geforderten Ausgleich für Schulgeldfreiheit auf diejenigen Eltern beschränkt, die das Schulgeld auch tatsächlich nicht aufbringen können. Dadurch wären nämlich Mittel frei geworden, um u. a. die Ganztagsbetreuung in die Berechnung der Privatschulzuschüsse mit einzubeziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer auf der einen Seite an staatlichen Schulen die Ganztagsangebote ausweiten will, darf sich auf der anderen Seite nicht darum drücken, Ganztagsangebote auch bei den Privatschulen mit zu finanzieren.

Die FDP/DVP-Fraktion erwartet von der grün-schwarzen Landesregierung und ihrer Kultusministerin, natürlich auch vom Staatssekretär, dass sie die anstehenden Gespräche mit den Privatschulverbänden dazu nutzen, diese Scharte auszuwet-

(Dr. Timm Kern)

zen und den Ganzttag mit einzubeziehen, um den freien Schulen auch tatsächlich soziale Verantwortung zu ermöglichen.

Unser bisheriges baden-württembergisches Erfolgsmodell der freien Schulen beruht darauf, dass diese wirtschaftlich arbeiten und dadurch soziale Verantwortung übernehmen können. Dieses Erfolgsmodell wollen wir Freien Demokraten jedenfalls nicht gefährdet wissen. Denn für uns sind die Schulen in freier Trägerschaft, wie bereits ausgeführt, unverzichtbar für ein erstklassiges Bildungssystem im Interesse aller Schülerinnen und Schüler in unserem Land.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Bildung ist die mächtigste Waffe, die du verwenden kannst, um die Welt zu verändern.

Nicht nur die „Fridays for Future“-Kids sollten sich diesen Satz von Nelson Mandela zu Herzen nehmen, denn Bildung ist nicht selbstverständlich. Ich bin froh über die Änderung bzw. die Anpassung des Privatschulgesetzes; es ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel muss eine völlige Gleichstellung der verschiedenen Schultypen sein, sodass die Eltern wirklich die freie Wahl haben.

Noch sinnvoller wäre allerdings eine Abschaffung der Schulpflicht zugunsten einer Bildungspflicht – natürlich eine bundespolitische Angelegenheit. Dies könnte u. a. durch Bildungsgutscheine erreicht werden. Dabei könnte man die Kernbildung auf das Trivium und Quadrivium reduzieren. Hören Sie sich eine meiner letzten Reden an; da habe ich das schon einmal gebracht.

Ergänzend kann jeder Schüler selbst nach seinen Interessen und Stärken sein Wissen erweitern. Das wäre auch eine Möglichkeit, Kosten einzusparen, denn Bildung und Geld hängen eben nicht zwingend zusammen – was natürlich nicht zu grünen, roten, sozialistischen Staatsbeglückungsanschauungen und Fantasien passt.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Winfried Mack CDU: Wo er recht hat, hat er recht!)

Die Schüler können dann selbst entscheiden, welche Fächer ihnen zusätzlich zu den Kernthemen zusagen. Dies wäre auch eine gute Möglichkeit, Wissen für das spätere Leben zu vermitteln. Es ist gut, wenn unsere Kinder Gedichte interpretieren können, aber sie sollten auch wissen, worauf sie bei Verträgen oder der Steuer achten müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das heißt bei uns „Alltagskompetenz“!)

Kein Wunder, dass die Jugendverschuldung immer weiter ansteigt.

Noch viel wichtiger in der heutigen Zeit ist, dass die Kinder lernen, Informationen im Zusammenhang zu sehen, einzuordnen und zu bewerten; denn wir sehen ja die Defizite allenthalben hier im Parlament. Aber all das findet nicht statt.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Zuruf: Unglaublich!)

Doch daran ist nicht, wie man denken mag, unsere Regierung schuld. Nein, das hat Herr Stoch ja in der Vergangenheit schon erfolgreich gewusst. Seiner Meinung nach sind die Lehrer dafür verantwortlich. Denn sie können die Themen, die sie ihren Schülern vermitteln wollen, frei aussuchen. Wohin diese Aussage führt, sieht man aktuell an der Gesamtschule Kürten, wo Schüler gezwungen werden, an der „Fridays for Future“-Demonstration teilzunehmen. Schule schwänzen als Schulauftrag – absurder und grotesker geht es kaum, ganz im Stil rot-grüner Selbstvernichtung. Frau Dr. Eisenmann, treten Sie an!

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die ist doch gar nicht da! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich sehe, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6373 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden.

Damit haben wir Punkt 5 erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag – Drucksache 16/6374

Das Wort zur Begründung hat Herr Minister Thomas Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank. – Frau Präsidentin Kurtz, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bund und die 16 Länder haben sich bereits vor zehn Jahren ein Ziel gesetzt: Deutschland sollte im Bereich der Digitalisierung zum internationalen Spitzenreiter werden. Das war das Ergebnis der Föderalismuskommission II.

Infolge der Föko II wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland um Artikel 91 c ergänzt. Damit erhielten Bund und Länder neue Möglichkeiten, im Bereich der informationstechnischen Systeme besser zusammenzuarbeiten. Auf der Grundlage von Artikel 91 c haben Bund und Länder schließlich im Jahr 2010 den IT-Staatsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag ist wiederum die rechtliche Grundlage für den IT-Planungsrat.

Der IT-Planungsrat übernimmt seit seiner Gründung im Jahr 2010 die Koordinierung der IT-Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung zwischen dem Bund und den Ländern. Dazu gehören vor allem der Beschluss von fachunabhängigen und fachübergreifenden IT-Standards sowie die Steuerung von Digitalisierungsprojekten. Der IT-Planungsrat hat seither zahlreiche föderale IT-Projekte initiiert und IT-Standards verabschiedet.

(Minister Thomas Strobl)

Vom Ziel, Deutschland zu einem internationalen Spitzenreiter im Bereich der Digitalisierung zu machen, sind wir leider noch ein gutes Stück entfernt. Vor allem können und müssen wir natürlich schneller werden.

Um schneller zu werden, soll der IT-Planungsrat nun einen schlanken und wirkungsvollen organisatorischen Unterbau erhalten. Dazu muss der IT-Staatsvertrag modifiziert werden.

Im Kern geht es darum, die vertragliche Grundlage für die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts für föderale IT-Kooperation, der FITKO, in Frankfurt am Main zu schaffen, die Aufgaben des IT-Planungsrats um die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen zu erweitern, die Finanzierung und Bewirtschaftung des dafür erforderlichen Digitalisierungsbudgets zu regeln.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sowie der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat haben den Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag im März 2019 unterzeichnet. Damit er wirksam werden kann, muss nach Artikel 50 Satz 2 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg die Zustimmung des Landtags eingeholt werden. Mit dem vorliegenden Gesetz zum Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag bitte ich daher den Landtag von Baden-Württemberg, dem Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag zuzustimmen.

Damit das Inkrafttreten des Staatsvertrags gelingt, müssen bis zum 30. September 2019 alle Ratifikationsurkunden vorliegen. Bisher sieht es so aus, dass dieser Zeitplan von Bund und Ländern eingehalten werden kann. Die FITKO soll ihre Arbeit dann zum 1. Januar 2020 aufnehmen.

Die Änderung des IT-Staatsvertrags ist mit zusätzlichen Kosten verbunden. Die Kosten werden von Bund und Ländern gemeinsam getragen. Auf Baden-Württemberg entfallen Mehrkosten von jährlich rund 250 000 € für die Einrichtung und den Betrieb der FITKO und von jährlich rund 5 Millionen € für das gemeinsame Digitalisierungsbudget.

Mit dem Beschluss des Nachtragshaushalts 2018/2019 haben Sie bereits dafür gesorgt, dass diese Mehrkosten auch haushaltsrechtlich gedeckt sind. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal herzlich beim Landtag von Baden-Württemberg bedanken. Wie so häufig im Leben, ist dieser Dank auch mit einer Bitte verbunden, nämlich mit der Bitte um Ihre Zustimmung zum IT-Änderungsstaatsvertrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Zuerst hat für die Grünen Herr Kollege Lede Abal das Wort. – Bitte.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung muss den Menschen dienen. Dieser Grundsatz ist für uns Grüne unumstößlich. Technik muss den Menschen und der Umwelt von Nutzen sein. Daher nutzen wir in Baden-Württemberg die Möglichkeit, die sich hier bietet, gemeinsam mit den Kolleginnen und

Kollegen in den anderen Ländern und dem Bund das Thema Digitalisierung aktiv zu gestalten. Der Herr Innenminister hat es eben schon vorgestellt.

Damit wir Digitalisierung aktiv gestalten können, muss auch unsere Verwaltung Schritt halten können. Um die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit in diesem Bereich gewährleisten zu können, setzen wir einen Vertrag um, wie er in Artikel 91 c des Grundgesetzes ermöglicht wird. Dieser Artikel regelt das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Aufgabenerfüllung benötigter informationstechnischer Systeme.

Wir, die grüne Landtagsfraktion, unterstützen die hier vorgeschlagene Änderung. Die stärkere Institutionalisierung des IT-Planungsrats und die damit verbundene stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund schaffen neue Synergien beim Thema E-Government.

Die Mammutaufgabe Digitalisierung der Verwaltung lässt sich nicht allein stemmen. Aus diesem Grund sind Kooperationen wie die vorliegende eine gute und sinnvolle Sache. Die Länder schließen sich mit dem Bund zusammen, um die Herausforderungen der Digitalisierung gemeinsam und strategisch anzugehen.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit können gemeinschaftlich neue Konzepte entwickelt werden, z. B. die neue Anstalt des öffentlichen Rechts für föderale IT-Kooperation, FITKO genannt. Sie wird künftig auf allen föderalen Ebenen Projekte und Produkte für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen unterstützen. Die FITKO wird auch Lösungen für die IT-Infrastruktur der Kommunen und Landkreise erarbeiten. Einen solchen Lösungsansatz halten wir Grünen schon lange Zeit für richtig.

Die Einführung der elektronischen Akte, der E-Akte BW, in der Landesverwaltung ist dafür bereits ein erster guter Ansatz. Eine generelle Vereinfachung der Antragstellung und der damit verbundene Abbau von Bürokratie sind gut für die Verwaltung und die Menschen in Baden-Württemberg. So werden z. B. künftig Anträge auf Ausweispapiere elektronisch möglich sein. Das wäre eine große Erleichterung und ein Gewinn für die Menschen hier im Land. Beispielsweise können auch Selbstständige und Start-ups von dieser neuen digitalen Kommunikation mit den Verwaltungsbehörden profitieren.

Es geht hierbei um Verwaltungsdienstleistungen, die in allen Ländern anfallen. Deshalb begrüßen wir eine solche Allianz, die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in dieser zentralen Zukunftsfrage. Auch wir, das Land Baden-Württemberg, werden davon profitieren.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Winfried Mack und Manuel Hagel CDU)

Digitalisierung geht aber nur Hand in Hand mit höchsten Standards des Datenschutzes und der Bürgerrechte.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist für uns ebenso zentral, und da erwarten wir auch, dass der Bund keine Abstriche macht. – Auch Herr Zimmermann stimmt uns an dieser Stelle ausdrücklich zu. Das finden wir gut.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Daniel Andreas Lede Abal)

Unser Land hat sich gemeinsam mit der kommunalen Seite zum Ziel gesetzt, dass in Baden-Württemberg alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit Verwaltungen sicher elektronisch kommunizieren, den größten Teil der Verwaltungsdienstleistungen sowie ihre gesetzlichen Verpflichtungen künftig digital erledigen können. Auf dem Weg dorthin ist das vorliegende Gesetz ein wichtiger, richtiger Schritt.

Der Digital Economy and Society Index hat es jedoch gezeigt: Wir haben auch hier in Baden-Württemberg noch Nachholbedarf. Die nächsten Schritte bei Open Data, Infrastruktur der Verwaltung und elektronischer Antragstellung müssen jetzt zeitnah erfolgen. Unsere Zielsetzung im Wirtschafts- und Innovationsland Baden-Württemberg lautet deshalb: Wir wollen die Verwaltung digital, benutzerfreundlich und modern gestalten. Dafür werden wir die entsprechenden Infrastrukturen zur Verfügung stellen. Eine leistungsfähige und vernetzte digitale Verwaltung mit entsprechender Infrastruktur und entsprechendem Service gehört dazu.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Eine wichtige Grundlage dafür ist – ich wiederhole es noch mal – die bessere Kooperation zwischen Bund und Ländern. Deshalb unterstützen wir die vorgesehene Änderung des IT-Staatsvertrags.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Kollege Hagel. – Bitte.

Abg. Manuel Hagel CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Ich gebe zu, das Originalzitat stammt natürlich nicht von mir. Dafür stimmt das Gesagte in dieser Fassung im Gegensatz zum Original umso mehr. Die Digitalisierung ist weder aufzuhalten, noch ist die Digitalisierung rückgängig zu machen.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Was wir aber können, ist, sie zu gestalten. Sie hat die Welt verändert, und sie wird diese noch viel, viel mehr verändern, als wir es uns heute vorstellen können, und das in einem unfassbar schnellen Tempo.

Dabei haben wir von diesen Veränderungen in den letzten 30 Jahren schon enorm profitieren können. Die Art, wie wir kommunizieren, wie wir einkaufen, wie wir arbeiten oder schlicht wie wir leben, ist im Prinzip nicht mehr die gleiche.

Die Digitalisierung hat es uns in vielen Lebenslagen leichter gemacht, und das kann so weitergehen – aber nur, wenn dieser Wandel, wenn diese digitale Revolution richtig gemacht wird, wenn wir diese Digitalisierung selbst aktiv gestalten.

Der Wandel läuft in Baden-Württemberg bereits auf Hochtouren. Die Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ setzt bundesweit neue Maßstäbe. Dafür gilt unserem Digitalisierungsmi-
nister Thomas Strobl unser herzlicher Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Sie nimmt sich der Digitalisierung aller Bereiche und aller Lebenslagen an, damit alle von ihr profitieren können. Denn es geht dabei darum, die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs auch digital fortzuschreiben. Es geht hier um die Sicherung unseres Wohlstands, um das Ermöglichen von Chancen für alle Menschen in unserem Land. Ja, es geht um die Zukunft von Baden-Württemberg.

Ein zentrales Thema der Landesstrategie ist die Digitalisierung der Verwaltung, die Verwaltung 4.0. Hier wurde bereits einiges getan. In den letzten Jahren wurde das Portal service-
bw überarbeitet, modernisiert und nutzerfreundlich gemacht.

Mit den Kommunen, die den Großteil aller Verwaltungsleistungen verantworten, wurde ein großer E-Government-Pakt geschlossen. Gemeinsam werden so bedarfsgerechte Lösungen entwickelt, die den Kommunen lizenzkostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Doch nicht nur beim E-Government, sondern auch bei der Digitalisierung unserer Dörfer und Städte insgesamt reicht die Landesregierung die Hand. Mit Programmen wie „Future Communities“, den „Digitalen Zukunftskommunen“, oder auch den Innovationspartnerschaften zwischen Kommunen und Mobilitätswirtschaft 4.0 werden Anreize für innovative Lösungen vor Ort gesetzt.

Trotzdem ist klar: Die Modernisierung der Verwaltung ist hiermit noch nicht abgeschlossen. Es muss weitergehen. Denn das Ziel heißt nicht „Informationsbeschaffung und Kommunikation“. Ziel muss es sein, alle Prozesse zu jeder Zeit und an jedem Ort digital verfügbar zu machen,

(Beifall der Abg. Konrad Epple und Isabell Huber
CDU)

damit sich Behördengänge künftig mit wenigen Klicks online von zu Hause aus erledigt haben. Denn wir sagen ganz klar: Dass man heute für die Beantragung eines Personalausweises oder eines Führungszeugnisses mitunter noch einen halben Tag Urlaub nehmen muss, das ist wirklich nicht nur von gestern, das ist von vorgestern.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Sandra Boser
GRÜNE und Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Doch wie spielt sich diese vierte industrielle Revolution in der Verwaltung künftig ab? Eine zentrale Rolle spielt hier die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Dieses gibt vor, dass alle Verwaltungsleistungen und -prozesse künftig online verfügbar sein müssen. Aber mehr noch: Es legt auch fest, dass Bund und Länder ihre Verwaltungsportale künftig bündeln und verknüpfen müssen.

Hier ist der Gesetzentwurf zur Änderung des IT-Staatsvertrags entscheidend. Durch die Änderung des IT-Staatsvertrags wird die IT-Zusammenarbeit innerhalb der öffentlichen Verwaltung ausgebaut. Die digitale Verwaltung wird intelligent über die Ländergrenzen hinweg vernetzt – ein Anliegen, das hier in Baden-Württemberg maßgeblich vorangetrieben wird.

Dies geschieht vor allem durch die Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, der FITKO. Die FITKO wird das bundesweit bereits vorhandene fachliche Know-how im Bereich der digitalen Verwaltung bündeln. Darüber hinaus wird

(Manuel Hagel)

die FITKO den IT-Planungsrat unterstützen. Sie wird die Verwaltung digital machen, sie wird die Verwaltung fit für die Zukunft machen und dabei den Nutzer in den Mittelpunkt stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Änderung des IT-Staatsvertrags ist ein Meilenstein hin zu einer digitalen Verwaltung in Baden-Württemberg. Ich bin mir sicher, dass wir damit auf einem guten Weg sind, die Digitalisierung für die Menschen in unserem Land, die Digitalisierung in Baden-Württemberg aktiv zu gestalten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU:
Sehr gut! Das waren mindestens 15 Bit!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Dürr.

Abg. Klaus Dürr AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gäbe es einen Preis für die Erfindung und Gründung von möglichst vielen Anstalten des öffentlichen Rechts oder von Zweckverbänden, diese Regierung des nicht mehr anwesenden Ministerpräsidenten könnte sich da wohl berechnete Hoffnungen auf einen der vorderen Plätze machen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD und der FDP/DVP)

Der IT-Planungsrat besteht bereits seit fast zehn Jahren und ist bisher nach meiner Wahrnehmung nicht sonderlich in Erscheinung getreten. Gemessen am Zeitraum von fast zehn Jahren sind dessen Ergebnisse für uns – lassen Sie es mich diplomatisch formulieren – nebulös.

Nun soll eine neue Anstalt öffentlichen Rechts gegründet werden, die – wie es im Vorblatt und in der Begründung des Gesetzes zum Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag heißt – den IT-Planungsrat bei der Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern unterstützen soll.

Ein Planungsstart hat bereits begonnen, nämlich die föderale IT-Kooperation, FITKO, aufzubauen, obwohl wir dazu hier noch gar nicht abgestimmt haben. Das war bei der Maut auch so.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD:
Richtig!)

Was der IT-Planungsrat in zehn Jahren nicht geschafft hat, soll nun also die FITKO leisten. Ein Nachteil dieser öffentlichen Anstalt ist u. a. deren Bindung an die Besoldungsstarife des öffentlichen Dienstes. Denn dazu erfordert es viele Spezialisten und Fachkräfte, die das in der angestrebten Zeit erreichbar machen können, aber kaum zu bekommen sein werden – vermutlich auch nicht aus dem Ausland. Allerdings könnte man befürchten, dass diese Anstalt einmal mehr mutmaßlich der Versorgung fach- und themenfremder Personen aus Regierungsparteien und diversen Ämtern dienen wird, die man irgendwo unterbringen muss – nein: will.

In § 5 des Staatsvertrags steht – ich zitiere aus dem Gesetzentwurf –:

Die gemeinsame Anstalt hat die Aufgabe, den IT-Planungsrat organisatorisch, fachlich und bei der Wahrnehmung der Aufgaben ...

– bla, bla, bla –

... zu unterstützen.

In § 7 wird dann der IT-Planungsrat zum Verwaltungsrat der FITKO benannt. Das klingt für mich irgendwie nach einem Perpetuum mobile.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland braucht eine zentrale Standardisierung, ja, und die Digitalisierung der Geschäftsprozesse in der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen. Ich hoffe, dass das hier von niemandem bestritten wird.

Das Hauptziel und die Kernaufgabe müssen dabei dringend die Entbürokratisierung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, vor allem in der Interaktion mit den Bürgern in unserem Land, sein. Technische IT-Sicherheit, Datenschutz und sichere, aber praktikable Lösungen müssen das Fundament bilden.

Bereits bestehende Organisationen, die sich mit IT in Deutschland beschäftigen, wie z. B. ZITiS, BDBOS, ITZBund und BSI, sollte man konsolidieren, anstatt wieder eine neue Organisation zu schaffen.

Es braucht eine überschaubare, kompetente und bundesweite Arbeitsgruppe, die sich aus Verwaltungs- und IT-Spezialisten zusammensetzt, die Abläufe und Standards – also Normen – entwickelt, die dann von der Softwareindustrie, also in erster Linie von der Privatwirtschaft – wir hatten es vorhin beim Thema Züge davon, dass die Privatwirtschaft helfen kann –, in Produkte und Lösungen umgesetzt werden. Vorbild für andere Bundesländer könnte die in Baden-Württemberg bewährte IT Baden-Württemberg – Herr Minister, die BITBW; gute Lösung – sein,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

deren Spezialisten sich mit denen der anderen Bundesländer koordinieren. Wir brauchen Macher mit Sachkompetenz. Die Politik müsste den Zeitrahmen vorgeben und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Überall dort, wo Politik selbst aktiv mitmischt – Sie wissen, was ich damit meine –, kommt außer gigantischen Steuerverwendungen oft sehr wenig heraus. Beispiele gibt es zuhauf: ITEOS und Ähnliches, Berliner Flughafen, Stuttgart 21, Verplanungen bei der Bundeswehr und – lassen Sie es mich einfach noch einmal anfügen – von den Zielen her betrachtet eine gescheiterte Energiewende.

(Beifall bei der AfD)

Grundsätzlich könnte die FITKO eine gute Idee sein. Wie jetzt im Rahmen dieses Gesetzentwurfs vorgesehen ist sie allerdings eine typische Fehlkonstruktion von Politik. Darüber haben wir im Ausschuss noch einmal verstärkt zu reden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion trägt diesen Staatsvertrag und die darin niedergelegten Ziele sowie auch das Ausführungsgesetz für Baden-Württemberg natürlich mit. Wir begrüßen, dass hier eine Zusammenarbeit institutionalisiert wird, und wir begrüßen auch die Einrichtung der FITKO, weil wir glauben, dass nur mit entsprechenden personellen und sachlichen Mitteln auch eine funktionsfähige Einrichtung geschaffen werden kann.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Dürr, bin ich der Auffassung, dass gerade eine Anstalt des öffentlichen Rechts hier vielleicht eher Spielraum bietet, um auch IT-Experten an Land zu ziehen, als das einem einzelnen Bundesland möglich ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Diese Zusammenarbeit kann natürlich nur dann funktionieren, wenn sich das Land entsprechend stark einbringt und gut aufgestellt ist. Da muss ich sagen, Herr Minister: Es gibt ja viele schöne Bilder. Das Ministerium trägt den Begriff Digitalisierung ja schon in seiner Bezeichnung. Sie haben in den letzten Monaten gefühlt bereits hundert Mal

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Tausend Mal!)

Förderbescheide an Gemeinden und Zweckverbände überreicht, und mittlerweile ist das Aufstellen von aufblasbaren Katzen offensichtlich auch Bestandteil der Digitalisierungsstrategie des Landes. Es gibt viel PR.

Schauen wir einmal auf den Inhalt. Da, muss ich sagen, sind schon gewaltige Abstriche zu machen. Wenn man sich im Bund entsprechend einbringen will, muss man auch vor Ort für klare Verhältnisse und Zuständigkeiten sorgen. Ich will nur an „ella“ erinnern; da ist das offensichtlich schiefgegangen. Das ist ein Millionengrab.

Ich darf jetzt an den mit der Telekom geschlossenen Vertrag zum Projekt „Gigabit Region Stuttgart“ erinnern. Da gab es natürlich schöne Bilder. Wir gönnen es den Gemeinden, dass sie an dieser Aktion beteiligt sind. Aber weite Strecken des Landes und insbesondere der ländliche Raum bleiben dabei offensichtlich auf der Strecke. Das kann nicht sein. Damit meine ich jetzt nicht die Infrastrukturmaßnahmen, die Sie heute Morgen beschrieben haben – ich will ausdrücklich anerkennen, was da passiert –, sondern es geht darum, dass wir den ländlichen Raum nicht vergessen, dass wir die Gemeinden nicht alleinlassen, sondern sie unterstützen und beraten. Ich glaube, viele Bürgermeister singen zu Recht ein Klagelied über Erfahrungen vor Ort, die mit der Telekom gemacht wurden und nicht besonders positiv sind. Deshalb sind Sie hier gefordert.

Da ist es auch gut, Anregungen aus anderen Bundesländern entgegenzunehmen und sich mit denen abzustimmen und zusammenzuarbeiten. Auf einer Spitzenposition in diesem Bereich ist übrigens das viel gescholtene Land Berlin, das nach dem Digitalindex des Fraunhofer-Instituts an der Spitze liegt, während Baden-Württemberg nur einen mittleren Platz einnimmt.

In zwei Bereichen muss sich das Land verstärkt aufstellen, um dann im Konzert von Bund und Ländern eine entscheidende Rolle zu spielen. Kollege Lede Abal hat das auch schon beschrieben. Zum einen gilt dies z. B. bei der Einführung der E-Akte – da sind Sie dran; da muss natürlich Geschwindigkeit aufgenommen werden –, beim elektronischen Verwaltungsakt, bei der Frage, wie Verwaltungsdienstleistungen verstärkt angeboten werden können; dazu gibt es ja viele Modellversuche. Auch da haben wir den Eindruck: Jede Behörde, jede Gemeinde muss da allein vor sich hinarbeiten. Da wünschen wir uns mehr Koordination und Zusammenarbeit. Ich kann nicht einsehen, warum eine Baugenehmigung in einer Stadt elektronisch erzielt werden kann und man sich in anderen Bereichen, wie Herr Hagel vorhin beschrieben hat, mit Zuständen von vorgestern begnügen muss. Da müssen einheitliche Lösungen geschaffen werden.

Der zweite Bereich, in dem das Land gefordert ist, ist die IT-Sicherheit. Es gab Hackerangriffe auf das LBV und das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung, es gab Hackerangriffe beim Staatstheater. Da bedarf es aus der Sicht des Landes noch einer einheitlichen Konzeption. Sie verweisen immer auf die Firewall, die für kleine und mittlere Unternehmen existiert und sehr gut in Anspruch genommen wird. Etwas Vergleichbares braucht das Land auch für seine eigenen Einrichtungen zur Sicherheit unserer Systeme und der verwendeten Daten.

Es stimmt uns natürlich schon nachdenklich, wenn die Finanzverwaltung – Frau Kollegin Sitzmann sitzt ja neben Ihnen – mittlerweile sogar ein eigenes Sicherheitskonzept für sich entwickelt. Da würden wir uns schon Koordination und Federführung des Digitalisierungsministers wünschen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

Sie müssen sich im eigenen Land noch stärker aufstellen. Baden-Württemberg darf bei der wünschenswerten und angestrebten Kooperation zwischen Bund und Ländern nicht am Katzentisch sitzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP und Abg. Willi Stächele CDU unterhalten sich stehend im Plenarsaal.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Karrais würde gern zum Redepult kommen, wenn ihn die Herren in der Mitte durchlassen würden. Insgesamt ist der Geräuschpegel hier auch ziemlich gestiegen.

Herr Abg. Karrais, Sie sprechen für die FDP/DVP.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland belegt im europäischen Vergleich Platz 26 von 28 bei den digitalen Behördengängen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aha!)

Gleichzeitig nutzen nur 43 % der Deutschen überhaupt irgendwelche Maßnahmen aus dem Bereich E-Government. Der EU-Schnitt liegt hier bei 64 %. Dies sind Zahlen aus dem Digital

(Daniel Karrais)

Economy and Society Index, der jährlich erhoben wird. Das heißt also, wir stehen ziemlich weit hintendran. Der Stand beim E-Government entspricht definitiv nicht mehr der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger im Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Darum ist es richtig und gut und wichtig, dass mit der Änderung des IT-Staatsvertrags eine Gesellschaft geschaffen wird, die sich gerade vermehrt um solche Aufgaben kümmern soll; denn es ist allerhöchste Eisenbahn.

Herr Minister, Sie haben heute Morgen das schöne Bild verwendet, dass Sie das Gaspedal bis zum Bodenblech durchdrücken. Das sollte man nicht nur im Bereich der digitalen Infrastruktur machen, das muss man vor allem auch in diesem Bereich machen, der direkt die Bürgerinnen und Bürger betrifft, die auch ein Anrecht darauf haben, digitale Dienste im Umgang mit der Verwaltung zu nutzen. Auch für sie muss man das Gaspedal bis zum Bodenblech durchdrücken. Wichtig dabei ist aber, darauf zu achten, welches Auto man fährt:

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Mit einer Ente können Sie das machen, da kommen Sie nicht besonders schnell voran. Sie sollten in den Porsche einsteigen, damit es hier weitergeht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir brauchen ganz dringend einen Digitalfahrplan. Herr Minister, Sie wurden einmal gefragt – es müsste vom „Staatsanzeiger“ gewesen sein –, ob Sie hierfür eine Spitzenkraft für erforderlich halten, die sich um so etwas kümmert. Darauf antworteten Sie: Nein, das sei nicht erforderlich. Im Übrigen gebe es schon das Onlinezugangsgesetz, in dem ein gewisser Fahrplan mit zeitlichen Zielen vorgegeben sei. Aber, meine Damen und Herren, das reicht nicht aus. Nur weil in einem Gesetz irgendein Ziel mit irgendeinem Datum, das zu erfüllen ist, drinsteht, heißt das noch lange nicht, dass es dann auch tatsächlich in dem Umfang, wie es geschehen soll, passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: So ist es!)

Dieser Rückzug hinter das Onlinezugangsgesetz lässt leider eine gewisse Ambition der Landesregierung im Bereich E-Government vermissen. Das ist sehr schade, und das müssen wir an dieser Stelle kritisieren.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, sehen das sogenannte Once-Only-Prinzip, das wir gern einführen möchten, vor allem beim Thema E-Government als ein wichtiges und sinnvolles Element an. Das sollte auch möglichst schnell gehen, denn es würde einen sehr großen Beitrag dazu leisten, dass der Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger beim Kontakt mit dem Staat reduziert wird und dass das Frustrationspotenzial reduziert wird. Es ist auch ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land mit der Regierung zufrieden sind und deshalb auch ein gewisser Politikverdrossenheit reduziert wird. Vor allem ließe sich so auch die Transparenz erhöhen, wenn man es entsprechend einrichtet, sodass jeder mitbekommt, wenn auf die Daten, die man beim Staat hinterlegt hat, zugegriffen wird.

Das sind wichtige Ziele, die wir uns setzen. Dazu braucht es aber auch – das sagt z. B. auch der Beamtenbund – eine entsprechende Weiter-, Aus- und Fortbildung der jetzigen Beamten. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Aspekte des E-Governments vermehrt und verstärkt in die Ausbildung der Beamten in der Verwaltungswissenschaft einfließen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ansonsten geht es mit dem Thema nicht besonders schnell voran. Denn es reicht nicht aus, irgendwelche Digitallotsen in den Kommunen zu installieren. Es reicht nicht aus, einfach nur irgendwelche Fortbildungsseminare anzubieten. Es ist ein Kraftakt. Es ist schwierig. Da muss reagiert werden. Da muss gehandelt werden. Denn es kann nur vorangehen, wenn alle in den Verwaltungen verstehen, worum es beim E-Government geht, was das bedeutet und was zu machen ist.

Ein weiterer Punkt fehlt aber auch – das haben wir auch schon in der Vergangenheit kritisiert –: Das ist das Thema „Ausstattung und Verfügbarkeit von schnellem Internet in den Behörden, in den Ämtern, in den Ministerien“. Denn wenn oberste Landesbehörden, wenn Ministerien zum Teil keine vernünftige mobile Ausstattung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Beamten haben, dann kann es nicht vorangehen. Wenn man nicht in der zeitgemäßen Infrastruktur lebt, kann man auch keine zeitgemäßen Maßnahmen umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das haben wir z. B. beim Landesverwaltungsnetz kritisiert, bei dem Sie auf Kupfertechnologien setzen und da nicht einfach einmal eine Gigabitinfrastruktur hinstellen, die dann auch genutzt wird. Erst wenn die Verfügbarkeit gegeben ist, entwickelt sich auch eine Nachfrage. Das haben wir mehrfach kritisiert. Leider ging es nicht voran. Das sind wichtige Grundlagen, ohne die wir zwar von E-Government träumen können, ohne die wir es dann aber letzten Endes nicht bekommen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

In diesem Sinn stimmen wir der Änderung des Staatsvertrags zu. Es kann mit dieser Änderung nur besser und nicht schlechter werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen im Moment keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit können wir die Aussprache beenden.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6374 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 ist erledigt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration – Maßnahmen nach den Ausschreitungen beim Fußballspiel des VfB Stuttgart gegen den Karlsruher SC – Drucksache 16/1992

Das Präsidium hat hierzu folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst spricht Herr Abg. Stickelberger für die SPD. – Sie haben das Wort, Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Mehr als zwei Jahre sind nun seit den gewalttätigen Ausschreitungen beim Fußballspiel des Karlsruher SC gegen den VfB Stuttgart vergangen. Am 9. April 2017 kam es beim Derby zu massiven Ausschreitungen.

In der kommenden Fußballsaison werden der VfB und der Karlsruher SC wieder aufeinandertreffen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Oh!)

Beide Teams werden auch auf Dynamo Dresden treffen – Partien mit erheblicher Brisanz. Daneben sind mit Heidenheim und Sandhausen zwei weitere Vereine aus Baden-Württemberg in der Zweiten Bundesliga.

(Zuruf: Bald spielt der VfB gegen die Kickers!)

Zeit, eine Bilanz der letzten zwei Jahre zu ziehen, Herr Innenminister. Sie haben die sogenannten Stadionallianzen auf den Weg gebracht, wobei man sagen muss, dass diese Idee nicht neu ist. Es wurde ein altes Konzept aus der Schublade gezogen, dem man dann eine neue Überschrift gegeben hat. Viele der Maßnahmen wurden außerdem ohnehin schon durch die Vereine durchgeführt, und das auch ganz ohne die Etikettierung der Stadionallianzen.

Keine neue Idee – aber wurde damit wirklich mehr Sicherheit in den Stadien erreicht? Der Erfolg ist aus unserer Sicht mäßig, auch wenn Sie, Herr Innenminister, das Modell gern bundesweit als Erfolgsmodell darstellen. Sie schreiben die zurückgegangene Einsatzbelastung der Polizei den Stadionallianzen zu. Wir sagen, das ist eher der äußerst günstigen Spielkonstellation der vergangenen Saison geschuldet.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie bezeichnen Stadionallianzen als Erfolgsmodell. Wir sagen: Wenn die Anzahl der Verletzten bei Fußballspielen steigt, dann sind die Stadionallianzen wohl kein Erfolg. Um es deutlicher zu sagen: Wenn die Reduzierung von Einsatzstunden der Polizei mit einer Zunahme von Verletzten einhergeht, dann sind wir ganz sicher nicht auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Bei kritischen Partien haben die Stadionallianzen nicht funktioniert. Erinnerung sei nur an das Spiel zwischen SV Waldhof Mannheim und KFC Uerdingen mit 45 Verletzten. Der Pra-

xistest ist also wohl nicht gelungen. Wenn man in die Zukunft blickt, auf die bevorstehende Saison, ist festzustellen, dass der Härtestest wohl noch aussteht.

Herr Innenminister, es gibt keinen Grund, sich auf diesen Stadionallianzen auszuruhen. Sie dürfen sich vor allem nicht drücken um die Debatte über die rechtlich zulässige Gebührenerhebung bei Hochrisikospiele. Dazu haben Sie immer gesagt, Sie wollten „keine Kasse machen“. Diese Wortwahl habe ich immer für etwas daneben gehalten. Wenn ein Landesgesetzgeber eine Regelung erlässt und wenn das höchste Instanzgericht, das Bundesverwaltungsgericht, solche Regelungen mittlerweile absegnet, dann sollte man nicht von „Kasse machen“ sprechen.

Sie sollten sich dieser Diskussion offen stellen. Der Rechnungshof hat das bei Ihnen angemahnt. In der nächsten Sitzung des Finanzausschusses wird dies wieder Thema sein. Sie sollten schon überlegen, ob das Land seine Einnahmen hier nicht verbessern muss, wie der Rechnungshof das von Ihnen verlangt. Sie sollten sich nicht damit begnügen, von vornherein zu sagen: Machen wir nicht, brauchen wir nicht.

Man kann hier guten Gewissens die Erstattung von Polizeikosten verlangen. Es geht um Hochrisikospiele; das ist die Ausnahme. Es geht um gedeckelte Beträge. Es geht um ein geregeltes Verfahren.

Wir haben auch in anderen Bereichen des Polizeirechts durchaus eine Kostenabwälzung auf Dritte. Das hat nichts damit zu tun, dass man da eventuell seine hoheitlichen Aufgaben nicht wahrnehmen würde. Die Polizei hat für die öffentliche Sicherheit zu sorgen; daran ist nichts zu ändern. Das bleibt so und muss so bleiben. Aber eine Kostenabwälzung halten wir für dringend notwendig und auch zumutbar, wenn man sich überlegt, dass die lizenzierten Vereine in Deutschland jedes Jahr Milliardenumsätze machen und entsprechende Gewinne ausweisen.

Wir haben zu diesem Thema im letzten Jahr nach einer entsprechenden Anhörung einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf wurde abgelehnt. Mittlerweile sind andere Vorschläge im Raum. Bremen und Rheinland-Pfalz haben einen gemeinsamen Fonds vorgeschlagen. Bremen hat als Kompromiss einen Solidarfonds in Höhe von 40 Millionen € vorgeschlagen. Die DFL weigert sich bisher – genau wie Sie –, diesem Thema näherzutreten. Wir meinen, das wäre eine gerechte Abwälzung von Kosten bei Hochrisikospiele.

Nicht zuletzt dürfen wir die Polizeibeamten nicht vergessen, die dort mit vielen, vielen Überstunden für Recht und Ordnung sorgen. An Wochenenden, wenn wir gemütlich Fußball schauen, sind Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, um für Recht und Ordnung zu sorgen. Da ist ein Beitrag der Profivereine, wie wir meinen, nicht mehr als recht und billig.

Es geht darum, die Vereine dazu zu bringen, selbst mehr Initiative zu ergreifen, um Gewalt bei Fußballspielen zu verhindern. Da sehen wir die Möglichkeit einer Heranziehung bei den Kosten durchaus als ein geeignetes Druckmittel an.

Schließen Sie sich den Forderungen insbesondere des Rechnungshofs an. Überlegen Sie, dass Sie selbst tätig werden können. Demnächst findet ja eine Innenministerkonferenz statt,

(Rainer Stichelberger)

bei der dieses Thema auf der Tagesordnung stehen wird. Wir sind gespannt, wie Sie sich dabei für Baden-Württemberg positionieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gutes Timing: Der zwei Jahre alte Antrag ist topaktuell. Nach zwei Spielzeiten Pause werden sich ab der kommenden Saison zwei Erzrivalen, nämlich der VfB und der KSC, wieder auf dem Rasen gegenüberstehen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Leider! Das hätte ich jetzt nicht gesagt! – Zuruf: Das ist aber nicht witzig!)

Leider, so scheint es, stehen damit zwei Hochrisikospiele mehr auf dem Programm.

Um was geht es in diesem Antrag? Es geht um die Eindämmung von Gewalt bei Fußballspielen im und um das Stadion. Es geht darum, den Einsatz von Pyrotechnik zu verhindern, und es geht darum, geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu haben. Genau genommen geht es um eine ganz grundsätzliche Frage: Wie bringen wir Menschen dazu, sich an bestehende Regeln zu halten? Denn die Mehrheit soll nicht unter rücksichtslosen Exzessen und Regelverletzungen einiger weniger leiden.

Eine Antwort auf diese Frage könnte sein: mehr Polizei, mehr Sicherheitskontrollen und eine Kostenbeteiligung der Vereine, wenn ein Hochrisikospiel ansteht. Bremen geht diesen Weg, andere Bundesländer denken darüber nach. Baden-Württemberg setzt dagegen seit 2017 auf die Stadionallianzen, also den intensiven Dialog und die intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten – ein guter Ansatz mit Wirkung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Bilanz der Fußballsaison 2018/2019, die der Innenminister vor wenigen Tagen vorgelegt hat, bestätigt dies. Herr Strobl wird dazu nachher sicher Zahlen nennen. Wir verzeichnen in der Tendenz weniger Straftaten und weniger Polizeieinsatzstunden.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Aber mehr Verletzte!)

Das geht in die richtige Richtung.

Den Dialog zwischen allen Sicherheitspartnern von Vereinen, Polizei, Rettungsdiensten und Ordnungsämtern gab es in vielen Fußballkommunen zwar schon vorher – das bestätigten mir auch Vertreter der Ordnungsämter aus Stuttgart und Karlsruhe –, die Stadionallianzen haben jedoch das Bewusstsein aller Beteiligten dafür geschärft, wie wichtig ein konzentriertes Vorgehen ist. Intensiver Austausch schafft Vertrauen. Auch die Einbindung der Fanszene in solche Gesprächsrunden ist eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme. Vertrauen führt letztendlich auch dazu, dass jeder einzelne Akteur mehr Verantwortung für das gute Gelingen übernimmt.

Nun bleiben zwei Tatsachen bestehen. Erstens: Ausschreitungen militanter Fans, aber auch der Einsatz von Pyrotechnik werden sich nie ganz vermeiden lassen. Warum? Weil den Ordnungsdiensten bei den Einlasskontrollen Grenzen gesetzt und Menschen sehr erfinderisch sind. Weil Städte zwar Aufenthaltsverbote und Vereine Stadionverbote aussprechen können, man aber nicht alles und jeden kontrollieren kann. Und weil es zwischen Fußballvereinen wie z. B. dem VfB und dem Karlsruher SC, warum auch immer, gewachsene und leider gepflegte Feindschaften gibt.

Zweitens: Egal, ob Erste, Zweite oder Dritte Liga, Regionalliga oder Kreisliga, die allermeisten Fußballspiele verlaufen friedlich, sportlich und fair.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Nur bei ca. 2 % aller polizeilich relevanten Spiele in Baden-Württemberg kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Was die Sicherheit angeht, ist also der Besuch eines Musikfestivals gefährlicher als der eines Fußballspiels; so sagt es jedenfalls die Polizeistatistik.

Hier möchte ich auch ausdrücklich an die aktuell stattfindende Frauenweltmeisterschaft in Frankreich erinnern. Bislang sind mir von dort noch keine Ausschreitungen zu Ohren gekommen. Dies und dazu die sportliche Leistung der deutschen Fußballfrauenmannschaft gehören hier ausdrücklich gewürdigt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Mein Fazit: Der eingeschlagene Weg des Dialogs aller Beteiligten in den Stadionallianzen ist richtig und muss fortgesetzt werden. Fußball ist per se ein friedlicher Sport. Das Geschehen rund ums Spiel darf nicht der Ort sein, wo Feindbilder und Feindschaften gepflegt werden. Das müssen Polizei, Vereine und Kommunen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterbinden.

Wenn nichts mehr fruchtet, sind meiner Meinung nach auch unkonventionelle Maßnahmen angezeigt, z. B. ein Spiel unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

(Zuruf: Noi!)

Zum Schluss möchte ich noch meine Gedanken zu den beiden Rivalen vortragen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Nein. – Lassen Sie mich noch meine Gedanken zu den beiden Rivalen vorbringen, die ja Anlass und Sorgenkind dieses Antrags sind: VfB und KSC. Ist es möglich, diese Feindschaft zu beenden, solange wir in Baden-Württemberg noch nicht einmal eine gemeinsame Hymne haben? Dies habe ich mich gefragt.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Das ist jetzt nicht das Wichtigste!)

Hoffnung besteht, Kollege, denn das Badnerlied und die Württemberg-Hymne haben Gemeinsamkeiten, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen, Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: ... auf denen man gut aufbauen könnte. Musikalisch gesehen sind die ersten vier Takte beider Lieder identisch.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie müssen bitte zum Schluss kommen!

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ein Anfang wäre also gemacht. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat das Wort für die CDU-Fraktion Herr Kollege Lorek.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Plenardebatte am 24. Januar 2018 hat der jetzt leider nicht anwesende Kollege Binder von der SPD, basierend auf den Zahlen von der Hinrunde 2017/2018, die Prognose abgegeben, dass die Zahl der Einsatzstunden der Polizei steigen wird, und die Prognose, dass die Stadionallianzen nicht wirken.

Jetzt schauen Sie einmal die Statistik von 2017/2018 an, von der Herr Binder bei seiner Prognose ausging, und die jetzige Statistik. Sie sehen: Die Zahl der Einsatzstunden der Polizei bei Fußballspielen ist rückläufig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So viel zur Wahrsagerei!)

2016/2017 waren es noch über 1 000 Mannstunden pro Spiel, 2017/2018 843 und jetzt 2018/2019 noch 817. Die SPD wollte wohl ins Tor schießen und traf nur die Eckfahne.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Peter Hofe-lich SPD: Was aber schwieriger ist! – Heiterkeit)

– Aber trotzdem kein gutes Ergebnis.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Videobeweis!)

Im Sommer 2017 wurden von Innenminister Thomas Strobl die Stadionallianzen ins Leben gerufen, bei denen alle relevanten Akteure vor Ort intensiv und institutionalisiert miteinander zusammenarbeiten. Die Tendenz nach den zwei Jahren ist klar: Mit den Stadionallianzen wird die Zusammenarbeit vor Ort verbessert, und sie sind ein wirksames Instrument. Es ist auch richtig, dass wir die Zahl der Einsatzstunden der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach Möglichkeit verringern, denn sie wie auch die Rettungsdienste leisten wirklich hervorragende Arbeit, und dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Kollege Stickelberger, Sie führten es aus: Der Anstieg der Zahl der Verletzten ist wirklich bedenklich. Den müssen wir im Blick behalten, aber auch – was erfreulich ist – die Statistik der verletzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Während wir in der Saison 2016/2017 noch 29 verletzte Be-

amtinnen und Beamte hatten, hatten wir jetzt in der Saison nur noch elf Verletzte.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: „Nur“!)

Also hier bewegt sich etwas in die richtige Richtung. Ich gehe davon aus – wie Sie auch –, dass trotz der guten Zusammenarbeit mit den Stadionallianzen die Zahl der Einsatzstunden der Polizei im kommenden Jahr durch die Ligenkonstellationen wieder etwas ansteigen wird.

Das Bundesverwaltungsgericht – Sie sprachen es an – hat jetzt entschieden, dass für Polizeieinsätze grundsätzlich eine Gebühr erhoben werden kann. Sie, die SPD-Fraktion, haben ein solches Vorgehen hier auch schon einmal vorgeschlagen. Allerdings fand ich das schon sehr interessant, da Ihr parlamentarischer Geschäftsführer das damals als Innenminister noch abgelehnt hat.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir sind alle lernfähig!)

Ich zitiere aus einer Pressemitteilung vom 22. Juli 2015:

Innenminister Reinhold Gall sieht den Vorschlag des Rechnungshofs, den Veranstaltern von Fußballspielen Gebühren für Polizeieinsätze aufzuerlegen, nicht als sachgerecht an. „Denn die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, die Vorbeugung von Straftaten und die Strafverfolgung sind eine Kernaufgabe des Staates“ ...

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf: Aha!)

So der damalige Innenminister Reinhold Gall. Eigentlich ist dem nichts hinzuzufügen.

(Zuruf: Genau!)

Ich denke aber, dass eine Gebühr aus mehreren Gründen nicht sinnvoll ist. Wenn überhaupt, dann sollten wir eine bundesweite Regelung haben. Sie würde auch vor allem die Vereine der Dritten Liga und der Regionalliga erheblich belasten.

(Zuruf: So ist es!)

Und dann: Warum nur Fußballspiele und nicht andere Veranstaltungen? Also treffen wir auch die anderen Vereine, Narrengruppen, und stellen diese vor große Schwierigkeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Realistisch gesehen hätten wir dann ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Verwaltungsgerichte. Wir würden nämlich nach jedem Kostenbescheid vor dem Verwaltungsgericht diskutieren: Benötigten wir diesen einen Polizeibeamten, oder hätten wir ihn nicht benötigt?

Bei dieser Gelegenheit sei hier auch erwähnt, dass die Profiklubs im letzten Jahr rund 1,3 Milliarden € an Steuern und Abgaben entrichtet haben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das tun andere auch!)

Das ist nicht nichts. Deshalb sehen wir weit bessere Potenziale zur Verbesserung der Situation bei Fußballspielen in den

(Siegfried Lorek)

Kooperationen vor Ort, mit den Vereinen, mit dem DFB, der DFL und der Fanszene. So erreichen wir mehr Menschen.

Klar ist auch: Was die unbelehrbaren Chaoten betrifft – die es auch gibt –, sind da meines Erachtens auch die Vereine und die DFL in der Pflicht. Straftäter müssen konsequent mit Stadionverboten belegt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht Herr Abg. Rottmann für die AfD.

(Zuruf von den Grünen: Rechtsaußen!)

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kollegen! Fußball ist ein Sport, der in Deutschland seit hundert Jahren leidenschaftlich betrieben wird. Probleme mit Ausschreitungen im Zusammenhang mit Pyrotechnik erleben wir in den Stadien seit den Achtzigerjahren. Dabei kann leider nie ganz ausgeschlossen werden, dass eine Situation außer Kontrolle gerät und Menschen hierdurch zu Schaden kommen.

Wir reden bei Pyrotechnik von grellem Lichtschein und von intensiver Rauchentwicklung – bei der sogar der Stuttgarter Feinstaub vor Neid erblassen würde. Aber das Thema ist ernst. Es geht um Temperaturen von teilweise 1 600 bis 2 500 Grad Celsius, bei denen kein Mensch in unmittelbarer Nähe sein möchte. Spätestens dann, wenn auch noch eine Massenpanik hinzukommt, haben wir es nicht mehr mit Fankultur oder mit Unterhaltung zu tun.

Nicht umsonst gibt es im Bereich Pyrotechnik klare gesetzliche Bestimmungen. Hier nicht zu reagieren ist im wahrsten Sinn des Wortes ein Spiel mit dem Feuer.

Es wird also nach Verantwortlichen gesucht, und es wird nach Lösungen gesucht. Vor zwei Jahren gab es ein öffentliches Sicherheitsgespräch im Landtag mit Vertretern von Verbänden, Vereinen sowie Polizei und Staatsanwaltschaft. Dem Innenminister war das Thema so „wichtig“, dass er fast drei Viertel der Zeit nicht anwesend war und nahezu alle Beiträge der Fanverbände verpasst hat. Interessant: In Unkenntnis des Gesprächsverlaufs hat er das Gesprächsklima gelobt und die Offenheit gegenüber den Fanverbänden betont – die Fanverbände selbst und auch einige weitere Teilnehmer haben das nach meiner Wahrnehmung etwas anders erlebt; ich habe damals bereits darauf hingewiesen.

Herr Innenminister, ich hoffe, dass Sie an diesem Punkt inzwischen Ihre Hausaufgaben gemacht haben, und bin gespannt auf Ihren folgenden Bericht.

Was uns bei der gesamten Debatte am wichtigsten ist: Wir wollen den Schutz der Zuschauer, der Spieler, der Helfer – aller Beteiligten. Auch wenn Fußball als Spiel mit starken Emotionen verbunden ist, will sich niemand einer Gefahr aussetzen, und es soll sich auch niemand einer Gefahr aussetzen müssen. Hier sind die Vereine als Ausrichter und Veranstalter der Spiele in einer besonderen Verantwortung.

Für die Kontrolle von Spielstätten ist nicht in erster Linie der Staat verantwortlich. Wir müssen uns schon bewusst machen,

dass manche von denen, die im Stadion sind, manche Verursacher, die Gefährdung Dritter billigend in Kauf nehmen, gerade auch durch den Einsatz von Pyrotechnik. Dem Ausagieren von Aggressionen, die letztendlich nichts mit Fußball zu tun haben, darf in Fußballstadien kein Raum gegeben werden.

Zweitens: die Fans. Wir haben großes Verständnis für die Fans, für deren Traditionen und Emotionen. Davon lebt Fußball. An manchen Stellen kommt die Fanszene tatsächlich zu wenig zu Wort. Das Zünden von Bengalos allerdings drückt möglicherweise Protest gegen eine Durchkommerzialisierung des Sports aus und wendet sich gegen Funktionäre oder Finanziers, aber damit wird eine Grenze überschritten. Und wo ist die Grenze des zivilen Ungehorsams, des Protests? Wo ist eine solche Grenze vielleicht überschritten, und es zeigt sich kriminelle Energie? Mein Appell: Nehmen Sie die Fans mit ins Boot. Andernfalls ist alles, was Sie an Absichten vorgeben, Makulatur.

Wer aber bengalisches Feuer anzündet und die Gefährdung Unbeteiligter, insbesondere von Kindern, in Kauf nimmt, der muss zur Verantwortung gezogen werden. Mein Appell an die Fanverbände ist daher: Positionieren Sie sich ganz klar: Keine Gewalt!

Drittens: die Situation außerhalb des Stadions. Eine hohe Belastung kommt nach wie vor auf unsere Polizei zu, und die Polizei ist mit entsprechender – auch personeller – Ausstattung ihren Aufgaben immer voll gewachsen. Aber aufgrund von Überstunden geht die Polizei an vielen Stellen personell auf dem Zahnfleisch und muss dann noch als Prügelknabe gehalten, geht auch nur das Geringste schief. Wir dürfen die Polizei nicht im Regen stehen lassen. Sie braucht unsere Unterstützung, und sie braucht die erforderliche Ausstattung.

Wir alle brauchen bei diesen Themen einen Zusammenhalt und müssen lösungsorientiert an die Sache herangehen. Es wird offenbar nicht möglich sein, überall zu verhindern, dass Pyrotechnik ins Stadion eingeschleust wird. Deshalb muss man schauen, wie man mit der Sache umgeht. Das erfordert auch, über schärfere Maßnahmen nachzudenken. Zuschauer-ausschlüsse seitens der Verbände sind ein wirksames Mittel. Manchmal müsste es vielleicht häufiger zum Einsatz kommen, und auch die Zeiträume müssten vielleicht länger gefasst werden und vielleicht deutschlandweit für die Stadien gelten.

Insbesondere bei Hochrisikospielen ist die Politik gefordert. Es wäre denkbar, die Vereine in einem gewissen Rahmen, zumindest in den finanzkräftigen Ligen, an den Kosten zu beteiligen, vielleicht mit einem niedrigen Prozentsatz, der sich an den jeweiligen Etats der Vereine orientiert.

Ich komme zum Schluss: Wir alle wollen Traditionen und Rituale im Sport bewahren. Aber wir wollen nicht, dass jemand zu Schaden kommt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Möchten Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zulassen?

(Abg. Daniel Rottmann AfD geht an seinen Platz.)

Dann hat Herr Abg. Professor Dr. Goll das Wort für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor nunmehr ziemlich vielen Jahren war ich mit meinem Bruder, einem großen KSC-Fan, im Wildparkstadion. Der KSC hatte wieder einmal schlecht gespielt, das Wetter war auch schlecht. Ein paar Minuten vor Spielende sind wir aus dem Wildparkstadion hinausgegangen und waren ein paar Hundert Meter entfernt, da ging auf einmal ein Jubel durch das KSC-Stadion. Daraufhin habe ich meinen Bruder gefragt: Was ist denn jetzt los? Dann hat der ganz trocken gesagt: Der VfB hat verloren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da wurden die Ergebnisse durchgesagt. Ich weiß noch, wie ich damals gesagt habe: So bescheuert muss man sein, dass man sich daran freut.

Die VfB-Fans waren zu dieser Zeit noch normal. Das muss man ihnen lassen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Die haben das gelassen zur Kenntnis genommen.

Ich erinnere auch daran – man muss sich das vorstellen –: MV, Mayer-Vorfelder, hat regelmäßig den Landtag zum Lokalderby eingeladen; einmal nach Karlsruhe, einmal nach Stuttgart. Das würde sich heute gar niemand mehr trauen. Ich z. B. zahle unserem Nachwuchs keine Karten mehr für Hochrisikospiele, denn ich möchte, dass sie mit heilem Gebiss wieder heimkommen. Jedenfalls habe ich da kein gutes Gefühl. Die Dinge haben sich also gewaltig verändert – leider –, und natürlich sind wir alle gefordert, nachzudenken, wie man das entschärfen kann.

Ich habe mich übrigens auch schon lange darüber amüsiert, Frau Kollegin Häffner, dass sich noch niemand größer darüber ausgelassen hat, wie die Hymnen sich tatsächlich ähneln. Die sind über mehrere Takte tatsächlich gleich.

Wir sollten also alles tun, um diese Spannungen nicht auch noch zu kultivieren, sondern sie möglichst abzubauen.

Jetzt stehen wir vor neuen Herausforderungen. Sie sind genannt worden. Es ist auch schon viel Richtiges gesagt worden, was ich an der Stelle nicht wiederholen möchte.

Ich fürchte auch, dass die günstigen Verhältnisse der letzten Jahre eher der Ligasituation geschuldet sind und dass die Stadionallianzen ihre Belastungsprobe – um es mal so auszudrücken – noch vor sich haben, gerade in der kommenden Saison, in der wir wirklich kritische Situationen bekommen werden.

Bei alledem tun einem die Fans leid – auf die komme ich gleich noch einmal zu sprechen –, die damit gar nichts zu tun haben wollen, die das als friedlichen Sport betrachten, im Stadion ihre Ruhe haben wollen, die nicht mit Bier überschüttet werden wollen oder Sonstiges. Das haben wir ja alles schon erlebt. Übrigens bin ich auch mal in Dortmund mit Bier überschüttet worden. Das sind hässliche Sachen, die kein Mensch braucht. Wie gesagt, die Fans tun einem leid; ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Bei allem bleibt aber unser Ansatz: Sicherheit bei gesellschaftlichen Ereignissen aller Art – dazu gehören auch Sportereignisse – zu gewährleisten ist Aufgabe des Staates und der Polizei.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Staat und Polizei werden durch Steuern finanziert. Steuern sind, wie man sagt, per definitionem das allgemeine Entgelt für die Tätigkeit des Staates.

Man kann natürlich die Veranstalter auf vielfältige Weise zur Gewährleistung der Sicherheit heranziehen. Das geschieht auch durch eine Vielzahl von Auflagen. Das ist richtig. Es ist nicht nur Aufgabe des Staates und der Polizei, sondern auch der Veranstalter, die zur Verantwortung gezogen werden müssen. Aber wir bleiben dabei: Wir wollen den Veranstaltern keine Rechnungen für die Polizeieinsätze schreiben,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

weil damit eine Tür aufgemacht würde, die wir nicht aufmachen wollen. Denn es wird nicht bei der Diskussion über Fußballvereine bleiben. Das muss jedem klar sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Um uns klar zu positionieren: Wir wollen diese Tür nicht öffnen.

Jetzt komme ich noch einmal zu den Fans. Wenn wir von den Vereinen tatsächlich Gebühren kassieren würden, was würden denn die Vereine in diesem Spiel, in dem sie ja auch drinstehen, machen und, ehrlich gesagt, auch machen müssen? Sie würden natürlich versuchen, die Kosten auf die Eintrittspreise abzuwälzen. Das ist doch ein ganz klarer Fall. Und dann bezahlen genau die Fans, die mit dem Krawall nichts zu tun haben wollen, die Polizeieinsätze. Auch deswegen scheint uns diese Maßnahme nicht überzeugend zu sein.

Wir raten stattdessen dringend, sich auf die sorgfältige Vorbereitung zu konzentrieren. Nach meiner Meinung müsste es möglich sein, mit entsprechend präserter Polizei, mit Vereinen, die eine tatsächliche Kontrolle vornehmen – es gibt eine gewaltige Bandbreite, was die Kontrollen angeht – – Die Zuschauer müssen eben in Kauf nehmen, dass sie zwischendurch einmal in einer Schlange stehen und auf eine Art durchsucht werden, die nicht immer angenehm ist. Aber es geht nicht anders. Doch ich meine, in der Summe der Maßnahmen müsste es möglich sein, mit diesen Herausforderungen durch die kommende Situation in der zweiten Liga fertig zu werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat Herr Innenminister Thomas Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin Kurtz, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich zwei Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Stickelberger machen. Erstens haben Sie, Herr Kollege Stickelberger, sinngemäß gesagt: „Sie dürfen sich nicht vor der Debatte drücken, wenn es um das Kassieren von Gebühren geht.“ Ich möchte Ihnen sagen: Ich drücke mich nicht vor dieser Debatte. Allerdings bin ich anderer Auffassung als Sie, und Kollege Goll – er hat es eben ausgeführt – ist auch anderer Auffassung als Sie.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Schon zwei!)

Darüber können wir gern eine Diskussion – – Ich kann Ihnen einen Dritten nennen, der beim Kassieren von Gebühren anderer Auffassung ist. Das ist der Innenminister des Landes Niedersachsen und Koordinator der SPD-geführten Länder im Bund in der Innenpolitik, der Kollege Boris Pistorius. Das wäre nach mir und dem Kollegen Goll der Dritte im Bunde. Vielleicht sprechen Sie einmal mit dem SPD-Kollegen in Niedersachsen, der dezidiert und klar – vielleicht sogar noch ein bisschen klarer als der Kollege Goll – gegen das Kassieren von Gebühren ist.

Drei Gründe möchte ich Ihnen nur nennen. Erstens – da schließe ich mich Herrn Abg. Goll an –: Gefahrenabwehr und repressive Straftatenaufklärung sind Aufgaben der Polizei und von niemand anderem.

Zweitens: Durch das Kassieren von Gebühren beseitigen Sie die Ursachen nicht. Weder gibt es dann weniger Gewalt in Stadien, noch senken Sie die Zahl der Einsatzstunden der Polizei. Und wir wollen die Ursachen beseitigen und nicht bei den Vereinen kassieren.

Der dritte Punkt: Wenn Sie das Modell nehmen, das in Bremen entwickelt worden ist – einen Fonds zu bilden –, erreichen Sie eher eine kontraproduktive Entwicklung, weil Sie diejenigen Vereine, bei denen große Polizeieinsätze notwendig sind, dann im Grunde durch mehr Geld belobigen als diejenigen Vereine, die Beiträge dazu leisten, dass Polizeieinsätze eher in niedrigem Umfang gefahren werden können.

Es gibt noch weitere Gründe. Ich werde darauf zu sprechen kommen, warum wir unterschiedlicher Auffassung sind.

Ich möchte Ihnen damit nur sagen: Ich drücke mich nicht vor der Debatte. Aber eine andere Meinung habe ich aus den genannten und aus weiteren Gründen schon. Dazu später noch mehr.

Zweitens haben Sie sinngemäß gesagt: „Herr Innenminister, Sie dürfen sich nicht auf den Stadionallianzen ausruhen.“ Davon bin ich Lichtjahre weit entfernt. Indessen ist aber auch richtig, dass wir mit den Stadionallianzen auf einem bundesweit einmaligen und nach meiner Auffassung auch richtigen und guten Weg sind. Ich ruhe mich überhaupt nicht aus, weil ich weiß, dass wir auch in Zukunft große Herausforderungen zu bewältigen haben. Darauf werde ich zu sprechen kommen.

Des Weiteren sind mir die dicken Rauchwolken über der Mercedes-Benz Arena im April 2017 beim Spiel des VfB Stuttgart gegen den Karlsruher SC, verursacht durch das Abbrennen von Pyrotechnik, natürlich noch in sehr, sehr guter Erin-

nerung. Bei diesem Spiel konnten im Übrigen weder durch die Verstärkung des Ordnungsdienstes noch durch eine Intensivierung der Durchsuchungsmaßnahmen das Einbringen und Abbrennen von Pyrotechnik im Stadion verhindert werden.

Ganz offen gesprochen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das Einbringen von Pyrotechnik in Stadien ist ein bundesweit bislang noch nicht gelöstes Problem. Insbesondere bei den Einlasskontrollen haben wir einfach noch Probleme und nicht die entsprechenden Lösungen. Der zuständige Ordnungsdienst darf beispielsweise nur eine oberflächliche Absuche an Personen durchführen und keinesfalls Durchsuchungen vornehmen. Auch die Polizei darf einzelne Personen nur bei ganz konkreten Anhaltspunkten durchsuchen. Das macht der Polizei, das macht dem Ordnungsdienst die Arbeit außerordentlich schwer, um nicht zu sagen: in Wahrheit ein Stück weit unmöglich.

Deswegen fordert das Innenministerium seit vielen Jahren von den Veranstaltern, die Situation bei den Einlasskontrollen besser zu lösen. Heute sind wir einen Schritt weiter, auch weil wir durch die Zusammenarbeit mit den Vereinen wissen, dass die Veranstalter überhaupt nicht in der Lage sind, diese unbefriedigende Situation allein zu lösen.

Daher haben wir im Anschluss an die Saison 2016/2017 einen anderen Weg eingeschlagen. Herr Kollege Stickelberger, lassen Sie es mich so sagen: Wir klagen nicht, sondern wir handeln ganz konkret. Ein Weg ohne einseitige Forderungen an Vereine und Verbände, ein gemeinsamer, ein partnerschaftlicher Weg des Zusammenwirkens, frei von gegenseitigen Schuldzuweisungen – dieser Weg ist bundesweit einmalig, und dieser Weg hat einen Namen: Das sind die Stadionallianzen, die es in Baden-Württemberg gibt. Auf der Grundlage von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen haben wir vereinbart, intensiver mit allen Beteiligten zusammenzuarbeiten und alternative, lokale Lösungsansätze zu erarbeiten. Das geschieht; das machen wir.

Ich darf zum wiederholten Mal feststellen, dass diese Zusammenarbeit nunmehr auch im zweiten Jahr erfolgversprechende Früchte trägt. Dazu nur wenige Fakten: Bereits im ersten Jahr gab es einen Rückgang der Zahlen von Verletzten und Straftaten sowie eine deutliche Reduzierung der polizeilichen Einsatzbelastung um immerhin ca. 30 000 Stunden. Auch im zweiten Jahr kann ich eine weitere Reduktion der Einsatzstunden der Polizei und einen deutlichen Rückgang bei den Strafanzeigen vermelden. Ich verzichte aus Zeitgründen darauf, Ihnen das im Einzelnen zu berichten, aber weil Sie, Frau Kollegin Häffner, das angesprochen haben, nenne ich Ihnen im Innenausschuss gern detailliert die Zahlenkolonnen. Ich mache es auch gern hier im Plenum, wenn Sie das wünschen. Das sind überzeugende Rückgänge.

Nicht erfreulich – da stimme ich Ihnen zu – ist die gestiegene Anzahl von verletzten Personen in dieser Saison, aber Fakt ist auch, dass die Verletztenzahlen vergleichsweise immer noch gering sind. Bei einem Durchschnitt von 17 500 Zuschauern pro Spiel in den ersten drei Ligen haben wir rechnerisch 0,7 verletzte Personen pro Spiel zu beklagen. Mit Verlaub, um es einmal plastisch zu sagen: Für einen Besucher eines Fußballspiels in Baden-Württemberg ist das Risiko, bei der Anfahrt zum Fußballspiel zu verunglücken, größer als das Risiko, dass ihm vor oder in dem Stadion etwas passiert, und

(Minister Thomas Strobl)

zwar um ein Vielfaches. Das lässt sich im Übrigen statistisch klar nachweisen.

Ich will damit nur sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir sollten uns nicht auf irgendetwas ausruhen – da bin ich mit Ihnen einmal total einig –, wir sollten aber auch die Lage nicht unnötig dramatisieren, sondern die Dinge immer in der richtigen Relation sehen.

Ein anderes Beispiel möchte ich Ihnen nennen, wiederum faktenbasiert: Beim diesjährigen Stuttgarter Frühlingsfest, dessen Verlauf von der Polizei und auch von Veranstalterseite als ruhig bezeichnet wurde, sind in drei Wochen mehr Strafanzeigen erstattet worden als in der gesamten vergangenen Fußballsaison in ganz Baden-Württemberg.

Klar ist: Spiele, bei denen es zu Ausschreitungen kommt, sind bedauerlich, sind beklagenswert. Da arbeiten wir auch daran, dass es besser wird. Aber es ist überhaupt nicht die Regel, dass das in Baden-Württemberg passiert.

Wir werden daher unseren erfolgreich angestoßenen Weg der Stadionallianzen auch zukünftig konsequent weiterverfolgen und auf die gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Sicherheitsakteuren setzen. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für weniger Gewalt in und um Fußballstadien und eine Voraussetzung dafür, dass wir die Zahl der Einsatzstunden zurückfahren.

Noch einmal, Herr Kollege Stickelberger: Es trägt weder zur Gewaltminimierung noch zur Reduzierung des Polizeieinsatzes bei, wenn wir nun die Vereine zur Kasse bitten.

(Zuruf: Sehr gut!)

Gestatten Sie mir abschließend noch einen Ausblick auf die kommende Fußballsaison. Das ist ja auch angeklungen. Durch die Ligenkonstellation, die wir in der anstehenden Saison vorfinden, werden auch unsere Stadionallianzen erneut auf eine harte Probe gestellt. Wieder treffen der VfB Stuttgart, der Karlsruher SC und Dynamo Dresden in der Zweiten Bundesliga aufeinander und anderes mehr. Das ist eine echte Herausforderung. Und Sie haben ganz recht: Wir werden wieder richtig unter Stress kommen. Da gibt es überhaupt keinen Widerspruch. Auch der Aufstieg des SV Waldhof Mannheim in die Dritte Liga und die Zusammensetzung der Oberliga Baden-Württemberg mit Traditionsvereinen wie den Stuttgarter Kickers, dem VfB Stuttgart II und dem SSV Reutlingen werden zu einer Erhöhung der Belastung bei allen Beteiligten führen.

Unsere Sicherheitspartner werden also beweisen müssen – ich hoffe und bin auch guter Dinge, dass sie es beweisen können –, dass die lokalen Allianzen stabil und auch stressresistent sind. Ich räume Ihnen aber ein: Das ist eine Herausforderung. Ich will auch hier ganz klar und deutlich sagen: Ja, es kann auf diesem erfolgreichen baden-württembergischen Weg auch einmal einen Rückschlag geben, und dann wird sehr schnell die Frage kommen: Warum war bei diesem Spiel so wenig Polizei gewesen? Ich möchte Ihnen klar sagen: Genau das ist unser Weg, dass wir dort die Polizeieinsatzstunden herunterfahren, weil ich die Polizei nötiger an anderer Stelle brauchen kann. Das ist der Weg der Stadionallianzen: weniger Polizei bei maximaler Sicherheit und weniger Gewalt. Ich räume ein: Auch auf diesem Weg kann es mal einen Rückschlag geben. Dann mögen Sie darüber richten.

Ich sage Ihnen aber: Mein Respekt und mein Dank gelten der Polizei und den Sicherheitspartnern. Ich habe mir bei Spielen sozusagen backstage, hinter den Kulissen, auch angeschaut, wie die Sicherheitspartnerschaft gelebt wird, und ich war vor allem von einem beeindruckt, nämlich davon, mit welcher Motivation, mit welcher Einsatzbereitschaft, ja, mit welcher Leidenschaft und mit welcher Professionalität die baden-württembergische Landespolizei und die beteiligten Sicherheitsakteure von den Vereinen, den Kommunen und dergleichen die Sicherheitspartnerschaft aus Überzeugung gelebt haben. Ihnen allen sage ich Dank und Respekt für ihre Arbeit.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

– Ich freue mich über den fraktionsübergreifenden Applaus für die Sicherheitsakteure, aber ich möchte Sie, meine Damen und Herren, bitten, es nicht beim Applaus zu belassen, sondern die Sicherheitsakteure und unsere Stadionallianzen, unseren Baden-Württemberg-Weg auch in Zukunft zu unterstützen.

Es ist meine ganze Überzeugung, dass wir nur zusammen die Problemstellungen, die wir an den jeweiligen Standorten vorgefunden haben, lösen und dass wir das hohe Sicherheitsniveau, das wir in Baden-Württemberg haben, auch unter jetzt vermeintlich kommenden schwierigeren Bedingungen gewährleisten können, wenn wir es gemeinsam machen, wenn wir den erfolgreichen Weg der Stadionallianzen mutig weitergehen. Maximale Sicherheit bei weniger Polizeieinsatzstunden, das ist unser Weg der Stadionallianzen, das ist unser Baden-Württemberg-Weg. Ich bitte Sie auch in Zukunft um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Stickelberger, SPD-Fraktion, vor. – Bitte, Sie haben das Wort.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sicherheit ist auch unser Ziel, und der Polizei und allen Ordnungskräften, die an dieser Sicherheit arbeiten, gilt unser ganzes Vertrauen. Da sind wir uns sicherlich einig.

Die Stadionallianzen – Sie haben es beschrieben – will ich Ihnen ja nicht ausreden. Aber es wird halt nicht reichen. Es ist vielleicht ein Baustein einer Sicherheitskonzeption, so wie auch unser Vorschlag der Kostenabwälzung nur ein Baustein und kein Allheilmittel sein kann. Auch darin sind wir uns sicherlich einig.

Uns geht es bei unserem Vorschlag darum, die Vereine so weit zu bringen, dass sie schwarze Schafe in ihren Reihen selbst eliminieren. Das ist das Ziel unseres Gesetzentwurfs gewesen, und das ist auch das Ziel der Bemühungen, die jetzt anstehen, wenn es um die Kosten geht.

Wir wollen nicht Kosten auf Teufel komm raus vermeiden, sondern wir wollen die Gewalt reduzieren, und dazu sind die Vereine aufgerufen, und dazu muss man sie auch ein Stück weit drängen. Gespräche und runde Tische sind gut. Die Beteiligten der Stadionallianzen haben sicherlich auch viele

(Rainer Stickelberger)

Ideen und Vorschläge eingebracht, die umgesetzt werden. Aber das wird nicht reichen.

Was das Thema angeht, haben Frau Häffner oder Herr Lorek die Einschätzung Ihres Vorgängers beschrieben. Mittlerweile haben wir eine andere Situation. Damals war das Gesetz in Bremen im Status Nascendi. Die erste Entscheidung damals wurde aufgehoben, weil der Bescheid – nicht dem Grunde, sondern der Höhe nach – rechtswidrig war. Mittlerweile haben wir eine höchstrichterliche Entscheidung, die da grünes Licht gibt.

Zum Hinweis auf andere Veranstaltungen: Na ja, ich kenne jetzt keine anderen Hochrisikoveranstaltungen, von denen man von vornherein weiß, wie organisiert durch bestimmte Personengruppen im Vorfeld Gewalt propagiert und dann auch angewandt wird. Insofern ist der Vergleich mit den Wasen und anderen Veranstaltungen wie Popkonzerten immer etwas daneben.

Entschuldigen Sie, aber was Ihren Vergleich mit der Gefahr bei der Zufahrt zum Stadion und die Verletzungsgefahr bei Ausschreitungen angeht, fand ich das schon etwas schräg. Selbst die Fahrt zum Landtag ist gefährlich, oder – wie es schlaue Leute schon festgestellt haben – das Leben an sich ist gefährlich.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Was wir wollen, ist mehr Sicherheit. Mir geht es dabei auch gar nicht so sehr um die Auseinandersetzung zwischen KSC und VfB. Als Anhänger des Sportclubs Freiburg bin ich da natürlich in einer eher neutralen Position.

Auch ich bin, Frau Häffner, ein großer Anhänger des Frauenfußballs. Ich habe bisher jedes Spiel gesehen und bin immer begeisterter. Ob hier allerdings eine gemeinsame Hymne Abhilfe und Befriedung schaffen kann, da habe ich doch meine Zweifel. Ich muss sagen: Die Badener sind da sehr viel weiter, denn die singen ihre Hymne beim Fußballspiel – manchmal zu Beginn, in jedem Fall am Schluss. Aus den Fußballstadien im württembergischen Landesteil ist mir Derartiges nicht bekannt. Also, da kann man auch noch aufeinander zugehen. Vielleicht nehmen Sie sich ein Beispiel an Freiburg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Klein von der CDU vor. – Bitte schön.

Abg. Karl Klein CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stadionallianz ist auf dem richtigen Weg, ist eine Erfolgsgeschichte. Daran sollten wir weiterarbeiten. Ob es ausreicht, werden wir sehen. Aber ich glaube, da wird durch die Polizei und das Ministerium eine gute Arbeit geleistet.

Als Vorsitzender des Innenausschusses möchte ich aber – daran liegt mir viel – noch kurz zu Ihrem Einwand, Herr Rottmann, Stellung beziehen. Der Herr Minister hat nicht aus Interesselosigkeit in der damaligen Anhörung gefehlt. Vielmehr ist es so: Der Herr Minister nimmt seine Aufgaben im Innenausschuss wie auch bei den Anhörungen sehr zuverlässig und

pflichtbewusst wahr. Er fehlt nur in sehr wenigen begründeten Ausnahmefällen, und zwar in den Fällen, in denen er Ministerpräsident Kretschmann vertreten muss, oder wenn Innenministerkonferenzen anstehen. Dafür bin ich als Vorsitzender ihm dankbar. Wir möchten ihm dafür danken, und ich möchte diesem Eindruck, der hier eventuell entstanden ist, ausdrücklich entgegenreten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Klaus Burger CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Dann habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Es ist interessant: Der Minister braucht offensichtlich einen Anwalt aus den Reihen seiner Partei und kann das nicht selbst leisten.

Die SPD ist tagesaktuell wie eh und je. Da diskutieren wir Mitte 2019 über ein Spiel im April 2017. Warum wir diese Diskussion nach TOP 2 der 52. Sitzung überhaupt führen, ist für mich fraglich, zumal, wenn es so weitergeht, der halbe KSC ohnehin beim VfB spielt

(Heiterkeit des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

und dieser nicht mehr gegen den KSC, sondern gegen die Stuttgarter Kickers spielt.

Rivalitäten gibt es halt überall, und sei es zwischen dem TSV Birkach und dem KV Plieningen. Frau Petra Häffner hatte damals recht, liebe SPD, als sie zu Ihrem Gesetzentwurf sagte: Sie stellen dadurch alle Fans unter Generalverdacht.

Die Ordner und Polizisten, aber auch der Stadionsprecher sowie der Schiedsrichter, sie alle haben damals einen hervorragenden Job gemacht. Was erwarten Sie denn, liebe SPD? Eine ausführliche Durchsuchung inklusive Entkleidung? Und wie soll es bei Spielen in niedrigen Ligen gehandhabt werden, wo es – wohl kulturbedingt – immer häufiger zu heftigen Konfrontationen kommt? Mit Bierbechern wurde auf VfB-Fans geworfen. Wie wollen Sie so etwas verhindern? Keine Getränke mehr ausschenken?

Alle Sicherheitspartner haben sich an die hohen Auflagen gehalten. Was Sie, liebe SPD, aufs Neue planen, ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der Bürger in unserem Land.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist kein Grundrecht!)

Herr Innenminister Strobl, ich glaube, für Ihr neues Polizeigesetz haben Sie in der SPD-Fraktion einen zukünftigen Verbündeten gefunden.

Auch die Überlegungen, Kosten zu übertragen, stellen letztlich das Gewaltmonopol des Staates mittelbar infrage; dies wäre zutiefst ungerecht. Dazu hat Herr Goll ja schon ausführlich Stellung genommen.

Statt mit Verboten könnte man es natürlich auch liberal lösen. Ich denke z. B. an das kontrollierte Abbrennen von Feuerwerk. Aber das verursacht ja Feinstaub und CO₂ und schädigt unser Klima.

(Dr. Heinrich Fiechter)

Die Ausschreitungen Stuttgarter Fans in Berlin, aber auch die Schlägerei auf dem Cannstatter Marktplatz haben klar gezeigt, dass Hooligans keine Stadien benötigen. Für sie steht die Gewalt im Mittelpunkt, nicht der Fußball. Wir haben also die Wahl: Wollen wir potenzielle Gefährder in einem Umfeld, das wir genau beobachten und kontrollieren können, oder wollen wir unkontrollierte Ausschreitungen in unseren Innenstädten haben, wie es in England, dem Ursprungsland der Hooligans, der Fall ist?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Bei dem Antrag Drucksache 16/1992 handelt es sich um einen reinen Berichtsantrag. Er ist mit der Aussprache erledigt. – Sie sind damit einverstanden.

Wir können Tagesordnungspunkt 7 abschließen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Verwendung regionaler bzw. ökologischer Rohstoffe in Landeskantinen und Modellvorhaben „Große Küche – Gutes Essen“ – Drucksache 16/2116

Die Redezeiten wurden vom Präsidium so festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Für die Grünen beginnt Herr Abg. Grath.

Abg. Martin Grath GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Große Küche – Gutes Essen“: Wir sprechen heute darüber, wie wir das Essen in unseren Landeskantinen mit ökologischen und regionalen Rohstoffen zubereiten und verbessern können. Ich danke dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die gute und ausführliche Beantwortung des von der Fraktion GRÜNE gestellten Antrags.

Das Thema „Mehr Bio und regionale Lebensmittel“ ist natürlich aktueller denn je. Laut Pressemeldung wünschte sich jüngst auch Bauernpräsident Rukwied, dass mehr Menschen zu Ökoprodukten greifen.

Außerdem nimmt die Bedeutung der Außer-Haus-Verpflegung immer mehr zu. Schon im Jahr 2016 gingen jede Bürgerin und jeder Bürger durchschnittlich mehr als 140 Mal außer Haus essen – Tendenz steigend. Dabei verändert sich die Gastronomie: Die Menschen legen immer mehr Wert auf Regionalität, Saisonalität und Nachhaltigkeit, und sie sind grundsätzlich bereit, für bessere Qualität auch einen angemessenen Preis zu bezahlen. Kantinen sind eben nicht mehr Orte des bloßen Abfüttens nach Schema F.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Des Grauens!)

Wir haben im grün-schwarzen Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir die landeseigene Gemeinschaftsverpflegung regionaler und ökologischer gestalten wollen. Dazu erhöht das Land in Schulen, Hochschulen, Landeskantinen sowie Kliniken und Heimen nach und nach den Anteil von regionalen und ökologischen Produkten. Das Land geht hier mit gutem Bei-

spiel voran. Das wird zu Recht von uns erwartet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde erkannt, dass im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung etwas geschehen muss. Daraufhin wurde im Jahr 2015 das Pilotprojekt „Große Küche – Gutes Essen“ gestartet. Hier wurden zehn Pilotbetriebe ausgewählt. Die zwei wichtigsten Anforderungen an die Pilotbetriebe waren die DGE-Zertifizierung – das heißt, dass bei der Lebensmittelherstellung die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erreicht werden müssen – und die Bio-Zertifizierung; denn der Anteil von ökologisch erzeugten Rohstoffen sollte mindestens 15 % betragen. Dabei sollten bevorzugt regional erzeugte Ökolebensmittel zum Einsatz kommen.

Die Erkenntnisse aus diesem Pilotprojekt zeigen Grundsätzliches auf. Sie zeigen, dass im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung ein großer Informations-, Beratungs- und Schulungsbedarf besteht. Dieser Bedarf wurde mit einem umfassenden, vom Land finanzierten Kantinen-Coaching-Projekt bedient.

Sie zeigen zudem auf, dass die regionale Biorohstoffbeschaffung eine Herausforderung darstellt. Bei der Rohstoffbeschaffung setze ich große Hoffnungen auf unsere neun Bio-Musterregionen; denn mit ihnen sollen neue Wertschöpfungs- und Rohstoffbeschaffungsnetzwerke aufgebaut werden.

Trotz der hohen Anforderungen und großen Bedenken haben die Modellprojekte aber etwas Wichtiges gezeigt, nämlich, dass der Einsatz von 15 % ökologischen Rohstoffen und die Durchführung der Bio-Zertifizierung sowie der DGE-Zertifizierung in kurzer Zeit umsetzbar waren.

Es wurde erkannt, dass die DGE- und Bio-Zertifizierungen Synergieeffekte beim Umstellungsprozess erzeugen. Ein Beispiel: Die Umsetzung des von der DGE vorgegebenen Qualitätsstandards führte zu einer Umstellung der Speisepläne, z. B. zu einer von der DGE empfohlenen Reduzierung von Fleisch- und Wurstwaren. Dies führte zu Kosteneinsparungen, die wiederum für ökologisch erzeugte Rohstoffe eingesetzt werden konnten.

Sie sehen: Grundsätzlich besteht also das Potenzial, den Einsatz von Biorohstoffen in der Gemeinschaftsverpflegung weiter zu erhöhen. Das Ziel von uns Grünen ist es, dass wir bis 2030 mindestens 30 % Bioanteil in den landeseigenen Kantinen erreichen. Da geben wir keine Ruhe. Dafür setzen wir uns weiter ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Eine interessante Erkenntnis war, dass die Herstellung von Speisen nach DGE-Standard sowie mit ökologischem Anteil quasi kostenneutral umgesetzt werden könnte. Konkret: In einer Schule ein Mittagessen nach DGE-Standard zuzubereiten bedeutet einen Kostenunterschied von unter 5 Cent – so eine Studie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, und die müssen es ja wissen.

Auch ein Bioanteil von 15 bis 20 % führt nur zu einer geringen Preissteigerung im einstelligen Centbereich pro Mahlzeit. Das heißt: Qualitativ hochwertiges Essen mit Bioanteil ist

(Martin Grath)

eben nicht erheblich teurer, wie oft behauptet wird. Ich glaube, das ist die wichtigste Erkenntnis, die wir aus diesen Pilotprojekten gewonnen haben, meine lieben Damen und Herren.

Die Modellkantinen sollen natürlich auch Vorbilder sein und zeigen, dass gutes und qualitativ hochwertiges Essen in engem Zusammenhang mit Landwirtschaft und Landnutzung steht und indirekt ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der biologischen Vielfalt ist. Übrigens: Dort sind die Modellprojekte auch angesiedelt – im Rahmen des Sonderprogramms zur Stärkung der biologischen Vielfalt.

Sowieso müssen wir beim Thema „Ernährung und/oder Außer-Haus-Verpflegung“ in größeren Zusammenhängen denken. Hierzu eine Erkenntnis der Delegationsreise nach Kopenhagen im Dezember letzten Jahres zu diesem Thema: Eine Untersuchung dort hat gezeigt, dass bei einem gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Verpflegungsangebot mit einem Bioanteil von 90 % – richtig gehört, ja: 90 %! –, welches übrigens mit dem gleichen Kosteneinsatz erreicht wurde, die Fehlzeiten durch Krankheiten nur noch bei etwa 2 % lagen gegenüber von vorher 9 % und höher. Gute Ernährung zahlt sich also aus. Hochwertiges, gutes Essen in Kantinen ist ein echter Wettbewerbsvorteil, gerade wenn es um die besten Fachkräfte geht. Liebe geht durch den Magen, auch bei Fachkräften, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD –
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bravo!)

Eine regional, saisonal und zugleich ökologisch ausgerichtete Essenszubereitung in der Außer-Haus-Verpflegung stärkt außerdem regionale Wertschöpfungsketten. Kurze Distanzen und Saisonalität bedeuten weniger Kosten- und Energieaufwand für Transport, Lagerung und Kühlung. Das ist Klimaschutz pur.

Apropos Klimaschutz: Klimaschutz aktiv anzugehen ist besonders effizient in Form der Reduzierung unserer maßlosen Lebensmittelverschwendung. Zur Erinnerung: Der CO₂-Fußabdruck von Lebensmitteln, die erzeugt, aber nicht konsumiert werden, wird auf weltweit jährlich 3,3 Gigatonnen CO₂ geschätzt. Damit ist die Lebensmittelverschwendung auf dem dritten Platz nach den USA und China als größte CO₂-Emittenten. Auch hier haben die Modellprojekte gezeigt, dass eine deutliche Reduzierung möglich ist. In einigen Modellkantinen wurde die Lebensmittelabfallmenge halbiert und richtig Geld gespart, welches – Sie erraten es – wieder in die Qualität der Speisen gesteckt wurde.

(Abg. Klaus Burger CDU: Backwaren!)

Ich glaube, es wird deutlich: Mehr Bio und Regio in der Außer-Haus-Verpflegung ist eine Win-win-win-Situation für Erzeuger, Verarbeiter und Verbraucher, sprich: Landwirtschaft, Gastronomie und Genussmenschen. Hier gibt es keine Verlierer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bravo!)

Der Schlüssel für hochwertige ökologische Nahrungsmittel liegt in der nachhaltigen Landnutzung. Unbestritten ist die ökologische Landwirtschaft hier vorn mit dabei. Ökologisch erzeugte Produkte haben viele positive Auswirkungen: unbe-

lastetes Trinkwasser, leckerer Geschmack – aber auch mehr Feldlerchen auf und mehr Regenwürmer in unseren Äckern; um nur einige zu nennen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dazu noch einmal eine kurze Erfolgsmeldung zum Thema „Ökologischer Landbau in Baden-Württemberg“: Mit einem Zuwachs von fast 20 % ist die ökologisch bewirtschaftete Fläche auf fast 200 000 ha angewachsen. Diese Koalition, meine Damen und Herren, macht den Ökolandbau zu einer Erfolgsgeschichte in Baden-Württemberg, und das ist richtig so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Laut den Bioverbänden – ich muss mich beeilen, sonst komme ich nicht mehr durch – ist die Außer-Haus-Verpflegung der Markt mit dem größten Potenzial. Zudem gibt es nach Verbändeinschätzung ein Potenzial von annähernd 15 % umstellungswilligen landwirtschaftlichen Betrieben, die bei sicheren Abnehmern, z. B. landeseigenen Kantinen, auf Öko umstellen würden. Lassen Sie uns diese Potenziale heben und die Erfolgsgeschichte weiterführen, meine Damen und Herren.

Zusammengefasst: Mehr Bio und Regional in der Außer-Haus-Verpflegung ist ohne große Probleme möglich. Das Land sollte weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen und die landeseigenen Kantinen und Mensen auf diesem nachhaltigen Weg begleiten und unterstützen.

Mit mehr Bio auf dem Acker und auf dem Teller tun wir viel Gutes: für unser Klima, für den Artenschutz und – davon bin ich überzeugt – auch für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg.

Jetzt ein letzter Appell.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die Regenwürmer, nicht wahr?

(Heiterkeit)

Abg. Martin Grath GRÜNE: Fragen Sie beim nächsten Essen in der Kantine nach Bio aus Baden-Württemberg.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt ist es gut.

Abg. Martin Grath GRÜNE: Denn Nachfrage schafft Angebot.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der CDU –
Beifall der Abg. Dr. Rainer Balzer AfD und Nico
Weinmann FDP/DVP – Bravo-Rufe von den Grünen
und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lieber Herr Abg. Grath, bevor Sie zu den Regenwürmern kamen, wollte ich eigentlich „Guten Appetit!“ sagen.

(Heiterkeit)

Okay. – Jetzt, lieber Herr Kollege Epple, sprechen Sie für die CDU-Fraktion.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zieht euch warm an!)

Abg. Konrad Epple CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein solches Bengalo-Feuerwerk wie der Kollege Grath – mit Lob und allem Möglichen – bringe ich jetzt nicht; aber ich wusste ja, dass er das bringt. Das Ministerium lobe ich im Voraus; nicht, dass ich es vergesse.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Meine Damen und Herren, Essen ist lebensnotwendig. Es treibt Körper und Geist an, hält Leib und Seele zusammen.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Doch in der Arbeitswelt ist das Essen mehr als nur Nahrungsaufnahme. Die Mittagspause bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und zu pflegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Jawohl! Sehr richtig!)

Auch das ist Motivation. Darüber hinaus bietet die Essenspause die Möglichkeit, Kraft und Energie zu tanken. Deshalb ist es wichtig, dass die Menschen ausreichend Zeit und Möglichkeit zum Essen haben.

Hier kommt dem Land als größtem Arbeitgeber besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Eigene Kantinen und Mensen sind ein wichtiger Mosaikstein für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der in Obhut Stehenden. Außerdem sind Kantinen wichtig für ein gutes Betriebsklima. Dabei spielt nicht nur eine Rolle, wann und wie gegessen wird, sondern auch,

(Zuruf von der CDU: Wo?)

was auf den Tisch kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Das Land muss hier mit gutem Beispiel vorangehen, denn in unseren Landeseinrichtungen haben wir es in der Hand, was auf den Tisch kommt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der Steuerzahler zahlt es ja!)

– Klar.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dazu komme ich noch. – 170 Betriebe der Außer-Haus-Verpflegung gibt es. Hier speisen täglich Tausende Menschen. Unser Anliegen ist deshalb, gutes, gesundes Essen anzubieten, damit die Verbraucher gern zum Essen kommen.

Regionale Produkte sind ein Schlüssel dazu. Die Transportwege sind kurz, die Wertschöpfung bleibt im Land. Beim Einkauf werden regionale Strukturen gestärkt: Unsere Erzeuger können ihre Produkte im Land verkaufen.

Mit unserer Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch konnte ich in meinem Wahlkreis eine Einrichtung besichtigen und konnte sehen: Wenn mit viel Engagement und Liebe die Umstellung und die Zubereitung gelingen und wenn auf regionale Produkte zurückgegriffen wird, ist es einfach eine Freude,

zu beobachten, wie gern die Kinder essen. So gern essen sie manchmal daheim nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dort handelte es sich nur um eine kleine Einrichtung. Ungleich größer dürfte der Aufwand in größeren Kantinen sein.

Ein gutes Beispiel ist die Kantine am Landgericht in Stuttgart. Dort wurde umgestellt, und es ist gelungen, eine Zertifizierung nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu erhalten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist ein privater Verein!)

Ganz wichtig: Man hat auf Bio umgestellt. Das wird von den Gästen honoriert, wie man in der Mittagszeit an den gut gefüllten Räumen sehen kann.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, wird allerdings auch die Schwierigkeit deutlich, denn regional heißt auch saisonal. – Bin ich jetzt durcheinandergekommen? – Wenn ein Nachfrager auf regionale Produkte setzt, dann kann er nur das kaufen, was gerade wächst. Da wird es schon schwierig, Lebensmittel in ausreichender Qualität und Menge zu bekommen. Dazu kommt auch, dass öffentliche Kantinen entsprechend den Bestimmungen des Haushalts verpflichtet sind, kostendeckend zu arbeiten. Das soll aber auch nicht heißen, dass die hungrigen Beschäftigten dann mehr bezahlen müssen. Hierfür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Hier danke ich auch unserem Minister Peter Hauk.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es gibt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner. Möchten Sie die beantworten?

Abg. Konrad Epple CDU: Gern.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt wird es kommunikativ!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Klasse, Herr Kollege. Danke. – Halten Sie es für fair, wenn man jetzt hier sozusagen durch Bioprodukte den Markt autark abschottet – das hatten wir ja schon – und dafür dann auf Produkte aus anderen Ländern global definitiv verzichtet, die unter Umständen gar nichts anderes als Agrarprodukte zum Anbieten haben, die dann auch in den Kantinen wohlschmeckend angeboten werden können?

(Unruhe)

Abg. Konrad Epple CDU: Herr Kollege, das, was schmeckt, und das, was hier gegessen wird, wird gekocht und kommt auf den Tisch,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

und da gibt es woanders keine Armut in dieser Sache.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zurufe: Sehr gut!)

(Konrad Epple)

Noch einmal zum Lob an den Minister: Er hat die vorhandenen Ansätze kontinuierlich weiterentwickelt, ausgebaut und das Bewusstsein für Bio und regionale Qualität gestärkt. Projekte wie die Optimierung der Verpflegungssituation in den Landeskantinen und Mensen oder die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung fördern das Bewusstsein für unsere regionalen Produkte und bringen Anbieter und Abnehmer zusammen. Das stärkt auch das Bewusstsein der Kunden, über diese Angebote kombiniert entsprechende Informationen privat für ihren Haushalt zu bekommen und mit der Maßnahme „Natürlich. VON DAHEIM“ vertraut zu werden.

Hier können die Verbraucher z. B. mit einer App – ich hoffe, dass das viele haben – ihren regionalen Anbieter finden, Produkte kaufen und heimische Produkte erwerben. So stärken wir auch das Bewusstsein ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Konrad Epple CDU: ... für gesunde und nachhaltige Lebensmittel von unseren regionalen Anbietern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der AfD – Bravo-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Palka für die AfD, bitte.

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Grath, Sie haben den Esskorb ziemlich hoch gehängt. Ich weiß nicht, ob ich das toppen kann; ich glaube es nicht. Es war sehr gut.

(Minister Peter Hauk: Er hat recht!)

Fangen wir einmal an; ich versuche es einmal. 88 Kantinen plus 66 Mensen: Wenn wir eine Essenstour miteinander machen würden oder planen müssten, würden wir die Gutsküche des Weinbauinstituts in Ihringen am Kaiserstuhl aussuchen und als Standort für die restlichen der über 160 Küchen festlegen. Denn das ganze Geheimnis der Elsässer und Badener Küche sei Ihnen hier verraten: Die nehmen Wein, wo die anderen nur Wasser nehmen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

– Ja, genau. – Das Problem beim Fußballspiel zwischen dem KSC und Stuttgart war wahrscheinlich der Saumagen. Die Badener haben ihren Saumagen mit Riesling gemacht, und den Wildschweinbraten haben die Württemberger mit zu viel Trolinger gemacht; deshalb ging es wahrscheinlich schief.

Im Ernst:

(Abg. Daniel Born SPD: Ach, das war ein Witz?)

160 Großküchen sind ein Potenzial. Allein das StuWe Tübingen gibt in 15 Mensen und Cafeterias knapp 1,5 Millionen Essen im Jahr aus und macht damit 10 Millionen € Umsatz. Wenn man das auf die gesamten Küchen im Besitz des Landes hochrechnet, sind wir bei 15 Millionen Essen und 100 Millionen € Umsatz im Jahr, für die wir mindestens indirekt verantwortlich sind.

Die Angaben, inwieweit da tatsächlich regionale Ware oder Bioware eingesetzt wird, sind sehr vage, insbesondere die Angabe im Bereich Salat und Gemüse. 70 bis 95 % scheint uns sehr optimistisch, vor allem wenn man die Verfügbarkeit von einheimischer Ware über die gesamten zwölf Monate des Jahres in Betracht zieht.

Ein leuchtendes Vorbild scheint Dänemark zu sein. Dänemark ist ein bisschen größer als unser Land Baden-Württemberg, hat aber nur halb so viele Einwohner. 2 000 Gemeinschaftsküchen nutzen dort das staatliche Bio-Logo, und der Staatshaushalt hat jährlich über 50 Millionen € übrig für die Förderung des biologischen Landbaus.

Unser Programm „Mach’s Mahl“ zur Förderung der Großküchen ist mit einer halben Million Euro demgegenüber eher schlank. Die Landwirte bekommen aus FAKT jedoch mit 36 Millionen € einen ordentlichen Beitrag. Geld geben wir also genug. Möglicherweise stecken in der gezielten Umsetzung aber noch Reserven, um noch mehr Bio und regionale Ware in den Kantinen einzusetzen – eine Managementaufgabe.

Wer bekommt das Geld? In der Antwort des Ministeriums steckt für unseren Geschmack zu viel Beratung, Coaching, Projekt, Modellvorhaben und ähnlich vorsichtiges Herantasten drin. Ein Ministerium ist jedoch kein Beratungsinstitut – das Bundesverteidigungsministerium ist dafür abschreckendes Beispiel –,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

sondern eine Behörde, die Vorgaben machen und die Umsetzung kontrollieren soll.

Wie einfach und effizient wäre die Vorgabe: Gemeinschaftsküchen des Landes und der Kommunen müssen im Jahr 2020 10 % und dann jedes Jahr einen Prozentpunkt mehr für Ware aus kontrolliertem biologischen Anbau ausgeben. Der Effekt wäre sofort da. Für die Anbieter und die umstellungswilligen Landwirte wäre der Absatz grob planbar. Beratung kann nämlich der Anbieter machen, sofern überhaupt nötig.

Das Studentenwerk Tübingen – wer möchte uns vorschreiben, „Studierendenwerk“ zu sagen? dabei verschlucke ich mich – hat Erfahrung mit regionaler Bioware seit genau 25 Jahren. Die brauchen also keine Beratung, sondern nur eine klare Vorgabe. Die haben nämlich mit Bio wieder aufgehört. 10 % Bioeinkauf, von oben verordnet, wären bei deren 10 Millionen € Umsatz und 1,5 Millionen Essen ein Umstellungsprogramm für Bio im mittleren Neckarraum, wie es keine Beratung und keine guten Worte hinbekommen.

Vorgaben, Fakten, Kontrolle: Herr Minister, machen Sie es einfach, oder, wie Ihr Programm heißt: „Mach’s Mahl“.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD darf ich das Wort Herrn Kollegen Weber erteilen.

Abg. Jonas Weber SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Debatte, zumindest den Wortbeiträgen von Grünen und CDU, müsste ich ganz

(Jonas Weber)

ketzerisch die Frage stellen: Warum gibt es denn keine 100 % Bio in Landeskantinen?

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Gute Frage!)

Das scheint ja alles ganz einfach und kostengünstig. – Ja, diese Frage werde ich jetzt auch beantworten.

Aus Arbeitsalltag, Schule und Studium sind Kantinen und Mensen nicht wegzudenken. Für viele sind sie der Anlaufpunkt in der Mittagspause. Das bedeutet für die Kantinen und Mensen, dass in kurzer Zeit für viele Menschen warme Mahlzeiten vorbereitet werden müssen. Diese müssen schmecken und bezahlbar sein. Nur mit ausreichender Nachfrage lassen sich annehmbare Preise erzielen. Zugleich sind nämlich die Nutzer sehr preisbewusst – verständlich, wenn man an den kleinen Geldbeutel von Auszubildenden und Studierenden denkt. Neben höheren Kosten beim Bioeinkauf kommt ein höherer Personal- und Lageraufwand für die Küchen hinzu. – Die Antworten finden Sie ja in der Stellungnahme.

In der „Süddeutschen Zeitung“ wird das Dilemma klar beschrieben: Kantinenessen soll Bio sein, aber billig. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Zielkonflikt. Daher ist es richtig, wenn bei Bioprodukten auch die Herkunft thematisiert wird. Weite Transportwege – ich glaube, da sind wir uns einig – sind schließlich Gift für die Nachhaltigkeit. Der Blick sollte sich daher möglichst auf regionale Produkte richten, die zu guten Bedingungen produziert wurden. Saisonale und regionale Produkte sollten im Blick sein, genauso wie das Tierwohl.

Hinzu kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen – das muss man hier auch deutlich ansprechen –: Wie sehen denn die Top 3 der beliebtesten Kantinenessen aus? Currywurst, Schnitzel und Spaghetti Bolognese. Was haben die drei gemeinsam? Sie sind alle sehr fleischlastig. Genau diese hohe Nachfrage nach Fleisch ist der Knackpunkt bei der Frage, wie wir eine sinnvolle, nachhaltige und biologische Ernährung in Kantinen verwirklichen können, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn das Thema Fleisch ist die Stellschraube bei der Umstellung auf Bio.

Ich komme jetzt gern auf den Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ zurück. Denn es liegt nicht einfach nur im Centbereich, was sich da erhöht. Dort ist nachzulesen – es war eine Anfrage an mehrere Kantinen; wohlgemerkt im Bundesland Bayern; ich glaube aber, dass die dort genauso klug wirtschaften und genauso klug sind wie wir –

(Zurufe)

– na ja, manche bezeichnen es ja als geniales Projekt, was die CSU in Bayern macht; insofern glaube ich schon, dass die dort ganz gut sind –, dass eine Kantine mindestens 14 € für ein Gericht mit Biofleisch aus der Region verlangen müsste; das schreibt die „Süddeutsche Zeitung“, also durchaus eine sehr seriöse, überregionale Zeitung. Das gäbe – so wörtlich – natürlich einen Aufschrei. Logisch! Denn dann würde das Mittagessen in Kantinen und Mensen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für Familien und für Studierende monatlich grob gerechnet 300 € kosten. Das ist die Sachlage.

Damit ist auch klar, dass wir entweder mit höheren Kosten oder aber mit einem komplett anderen Angebot als derzeit

nachgefragt rechnen müssen. Es wäre daher richtig und wichtig gewesen, wenn Sie diesen Zielkonflikt thematisiert hätten. Aber diese Frage umschiffen Sie entschieden.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Falsch!)

So richtig es ist, in den Kantinen des Landes gesundes und nachhaltiges Essen anzubieten, so müssen wir diesen Zielkonflikt doch auch besprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die wesentliche Herausforderung.

Noch etwas verwundert mich, lieber Kollege Grath: Ich habe vernommen, dass Sie den Kampf gegen Lebensmittelverschwendung hier als zentrale Frage thematisieren. Ich und meine Fraktion würden dies eindeutig unterschreiben. Ich muss mich dann aber darüber wundern, dass sich keine einzige der neun Fragen Ihres Antrags damit beschäftigt, wie und auf welchen Wegen wir die Lebensmittelverschwendung in Kantinen verhindern. Mit keiner einzigen Frage

(Zuruf des Abg. Martin Grath GRÜNE)

wird dies thematisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Grath GRÜNE: Der Antrag ist schon da! Es gibt bald einen Antrag dazu!)

Deswegen müssen wir diese zentrale Frage auch hier in der Diskussion beantworten.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Herr Kollege Hoher für die FDP/DVP.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass sich das Thema „Gesunde und nachhaltige Ernährung“ etabliert hat. Auch in den Kantinen des Landes wird in den Mittagspausen des Öfteren der Wunsch nach entsprechenden Produkten geäußert. Es ist absolut nachvollziehbar und entspricht dem gesellschaftlichen Trend, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Mittagspause nicht auf regionale und ökologische Produkte verzichten wollen. Allzu lange wurden gerade in Kantinen Aspekte wie Qualität und Herkunft eines Produkts außer Acht gelassen. Es herrschte die Maxime: Quantität statt Qualität.

Hier darf auf keinen Fall ein falscher Eindruck entstehen. Auch ein nicht ökologisches Produkt entspricht den hohen Qualitätsanforderungen. Kaum ein Land auf dieser Welt hat einen so hohen Standard bei Qualitätskontrollen von Lebensmitteln wie Deutschland.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit der Umstellung auf regionale und ökologische Produkte in Kantinen entsteht ein finanzieller Mehraufwand. Denn Produkte aus der Region gibt es leider nicht zum Nulltarif. Ob ein solcher Mehraufwand vom Verbraucher akzeptiert wird, ist fraglich. Eine Studie des Marktforschungsinstituts Ipsos aus dem Jahr 2018 mit 1 000 Befragten zeigt, dass gesunde

(Klaus Hoher)

Lebensmittel in Kantinen bevorzugt werden; mehr als die Hälfte der Befragten jedoch wollen dafür keinen Cent mehr ausgeben. Hier herrscht offensichtlich eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Diese spiegelt sich in der finanziellen Umsetzbarkeit wider. Den Verbrauchern steht es frei, eine Entscheidung zu treffen, ob sie mehr oder weniger für Lebensmittel zahlen.

Eine flächendeckende Einführung regionaler und ökologischer Produkte in Kantinen hat somit einen marktwirtschaftlichen Aspekt, der allein durch das Konsumverhalten der Verbraucher gesteuert wird. Es wäre also wünschenswert, das Angebot in den Kantinen des Landes so breit wie möglich aufzustellen, um der bestehenden Nachfrage nach regionalen und ökologischen Produkten zu entsprechen und auch den finanziellen Möglichkeiten der Kundinnen und Kunden gerecht zu werden.

Neben dem finanziellen Aspekt müssen auch bürokratische und logistische Aspekte betrachtet werden. Die Umstellung der Lieferprozesse wäre mit einem bürokratischen Mehraufwand verbunden. Zudem ist die Verfügbarkeit regionaler und ökologischer Produkte nicht zuletzt saisonal bedingt eingeschränkt. Dies alles ist eine Herausforderung für Pächter bzw. Kantinenbetreiber.

Wir Liberalen unterstützen grundsätzlich eine Initiative für bessere Lebensmittelqualität in den Landeskantinen, unter zwei Voraussetzungen: Erstens darf die Nachfrageseite der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht außer Acht gelassen werden. Zweitens darf den Kantinenbetreibern durch die Umstellung kein unverhältnismäßiger bürokratischer Mehraufwand zugemutet werden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

In Zukunft werde ich mein Biorumpsteak bei Herrn Grath bestellen, wenn es nur ein paar Cent teurer ist.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich für die Regierung Herrn Minister Hauk ans Redepult bitten.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Temperaturen draußen sind so, dass man sich gern hier im Plenarsaal aufhält und wir die Diskussion des heutigen Tages auch gern noch etwas verlängern können. Ich finde es spannend, dass wir den Tag heute mit einem Thema abschließen, das uns tagtäglich beschäftigt: die Ernährung – und zwar Ernährungsvorschläge nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern immer mit dem Ziel, zu fragen: Wie können wir die Ernährung der Bevölkerung in unserem Land durch Beratung noch verbessern?

Ich bin deshalb auch dankbar für den Antrag, lieber Kollege Grath, zum Thema Ernährung und für die umfassenden Fragen nach entsprechenden Modellprojekten. Ich bin auch dankbar, dass die Regierungsfractionen Mittel für die Modellprojekte zur Verfügung gestellt haben; denn wenn die Modellprojekte nach 2019 – wir sind ja noch mittendrin – abgeschlossen sind – Herr Kollege Weber, Sie haben ja recht, wenn Sie

nach dem Thema Lebensmittelverschwendung fragen. Aber das Projekt haben wir im Dezember 2018 begonnen; da können wir jetzt noch keine Ergebnisse präsentieren. Nach Abschluss dieser Modellprojekte wird dann natürlich auch die Aufgabe sein, hieraus Schlussfolgerungen zu ziehen, zumindest für die landeseigenen Kantinen und deren Angebot.

Ich will keinem Kantinenbesucher vorschreiben, was er isst. Das muss er selbst entscheiden. Herr Kollege Weber, es gibt aber natürlich Zielkonflikte – da haben Sie recht –, weil häufig unter gesunder Ernährung nicht die Lieblingsgerichte zu verstehen sind, die in der Kantine ausgewählt werden. Aber jeden Tag Currywurst, das wird letztlich auch keinem schmecken. Deshalb kommt es letztlich auf die Mischung an. Das schafft man dadurch, dass bezüglich des Angebots die landeseigenen Kantinen ein Stück weit Vorbild- und Vorreiterfunktion übernehmen.

Es stimmt ja, dass wir in der Tat nicht wussten, ob es, wenn wir die Anteile an regionaler Beschaffung und Biobeschaffung vorschreiben, gelingt, diese Vorgaben zu erfüllen. Der Versuch zeigt schon jetzt: 15 % Bio gelingen, unter Umständen auch 30 %.

Die zweite Frage ist natürlich: Ist es machbar, auch den regionalen Bezug deutlich zu erhöhen? Beide Themen, Regional und „Regionales Bio“, stärken die Wertschöpfung der Bauern und die gesamte Lebensmittelkette im Land. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Da muss es auch möglich sein, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen, nämlich bei den Angeboten, die wir im Land machen.

Deshalb ist der Modellversuch „Große Küchen – Gutes Essen“ wie kein anderer dazu prädestiniert, zu zeigen, dass Geschmack, Kultur und Qualität nicht in Widerspruch zu Bio und Regionalem stehen, sondern Voraussetzungen sind für das Thema „Bio und regionaler Anteil“.

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

Meine Damen und Herren, wer sich mit Sterneköchen unterhält, wird immer wieder hören: Die Voraussetzung für schmackhaftes Essen sind eine gute Qualität der Rohstoffe und gute Zutaten.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Absolut!)

Wenn die Zutaten gut sind, wird das Essen auch gut sein – und umgekehrt. Wenn die Zutaten Schund sind, dann braucht man auch viel Curry, Pfeffer und Salz. Da hilft nichts anderes. Man muss sehr stark auf ausländische Waren, nämlich Gewürze, zurückgreifen, um das entsprechend zu übertünchen.

Deshalb ist klar: Rohstoffbeschaffung, also Lebensmittelbeschaffung, ist ein ganz zentrales Thema, sowohl was Bio als auch was den regionalen Anteil angeht. Ich bin froh, dass wir unsere Beschaffungsrichtlinie im Frühjahr letzten Jahres auch dahin gehend geändert haben, dass es in Zukunft möglich ist, für die Beschaffung Vorgaben zu machen, dass beispielsweise in Kantinen eben ein bestimmter Anteil regional und biologisch erzeugter Lebensmittel angeboten werden muss.

(Minister Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, das alles setzt voraus, dass diese erhältlich sind. Ich glaube, dass deshalb die Bio-Musterregionen – wir haben jetzt neun an der Zahl, die im Land eingerichtet sind – notwendig sind, um dieses Netzwerk zu aktivieren, damit am Ende auch Vertrieb und Angebot – nämlich „end of the pipe“, im Lebensmittel selbst – stimmen und auch zur Verfügung stehen.

Deshalb glaube ich, dass wir in der Zielrichtung auch so weit gehen müssen, dass wir nicht bei neun Bio-Musterregionen stehen bleiben, sondern eines Tages – in naher Zukunft, z. B. in der nächsten Legislaturperiode – so weit sind, die Lehren aus den Bio-Musterregionen zu ziehen, um zu sagen: Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von Bio-Musterregionen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das heißt, das Netzwerk derjenigen, die biologisch verarbeiten, produzieren etc., muss in Baden-Württemberg flächendeckend vorhanden sein. Das muss die Zielsetzung sein, wenn wir das Ganze engagiert und erfolgreich umsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist die Voraussetzung dafür.

Ich bin froh und dankbar, dass Sie, Herr Kollege Grath, darauf hingewiesen haben, dass sich in den Kantinen Qualität und bezahlbarer Preis nicht gegenseitig ausschließen. Dass die DGE, die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, dabei beteiligt war, finde ich gut.

Es hat nichts mit Ideologie zu tun, wenn man sagt: Der Fleischanteil in unserer Ernährung – das, was angeboten wird – ist zunächst einmal grundsätzlich zu hoch. Das ist einfach eine Tatsache.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wer entscheidet das?)

Man muss kein Vegetarier oder auch kein Veganer sein, um zu fordern, dass die Fleischanteile insgesamt sinken müssen. Das heißt nicht, dass nicht jeder individuell selbst entscheiden kann, was er isst und wie er isst.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Das ist die zweite Frage. Aber darüber, dass man die Fleischangebote insgesamt reduzieren kann, sind wir, glaube ich, völlig einer Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich bin noch zu einer Zeit aufgewachsen – in ein katholisches Umfeld hineingeboren –, in der man automatisch Flexitarier war. Zum Zweiten bin ich in eine Zeit hineingeboren – Sechzigerjahre, auf dem Land –, in der der Wohlstand und der Reichtum noch nicht so weit ausgeprägt und vorhanden waren, dass man sich jeden Tag alles leisten konnte. Meine Mutter hatte noch einen eigenen Hausgarten etc. Da ist man mit dem Thema „Abwechslung auf dem Speiseplan“ aufgewachsen; daran war man gewöhnt.

Ich glaube, es ist wichtig und notwendig – Das Bewusstsein wächst ja Gott sei Dank wieder, dass ein abwechslungsreicher

Speiseplan über die Wochen und Monate auch aus Mehlspeisen, Gemüse etc. bestehen kann

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wild nicht vergessen!)

und nicht notwendigerweise ein Fleischanteil von 50 % jeden Tag das Gericht bestimmen muss. Ich glaube, das ist völlig klar. Deshalb ist es wichtig, dass die DGE bei der Erstellung der Speisepläne mit im Boot war.

Wenn man die Fleischanteile, das Angebot an Fleisch auf ein vernünftiges Maß, das auch ernährungsphysiologisch richtig und wichtig ist, reduziert, kann man in der Summe auch Geld sparen, das man letztlich wieder für den Einkauf hochwertiger und teurer Lebensmittel einsetzen kann. Wenn man das noch in der Bevorratung just in time macht und auch einmal den Mut hat, um 12:45 Uhr zu sagen: „Heute ist ein Gericht nicht mehr verfügbar, weil die Nachfrage so groß war“, dann, muss man sagen, wäre das Ziel schon erreicht, dass man ein Budget zur Verfügung stellen kann, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder die Studierenden in der Außer-Haus-Verpflegung nicht über Gebühr belastet.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, damit ist klar: Wir werden das Projekt nach 2019 evaluieren und schauen, wie es dann aussieht. Wir müssen aber an dieser Baustelle weiter etwas tun, um die regionale Wertschöpfung, die Wertschöpfung der Landwirte im Land, aber genauso der Metzger und Bäcker, also des Verarbeitungsgewerbes, das meist mittelständisches Gewerbe ist, und auch der Gastronomen in Baden-Württemberg entsprechend zu erhöhen.

Dazu sind auch die Themen Beratung, Bildung, Fortbildung, Weiterbildung ganz essenziell.

Lieber Herr Kollege Palka, ein Ministerium bzw. die nachgeordneten Behörden sind verpflichtet, Menschen auch zu beraten. Entschuldigung, was tun wir anderes in den Schulen?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir beraten Schüler, wir lehren Schüler etwas und beraten sie, wie sie auf ihrem Lebensweg am besten zurechtkommen. Natürlich ist es wichtig und notwendig, bei einem so zentralen Thema wie der Ernährung – Fehlernährung verursacht hohe Kosten im Gesundheitssystem –

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Absolut!)

immer wieder Fortbildung, Ausbildung und Erziehung zu betreiben. Das halte ich für essenziell, ebenso, wie es notwendig ist, die Menschen zu überzeugen. Entscheiden müssen sie am Ende selbst. Ich glaube, das ist ganz essenziell.

Wir müssen dabei mit den Kleinsten beginnen. Deshalb steht das Thema „Bewusste Kinderernährung“ auf der Tagesordnung. Wir haben uns das Ziel gesetzt, in diesem Jahr 500 zertifizierte Kindertagesstätten, Kindergärten etc. zu finden, die sich mit dem Thema „Bewusste Kinderernährung“ auseinandersetzen – 500 im Jahr 2019 –, im nächsten Jahr 2020 noch einmal eine Steigerung auf 750 zu erzielen, um im Jahr 2021

(Minister Peter Hauk)

auf 1 000 zu kommen, damit wir ein flächendeckendes Netz haben, durch das Kinder praktisch schon mit dem Thema aufwachsen und spielerisch statt mit erhobenem Zeigefinger ausgewogene, vielfältige und vernünftige Ernährung erlernen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich glaube, das ist ganz entscheidend.

Dazu müssen wir auch die regionalen Erzeuger stärken und dürfen deren Produktion nicht ständig deckeln. Wir dürfen sie auch nicht ständig bevormunden. Deshalb wende ich mich auch sehr dagegen, dass es zu überbordender Bürokratie kommt, sowohl für Ökolandwirte als auch für konventionelle. Wir müssen alles tun, damit wir diese Minderheit, nämlich die Minderheit der Landwirte und derer, die noch wie in Baden-Württemberg in vernünftigen Strukturen wirtschaften – die sind auch bundesweit in der Minderheit –, auch halten, weil sie für unsere Lebensgrundlagen zwingend notwendig sind, weil sie für unsere Landschaft, aber auch für unsere Ernährung und das, was wir täglich zu uns nehmen, zwingend notwendig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es würde eine Schere aufgehen, wenn wir lediglich 30 % Bioanteil fordern würden; da kann ich dem Kollegen Grath nur beipflichten. Ich sage aber nicht nur allein Bio, wir müssen auch den regionalen Anteil deutlich erhöhen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es gibt keine Rationale dafür!)

der derzeit auch unter 50 % liegt, und ihn auf deutlich über 50 % lupfen – Stichwort: regionale Wertschöpfung. Wenn wir einerseits eine Erhöhung der regionalen und Bioanteile fordern, aber andererseits die Arbeitsbedingungen dort ständig erschweren, muss man überlegen, wie man aus dem Dilemma herauskommt. Das trifft auch für die Verarbeiter und letztendlich auch das Handwerk zu. Deshalb ist ganz entscheidend, dass wir dort alles tun, um die Produktion in Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten und tatsächlich nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb sage ich ganz klar: 30 % Bioanteil kann eine Zielsetzung sein, 60 bis 70 % Regionalanteil kann eine Zielsetzung sein. Wir müssen nach der Auswertung im Jahr 2019 – das rege ich an – im nächsten Jahr um diese Zeit erneut eine Diskussion darüber führen, welche Konsequenzen wir aus den bisherigen Modellprojekten ziehen, um die regionale Wertschöpfung zu erhöhen, um das Leben der Menschen in unserem Land und auch deren Ernährungsgrundlage zumindest dort zu verbessern, wo wir mit gutem Beispiel vorangehen können, nämlich in den landeseigenen Kantinen. Auf diese Diskussion bin ich gespannt. Ich glaube, dass wir ohnehin dazu kommen werden, wenn ich sehe, was sich im Volk alles bewegt, auch an Motivation zum Thema Biolandbau, Ökolandbau und dergleichen. Wir werden diese Diskussion auch im Landtag führen.

Denn mit einem Gesetzentwurf – käme er durch oder nicht; ich will ihn gar nicht bewerben – ist es allein zunächst nicht getan. Es muss allen klar sein, dass Gesetzentwürfe zu Bioproduktion und dergleichen wunderbar und schön sind, dass

zum Erfolg aber auch gehört, dass die Nachfrageseite mitgezogen wird. Wer die Nachfrager, also die Konsumenten, die Bürger, nicht mitnimmt,

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Keine Chance!)

für den sind die hehren Ziele nicht erreichbar.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb werden wir alles daransetzen müssen, auch die Nachfrageseite zu stimulieren. Wenn wir höhere Bioanteile und höhere regionale Anteile wollen, dann muss auch die Nachfrageseite stimuliert werden, und dann müssen wir auch bereit sein, mehr Input in Kampagnen und dergleichen mehr zu geben, wie es große Lebensmittelfirmen für ihre Produkte ja auch tun.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Dann müssen wir bereit sein, für Produkte, die wir für gut befinden, mehr zu investieren. Das wird eine der großen Kernaufgaben der nächsten Monate sein, uns darüber gemeinsam zu verständigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es vonseiten der SPD oder der FDP/DVP noch eine Wortmeldung?

(Zurufe: Nein!)

– Dann Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

(Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Regierung bzw. der Staat sollte sich heraushalten, zu bestimmen oder vorzuschlagen, was ich auf meinem Teller habe. Ich hoffe, dass mir der Gartenbauverband heute Abend einen saftigen Lammlachs aus Neuseeland auf den Teller bringt.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Der Gartenbauverband? – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Alle Lebensmittel aus dem Supermarkt sind zum Platzen voll mit krebserregenden Substanzen. Da scheint der Ansatz der Grünen, alles auf ökologisch und biologisch umzustellen, doch sinnvoll – ist er aber nicht, denn die krebserregenden Substanzen in den Lebensmitteln sind für unsere Gesundheit und unser Leben nicht gefährlich.

Hinzu kommt die sogenannte synthetische Risikoverzerrung, also die genetische Veranlagung, natürliche Risiken zu unterschätzen. Dabei sind, am Gewicht gemessen, 99,99 % aller Schadstoffe in der menschlichen Nahrung von Natur aus enthalten, also auch in sogenannten Bio- oder Ökoprodukten. Lediglich 0,01 % kommen durch Produktion, Verpackung und Vertrieb hinzu.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Es geht sogar noch weiter: Zahlreiche Lebensmittel würden an den Kriterien für synthetische Lebensmittel scheitern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Himbeeren sind so konzentriert; wenn man sie künstlich herstellen wollen würde, wären sie verboten: 34 Aldehyde und Ketone, 32 Alkohole, 20 Ester, 14 Säuren, drei Kohlenwasserstoffe plus sieben weitere Gifte anderer Stoffklassen, am bekanntesten das leberschädigende Cumarin.

Die mantrahafte Behauptung, Bio oder Öko sei besser oder gar gesünder, ist schlicht falsch und durch keine Fakten belegt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ein saudummes Lettengeschwätz!)

Die Betonung auf Regionalität ist verbraucherfeindlich und feindlich gegenüber allen Produzenten in Drittweltländern, die gar nichts anderes zu liefern haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Saudummes Lettengeschwätz!)

Der Verbraucher entscheidet schließlich nach Geschmack, Preis und vielleicht auch Ideologie.

(Unruhe)

Sie schreiben, die Mitarbeiter würden sensibilisiert bezüglich Lebensmittelverschwendung. Doch was wurde hier umgesetzt? Und was machen wir mit den Hygienevorschriften, die hier bestehen?

Auch dass eine Auszeichnung einen Wettbewerbsvorteil darstellt, mag bei Kantinen kaum zutreffen. Viel treffender ist die Tatsache, dass wir an Siegeln wie QZBW fleißig Geld verdienen, ohne daran wirklich strenge Forderungen zu knüpfen.

Zum Thema Regionalität: Wie das Ihre grünen Kollegen – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte nicht noch ein Thema, Herr Abg. Dr. Fiechtner. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bravo!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Gleich. – Wie das Ihre grünen Kollegen im Stuttgarter Rathaus aktuell umsetzen: Sie lassen das Essen für die Schulkantinen aus Kandel und Osnabrück nach Stuttgart liefern, während wir über Feinstaub reden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Helau, helau, helau!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag Drucksache 16/2116 ist ein reiner Berichtsantrag. Wir können ihn für erledigt erklären. – Sie stimmen zu.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:24 Uhr